Atom Express & Atommülizeitung

atom

Sommer 85 4.- DM

DIE GRÜNEN

LANGER MARSCH – WOHIN?

Digitized 2016

ila-info

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

Das ila-info erscheint 10 x im Jahr und bringt:
* aktuelle Landernachrichten aus Lateinamerika
* Hintergrundberichte und Analysen
* sowie Berichte über Aktionen und Diskussionen der Solidaritätsbewegung

Ich bestelle:
☐ ein Probeheft
☐ ein Jahresabonnement für 30.- DM (ermäßigt 25.-, Institutionen 35.-, Förderer 40.-)

.....
Name

.....
Straße und Ort

.....
Datum und Unterschrift

THEMEN DER LETZTEN NUMMERN

Kuba - 25 Jahre Revolution * Das Geschäft mit Menschenblut * Kirche in Lateinamerika * Frauenkämpfe in Mexiko

Informationsstelle Lateinamerika, Romerstr. 88, 5300 Bonn

freirlaum

WÜSTENSAND IM DICKDARM

Einzelexemplar 2,50 DM
Abonnements:
4 Nummern 10,00 DM
8 Nummern 20,00 DM

Probeexemplar: 2,50 DM in Briefmarken
36 Seiten Umfang, DIN A 4, kommt ca. alle 2 Monate pünktlich ins Haus

Anschrift: ☆☆☆☆☆☆
Postlagerkarte Nr.073396 A,
8000 München 34 ☆☆☆☆☆☆☆

wise

SUPERPHENIX -
DIE PLUTONIUMWASCHMASCHINE
VON CREYS-MALVILLE

Mycle SCHNEIDER, WISE-Paris

Dossier vom 1. Mai 1985

Dieser ausgezeichnete und einzigartige chronologische Abriß der Ereignisse und Stellungnahmen bzgl. des SCHNELLEN BRÜTERS SUPERPHENIX IN MALVILLE(FRANKREICH) verdeutlich
1.) die auf allen Ebenen und seit Anfang der 70er Jahre dokumentierbare militärische Bedeutung dieses - vom RWE mitfinanzierten - Brüters,
2.) den Widerstand vor Ort und die Vorbehalte innerhalb der französichen staatlichen Elektizitätsgesellschaft EDF gegen Superphenix.

Erhältlich über:
WISE Paris,19,Rue de la Resistance,
92220 Bagneux,France
oder: Die Grünen im Bundestag
Bundeshaus,5300 Bonn 1

Impressum

Der Atom Express/Atommüllzeitung wird herausgegeben vom 'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e. V.' und vom 'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstr. 24 , Postfach 1945
3400 Göttingen, Tel: 0551/7700158
Atommüllzeitung
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg,
Tel.: 04131/45290
oder:
c/o G. Garbers
Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt
Tel.: 04131/63315

Bestellungen:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308
oder
Elke Rickert, Vorwerk 5a, 3119 Altenmedingen
Konto:
'Gorleben Aktuell', G. Garbers
PSchA Hamburg 378 14 - 206
Diese Konten sind gleichzeitig Spendenkonten!

Druck: P. Grunwald, Auf dem Meere, Lüneburg

V. i. S. d. P.: Eva Frintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenberg

Diese Nummer kostet 4,- DM, für BI's und andere Wiederverkäufer 3,- DM.

Ein **Abonnement** kostet **25,-DM** für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35,-DM.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der NIchtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

Grüne und Anti-AKW-Bewegung....4
Die RBU -Story....7
Atomenergie und Arbeitswelt....13

Standortberichte
- Esensham - Aktionen....16
- News aus Ostfriesland....18
- Neckarwestheim und drumrum....19

Kriminalisierung
- Razzia in München....20
- 129 a - Ernittlungen in Hannover....21

Der Atom-Deal mit China....22

Wendland
- Gipfel in Gümse....24
- Bahnspaziergänge....25

Schwerpunkt 1: WAA Wackersdorf

Die Planungen für die WAA Wackersdorf schreiten voran. Der Rodungsbeginn steht an. Die Anti-AKW-Bewegung bereitet eine Platzbesetzung und eine Großdemonstration in München vor.
Näheres ab S. 33

Schwerpunkt 2: Frauen in der Anti-AKW-Bewegung

In der Göttinger Redaktion hat es mal wieder geknallt: Die Frauen haben die Redaktionsgruppe vorläufig verlassen. Wie es dazu kam und Anderes mehr zum Thema **ab S. 37**

Warum wir 'ausgestiegen' sind....38
Frauenwiderstands-Kongreß....42
Die letzte Kolonie....43

Schwerpunkt 3: Anti-Kriegs-Teil

Mit spektakulären Aktionen haben norddeutsche Anti-AKW- und Anti-Kriegs-Gruppen die Bombenzugspläne gehörig durcheinander gewirbelt. Auf der anderen Seite nehmen die Überlegungen für 'Atombomben made in Germany' immer konkretere Gestalt an.
Näheres ab S. 49

Bombenzugblockaden....49
Konferenz 'Atombomben made in Germany'....52
Westeuropäische Atomstreitmacht....54

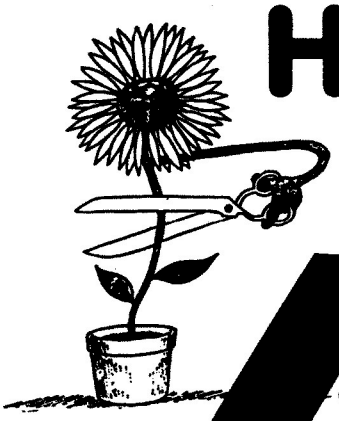
Anti-Atom-Chronik....59

Weltwirschaftsgipfel-Nachlese
Leser/innenbriefe und Stellungnahmen....60
Referat von RA M. Schubert....64

Liebe Leserinnen und Leser

Vor einem Jahr beschlossen die Redaktionen des Atom EXpress und der atommüllzeitung eine Fusion 'auf Probe'. Fünf Ausgaben der Zeitschrift mit dem originellen Namen **atom** sind seitdem erschienen.
Diese Probezeit ist nun abgelaufen. Eine Art Bilanz wollen wir Ende August auf einem gemeisamen Wochenendseminar ziehen.
In der Diskussion um die Zukunft der Zeitung wird dabei die Frage, ob sich das Zusammengehen politisch gelohnt hat, genau so eine Rolle spielen, wie die jüngsten Ereignisse in der Göttinger Redaktion und auch 'Organisatorisches'.
Wenn Ihr in die Debatte einsteigen wollt – wozu wir Euch auffordern – schreibt massenhaft Briefe und Beiträge!
Eine andere Bitte in diesem Zusammenhang kommt aus der Abo-Verwaltung: Teilt uns etwaige Adressensänderungen bitte rechtzeitig mit. Wir bekommen nach wie vor jedes Mal viele Zeitungen mit dem Verweis 'unbekannt verzogen' zurück!
Schöne Ferien und viel Spaß in den Sommercamps wünscht Euch Eure **atom**

Hessen: Grüne tanzen



„Ich muß aber auch darstellen können, warum ich es für eine politische Fehlorientierung halte, mit den atomaren Bedingungen in Hessen und gegen die begründete Meinung des heute wichtigsten Organs der Antiatom-Bewegung jetzt das Ministeramt anzustreben...“, so Rainer Trampert auf der letzten grünen Bundesversammlung in Hagen. Mit ‚wichtigstem Organ‘ konnte nur die atom gemeint sein und richtig:

Am 1.6. hatten wir auf einer gemeinsamen Redaktionssitzung einen ‚Offenen Brief‘ an die hessische grüne Landesversammlung (8./9.6.in Niedernhausen) beschlossen, der von Hanauer Freunden auf der Landeskonferenz verteilt und größtenteils auch in der taz dokumentiert wurde. Der blinde Run auf Machtbeteiligung und grüne Atomministerposten auf der Grundlage eines ‚grün-roten‘ Atomberichts, der in Wirklichkeit nackte sozialdemokratische Atompolitik festschreibt: Bestehende oder im Bau befindliche Atomanlagen werden in Ruhe gelassen und der Widerstand gegen die Ausbaupläne der Atommafia in die bekannten Sackgassen (Gerichte, Bundesrat etc.) kanalisiert.

Wir halten die Auseinandersetzung um diese Entwicklung für zu wichtig, als daß man/frau sie rechts liegenlassen dürfte. Auf allen Gebieten versucht die SPD derzeit Protestpotential aufzusaugen und zu spalten: In der Friedensbewegung, mit Willy auf der Bonner Nica-Demo usw.usf. Darin ist die SPD mit ihrer 70jährigen Erfahrung absoluter Weltmeister. Und schon wieder glauben auch viele AKW- und Kriegsgegner, die Erfahrungen mit 13 Jahren SPD-Realpolitik ungestraft vergessen zu dürfen. ...

Im Folgenden Auszüge aus unserem ‚Offenen Brief‘, die Resolution und ein Artikel über die Atommüllkonferenz und ein Beitrag von E.Dietz (BI Umweltschutz Hanau). Das 28-seitige hessische Atompapier kann bestellt werden über die Grünen im hessischen Landtag, Schloßplatz 1, 6200 Wiesbaden.

Atommüllkonferenz in Teublitz: Unzufriedenheit mit der hessengrünen Anti-Atompolitik

Ökoinstitut und Grüne unter Beschuß

Teublitz (taz) — Zu massiven Auseinandersetzungen kam es auf einer „Atommüllkonferenz“ in Teublitz am Vergangenen Wochenende. Anlaß waren das Papier des rot/grünen Doppelvierers und die Atompolitik der hessischen Grünen. Die Atommüllkonferenz koordiniert die bundesdeutschen Initiativen gegen Atomenergie zwischen den Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung. An der Konferenz nahmen ca. 100 Vertreter von 30 Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

Die Atommüllkonferenz kritisierte vor allem, daß die von den Grünen beauftragten Experten „mit der vorbehaltlosen Unterstützung“ des Kommissionsberichtes Positionen unterschrieben hätten, „die über SPD-Auffassungen nicht hinausgingen“. Mit der Übernahme des SPD-Parteitagsbeschlusses des „längerfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie“ sowie der Aussage des Berichtes „es wäre zu prüfen, ob bzw. wie lange noch der Betrieb von Atomkraftwerken verantwortet werden kann, ohne daß eine Entlagerung... gesichert ist“ sahen die anwesenden BI-Vertreter/innen „Grundpositionen der Anti-AKW-Bewegung in Frage gestellt“. Hannes Kempmann von der BI Lüchow-Dannenberg bezeichnete die Behauptung der Kommission, die „Direkte Endlagerung sei eine Entsorgungsalternative zur WAA als „furchtbar schlimm... 100 Prozent SPD“. Der „Spaltpilz“ sei „schlimmer als die Gewaltfrage, weil er mit dem Anschein der Wissenschaftlichkeit vorgetragen würde“. Inge Ammon, ausgetretenes BBU-Vorstandsmitglied, und Traute Kirsch von der BI Würgassen und Mitglied der Grünen, zeigten sich entsetzt und „restlos verzweifelt“.

Daß der Ausbau der Hanauer Nuklearbetriebe Hobeg und RBU als unabwendbar hingestellt und bei NUKEM und ALKEM in Kauf genommen würde, wurde insbesondere von dem Vertreter der Hanauer BI, Elmar Dietz, heftig kritisiert. In dem Papier würde „verhandelt, als ob es die Firmen nicht gebe, es zeige lediglich Grenzen auf“ statt gangbarer Möglichkeiten. Daß der Doppelvierer „bewußt davon abgesehen habe, Informationen über den illegalen Betrieb und die dunklen Geschäfte... der Hanauer Atombetriebe... zu verarbeiten“, gebe der SPD die Möglichkeiten, ihre eigenen Verstrickungen in diese Machenschaften mit grüner Unterstützung unter den Tisch fallen zu lassen, so die Konferenzteilnehmer.

Der hessische Landtagsabgeordnete Franz Jacob sowie der von den Grünen als Experte benannte Mitarbeiter des Öko-Instituts, Michael Sailer, (beide langjährige Teiinehmer der Atommüllkonferenz), standen dann auch ziemlich allein im Hagel der Kritik. Sekundiert wurde Sailer lediglich von dem Bremer Wissenschaftler Gerald Kirchner, der die rechtsstaatlich-formaljuristische Ausrichtung des Papieres als „sachlich richtig“ bezeichnete und die Kritik daran als letztlich unrealistisch bezeichnete. Während Franz Jacob Kritik an dem Papier übte, erklärte Sailer er würde „in einer ähnlichen Situation wieder so handeln“. Die abschließende Stellungnahme wurde von den ca. 80 anwesenden BI-Vertreter/innen fast einstimmig verabschiedet, die einzige Gegenstimme kam von Michael Sailer. Die Atommüllkonferenz attestierte dabei den hessischen Grünen mit ihrer jetzigen Politik „einen großen Schritt weg von den Bürgerinitiativen und hin zu den etablierten Parteien vollzogen“ zu haben und forderte sie auf. „die Atomenergienutzung“ nicht „zugunsten der Zusammenarbeit mit der SPD zu verharmlosen“ und „die Finger wegzulassen von grünen Atomministern“.

Zweiter wichtiger Tagesordnungspunkt der Konferenz war die geplante Bauplatzbesetzung bei Rodungsbeginn für die WAA in Wackersdorf und die für 12. Oktober in München vorgesehene Demonstration unter dem Motto „Strauß wir kommen“. Sollten Rodungsbeginn und Demonstration zusammenfallen, soll diese zur Unterstützung der Bauplatzbesetzung an den WAA-Standort verlegt werden.

Anläßlich des Hiroshima-Tages im August werden zudem in Kalkar, Hanau und am Standort der Urananreicherungsanlage Gronau parallele Aktionen gegen Plutoniumwirtschaft und Atomnutzung stattfinden, ferner will sich die Atommüllkonferenz an der Alternativkonferenz Atomwaffensperrvertrag im September beteiligen.

Sabine Roisch

...nach Börner's Pfeife

DOKUMENTATION

Offener Brief an die Landeskonferenz der hessischen Grünen

Ist Harrisburg schon vergessen?

Berlin (taz) — Welcher Teufel hat die Vertreter der Grünen in der hessischen Atomkommission geritten, solchen Positionen zuzustimmen? Diese Frage stellen die Redaktionen der Zeitschriften 'atomexpress' und 'atommüllzeitung' (jetzt fusioniert zu 'atom') in einem offenen Brief an die Landeskonferenz der hessischen Grünen. Die 'atom'-Redaktion begreift sich als Sprachrohr der „Rest-Anti-AKW-Bewegung" und kritisiert massiv die „Kompromißlinie" der hessischen Grünen, die „hinter SPD-Positionen zurückfällt". Die taz dokumentiert Auszüge:

(...) Klaus Traube im 'Pflasterstrand': „Die (Atomfabrik) ALKEM zu verhindern, hieße, ihr die Genehmigung zu versagen ... Das Land Hessen ... sollte den Konflikt wagen." Der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd: „Da der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft strikt abzulehnen ist, darf es auch eine Genehmigung für ALKEM nicht geben." (FR, 12.3.85)

Es ist geradezu absurd, daß diese Position der SPD Hessen-Süd nicht von SPD-Rechten sondern mithilfe grüner Experten innerhalb des „Doppel-Vierer" (gemeint ist die rot-grüne Atomkommission - d.Red.) zurückgedrängt wurde. In der Empfehlung der „rot-grünen" Atomkommission wird der Ausbau von ALKEM *nicht* ausgeschlossen: „Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, daß der Genehmigungsantrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entscheidungsreif ist. Vor Abschluß des Entscheidungsprozesses sind umfangreiche Klärungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht notwendig."

Damit hat sich in der Sache die Auffassung von Börner und Co. durchgesetzt. In ihrer Konsequenz dürfte die ALKEM-Empfehlung des „Doppel-Vierers" nicht allzuweit entfernt sein von dem, was der Grünenfresser und IG-Chemiechef Rappe als Linie abgesteckt hat: Erhalt des Status quo und „Konsolidierung" als „der im Augenblick sicherste Weg, die Hanauer Betriebe zu erhalten." (FR, 4.6.85)

Die Forderung nach Stillegung der ALKEM, die sowohl politisch wie auch zusätzlich juristisch hervorragend fundiert ist, taucht im „Doppel-Vierer"-Papier nicht mehr auf. ALKEM soll weiterhin und neuerdings mit grüner Unterstützung jährlich 3-4 Tonnen Waffenplutonium verarbeiten und exportieren. Herzlichen Glückwunsch, Holger Börner!

Rückfall hinter SPD-Positionen als Fortschritt verkauft

Das SPD-Organ 'Vorwärts' hatte recht, als es zum Doppel-Vierer-Bericht anmerkte: „Was die Hanauer Firmen angeht, ist das Ergebnis aus grüner Sicht eher dürftig." Schlimm, weil desinformierend hingegen die Presseerklärung der Grünen Landtagsgruppe vom 15.5.1985: Anstatt die Schwachpunkte des Berichts aus grüner Sicht anzusprechen, wird der schlechte Kompromiß zum neuen Programm:

„Die Expertenkommission hat in umfassender Weise die Handlungsmöglichkeiten in der Atompolitik auf Landesebene deutlich gemacht. Darüberhinaus sehen die Grünen in dem vorgelegten Bericht eine fundierte Grundlage, um die Diskussion um den Ausstieg aus der Atomenergie zu beleben und zu vertiefen."

Ganz absurd ist die Erklärung des hessischen Pressesprechers zu ALKEM, wo es im Hinblick auf das „Doppel-Vierer"-Papier heißt: „Fortschritt hinsichtlich ALKEM. ALKEM ist prinzipiell nicht genehmigungsfähig."

Grüne Anti-Atompolitik à la SPD

Der Bericht der „rot-grünen" hessischen Atomkommission enthält weitere Festschreibungen auf SPD-Positionen, die von Bürgerinitiativen gegen Atomenergie immer abgelehnt wurden:

— Die Arbeitsgruppe ging in Sachen Hanauer Atombetriebe „bei ihren Empfehlungen allein vom geltenden Verfassungs- und Atomrecht aus und blamiert sich damit vor dem hessischen Landwirtschaftsminister Görlach, der zu Recht „die Auffassung vertreten hatte, es habe keinen Sinn, sich nur allein auf Rechtspositionen zurückzuziehen, wenn man eine andere Energiepolitik wolle." (FR, 18.5.85)

— Auf dieser Grundlage wird (mit Auflagen) die Genehmigung der Reaktorbrennelement-Union (RBU) und der HOBEG empfohlen und für NUKEM II allein der Sofortvollzug der Genehmigung durch (Wirtschaftsminister) Steger von November 1984 abgelehnt.

— In Anlehnung an die SPD-Programmatik wird auf den Ausstieg aus der Atomenergie so bald wie möglich verzichtet, um „generell und längerfristig" den Ausstieg anzustreben. Ein Koalitionsbeschluß in Hessen würde also gänzlich auf einen Abschalt-Zeitplan für zwei große Atomkraftwerke (Biblis A und B) verzichten, die jährlich 60.000 Kilogramm hochaktiven Atommüll ausstoßen und 540 Kilogramm Plutonium erzeugen.

— Die für die Revision grüner Positionen wohl weitestgehende Aussage versteckt sich unter Kapitel C1 „Waffenfähiges Spaltmaterial": In Übereinstimmung mit den erklärten Positionen der SPD und der Grünen ist die Arbeitsgruppe der Auffassung, daß die großtechnische Wiederaufarbeitung „zugunsten der direkten Endlagerung aufgegeben werden soll".

Es ist pure SPD-Demagogie, die „direkte Endlagerung" von Atommüll als verantwortbare „Entsorgung" zu verkaufen und so zu tun, als sei nun eine Lösung für den eine Million Jahre lang strahlenden Atommüll gefunden. Die Etablierung der direkten Endlagerung erzwingt die Errichtung einer neuen Atom(-Konditionierungs-)Anlage vermutlich in Drahgahn und den Bau und die Inbetriebnahme diverser Zwischenlager und soll last not least die Akzeptanz von Atomanlagen an der Stelle ausbessern, wo die größte Glaubwürdigkeitslücke liegt. Es ist wirklich schleierhaft, welcher Teufel speziell die Vertreter des Öko-Instituts Darmstadt geritten hat, sich „vorbehaltlos" hinter diese SPD-Programmatik zu stellen, obwohl Sondervoten möglich waren.

Verantwortung übernehmen?

Die Hanauer Atomanlagen sind nicht mehr dieselben wie zu Beginn des Konfliktes. Seit dem Bruch des Tolerierungsabkommens im November 1984 hat sich dort ein Sumpf aufgetan, der sich vom Flick-Skandal nicht in Sachen kriminelle Energie unterscheidet, sondern darin, daß nicht Parteispenden, sondern hochbegehrtes Material für Atomwaffen im Mittelpunkt steht.

Die Hanauer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Geschäftsführer von NUKEM und ALKEM, im Bereich von RBU und HOBEG, gegen Beamte des Bundesinnenministeriums und des hessischen Ministeriums wegen unerlaubten Betreibens von Anlagen, in denen mit Plutonium und hochangereichertem Uran hantiert wird. Routine-Kontrollen ergeben, daß ein ALKEM-Mitarbeiter vorsätzlich Plutoniumbilanzen fälscht. Die Kontrollbehörden für die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages berichten von Anomalien und Diskrepanzen in Hanau. In Stegers Wirtschaftsministerium haben Bedienstete Akten verschwinden lassen, während in Bonn der Versuch Zimmermanns scheiterte, dem Wirtschaftsminister die Weitergabe von Akten an die Staatsanwaltschaft zu untersagen. Um die Staatsanwälte „nicht über die Stränge schießen zu lassen", haben sich sogar Justizminister und Generalstaatsanwalt schon etwas einfallen lassen", schreibt der 'Stern' (21.3.85).

Daß trotz dieser Skandale nicht einmal ein Teil der hessischen SPD bereit ist, die grüne Forderung nach Einsetzen eines Untersuchungsausschusses zu unterstützen, spricht Bände. Hanau bedeutet nicht allein: nahezu täglich ein Verseuchungsalarm innerhalb der ALKEM, eine Dauerstrahlenbelastung für die Hanauer Bevölkerung und der Versuch der RBU, der weltweit größte Hersteller von Brennelementen zu werden. In Hanau will gleichzeitig Innenminister Zimmermann die Erhöhung des Inventars an waffenfähigem Material von jetzt 2.260 auf 15.000 Kilogramm durchsetzen. Die SPD wird wissen, wovon sie spricht, wenn sie in diesem Zusammenhang an das „immer noch gestörte Verhältnis" von CDU/CSU zum Atomwaffensperrvertrag erinnert. Daß sie selbst einen Untersuchungsausschuß ablehnt, der etwas Licht in das Dunkel bringen könnte, zeigt, daß sie nach wie vor die Beseitigung der mit Hanau verbundenen Gefahren nieriger gewichtet als die Kungelei und den Schutz der eigenen Genossen innerhalb der Atommafia.

Alle Enthüllungen der letzten sechs Monate bleiben im „Doppelvierer"-Bericht unerwähnt, um die „rot-grüne Zusammenarbeit" nicht zu gefährden. Wir wollen wissen, ob so etwas auch für Euch unhaltbar ist und bleibt. Bisher war der Anti-AKW-Widerstand neben der Friedensbewegung der wichtigste Eckpfeiler der Grünen. Angesichts der aktuellen Entwicklung in Hessen stellt sich für uns jedoch die Frage, ob bei Euch die Erfahrungen von Harrisburg schon so weit verdrängt sind, daß ihr glaubt, für unabsehbare Zeiträume die Verantwortung für Hanau und Biblis übernehmen zu können und ob ihr Euch für einen Zipfel Machtbeteiligung tatsächlich in einen direkten Gegensatz zu den Zielen der Anti-AKW-Bewegung stellen wollt. Mit atomfeindlichen Grüßen

Die Redakteure/innen der Zeitschrift 'atom'

STRAHLENDE GESICHTER machten gestern abend Hessens Ministerpräsident Holger Börner (rechts), Landwirtschaftsminister Willi Görlach und Umweltminister Armin Clauss (links), nachdem die SPD mit den Grünen im Landtag den hessischen Haushalt für 1985 unter Dach und Fach gebracht hatten.

Zum Bericht der Arbeitsgruppe hessische Atompolitik

Das hessische rot-grüne Bündnis wurde im Dezember 1984 an der Frage der Hanauer Nuklearbetriebe, insbesondere an der von Wirtschaftsminister Steger ausgesprochenen 1. Teilerrichtungsgenehmigung für die Brennelementfabrik NUKEM gekippt. Der Beschluß der Landesversammlung der hessischen Grünen vom 8. Juni 1985 in Niederhausen hat es nun wieder zusammengekittet und benutzte als Grundlage das Papier des sogenannten Doppelvierers. Reicht diese Grundlage aus oder manövrieren sich die hessischen Grünen in eine atomare Sackgasse, aus der sie nicht ohne Gesichtsverlust wieder herauskommen?

Unklare Voraussetzungen für die Erstellung des Papiers

Hatte noch die Presse in den ersten Februartagen lauthals verkündet, daß sich nun Grüne und SPD mit der Einrichtung der Kommission an's Werk machten, um einen Ausstieg aus der Kernenergie in Hessen anzustreben, so sucht man diese Zielsetzung vergeblich im vorgelegten Ergebnis.
Vielmehr versuchte sich die Kommission als Helfershelfer, indem indem sie sich um Vorschläge bemühte, "die eine Zusammenarbeit der Fraktionen der Grünen und der SPD in Hessen fördern sollte".
Einen klar umrissenen Auftrag für die Arbeit der Vier von den Grünen beauftragten Wissenschaftler hat es jedoch nie gegeben, geschweige denn eine schriftliche Fixierung über die zu behandelnden Bereiche. Es verwundert schon, daß eine Arbeitsgruppe von SPD und Grünen beauftragt wird, ohne daß eine klare Konzeption über ihre Tätigkeit vorher festgelegt ist. So wurden denn Berge in Geheimgesprächen bewegt und ein juristisch eingepferchtes Mäuschen geboren.
Man muß sich dabei auch fragen, ob diese Politik der verschlossenen Türen nicht letztendlich den Spielraum der örtlichen BI bereits durch ihre Etablierung einengen mußte, da jedes Ergebnis, das nicht die sofortige Stillegung der Hanauer Atomanlagen zum Inhalt hat, einer BI in den Rücken fällt. Wen stört es hierbei von den Grünen noch, wenn die Arbeitsgruppe in ihrer Ausgangsposition von "Empfehlungen zur künftigen hessischen Atomenergiepolitik" spricht, der die Grünen doch eigentlich ein Ende setzen wollten. Der anvisierte "längerfristige Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie" ist auch von SPD-Minister Steger für 2010 in's Auge gefaßt worden.

Wo bleibt der spezifische Bezug zur Situation in Hanau?

Die Kommissionsergebnisse zu den Hanauer Nuklearbetrieben gehen von der Voraussetzung aus, als seien diese Betriebe erst zu genehmigen. Daß es sich um bereits seit jahrzehnten produzierende Anlagen handelt, die erst durch die Überleitungsbestimmung des Atomgesetzes von 1975 jetzt erneut zur Genehmigung anstehen, läßt das Papier völlig unberücksichtigt. Daß hier der Staatsanwalt inzwischen Akten bei Betrieben und der Genehmigungsbehörde beschlagnahmt hat, daß der Vorwurf des illegalen Betriebs seit Monaten unwidersprochen in der Öffentlichkeit bekannt ist, wurde von der Arbeitsgruppe überhaupt nicht in's Kalkül gezogen. Daher ging es nicht darum, die Arbeit des Staatsanwaltes zu ersetzen, wie ein Mitglied des Doppelvierers richtig in Niederhausen bemerkte, sondern aufgrund eigener Recherchen etwas Licht in die juristischen "Rechtskonstruktionen" der Behörden zu bringen. Wäre die Kommission ernsthaft an solch einem Ziel interessiert gewesen, so hätte es doch wohl einen Skandal ersten Ranges geben müssen, wenn der Wirtschaftsminister einer von SPD und Grünen beauftragten Sachverständigenkommission den Einblick in Unterlagen verweigert hätte. Dieser Konflikt wurde jedoch nicht eingegangen. Stattdessen beschränkte sich die Arbeitsgruppe auf ein Ausstiegsszenario, das sicher berechtigterweise die Bundeskompetenz im Atombereich einbezog, jedoch der juristisch verworrenen Lage in Hanau mit den dazugehörigen hessischen Möglichkeiten keineswegs gerecht wurde. Politisch macht es allewell noch einen Unterschied, ob eine Kommission von SPD und Grünen Rechtsverletzungen feststellt und daraus auch politische Konsequenzen fordert, als wenn der Staatsanwalt bei gleicher Situation unter strafrechtlichen Gesichtspunkten ermittelt. Nicht jede Rechtsverletzung" ist schon gar nicht die Kumpanei von Genehmigungsbehörde und Hanauer Atombetrieben ist für den Staatsanwalt relevant.
Man denke nur an den politischen Wirbel, den der Flick-Untersuchungsausschuß entfachte. Ganz im Gegensatz dazu nehmen sich die gerichtlichen Schritte eher bescheiden aus ...

Wohin geht die Reise der Grünen

Obwohl die hessischen Grünen einen für mich unzureichenden Beschluß in Niederhausen gefaßt haben, stellt sich die Frage, was ist auf der Grundlage dieses Doppelvierers zu erwarten. Kann es trotz alles Unzulänglichkeit dennoch einen ersten Schritt zum Ausstieg aus der Atomenergie in Hessen geben? Es wäre fatal, jetzt darauf zu warten, daß alles den Bach runter geht und sich dann hinterher in sattsam bekannter Manier des cleveren Analytikers hinzustellen, um zu sagen: "das habe ich vorher schon gewußt!"
Im Kommissionspapier ist die Einrichtung eines Beirates für die Fragen der Nuklearpolitik vorgeschlagen. Wenn die Einrichtung dieses Gremiums sich noch weiter hinzögert, so werden gewichtige Punkte noch vor seiner Konstituierung entschieden sein, z.B. die gegenwärtig von Minister Steger bereits anvisierte Aufhebung der Teistillegung von RBU. Daher ist es dringend erforderlich, daß dieser Beirat schleunigst zu dieser Frage Stellung bezieht, um evtl. Alleingänge der Genehmigungsbehörde erst einmal zu verhindern.
Im weiteren hat der Beirat die anfangs kritisierte spezifische Hanauer Situation im Hinblick auf die Illegalen Tätigkeiten unverzüglich zu beleuchten und zu würdigen.
Wenn überhaupt noch eine Chance besteht, den Niederrnhausener Beschluß einigermaßen zu Gunsten der Grünen zu wenden so fällt diesem Beirat eine entscheidende Rolle dabei zu.
Ob die Grünen damit gut beraten waren, politische Entscheidungen nun in die Hände von wissenschaftlichen Experten zu legen, muß leider abgewartet werden. Wenn jedoch überhaupt kein Druck der Basis auf die grünen Landtagsabgeordneten erfolgt, so werden auch die Beschlüsse der Experten nur Elfenbeinturmvorschläge bleiben.

Elmar Diez, Hanau

Erklärung der Atommüllkonferenz

Der Bericht der hessischen rot–grünen Atomkomission ist keine Grundlage für einen Ausstieg aus der Atomenergie. Es ist uns unverständlich, daß die Mehrheit der hessischen grünen Landesversammlung und Landtagsgruppe diesen Bericht zur Voraussetzung für eine weitere Zusammenarbeit mit der SPD gemacht hat. Auch die von den Grünen beauftragten Experten innerhalb der Atomkomission haben mit der „vorbehaltslosen" Unterstützung dieses Atomberichtes Positionen unterschrieben, die über SPD–Auffassungen nicht hinausgehen.
In diesem Bericht wird die SPD–Position zugunsten des „längerfristigen" Ausstiegs aus der Atomenergie übernommen, ohne das bestehende Atomprogramm ernsthaft in Frage zu stellen.
Mit der Aussage dieses Berichts, es „wäre zu prüfen, ob bzw. wie lange noch der Betrieb von Atomkraftwerken verantwortet werden kann, ohne daß eine weitere Zunahme von Abfälle gesichert ist" werden Grundpositionen der Anti–AKW–Bewegung der radioaktiven gestellt: Der Betrieb von Atomanlagen ist gefährlich, überflüssig und grundsätzlich kriminell, weil es eine „Entsorgung" nicht gibt. Wir wenden uns besonders entschieden gegen die irreführende Behauptung im Komissionsbericht, die „Direkte Endlagerung" sei eine „Endsorgungsalternative" zur WAA. Diese Behauptung dient der SPD allein dazu, den Weiterbetrieb von Atomanlagen vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Strahlender Atommüll wird in jedem Fall über Jahrtausende hinweg Menschen gefährden – allein die sofortige Abschaltung der Atomanlagen kann zumindest zusätzlichen Atommüll und zusätzliche Langzeitgefahren verhindern.
Auch der Widerstand gegen die Hanauer Atombetriebe wird durch diesen Bericht erschwert. Die Komission hat es versäumt, Informationen über den illegalen Betrieb und die dunklen Geschäfte im Rahmen der „Schicksalsgemeinschaft" der Hanauer Atombetriebe zu verarbeiten.
Der Ausbau der Hanauer Nuklearbetriebe wird im Fall von Hobeg und RBU als unabwendbar hingestellt und bei Nukem und sogar bei Alkem in Kauf genommen. Im Fall der Plutoniumfabrik Alkem fällt der Bericht sogar hinter die Position des früheren Beschlusses der SPD Hessen-Süd zurück, der eine Nichtgenehmigung von Alkem vorsah!

DIE ATOMMÜLLKONFERENZ FORDERT DIE HESSISCHEN GRÜNEN UND DIE BUNDESPARTEI DER GRÜNEN AUF:
HÖRT AUF DIE ATOMENERGIENUTZUNG ZUGUNSTEN DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER SPD ZU VERHARMLOSEN!
LAßT EUCH NICHT IN DAS KORSETT FORMALISTISCHER SACHZWÄNGE EINBINDEN; RECHTSFRAGEN SIND NIE MEHR ALS DER AUSDRUCK GESELLSCHAFTLICHER KRÄFTEVERHÄLTNISSE!
SETZT EUCH VON DER SPD–ATOMSTRATEGIE AB, ANSTATT IHR HINTERHERZURENNEN!
KÜNDIGT DEN BERICHT DER ROT–GRÜNEN HESSISCHEN ATOMKOMISSION AUF!
UND LAßT DIE FINGER VON GRÜNEN ATOMMINISTERN!

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Die RBU-Story (ein Anfang)

Im ersten Teil dieses Beitrages wird der Umfang der derzeitigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlung gegen den Hanauer Plutoniumsumpf skizziert, sowie das Ausmaß an Behinderungen, denen diese Ermittlungen ausgesetzt sind. Dabei wird offensichtlich: In Sachen Hanau gibt es viel zu verbergen und steht noch mehr auf dem Spiel. Es geht hier nicht um kleine und verzeihliche Korruptionsünden wie im Fall Flick, sondern um ein Thema, das die Geheimhaltungsmanie aber auch die inzwischen bekanntgewordenen Indizien zur Staatsaffaire machen: Es geht um nichts Geringeres, als den heimlichen Griff zur Bombe hinter dem Vorhang der 'Zivilen' Atomenergienutzung. Als zweiten Teil bringen wir eine Chronologie der Ereignisse rund um die RBU-Stillegung, die nach dem Erkenntnisstand alle derzeit verfügbaren und gesicherten Informationen enthalten dürfte. Die Chronologie gewährt einen Blick auf die Spitze des Eisbergs, die mit der RBU-Stillegung kurz und jäh auftauchte und derzeit wieder in der Versenkung unterzugehen droht. (Nicht zuletzt durch die Ignoranz und Trägheit der im Koalitionsfieber taumelnden Hessen-Grünen).
In Teil drei eine vorläufige Kommentierung der im RBU-Skandal und im Zusammenhang mit dem AL–KEM-Bunker bekanntgewordenen Einzelheiten. Abschließend eine Kurzdarstellung der wechselseitigen Verflechtungen und der im Faschismus angesiedelten historischen Wurzeln der nuklearen 'Schicksalsgemeinschaft' in Hanau. Dieser Beitrag ist bestenfalls ein Anfang – bis zur endgültigen Aufklärung aller nuklearen Pläne und Aktivitäten in und um Hanau wird noch viel Ermittlungsarbeit – unabhängig von der Staatsanwaltschaft – notwendig sein. Alle Infos, die dazu beitragen können, bitte an die Kontaktadresse der 'Atom'...!

Chronologie der

Die Reaktor–Brennelemente–Union (RBU) ist eine Tochtergesellschaft der Hanauer Atomfirma NUKEM (Nuklear-Chemie und Metallurgie GMBH). Sie kam Anfang Mai '85 erstmals in die Schlagzeilen, als ein Teil der RBU durch die hessische Landesregierung wegen illegaler Lagerung und Verarbeitung von Plutonium und hochangereichertem Uran stillgelegt wurde. Wegen unerlaubtem Umgang mit Atombombenrohstoffen ermittelt die Staatsanwaltschaft allerdings schon seit November 1984.

Die Ermittlungen begannen am 1.11.84 mit der Strafanzeige der Hanauer BI gegen den Geschäftsführer der ALKEM (Alpha-Chemie und Metallurgie GMBH) und zwei Mitarbeiter des hessischen Wirtschaftsministeriums und weitete sich seither ständig aus :

Mitte Dezember '84 : staatsanwaltliche Durchsuchung der ALKEM und Beschlagnahme ganzer Aktenschränke; **Mitte Februar 1985** : Durchsuchung des hessischen Wirtschaftsministeriums (Zuständig für Genehmigung und Aufsicht über die Hanauer Betriebe) und Beschlagnahme von 248 Akten; **Mitte März**: Ausdehnung der Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnung auf die RBU und "vorsorglich" auch auf NUKEM und HOBEG (Hochtemperatur-Reaktor-Brennelemente GMBH); **Ende März** : Strafanzeige gegen NUKEM-Geschäftsführer Hackstein sowie gegen Thurmann und Frank, leitende Angestellte des hessischen Wirtschaftsministeriums. **Mitte April** : Strafantrag gegen Beamte des Bundesinnenministeriums wegen "Anstiftung zum illegalen Betrieb einer Atomanlage" und Ankündigung weiterer staatsanwaltlichen Nachforschungen bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig, die für die staatlichen Plutonium-Geheimlager im Hanauer Bunker der ALKEM verantwortlich ist.

Schon dieses Ausmaß an amtlicher Verstrickung in illegale Geschäfte wäre zumindest dem "Spiegel" normalerweise eine Titelseite wert. Nicht jedoch im Fall Hanau. In diesem hochsensiblen Zentrum für Atomwaffenrohstoffe gehört Diskretion zur Staatsräson, zumal Vertreter aller Atomparteien tiefer als derzeit ersichtlich im Plutoniumsumpf stecken.

Allein deshalb wurden auch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bisher sabotiert, so gut es ging :

Schon Mitte Dezember, nach der ALKEM-Durchsuchung, wurden die Staatsanwälte nach Wiesbaden vor den Rechtsausschuß des Landtages zitiert, um die *"erheblichen Bedenken"* und sonstigen Maßregelungen dieses Gremiums zur Kenntnis zu nehmen. Offen-

14.3.1985 : Nach Durchsicht der beschlagnahmten ALKEM-Akten dehnt die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungsverfahren auf die RBU aus.

24.4.1985 : Steger teilt der Öffentlichkeit mit, daß eine Überschreitung der zugelassenen Umgangsmenge mit Plutonium um 12 kg bei ALKEM entdeckt worden sei, wobei der zuständige Sachbearbeiter der Firma dies durch nachträgliche Fälschung der Bilanzierungsunterlagen zu verheimlichen versucht habe. **Am selben Tag erhält das hessische Wirtschaftsministerium von einem RBU-Mitarbeiter den Hinweis, daß in den RBU-Stätten innerhalb des Plutoniumbunkers der ALKEM mehr Plutonium lagert, als nach außen hin erklärt wurde.**

1.5.1985 : Das Steger-Ministerium hat im Zuge der Überprüfung bei ALKEM definitiv festgestellt, daß die RBU im ALKEM-Bunker reichlich plutoniumhaltiges Material über die im Sicherheitsbericht angegebene Menge hinaus gelagert hat, der RBU-Sicherheitsbericht also getürkt war

2.5.1985 : Das Steger-Ministerium setzt sich mit der RBU in Verbindung und deutet erstmals die Möglichkeit einer Teistillegung an. **Die RBU-Geschäftsleitung erwidert hierauf, nicht irrtümlich, sondern absichtlich auf eine Offenlegung der Bestände an Plutonium und hochangereichertem Uran verzichtet zu haben.** Erklärt wird dies mit der "Schicksalsgemeinschaft", die RBU, ALKEM und NUKEM verbinde.

3.5.1985 : Steger deutet gegenüber dem Bundesinnenministerium an, daß eine Teilstillegung der RBU bevorstehe. Noch in der selben Nacht bittet das Zimmermann-Ministerium um Rücksprache, da, wie später erläutert werden sollte, **die vom hessischen Wirtschaftsministerium enthüllten Vorgänge in Bonn bereits seit Monaten** bekannt gewesen seien. Steger ordnet die Stillegung jedoch ohne Rücksprache an und begründet das später damit, daß er sich andernfalls spätestens seit Kenntnis der RBU-Fälschungen der Beihilfe zu einem Straftatsbestand schuldig gemacht hätte. Öffentlich bekanntgemacht wird die Teilstillegung erst am 7.5, einen Tag nach Beginn des RBU-Erörterungstermines in Hanau.

8.5.1985 : Die RBU-Geschäftsführer Warrikoff und Stöcker protestieren in einem Schreiben an Steger gegen die Verfügung und kündigen die (im Rahmen der Übergangsgenehmigungen allerdings juristisch kaum haltbare) "Präzisierung" der Genehmigungsunterlagen an.

9.5.1985 : Streng vertraulich treffen Bundesinnenministerium und hessisches Wirtschaftsministerium zu einer Besprechung zusammen.

15.5.1985 : Zimmermann verpflichtet Steger vor allen weiteren Weisungen in Sachen RBU die "bundesaufsichtliche Äußerung" des Innenministeriums ein-

bar jedoch ohne Erfolg. Denn am 15.3 stellte sich heraus, daß die leitenden Angestellten im Wirtschaftsministerium *"Frank und Thurmann belastendes Aktenmaterial zur Plutoniumfabrik ALKEM beiseitegeschafft haben"*(taz), was den hessischen Wirtschaftsminister Steger bereits seit dem 5.3 bekannt sei.

waltschaft genötigt sah, neue Schlösser vor den Untersuchungsräumen innerhalb des Wirtschaftsministeriums anzubringen ...

Steger stellte sich bemerkenswerterweise hinter seine Bediensteten und ließ unwidersprochen *„die phantasievolle, facettenreiche Story des ‚Fälschers', der als ‚Psychopath mit krimineller Phantasie' sein Unwesen als ‚Irrer im Wirtschaftsministerium treibt "(FR, 15. 4. 85)* kursieren. Aber auch von höchster Stelle wurden, scheinbar ohne Sinn und Verstand, die ermittelnden Hanauer Staatsanwälte gebremst : Am 21.3 berichtete der "Stern" unter der Überschrift :*"Das Ding ist heiß" : "Um die Ankläger (Staatsanwaltschaft) nicht über die Stränge schlagen zu lassen, haben sich Justizministerium und Generalstaatsanwalt schon etwas einfallen lassen."*

Am 7.4 wurde publik, daß Steger im Februar von dem für Atomfragen zuständigen Bonner CSU-Minister Zimmermann *"mit Nachdruck"* geraten worden sei, *"der Hanauer Staatsanwaltschaft die Akten über die umstrittenen Genehmigungsverfahren nicht zur Verfügung zu stellen. Das Innenministerium bezog sich dabei auf den Paragraphen 96 der Strafprozeßordnung, wonach eine Behörde die Herausgabe amtlicher Schriftstücke dann verweigern kann, wenn sie "das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes gefährdet sieht". "*(FR) Vermutlich zielte dieser Hinweis vom Februar 1985 exakt auf die Akten, die Anfang März im Hause Stegers dem "Aktenklau" in die Hände fielen ...

Am 22.5 schließlich bot Steger im Innenausschuß des Bundestages entnervt mit dem Hinweis *"Ich warne Sie"* die Veröffentlichung einer umfangreichen Dokumentation über alle Abläufe in Hanau an, was von CDU/CSU u n d SPD jedoch eilig abgewehrt wurde. Auch der Vorzeigeliberale Burkhard Hirsch, der noch am 23.5 in einer Presseerklärung zur Offenlegung aller Dokumente, wie von Steger angeboten, geraten hatte, wollte kurz darauf hiervon nichts mehr wissen ...

... im Unterschied zu uns ! Was also kam mit der RBU-Stillegung definitiv an's Tageslicht :

RBU-Stillegung

zuholen. Steger protestiert postwendend und stellt die hintersinnige Frage, ob damit gemeint sei, *"daß gegenüber der Firma RBU die Ankündigung des Besuchs internationaler Kontrolleure zur Ermöglichung von deren Zutritt nicht mehr erfolgen soll"*. In einer fernschriftlichen Erwiderung vom selben Tag stellt sich das Innen ministerium schützend vor die RBU, der ein Erklärungswillen*"– da konträr zum Geschäftsinteresse –"* in Sachen Plutoniumbestände offensichtlich gefehlt habe. Im übrigen habe der hessische Minister bei der Stillegungsverfügung den *"Vertrauensschutz des Betreibers"* nicht in Erwägung gezogen wie auch nuklearspezifische Aspekte *"etwa unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Entsorgungsfunktion der Verarbeitung plutoniumhaltiger Brennstäbe "* außer Acht gelassen.

17.5.1985 : Die RBU erhebt Klage gegen die Stillegung und setzt sie damit faktisch außer Kraft, da Steger auf den Sofortvollzug seiner Stillegungsverfügung verzichtet.

21.5.1985 : Steger wirft dem RBU-Geschäftsführer Warrikoff vor, *"seine Bonner Drähte benutzt zu haben"*, um über das Innen ministerium die Entscheidung seines Ministeriums zu kassieren und fordert gegenüber dem 'Spiegel' den Rücktritt des RBU-Geschäftsführers. Am selben Tag gibt er allerdings im hessischen Landtagsausschuß für Wirtschaft und Technik zu erkennen, daß über eine "Irrtumserklärung" der RBU die Stillegung rückgängig gemacht werden könne.

22.5.1985 : Steger wird zur Berichterstattung in den Bundestagsinnenausschuß zitiert und erklärt, die RBU-Stillegung nach einem "präzisierendem" Brief der RBU wieder Aufheben zu wollen. Nach nichtsdestotrotz schweren Angriffen der Unionsparteien droht er entnervt mit der Vorlage einer umfassenden Dokumentation der Hanauer Vorfälle, verbindet dies jedoch mit der Wahrnung vor gerichtlichen Konsequenzen, die sich aus den Inhalten der diesbezüglichen Akten ergäben. Unionsparteier und SPD wehren erschrocken ab.

Steger am 22.5. :„Ich könnte diese Dokumente der Staatsanwaltschaft übergeben - aber ich warne Sie - das hätte Folgen für uns alle..."

24.5.1985 : Das Bundesinnenministe rium wendet sich – bezugnehmend auf die Geheimbesprechung vom 9.5.85 – erneut in einem streng vertraulichen Schreiben an Steger.

5.6.1985 : Wie von Steger vorgeschla gen, "präzisiert" die RBU ihren Antrag

14.6.1985 : Steger schlägt Zimmermann nunmehr einen "rechtlich tragfähigen Weg" zur Rückgängigmachung der Stillegung vor. Allerdings solle Zimmermann hierrüber entscheiden.

21.6.1985 : Zimmermann fordert, die Teilstillegung "unverzüglich" wieder aufzuheben, Steger erklärt, dieser "Weisung" Folge leisten zu wollen.

25.6.1985 : Steger erklärt, vor Aufhebung der Stillegungsverfügung mit Bonn noch einige "offene Fragen" klären zu müssen.

3.7.1985 : Nach einer erneuten Unbedenklichkeitserklärung Zimmermanns nimmt RBU ihre Arbeit im ALKEM-Bunker wieder auf.

Unter Waffenexperten

Professor Stoll, Geschäftsführer der ALKEM, wird nicht müde, Bombenverdächtigungen bzgl. ALKEM wie folgt zu widerlegen:
„ Wir verarbeiten hier kein Metall, sondern Plutoniumoxid. Kein Waffenexperte würde daraus eine Bombe bauen. Das wäre ungefähr so, als würde man versuchen, aus Eisenerz ein Maschinengewehr mit Nachtsichtgerät zu bauen."Das für Bombenbau erforderliche Plutoniummetall verlangt ganz andere Produktionseinrichtungen, erklärt der ‚Plutonium-Papst' *(gegenüber dem ‚Stern').*
Er wird es als ehemaliger Mitarbeiter eines militärischen US-Atomforschungszentrums wissen müssen. Tatsächlich wären beim pulvrigen Plutoniumoxid 22 kg erforderlich, um eine kritische Masse zu bilden, während eine Bombe aus Plutoniummetall mit 4-5 kg auskommt.
Damit ist das Problem aber nicht aus der Welt sondern vielmehr auf die Frage konzentriert, ob und inwieweit in Hanau PlutoniumMETALL erzeugt werden kann und ob tatsächlich -wie Stoll suggeriert- ganze Technologieabgründe zwischen dieser Technik und der für den Brennelementebau üblichen Oxidtechnik liegen.
Abgesehen davon, daß die Distanzierung von metallkundlichen Kenntnissen durch den ALKEM-Geschäftsführer schon wegen es Firmennamens erstaunt (ALKEM = Alpha-Chemie und Metallurgie GmbH) bringt auch eine erste oberflächliche Betrachtung dieser Frage erstaunliches zutage:
Einmal *lassen sich aus den an ALKEM verschickten Plutoniumlösungen mit der relativ simplen Technik der Elektrolyse Plutoniummetalle gewinnen.* **Zweitens** *sind aus der „Deutschen Gold- und Silber Scheideanstalt" , kurz DEGUSSA, die auf dieses Verfahren der Metallgewinnung spezialisiert ist, alle Hanauer Atomfirmen hervorgegangen; schon im Faschismus war die DEGUSSA zuständig für die Produktion von Uranmetall für Kriegszwecke, heute besitzt sie 35% der NUKEM.* **Drittens** *hat die DEGUSSA 2 große und strengbewachte Produktionshallen auf dem Gelände der Hanauer Atomfirmen stehen, die täglich per Elektrolyse (mit und ohne Schutzgas) Metalle, darunter Gold und Silber, abscheiden.* **Viertens** *beschäftigt sich ein ganzer Betriebszweig der NUKEM auch heute mit der Herstellung von Uranmetallen, d.h. hier wird exakt die Technik der Metallgewinnung aus wässriger Lösung praktiziert, die sich -bei Beachtung der Kritikalitätsprobleme- auf die Plutoniummetallgewinnung übertragen läßt. Und* **fünftens** *ist über die allseitige Verfilzung (NUKEM besitzt 40% der ALKEM und 40% der RBU, ALKEM und RBU werden in Personalunion geleitet vom CDU-MdB Warrikoff usw. usf.) und speziell über die RBU-Aktivitäten im ALKEM-Bunker jederzeit sichergestellt, daß dieses Know-How auch für Plutonium bei Bedarf zur Anwendung kommt.*
Es sind also - um auf unseren Stichwortgeber Prof. Stoll zurückzukommen - das Eisenerz und die Produktionsanlage für Maschinengewehre unter einem Dach vereint.

Die RBU will ihren Jahresdurchsatz an niedrig angereichertem Uran von 700to auf 2000to aufstocken, um zum weltweit größtem Brennelementehersteller zu avancieren. Das ist schlimm genug. Denoch galt die RBU im Unterschied zu NUKEM und ALKEM immer als die etwas harmlosere und zumindest nicht mit dem Ruch der militärischen Ambitionen behaftete Anlage.
Anfang Mai platzte dann so etwas wie die "RBU-Bombe". Völlig überraschend stellte sich heraus, daß die RBU – seit 10 Jahren per "Übergangsgenehmigung" illegal mit ca. 1500kg Plutonium sowie mit hochangereichertem Uran hantiert.
– seit 1981 den Plutoniumbunker der ALKEM hierfür nutzt und
– selbst die mit Atomfans verseuchte hessische Genehmigungsbehörde (nach offizieller Version !) mit gezinkten Zahlen hinsichtlich der verwendeten Plutoniummengen getäuscht hat.
Der Öffentlichkeit wird zur Erklärung dieser Dinge folgende Version präsentiert :
Die RBU nutze seit 1981 aus Sicherheitsgründen den ALKEM-Bunker. Seit November jedoch sei dieser Produktions-

Was bun

bereich der RBU im Sicherheitsbericht der ALKEM aufgeführt und nicht im RBU-Sicherheitsbericht. Allein die Verzögerung bei der ALKEM-Genehmigung habe vorübergehend einen "rechtsfreien Raum" geschaffen.
Diese Version läßt jedoch wesentliche Fragen offen :
– Handelte es sich bei dem Versuch des ALKEM-Buchhalters, 12kg angeblich zuviel vorhandenen Plutoniums per Radiergummi wegzubekommen, lediglich um ein buchungstechnisches Problem, wie behauptet? Kann tatsächlich ausgeschlossen werden, daß der sog. "Buchungsfehler" nicht in Wirklichkeit das Verschwinden einer Menge von angeblich überschüssigem Kernbrennstoff kaschieren soll, mit der sich beispielsweise zwei Bomben herstellen ließen?
– Welche Beziehung besteht zwischen ALKEM und der RBU vor dem Hintergrund der Tatsache, daß erst im Zuge der Ermittlungen aus Anlaß des ALKEM-"Buchungsfehlers" das nirgendwo aufgeführte Überschußplutonium bei RBU entdeckt wurde ? Wie erklärt sich die Aussage Stegers vom 22.5 85, diese Entdeckung bei RBU mache es unwahrscheinlich, daß der ALKEM frühzeitig eine Erweiterungsgenehmigung erteilt wird?
– Wie ist es zu erklären, daß in der Öffentlichkeit über 10 Jahre hinweg der Eindruck erweckt wurde, die RBU habe mit waffenfähigem Material nichts zu tun? (z.B. auch anläßlich der Anhörung

über Proliferationsgefahren im hessischen Landtag am 15.6.84), obwohl der hessischen Landesregierung dieser Umstand ebenso bekannt war, wie die Tatsache, daß RBU seit 1981 im ALKEM-Bunker hantiert ?
– Wieso wurden auf einer zweiten Ebene seitens der RBU falsche Angaben über Eigenbestand an waffenfähigem Spaltstoff gemacht und warum wurde die Fälschung von der RBU-Geschäftsführung unter dem Stichwort *"Schicksalsgemeinschaft"* ausdrücklich verteidigt ?
– Warum wurde der illegale Status der RBU und das Operieren mit einem gefälschten Sicherheitsbericht monatelang von der Bundesregierung wissentlich gedeckt ?
– Welche Art von "Geschäftsinteresse" (Zitat Bundesinnenministerium, s. o.) hat die RBU zu ihrem "fehlenden Erklärungswillen" veranlaßt ?
– Was veranlaßte Steger, erst den Rücktritt des RBU-Geschäftsführers Warrikoff zu fordern um anschließend geradezu servil dem Bundesinnenminister die Wiederinbetriebnahme der RBU (bei identischer Geschäftsführung) zu empfehlen ?

kern Alkem und RBU?

Diese Fragen bedürfen auch deshalb einer Klärung, weil sich die besagten Vorgänge in einem geradezu geheimnisumwitterten Gebäudekomplex der ALKEM abspielten.
Gemeint ist der Plutoniumbunker, der seit Beginn der achtziger Jahre sowohl der ALKEM als auch der Bundesregierung (die Übergänge sind fließend) als Hantierungs-, Verarbeitungs- und Lagerstätte für waffenfähige Spaltstoffe dient und von dem der Herausgeber der FAZ, F.U.Fack, zu berichten wußte, daß dort *"auch hohe Militärs beider (?) Weltmächte"* zu den Besuchern gehören. (FAZ v. 6.3.85) Der sogenannte staatliche Teil dieses Bunkers steht unter absoluter Geheimhaltung. Sowohl über die Menge als auch über die Zusammensetzung des dort gelagerten Spaltmaterials verweigert die Bundesregierung jede Auskunft. Die FR vermutete allerdings schon im Herbst '81, daß sich über 2 Tonnen in diesem – auf 10 Tonnen angelegten Gebäude – befänden. Es liegen allerdings selbst *"der Genehmigungsbehörde keine detaillierte Angaben über den Jahresdurchsatz an Plutonium"* bei der ALKEM vor.(FR v.19.11.85) Sicher ist nur, daß sich die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen auf genau diesen Bunker konzentrieren (vgl. FR, 7.4.85), daß seit 1975 37*"wesentliche Änderungen"* im Zusammenhang mit diesem Bunker vorgenommen wurden und daß im Rahmen dieser Änderungen u.a. ganze Chemieanlagen in den Bunker verlegt und – abgeschottet von der Öffentlichkeit – vollständig umgestellt worden sind.
Diese Chemieanlagen werden in einem Ministeriumsvermerk als der *"wichtigste Teil der Fabrikationsmethode"* bezeichnet (Sp 12/85). Gemeint ist hiermit namentlich die Mischoxid-Herstellung für die Brennelementherstellung : Wässrige Uranyl- und Plutoniumlösungen aus der WAA Karlsruhe werden hierbei verrührt und über Kristallbildung in eine pulvrige Oxidform gebracht.
Ob darüber hinaus weitere chemische Anlagen im Bunker existieren, ist unbekannt. Bekannt ist nur, daß es ebenfalls einer chemischen Anlage bedarf (einer relativ unkomplizierten), wenn das Plutoniumoxid in Plutoniummetall, wie es bei Waffen zur Anwendung kommt, umwandeln wollte. (s. nebenstehenden Kasten)

Es bleibt festzustellen :
1. Obwohl in Hanau mit den sensibelsten Stoffen der Welt im Ionenmaßstab umgegangen wird und trotz des im Ausland weitverbreiteten Argwohns, die Bundesregierung könne sich eines Tages atomar rüsten, haben Regierung, Genehmigungsbehörde und Betreiber in Hanau ein nukleares Gruselkabinett geschaffen, das unüberschaubarer und gleichzeitig "flexibler" in der Verletzung von Vorschriften und Gesetzen ist, als jede stinknormale Industrieanlage. **Die bekanntgewordenen Vorgänge um die RBU werfen ein Schlaglicht auf Zustände, die eine geradezu ideale Kulisse dafür bieten, mal hier, mal da Spaltstoffabtweigungen vorzunehmen und dies hinter diversen Produktionsstufen zu tarnen.**

2. Die Haltung des hessischen Wirtschaftsministeriums gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Aufklärungsversuchen beschrieb Günther Hollenstein in der FR vom 15.4.85 wie folgt: *"Welche Verunsicherung die Hanauer Ermittlungen in Steger's Haus auslösten, obwohl sie angeblich eine ganz undramatische Angelegenheit waren, zeigte die Reaktion des Ministeriums. Unter allen Umständen sollten die Ereignisse nach außen hin abgeschottet werden, man wollte zunächst nicht einmal zugeben, daß eine "Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnung" für das Ministerium existierte, die ein Hanauer Amtsrichter vorsorglich am 4.März auf Antrag der Staatsanwaltschaft erlassen hatte. (Bekanntlich begann einen Tag darauf der Aktenklau durch Thurmann, Frank , s.o., Anm.Atom) Alle übrigen Informationen aber, die auf dem Wege von Aktennotizen an die Öffentlichkeit kamen und in dem Vorwurf gipfelten, die beiden Beamten Frank und Thurmann hätten das Wohl der Firma mehr im Auge gehabt als das Atomgesetz, bezeichnete das Wirtschaftsministerium als "Fälschungen von der Qualität der Hitler-Tagebücher..."*
Die Teistillegung der RBU durch Steger war kein Akt der Profilierung gegenüber den Grünen und erst recht nicht ein Beitrag zur Aufklärung, sondern in erster Linie ein Akt der Angst : Steger wollte sich aus der staatsanwaltlichen Schußlinie bringen um dem Vorwurf der "Beihilfe" zu entgehen. Dieselbe Linie bei der Verfolgung der RBU-Affaire : Anpassung an die versumpften Verhältnisse und Beweglichkeit nur dann, wenn sich anders die eigene Haut nicht retten läßt. Mit einem eisernen (oder meinetwegen auch strikt rechtsstaatlichen) Besen den Plutoniumstall vom Keller bis zum Dachboden auszufegen – davor schrekken Hessen-SPD und Steger bis heute zurück. Die Assimilierung mit dem Augiasstall wurde besonders augenfällig, als Steger wider besseren Wissens der RBU-Geschäftsführung mit dem Vorschlag, ihren Antrag zu "präzisieren", einee Brücke baute und trotz Rücktrittsforderung gegenüber CDU-Warrikoff die alte Geschäftsführung (die mangels "Zuverlässigkeit" selbst lt. Atomgesetz sofort abzusetzen wäre) in ihren Posten bestätigt und bestärkt. Daß

Prof. Stoll (ALKEM) schließt den Plutoniumbunker: „Weg! Weg da!"

dieser Kurs auch innerhalb der hessischen SPD-Landtagsfraktion ausnahmslos getragen wird, zeigte sich, als selbst auf dem Höhepunkt der RBU-Affaire am 11.5.85 die Forderung der Grünen nach Einrichtung eines Untersuchungsausschusses von dieser Seite einstimmig abgelehnt wurde.

3. Aber auch die hessischen Grünen haben die unabdingbare Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit realpolitischem Augenmaß fallengelassen, sobald klar war, daß die SPD hier blockt. Schlimmer noch :
Das wachsende Interesse an einer Zusammenarbeit mit der SPD auf Regierungsebene ging einher mit der Tendenz, die alarmierenden Vorgänge um RBU zu verharmlosen, zu verdrängen oder gar bewußt auszuklammern. :
Zeitgleich zur Enthüllung des Plutonium-"Buchungsfehlers" bei ALKEM begannen die Koalos damit, über Ministerposten zu schwatzen.(Spiegel 20/85) Zwei Tage nach der endgültigen Ablehnung des Untersuchungsausschusses durch die SPD formulierten die grünen MdLs Messinger und Vielhauer ihr "klares Koalitionsangebot" (taz, 13.5.85). Zwischen diversen vertraulichen Treffen von Bundesinnenministerium und Wirtschaftsministerium weisen die Hessen-Realos die Forderung nach **öffentlichen** Verhandlungen mit der SPD mit dem Hinweis zurück, es "sei fraglich, ob Börner einen "solchen Zirkus" überhaupt mitmachen würde."(taz, 21.5.85) Der Bericht der "rot-grünen" Atomkommission klammert die akuten Enthüllungen um RBU und ALKEM vollkommen aus und attestiert bezüglich der RBU der Genehmigungsbehörde, den Antrag auf Erweiterung kaum ablehnen zu können.
Am 30.5 schließlich kann der hessische Finanzminister Krollmann zu einem Zeitpunkt, als ein Ende der RBU-Affaire nicht absehbar war, widerspruchslos das SPD-Koalitionsangebot an die Grünen mit der Warnung verbinden,"daß die Plutoniumproduktion in Hessen **frühestens** in den 90er Jahren beendet werden könne... Weiter geht die SPD davon aus, daß die Atomfabrik RBU nicht zur Debatte steht..."(taz, 30.5.85)
Hessen vorn ? Hessen vorn !

Atomzentrum Hanau:

Die Wurzel liegt im Faschismus

aus: AK 232, Nov. 84

In der nuklearen Branche scheint eine — milde gesagt, einschlägige — Tradition den Marktwert hoch zu erhöhen. In ihren farbigen Werbeprospekten verkündet NUKEM stolz: *„Die an die Erfahrungen der Degussa anknüpfende Tradition der NUKEM im Umgang mit Uran reicht weit zurück:*
— Ab 1941, kurz nach der Entdeckung der Spaltbarkeit des Uranatoms, wurde von der Degussa im Werk Wolfgang bei Hanau, dem heutigen Standort der NUKEM, Uranmetall für Forschungszwecke hergestellt.
— Nach Unterbrechung dieser Arbeiten im Jahr 1945 wurde hier 1956 von der Degussa der erste Brennstab hergestellt.
— Im Jahr 1960 wurden alle Kernbrennstoff-Aktivitäten auf die neugegründete NUKEM übertragen.
— Aus diesen Anfängen ist in Hanau eine der größten Brennelementfabriken der Welt entstanden".

1941: Forschungszwecke?

Die „Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt" (Degussa) ist das einzige Unternehmen, das nach dem Faschismus im Nuklearsektor beinahe bruchlos weitermachte. Schon 1940 hatte die Degussa vom Heereswaffenamt aus Berlin die dringliche Order bekommen, Uranmetall zu produzieren. Unverzüglich wurde eine bereits vorhandene Thoriumanlage im Frankfurter Hauptwerk der Degussa umgestellt und dort fortan das gesamte Uranmetall produziert, das Hitlerdeutschland während des Krieges benötigte. Die Produktion schnellte von 280 kg (1940) auf 5.600 kg (1942) und wurde bis einschließlich 1944 aufrechterhalten. 10 Jahre später, im April 1954, notierte der Ex-Forscher für Hitlers „Wunderwaffe" und Promoter für die erste deutsche WAA in Karlsruhe, Karl Wirtz, daß die Degussa bereits zu diesem Zeitpunkt erneut „um fast jeden Preis an der Kernenergieentwicklung in Deutschland teilnehmen" wolle. 1955 hatte die Degussa ihre Nuklearaktivitäten wieder aufgenommen, 1956 war der erste Brennstab gebaut. Seit 1957 begann die Degussa, sich auf dem militärisch hochinteressanten Gebiet der Urananreicherung zu engagieren. Selbstredend wurde sie dabei unterstützt von F.J. Strauß, der die besondere Bedeutung dieser Aufgabe nie hervorzuheben vergaß, und von Karl Wirtz, der 1957 als Vorsitzender des AK Kernreaktoren der Deutschen Atomkommission aus „Autarkiegründen" und „zwecks Vermeidung internationaler Kontrollen" (!) darauf setzte, „deutsches Uran (nach deutscher Anreicherung versteht sich; Anm. AK) in Reaktoren zu verwenden". Begriffe wie Autarkie konnten freilich den begehrlichen Blick der Herrschaften auf die Möglichkeiten dieser Technik kaum verhüllen. Ab 1960 wurde der Uranbereich der Degussa in die neugegründete Firma NUKEM (Nuklear-Chemie und -Metallurgie GmbH) verlagert, an der Degussa 75%ig beteiligt war (heute: 35 % Degussa-Beteiligung).

Bei der Grundsteinlegung war die US-Firma Mallinckrodt mit von der Partie, deren Know-how aus dem amerikanischen Atombombenprojekt stammte. Mallinckrodt gab seine Anteile später an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) weiter, das seit 1976/77 mit 45 % der größte Gesellschafter bei NUKEM ist. Dennoch blieb NUKEM weiter in Kontakt mit anderen Firmen des Atombombenbaus in den USA, **u.a.** Union Carbide und Du Pont. Anfang der 60er Jahre nahm NUKEM die Entwicklung und Produktion von Kernbrennelementen auf.

1964 war NUKEM mit 25 % bei der GWK (Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) beteiligt. Die von 1967-71 in Karlsruhe gebaute WAA wurde fast vollkommen vom Staat finanziert. NUKEM selbst war von Anfang an ebenfalls auf staatliche Förderbedürftigkeit hin angelegt. Schon 1962 wurde im Atomministerium festgestellt, die Firma werde nur „durch erhebliche Zuschüsse des Bundes über Wasser gehalten". An NUKEM und ihre Tochterfirmen wurden bisher etwa 500 Mio. DM Bundeszuschüsse gezahlt.

Die NUKEM-Ableger: 1. ALKEM

Als 1963 im Rahmen eines Karlsruher Schneller-Brüter-Projekts 175 kg Plutonium verarbeitet werden sollten, ergriff NUKEM die Initiative zur Plutonium-Brennelementfertigung und gründete gemeinsam mit „Dow Chemical" (30 %) die Tochtergesellschaft ALKEM. Der US-Chemiekonzern hatte Erfahrung in der Verarbeitung von Plutonium, da er für die amerikanische Regierung die Anlage „Rocky Flats"bei Denver betrieb. Diese Anlage wurde 1952 in Betrieb genommen und war der einzige Ort in den USA, wo Plutonium-Zünder für Atomwaffen hergestellt wurden. „Dow" transferierte später seine „Erfahrungen" durch amerikanische Fachleute ins Kernforschungszentrum Karlsruhe, wo ALKEM die Produktion zunächst als Untermieter aufnahm. Heute liefert ALKEM Plutonium-Brennelemente auch an Reaktoren wie den Schnellen Brüter Phenix in Frankreich der dem militärischen Flügel des französischen Atomkommissariats untersteht.

Quellen: J. Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Reinbeck 84; R. Gerwin, Atoms in Germany, Düsseldorf 1964; D. Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe; Atommüllzeitung Nr. 26.

Atomenergie und Arbeitswelt

Wir haben in Bremen am 26. und 27.April unsere lange angekündigte Konferenz zum Thema »Atomenergie und Arbeitswelt« durchgeführt. Diese Konferenz hatte eine unmittelbare Vorgeschichte von etwa einem halben Jahr und eine mittelbare von etwa 5 Jahren.

Zunächst zu mittelbaren: Ende des Jahres 1979 nahmen Mitglieder der BBA Kontakt zu Leiharbeitern des AKW Esensham auf. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist die sehr lesenswerte Broschüre »Mord auf Raten« entstanden. Die Bremer Gebäude-Reinigungsfirma »Jaffke«, die Putzkräfte in verschiedene norddeutsche Atomkraftwerke lieferte, wurde Ziel mehrerer Tag und Nacht-Aktionen findiger Bremer AKW-Gegner.

Im Rahmen der Bundeskonferenz 1980 der Anti-AKW-Bewegung in Bremen gab es zu dem Thema der Arbeitsbedingungen in Atomanlagen sogar eine extra Arbeitsgruppe, die sich aber recht mühselig dahinquälte.

Die Arbeit zu diesem Thema schlief dann im Laufe des Jahres 1981 wieder ein. Woran das genau gelegen hat, wissen wir nicht. Die Bewegung stand damals an anderen Punkten und vor anderen Problemen. Zudem stellten sich bei der weiteren Arbeit zu den Arbeitsbedingungen in AKW's zunächst einmal keine weiteren Erfolge ein, die ein weiteres Bemühen in dieser Hinsicht hätten beflügeln können.

Seitdem haben sich natürlich die Zeiten geändert. Wir wissen, daß die Gegnerschaft zum Bau und Betrieb von Atomanlagen nicht geringer geworden ist bei vielen Menschen. Zugenommen haben aber die Fragen, wie wir noch unseren Protest wirkungsvoll ausdrücken können und welche Möglichkeiten überhaupt noch bestehen, das langsam fortschreitende Atomprogramm zu stören und letztlich abzuschaffen. Vor genau diesen Fragen stand auch im Oktober 1984 der Brokdorfer Widerstandskongreß. Eine Idee auf diesem Kongreß war der Gedanke, sich wieder verstärkt um den Bereich der Arbeitswelt in Atomanlagen zu kümmern.

An dieser Stelle setzt dann auch die unmittelbare Vorgeschichte unseres Treffens an. Auf der nachfolgenden Bundeskonferenz in Braunschweig entstand die Idee zu dieser extra Konferenz.

In vielen Gesprächen gab es zwar kaum jemanden, der diesen Bereich in unserem Widerstand nicht als wichtig erachtete. Doch niemand sah sich verantwortlich dazu in der Lage, zu diesem Thema eine Konferenz einzuberufen. Wir haben dann dazu in Bremen die Initiative ergriffen.. Auf zwei Vorbereitungstreffen haben wir den Rahmen, die Chancen und Möglichkeiten einer solchen Konferenz erörtert und diskutiert. Kontrovers war bei den Vorbereitungen die Einschätzung des Stellenwertes dieses Themas im Gesamtkontext der Anti-AKW-Bewegung. Der Meinung, daß es bei diesem Thema um eine »längerfristige Schwerpunktverlagerung der Bewegung geht« stand die Einschätzung gegenüber, daß dieser Bereich allenfalls eine Ergänzung bisheriger Aktivitäten unseres gemeinsamen Widerstandes sein kann. Einig waren wir uns aber in der Einschätzung, daß wir den Bereich der Arbeitswelt in Atomanlagen in unseren bisherigen Überlegungen, den Bau und Betrieb von Atomanlagen zu stören, bislang weitgehend ausgeklammert haben. Dieser Umstand ist an und für sich ein Rätsel, angesichts der vielen attraktiven Möglichkeiten, die sich in diesem Bereich für unseren Widerstand auftun könnten, wenn wir ihn nur in unser Gesichtsfeld rücken.

Noch immer kommt es vor, daß Menschen von uns vorhandene Kontakte zu im Atombereich Beschäftigten nicht ausreichend und konsequent in unserem Sinne ausbau-

en und für unsere Ziele nutzen. Diese für uns alle in einer Bewegung außerordentlich wichtigen Erfahrungen bleiben dann individualisiert und sind nicht in unsrem politischen Gesamtkontext nutzbar. Eine minimale Bewußtseinsänderung in diesem Bereich könnte uns vielleicht auf absehbare Zeit eine Verdoppelung der öffentlich bekanntgewordenen Störfälle aus Atomanlagen bescheren, bei der die eine Hälfte auf unsere Kontakte in die Werke und die andere Hälfte auf die Verunsicherung der Betreiber zurückgeht.
Deswegen war auch ein Ziel unserer Konferenz, neben der Zusammenführung neuester Erkenntnisse auf diesem Gebiet, die Verankerung dieses Themas in den Köpfen von Atomkraftgegnern voran zu bringen.
Ermutigt haben uns in der Vorbereitung eine Reihe von Reaktionen auf die angekündigte Konferenz von einer Seite, mit der wir so schnell gar nicht gerechnet hatten: Das »Deutsche Atomforum« ließ neben der »Kerntechnischen Gesellschaft« hochoffiziell mit »freundlichen Grüßen« auf »Tagungs- und Anmeldeunterlagen« nachfragen.
Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung bedachte uns im Vorfeld des Treffens mit einem Zeitungsbericht unter dem Titel: »Atomkraftgegner wollen Betrieb der Anlagen unmöglich machen« und einem Kommentar mit der Überschrift: »Saboteure machen mobil«.
Aus dem niedersächsischem Innenministerium wurde uns ein Rundschreiben des KWU Sicherheitschefs Ratke an das dortige Haus anonym zugesandt, mit dem Protokoll unseres ersten Vorbereitungstreffens als Anlage (siehe auch atom Jan./Feb.). Unser Protokoll scheint dem KWU Sicherheitschef »deshalb bemerkenswert, weil es in Bezug auf die Sicherheit kerntechnischer Anlagen erhöhte Bedeutung erlangen könnte«. Zugleich bat er darum, unser wahrlich gelungenes Papier »auch an andere interessierte Stellen weiter zu geben«.

Viel Feind, viel Ehr, möchte man frau nach sovielen, von einschlägiger Seite kommenden Ermunterungen meinen. Dieses Interesse und die Aktivitäten im Vorfeld unserer bescheidenen Konferenz dokumentierten die Ahnung der Gegenseite, was ihnen blüht, wenn sie sich der bei ihnen abhängig Beschäftigten nicht mehr sicher sein können:
Ein allgemeines Klima der Verunsicherung, unerklärliche Zwischenfälle, Störungen des Betriebsablaufs, Arbeitsverweigerungen usw. im Atombetrieb und draußen eine hellwache Anti-AKW-Bewegung, die jede der zahlreichen anonymen Hinweise aus der Anlage zum Anlaß nimmt, sich entweder nachhaltig zu freuen oder nach der soundsovielten aufgedeckten Sauerei voller Wut den Abriß des AKW's fordert ...
Diese »Ahnungen« der Gegenseite haben uns natürlich angespornt, mit der Konferenz einen ersten Schritt zu tun, sie möglichst bald Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Konferenz

Am Sonnabend versammelten sich 40 Freunde zu unserem Treffen in der Bremer Universität. Es waren erfreulich viele Leute von Standorten dabei: Brunsbüttel, Esensham, Würgassen, Ahaus, Mühlheim-Kärlich, so daß ein Ziel unseres Treffens erreicht worden ist. Leider waren die Grohnder und ein Freund aus Krümmel an diesem Wochenende verhindert.
Auch ein paar eingeladene Referenten, die fest zugesagt hatten, konnten aus verschiedenen Gründen nicht kommen, sodaß wir leider auf unmittelbare Erfahrungsberichte aus dem Baskenland und Frankreich, sowie aus dem bundesdeutschen Gewerkschaftsbereich verzichten mußten.
Hauptsächliche Themen der Tagung waren dann die Struktur der Atomarbeiterschaft in der BRD, deren interne Schwierigkeiten und Probleme, die Situation von Leiharbeitern in Atomanlagen am Beispiel Hanau, neuere Erkenntnisse über Strahlenschädigungen bei Atomarbeitern und die geplante Verschlechterung der »Strahlenschutznormen« durch die Bundesregierung. Danach wurden daraus zu ziehende Konsequenzen und Initiativen unsererseits diskutiert.

Die Struktur der Atomarbeiterschaft in der BRD

Zu der Struktur der im Zusammenhang von Atomanlagen Beschäftigten wurde folgendes berichtet: in den speziellen kerntechnischen Forschungsanlagen sind etwa 6.000 Menschen beschäftigt. In der Atomindustrie etwa 35.000 - 40.000. Von diesen sind etwa 21.000 Strahlenbelastungen im Beruf ausgesetzt. 60% aller Beschäftigten sind gewerbliche Arbeitnehmer, der Rest setzt sich aus Ingieuren, Konstrukeuren, Laboranten und Wissenschaftlern zusammen.
Die Qualifikationen der in der Atomindustrie Beschäftigten sind bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht so spezifisch, als das sie nicht auch in anderen nicht atomaren Bereichen der Wirtschaft einsetzbar wären. So arbeitet z.B. im AKW Stade lediglich ein Physiker als Strahlenschutzbeauftragter. Diese Erkenntnis ist wichtig, da letztlich der Arbeitsplatz der meisten Atomarbeiter nicht an den Anlagen an sich hängen, sondern für sie durchaus die Möglichkeit bestände, mit ihrem Wissen auch anderswo zu arbeiten.
Daraus ergeben sich natürlich Möglichkeiten der Diskussionen mit Atomarbeitern über auch besonders für sie sinnvolle Arbeitsplätze.
Interne Probleme von Atomarbeitern sind die Schnüffeleien des Staates und der Atomindustrie in deren Privatleben, die in einer verschärften Personenkontrolle gipfeln. Nach der Tagung gelangte uns eine vertrauliche Richtlinie des Bundesinnenministeriums in der Hände, die diese Schnüffeleien bundeseinheitlich regeln, erfassen und bürokratisieren soll. Fragen nach dem Wohnsitz der letzten 5 Jahre und vor allem mit wem sind nur die Spitze eines Eisberges. Ein Problem stellen auch die schwierigen Arbeitsbedingungen in Atomanlagen für die dortige Stammbelegschaft dar. Viele dieser Arbeiter stellen sich die Frage, ob sie zukünftig weiter dem Schichtbetrieb mit ihrem steigenden Arbeitsalter unter derartig schwierigen Bedingungen (Strahlenschutzanzüge, enge und heiße Arbeitsbedingungen) gewachsen sein werden. In diesem Zusammenhang wurde auch schon mal der Ruf nach Sozialplänen laut. Derzeit ist die Strahlenbelastung für die Stammbelegschaft noch kein Thema, da sie nicht so verheizt werden, wie die Leiharbeiter (siehe hierzu auch die Ausführungen zu den Leiharbeitern).
Ein anderes Problem stellt für die Arbeiter zum Teil ihr sinnloser und frustrierender Dienst z.B. im Objehktschutz dar. Der Objektschutz des AKW Esensham soll z.B. einer großen Fluktuation unterliegen, der erhebliche Alkoholkonsum während des Dienstes macht den Verantwortlichen zu schaffen. Zudem ist in diesem Bereich die Bezahlung schlecht. So legte z.B. der Objektschutz des AKW Esensham Ende Januar 1985 für 12 Minuten die Arbeit wegen schlechter Tarife nieder. Im Objektschutz des Zwischenlagers Gorleben ist es wegen der schlechten Bezahlung ebenfalls zu Unstimmigkeiten gekommen.
Es ist klar, daß sich aus den dargestellten Widersprüchen eine prinzipielle Ablehnung des Betriebs von Atomanlagen nicht herauslesen läßt. Sie können aber für uns wichtige Anknüpfungspunkte bieten, über die reale Situation der dort Beschäftigten Kontakt mit diesen aufzunehmen, die Widersprüche zu verschärfen und gemeinsam zu überlegen, welche Möglichkeiten bestehen, gegen die Bedingungen und letztlich damit gegen den Betrieb der Anlage vorzugehen.

Die Lage der Leiharbeiter

Zu der Lage von Leiharbeitern lagen ein paar Zahlen und ein sehr detaillierter Bericht aus Hanau vor:
während das Zahlenverhältnis von Stammarbeitern und Leiharbeitern 1969 noch bei 100 Stamm zu 250 Fremdarbeitern lag, so hat sich dieses Verhältnis 1983 von 100 Stamm zu 750 Fremdarbeitern pro AKW verändert. Zurückzuführen ist diese Änderung zum einen auf die gewachsene Betriebsgröße von AKW's sowie auf die größeren Strahlendosen, die bei immer umfangreicheren Arbeiten in bundesdeutschen AKW's letztlich auf immer mehr Menschen verteilt werden. Während die Strahlenbelastung der Stammarbeiter von 1969 sogar um ein viertel gesenkt werden konnte, wurde die Belastung für Leiharbeiter im gleichen Zeitraum ver 7,5 facht.
In Hanau sind in den verschiedenen Atomfabriken 2.100 Menschen fest beschäftigt und ständig 200 Leiharbeiter im Einsatz. Offiziell sollen diese nur bei »Produktionsspitzen« eingesetzt werden. Die Bschäftigung in diesem Umfang wird aber schon in Hanau kontinuierlich seit Jahren durchgeführt. Von »Produktionsspitzen« kann da also nicht die Rede sein.
Die Fremdarbeiter, die z.B. von der Firma »man - power« in die Anlagen geschickt werden, wissen im allgemeinen weniger als die Stammbelegschaft über die Gefahren von AKW's. Ihnen werden lediglich allgemeine Filme über die Schönheit von Atomanlagen vorgeführt.
In der Regel werden Leiharbeiter genau drei Monate in den Anlagen eingesetzt. Bei schon vorgekommen Protesten gegen Arbeitsbedinngungen werden diese Arbeiter problemslos wieder an die Verleihfirmen zurückgeschickt. In diesen drei Monaten werden die Leiharbeiter intensiv in den heißen Bereichen der Hanauer Firmen genutzt und erhalten dort zumeist Dosiswerte, die nahe an die jährlich festgesetzten Grenzwerte für im Atombereich Beschäf-

tigte gehen. Diese Arbeiter brauchen auch nicht jährlich untersucht zu werden, wie die Stammarbeiter. Im Gegensatz zur Stammbelegschaft in Hanau, die einen außerordentlich hohen gewerkschaftlichen Organisierungsgrad besitzt, ist die Organisierung der Leiharbeiter so gut wie gar nicht vorhanden, die Betriebsräte der Hanauer Atomfirmen fühlen sich für diese Beschäftigten nicht verantwortlich. Da bei der Verleihfirma in der Regel auch kein Betriebsrat existiert, steht dieser Stammbelegschaft die absolut rechtlose und hochgefährliche Situation der Leiharbeiter gegenüber.
Die Hanauer BI hat im Dezember 1984 einen Unfall eines Arbeiters mit Plutonium in den Hanauer Werken in Zusammenarbeit mit diesen in die Öffentlichkeit gebracht. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, diesen bisher weitgehend dunklen Bereich an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren.

Neue Erkenntnisse über Strahlenschäden

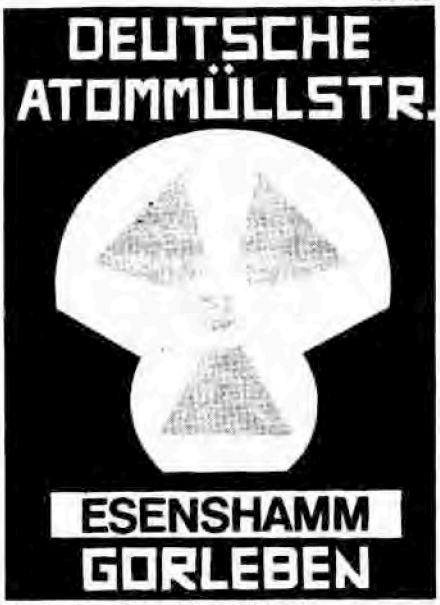
Im Rahmen der Zusammenfassung der neuesten Erkenntnisse über Strahlenschäden bei Atomarbeitern wurde von einem Zwischenbericht einer Studie des US Energieministeriums berichtet, die 1978 begonnen worden ist. In dieser Studie sind 146.000 US-Atomarbeiter bis zum Jahre 1943 zurück erfaßt. In ihr werden überhöhte Zahlen von Todesfällen infolge von Leukämie, Lungen und Gehirnkrebs, Krebs des Magens und Darmtraktes und der Prostata festgestellt. Auch nicht bösartige Krankheiten der Atemwege traten nach der Studie häufiger auf. Der Zwischenbericht stellt fest, daß die ständige radioaktive Belastung mit geringer Intensität, die unter den US-Grenzwerten lag, mehr Schäden bewirkt, als kurzzeitige Bestrahlung mit der gleichen Gesamtdosis.
Demgegenüber stehen die die Pläne der Bundesregierung, »die Strahlenverordnung zu novellieren«, wie es im schönsten Beamtendeutsch heißt. Konkret heißt das z.B., daß die Strahlendosis für bestimmte Organe um bis zu das Dreifache erhöht werden sollen. So wird beispielsweise die Erhöhung der Strahlendosis der Schilddrüse für die Öffentlichkeit von dem Atombefürworter Prof. Jakobi umunwunden damit begründet, daß das Risiko an Schilddrüsenkrebs zu sterben, in den letzten Jahren gesunken ist. Die Atomindustrie will sich damit den Umstand der vielleicht etwas verbesserten Krebsvorsorgeuntersuchungen und die Möglichkeit, daß ein Weiterleben ohne Schilddrüse mit vielen Medikamenten nicht völlig unmöglich ist, zunutze machen.
Das Ziel der Maßnahmen, die Strahlenschutzwerte anzuheben, besteht letztlich darin, der Atomindustrie aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund »überzogener Sicherheitsanforderungen der 70er Jahre« auf Kosten der Allgemeinheit und der Atomarbeiter herauszuhelfen. (zu der ganzen Problematik gibt es ein ausgezeichnetes Faltblatt »Wende im Strahlenschutz«, zu beziehen über den Braunschweiger AK gegen Atomenergie).
Die Ergebnisse aus den USA und die neue Strahlenschutzverordnung können Ansatzpunkte bieten, die Atomarbeiterschaft in der BRD damit zu konfrontieren und vielleicht auch zu verunsichern. Letztlich sind sie die ersten Opfer des Atomprogramms. Vielleicht kratzt dieser oder jener Kollege auf kurz oder lang die Kurve und wechselt zu uns über, weil ihn die ganz persönliche Angst um sein nacktes Leben beschlichen hat. In diesem Sinne wurde es auch von allen Teilnehmern des Treffens als richtig erachtet, für diesen Themenbereich eine große Öffentlichkeit in Form von Kampagnen usw. anzusprechen.

Infolge der Konferenz haben wir von Bremen aus einen Appell an alle Atomarbeiter verfaßt, der nach Möglichkeit an allen bundesdeutschen Atomanlagenstandorten in den dortigen Tageszeitungen aufgegeben werden soll.
Während sich auf dem Treffen eine Vielzahl von Diskussionsbeiträgen um die Bewertung beispielsweise der neuen Strahlenschutzverordnung drehten, kam die Diskussion um die aus den Ergebnissen des Treffens zu ziehenden Konsequenzen nur zögernd voran. »Verstärkt an den DGB zu treten, um diesen zu zwingen, sich mit der Situation der Atomarbeiter auseinanderzusetzen«, wie in einem Bericht der Taz zu lesen war, war durchaus nicht der einzige Gedanke, der bei der Konferenz in dieser Hinsicht geäußert worden war. Unsere Erfahrungen, gerade mit den Gewerkschaften waren ja bislang nicht gerade die besten. Nichts desto trotz haben die niedersächsischen Grünen im Landtag nach dem Treffen eine Pressemitteilung mit dem Tenor »der DGB tut nichts« abgesetzt.
Andere Vorstellungen mündeten darin, sich verstärkt an die Verantwortlichen des Betriebs von Atomanlagen zu halten, diese auf ihr Tun aufmerksam zu machen und gegebenenfalls zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überlegung in diesem Zusammenhang war, in der Umgebung von Anlagen einmal genau aufzustellen, wer wo in welcher Position mit welchen Tätigkeiten in den Atomanlagen arbeitet, um ein gezieltes Ansprechen dieser Menschen möglich zu machen.

Kleines Fazit:

Konkret herausgekommen ist zunächst einmal, daß wir von Bremen aus zentral für die BRD Berichte über den Kontakt zu Atomarbeitern oder der Situation der abhängig Beschäftigten sammeln, sichten und veröffentlichen wollen.
Wichtig ist dabei alles, was mit Arbeitern in Atomanlagen zu tun hat. Jede noch so kleine Information kann hilfreich sein, damit Leute an anderen Standorten sich um das Entsprechende kümmern können. Die Atommüllkonferenz will zu diesem Thema zukünftig eine eigene Arbeitsgruppe einrichten. Wir vebinden mit dieser Arbeit nicht die Hoffnung auf große, spektakuläre Erfolge. Ein Haufen Nerverei, viel Kleinkram und eine Menge Herumwühlerei liegen vor uns. Aber wir sind uns sehr sicher: der Erfolg wird uns recht geben.

MaMo



Deutsche Atommüllstraßen!!!
Auf der letzten Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung ist beschlossen worden,dieses Plakat bundesweit entlang allen Straßen, auf denen Atommülltransporte laufen, zu verkleben.
(Nach bewährter deutscher Tradition, Straßen nach ihren Sehenswürdigkeiten, historischen Merkmalen etc. zu benennen, z.B. »Deutsche Weinstraße«, »Burgenstr.«). Zur Zeit gibt es noch viele Atommüllstraßen. Es ist wichtig, daß die Anwohner bzw. Benutzer solcher Straßen dies wissen.
Deshalb klebt, was der Kleister hält.
Einige hundert Plakate weisen schon den Weg ins Wendland. Zu bestellen bei:
BBA-Info-Laden
St.Paulistr.10/11
28 Bremen
Preis: Stück 20 Pf., ab 100 Stück 10 Pf.
gegen Briefmarken oder bares.

Esensham — der fast vergessene Reaktor

Selbst die Initiativen vom Arbeitskreis Wesermarsch (AKW) beschäftigen sich nur noch am Rande mit dem Atomkraftwerk Esensham, seinerzeit eines der juristisch umstrittensten Atomkraftwerke Mitte der siebziger Jahre. Eine als Großdemonstration angekündigte Aktion vor einem Jahr gegen den Einsatz von Plutonium-Mischoxid Brennelementen (MOX-BE) erwies sich als Flop. Jetzt im Mai 1985 wurde darüberhinaus die vorerst letzte Etappe im Rechtsstreit gegen das Kompaktlager vom Gericht in Oldenburg beendet. Keine 5 Minuten brauchten die Richter, um nach ihrer Beratung eine 7-seitige Ablehnung der Klage vorzulegen. »Entsorgungsprobleme« werden über die beantragte Genehmigung von 400 BE ab 1994 (schrittweise jährlich erhöht von derzeit 322 BE) - davon 48 MOX-BE (derzeit 4) - angesichts der Verschärfung durch Ahaus und Gorleben-Stop hinausgeschoben.

So der NWK-Antrag vom April 1985. Überschüssiger Strom soll durch das Eindringen in den autonomen Energiebereich der Bremer Stadtwerke AG erzielt werden. Diese wollen 20% ihrer Aktien verkaufen. Das letzte Wort scheint noch nicht gesprochen, obwohl die Front zwischen zwischen rechter SPD einerseits und linker (?) SPD, Grünen, Gewerkschaften und Stadtwerkebelegschaft sowie den Umweltinitiativen hart ist. (mehr in der nächsten atom über diesen Konflikt).

Und doch beginnt sich wieder Leben zu regen gegen das AKW Esensham. Der Absturz zweier Phantom-Jäger, die regelmäßig die Reaktorkuppel ansteuern, über dem benachbarten Bremerhaven sorgte für Diskussion über die Sicherheitsfrage. In der Diskussion sind auch Auseinandersetzungen mit Betriebsrat und Belegschaft des Werkes über Strahlenschutz und Arbeitsbedingungen.

Nicht zuletzt die Aktionen gegen die Atommülltransporte nach Gorleben und die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen 1986, deren Ausgang durchaus zu »hessischen Verhältnissen« führen könnte, sind die Motivationspunkte der Initiativen in der Wesermarsch, Oldenburgs und Bremen, sich wieder mit Esensham zu beschäftigen. Ein erster Anfang wurde mit einer Aktion im Rahmen der Aktionen gegen die Bombenzüge gemacht.

Als am 1.Juni 1985 die Auftaktdemonstration für die Bombenzugblockade in Nordenham stattfand, gab es im Anschluß eine berichtenswerte Aktion aus dem Ort Kleinensiel, nahe des Atomkraftwerkes Esensham. Sie stand offenbar im Zusammenhang mit der Bahnstrecke und dem Transport von Bomben und Atommüll. Der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen BBA gingen daraufhin in der folgenden Woche zwei Schreiben zu:

Presseerklärung der Bundesbahn-Bombenzug-Atommülltransport (BBA) GmbH

Am 1.Juni führte die BBA GmbH eine offizielle Einweihung des Atommüllgleises vom Reaktor Esensham zur Bahnstrecke Nordenham-Hude-Oldenburg-Bremen durch. Während seit 1948 die deutsche Bundesbahn sicher und gefahrlos die Munition unserer amerikanischen Freunde zur Sicherung von Frieden und Freiheit von Nordenham aus in alle Teile der Erdkugel befördert, ist doch am wenigsten bekannt, daß seit 6 Jahren auf eben dieser Strecke Atommüll aus unserem Werk Esensham transportiert wird. Wie in jedem gut geführten Haushalt Müll anfällt, müssen wir einmal jährlich rund ein Drittel unserer abgebrannten Brennelemente entsorgen.

Sind unsere Lagerkapazitäten erschöpft, was selten vorkommt, denn wir besitzen ein genehmigtes Kompaktlager, verfrachten wir unseren Müll, den Atommüll, zur Wiederaufbereitungsanlage nach La Hague in Frankreich. In Zukunft werden diese Transporte auch in Richtung Gorleben zum Zwischenlager gehen. Dazu werden dann Castor-Sicherheitsbehälter benutzt.

Unser Werk ist sicher und sauber. Unsere Mitarbeiter sind vollauf zufrieden. Sie verdienen gut, bekommen täglich kostenlos bestimmte Dosen bestimmter Stoffe und dürfen während der Arbeitszeit duschen. Neuerdings dürfen wir mit Plutonium angereicherte Brennelemente verstärkt einsetzen. Dadurch wird das Rohstoffproblem Uran verringert. Entgegen vieler Meldungen, auch aus den USA, ist damit der Bau von sogenannten Reaktorbomben nicht möglich. Dies ist auch nicht unser Ziel. Der Atomwaffensperrvertrag braucht deshalb auch nicht verlängert zu werden.

Wir sind froh, daß die Wirren der letzten Jahre vorbei sind. Das Gerangel um Hanau in Hessen ist lästig, aber zu verkraften, da es dort nur um waffenfähiges Plutonium und nicht um den Betrieb der Anlagen selbst geht. Wir haben schon ganz andere Schlachten geführt!

Wer will nicht weiter in Wohlstand und Freiheit leben? In gesunden Wäldern, sauberer Luft und sicheren Zeiten. Dank Strom aus Atomkraftwerken sind wir diesem Schritt sehr nahe gekommen. Was für die amerikanischen Freunde die Munition ist, ist für uns der Strom. Als Verbündete und Freunde helfen wir uns. Daher dürfen sie unsere Gleise benutzen, wir dafür ihre langjährige Erfahrung beim Reaktorbetrieb. Unsere Polizei schützt ihre Munitionszüge - ihre Munition schützt unsere Freiheit!

Am 1.6.85 weihten wir nun dieses Gleis ein. Im 150.Jahr der Bahn, geht es nicht nur um Intercity, rosaroten Elefant oder Bombenzüge. Es geht auch um Atommülltransporte.

Mit freundlichen Grüßen

K.W.Uranius
Pressesprecher BBA GmbH

Esensham, 1.7.85 Fotos: H.Dahlem, Bremen

Kommando »Wir sitzen alle auf einem Gleis« -»Lieber tot als rosarot« erklärt:

Einen Tag vor dem 18.Todestag Benno Ohnesorgs und nach langen Zeiten der Stille und des Nachdenkens haben wir wieder zugeschlagen. Wir sabotierten eine Veranstaltung der Atommafia in Kleinensiel in der Wesermarsch. Diese wurde mit aller Dreistigkeit am Tag der Demonstration gegen die imperialistischen Bombenzüge der Yankees durchgeführt. Sie faseln was von Sicherheit und Wohlstand und meinen Ausbeutung und Knechtschaft. Sie fahren Bomben aus den Metropolen in die ganze Welt, um die imperialistische Herrschaft im dritten Anlauf zu erreichen. Sie reden von Waldsterben, Plutonium und Kompaktlager und verwässern durch diese wissenschaftliche Ebene den wahren Kern ihres Tuns. Ob Bombenzüge oder AKW's - die Bullenschweine sichern alles ab und werfen die, die sich wehren, in die Knäste. Wir wehren uns gegen diesen Staat. Gestern gegen Volkszählung, morgen gegen Atommüll, übermorgen sowieso. Atommüll ist Teil dieses Systems. Dank seiner radioaktiven Strahlung soll unser Hirn, unser Denken und unsere Gefühle und Solidarität untereinander ausgeschaltet werden. Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie der Kampf zu führen ist. Die grünen Profilpolitiker sind bereits der Logik des Imperialismus verfangen.

Wir sind deshalb zur Tat geschritten. Als am 1.6. das Atommüllgleis am AKW eingeweiht wurde, haben wir zwei Wächter überrumpelt und ein Faß mit Atommüll über den Zaun des AKW's zurückgeworfen. Nur über diesen selbstbestimmten, autonomen Kampf werden die Bombenzüge und die Atommülltransporte zu verhindern sein. Schlagt das System, wo ihr könnt !!!

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns noch folgendes Telex:

BIOLOGISCHEN REHABILITATIONSZENTRUM GANDERKESEE - DIE GRÜNEN KREISVERBAND NIEDERSACHSEN

Die Grünen, Kreisverband Niedersachsen, haben während ihrer Klausurtagung in Ganderkeseee von den Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung während der Auftaktdemonstration gegen die Bombenzüge gehört. Wir begrüßen diese Aktionen, haben aber nichts mit ihnen zu tun. Auch für uns kann die Stillegung des Atomkraftwerkes Esensham nur noch eine Sache von Jahren sein. Sollte sich in den besagten Fässern, die über den Zaun flogen, Waffenplutonium befinden, fordern wir sofort die Einberufung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses!

Ostfriesland

Mutmaßungen über ein AKW, vielleicht sogar einen Schnellen Brüter in Ostfriesland (vgl. Atom Jan/Febr 85) wurden von vielen als Panikmache abgetan. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß es Planungen für atomare Anlagen in Ostfriesland schon seit über 20 Jahren gibt. Im Gespräch waren im Laufe der Zeit ein oder mehrere AKWs, zweimal eine WAA, Endlager in den ostfriesischen Salzstöcken, ein Hochtemperaturreaktor, eine Mittelstreckenraketenabschußbasis und zuletzt ein Schneller Brüter. Aber immer wieder verschwanden die Planungen wieder in der Schublade, nicht zuletzt, weil jedesmal große Unruhe unter der Bevölkerung und auch Widerstand aufkam. Und nicht anders ist das jetzt. Die Lokalzeitungen sind voll von Stellungnahmen gegen das jetzt geplante AKW. Initiativen nehmen ihre Arbeit (wieder) auf.

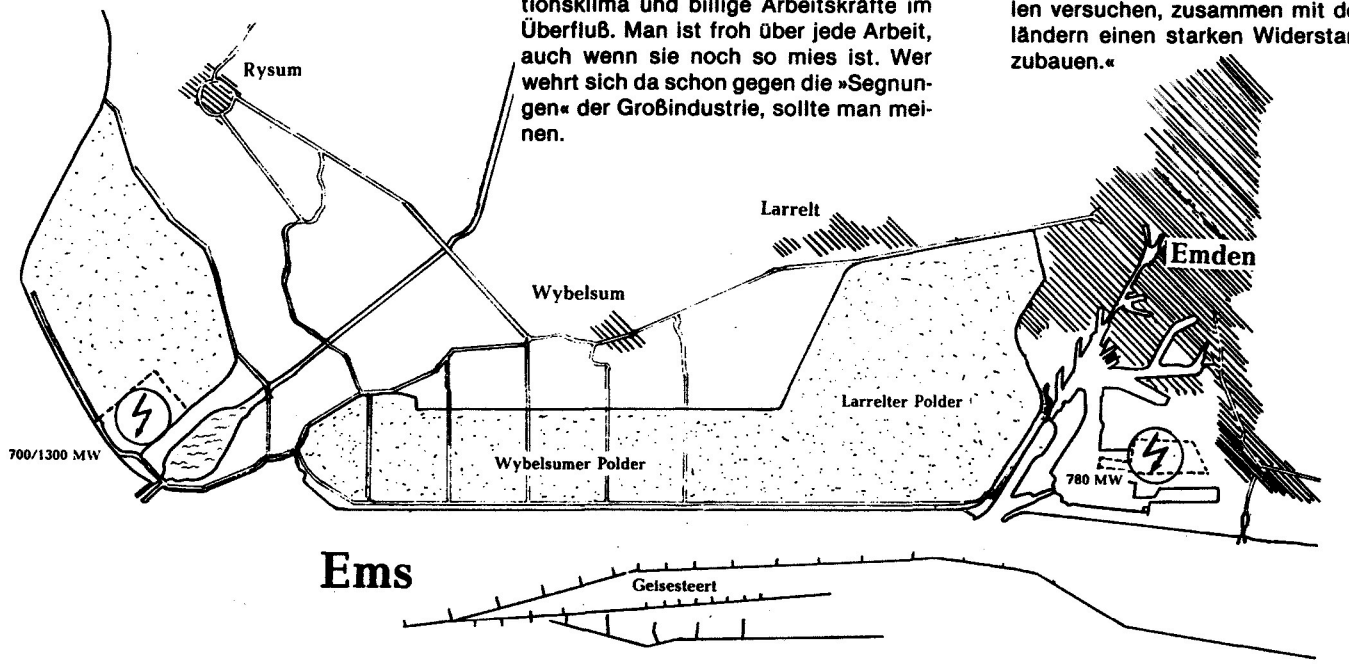
Denn das, was lange Zeit als Panikmache abgetan wurde, verdichtet sich immer mehr zu einer konkreten Planung der Atommafia. Was viele aufgerüttelt hat, ist der Entwurf für einen Nachtrag zum Niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm, der sich bis Mitte 85 im Landtag in der Anhörung befindet. Dieses Programm legt Flächen für Großindustrien am seeschifftiefen Wasser und Standorte für Großkraftwerke fest. Dabei ist Emden als Standort für ein Großkraftwerk nichts neues. Neu ist aber, daß für ein Großkraftwerk am Rysumer Nacken bei Emden auch die Betriebsart festgelegt wird. Konkret ist die Rede von der Erweiterung des Kohlekraftwerkes im Emder Binnenhafen und einem AKW am Rysumer Nacken mit zwei Standortvarianten: Einem Standort auf einem noch im Watt aufzuspülenden Gelände und einem auf dem Festland.

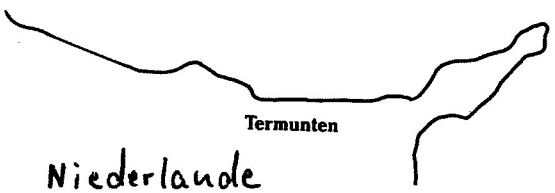
Es scheint so, als könnten die Fachidioten von Staat und Kapital nicht bis drei zählen. Am Bedürfnis der Bevölkerung vorbei wird eine Strukturpolitik betrieben, die sich bereits selbst überlebt hat: Industrie- und Handelskammern verlangen von Politikern die Schaffung von Infrastrukturen für Großindustrien an der Küste. Wirtschaftspolitische Zauberlehrlinge gehen ihnen dabei zur Hand, die Politiker machen das Geld locker. Vollkommen unsinnige Autobahnen sind schon oder werden in Ostfriesland noch gebaut, das Dollarthafen - Projekt soll endlich verwirklicht werden, Flächen für Großindustrien am seeschifftiefen Wasser sollen geschaffen werden und jetzt noch ein AKW. Als gäbe es nicht die Erfahrungen in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Eemshaven an der gegenüberliegenden holländischen Küste. Trotz Großindustrie gibt es eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, dafür aber umso mehr Umweltverpestung.

In Ostfriesland macht das Wort vom »Neokolonialismus« die Runde. Und das nicht zu Unrecht. Ostfriesland hat sich mehr und mehr zu einer Art Entwicklungsland innerhalb der BRD entwickelt. Was da um Emden herum geplant wird, mutet fast an wie eine »Freie Produktionszone«: Günstiges Investitionsklima und billige Arbeitskräfte im Überfluß. Man ist froh über jede Arbeit, auch wenn sie noch so mies ist. Wer wehrt sich da schon gegen die »Segnungen« der Großindustrie, sollte man meinen.

Doch da hat das Kapital und die Atommafia die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Mißtrauen und Widerstand gegen die Herrschenden und die große Politik haben hier eine lange Tradition. In Emden gab es bis, aber auch während des Faschismus eine starke und kämpferische Arbeiterbewegung, besonders unter den Hafen- und Werftarbeitern, immer wieder gab es aber auch auf dem Land Aufstände der Landarbeiter gegen die Großbauern, die sog. »Polderfürsten«. Viele dieser Traditionen wurden zwar nach dem 2. Weltkrieg durch den Reformismus der SPD- und Gewerkschaftsmafia - Ostfriesland ist die letzte Region in Niedersachsen, in der die SPD bei Wahlen noch regelmäßig die absolute Mehrheit erringt - verschüttet, die Eigenarten und das Mißtrauen aber ist geblieben.

Neue Nahrung hat dieses Mißtrauen durch Sandaufspülungen an der Küste in der Nähe des im Landesraumordnungsprogramm festgelegten Standortes erhalten. Und bei den zuständigen Stellen erhält man dazu keine oder widersprüchliche Angaben. Die Unruhe wächst, zumal auch Planungen an der gegenüberliegenden niederländischen Küste für 2 AKWs bekannt worden sind. Auf die Anmerkung hin, daß es doch im Grunde ein faktisches Moratorium für AKWs in der BRD gibt und deshalb der Bau eines AKWs in Ostfriesland sehr unwahrscheinlich ist, antwortet ein Mitglied der neuentstandenen Initiative gegen das AKW in der Krummhörn, nördlich von Emden: »Die Betreiber denken und planen in längeren Zeiträumen als wir. Für sie stellt sich in einigen Jahren die Frage des Ersatzes von verschlissenen Altanlagen. Gerade deswegen nehmen auch unsere Freunde in Holland die AKW - Planungen so ernst. Wir wollen versuchen, zusammen mit den Holländern einen starken Widerstand aufzubauen.«





Dollart

Kontakt:
Arbeitsgemeinschaft Grüne Küste (AGK)
Friedrich - Ebert - Str. 60
2970 Emden
Tel.: 04921/28668

Dort ist auch eine Broschüre zum AKW in Ostfriesland zu erhalten.

Neckarwestheim ond dronrom

Nach der 1.Verhandlungswoche beendete der Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (BBMN) die Klage gegen die erste Teilerrichtunggenehmigung (TEG), weil keine Aussicht auf einen politischen und juristischen Erfolg bestand.
Politisch bestand keine Aussicht, da das Interesse der Bevölkerung gering blieb und auch die Presse nur sehr wenig über den Prozess berichtete. Offensichtlich ist das Thema GNK II für viele Leute vom Tisch.
Der BBMN wollte beim Prozess (außer der Öffentlichkeitsarbeit) auch die Prozessbeteiligten (GKN GmbH und KWU) zu politischen Äußerungen zwingen. D.h. neben der juristischen Auseinandersetzung sollten ihre begründeten Bedenken Eingang in die trockene Sachdiskussion finden. Die enge juristische Dimension sollte erweitert werden. Dies scheiterte an der unbeweglichen und ängstlichen Haltung ihres Rechtsanwaltes, der zwar gute Schriftsätze geliefert hatte, aber in der mündlichen Auseinandersetzung völlig versagte. So verschwanden auch die juristischen Möglichkeiten dieses Prozesses in immer weitere Ferne.
Daher warfen sie das Handtuch, bevor das Geld sinnlos vergeudet würde.
Zur Zeit läuft noch die Klage des Gärtners Mauk zum Wasserrecht, die vom BBMN geführt wird. Diese Auseinandersetzung wird vorerst von den BI's weiter verfolgt. Gegen eine spätere Betriebsgenehmigung wollten sie, wenn's die Finanzen zulassen, ebenfalls klagen.
Auch im Widerstand gegen die Folgeprojekte (siehe atom Dez./Jan.), Speicherbecken und Rheinwasserüberleitung geht die Verschleierungstaktik weiter, obwohl schon »Sachzwänge« geschaffen werden. Als besonders gefährdet gilt der geplante Eyachtalspeicher bei Pforzheim. (Weitere Speicherprojekte: Bühlertal/Tübingen, Kleine Enztal/Wildbad, Waldachtal/Freudenstadt, Eyachtal/Haigerloch.)

Wir haben keine Täler zu verschenken!

1972 war er als Trinkwasserspeicher geplant gewesen, wurde dann aber wegen den falschen Trinkwasserverbrauchsquoten auf Eis gelegt. Als dann die Niedrigwasseraufhöhung im Neckar aktuell wurde, kramte man die Pläne wieder hervor und plante einen kombinierten Trink- und Kühlwasserspeicher mit einem Fassungsvermögen von 26 Millionen Kubikmeter Wasser. Der Stausee hätte einen Erddamm, für den 3 Millionen Kibikmeter Material benötigt würden; dafür müßten umliegende Wälder abgeholzt und Berge um 10 Meter abgetragen werden. Übrigens, das Eyachtal ist Landschaftsschutzgebiet. Die betroffenen Bürger haben sich zur »Schutzgemeinschaft Eyachtal/Neuenbürg« zusammengeschlossen. Gemeinden und Kreistag haben sich gegen das Projekt ausgesprochen.
Während sich die Landesregierung im Eyachbachtalprojekt in Schweigen hüllt, wird in Sachen Rheinwasserüberleitung über Metter, Enz in den Neckar bereits Sachzwänge geschaffen.
An der Entnahmestelle im Rhein werden in Flächennutzungsplänen bereits Grundstücke für Rohrlager ausgeschrieben. Dort hat sich jetzt auch eine Bürgerinitiative »Wasserschutz Untere Hardt« gegründet, weil dort auch ein ganzes Paket von Grundwasserabsenkung und Wasserverseuchung durch die WAA Karlsruhe dazukommt. Die ganzen Einzelheiten würden den Rahmen dieser atom-Ausgabe sprengen.

Es beginnt wieder zu brodeln am GKN

Als die GRÜNEN nach der Kommunalwahl in den Kreistag Ludwigsburg einzogen, machten sie durch phantasievolle Aktionen klar, daß das Thema GKN II noch lange nicht für sie gestorben ist. Parallel zum parlamentarischen Weg versuchen die örtlichen BI's (oder was von ihnen übriggeblieben ist) den Wierstand aufzuheizen. In nächster Zukunft erscheint auch ein Buch zum Thema GKN.

Vorbestellungen bei:
BBMN c/o E.Keppler
Gartenweg 2
7121 Cleebronn (07135/6544)
Spenden: Kto-Nr. 471790001
Volksbank Bönnigheim

Infos bei:
Schutzgemeinschaft Eyachtal
c/o S.Winkler
Ganzhornstr.7
754 Neuenbürg (07082/3535)

BI Wasserschutz
c/o Dr. H. Dumm
Werderstr.1
7523 Graben-Neudorf (07255/5982)

Schutzgemeinschaft Mettertal e.V.
c/o Jens Dobler
Wacholderweg 11
7143 Vaihingen-Horrheim

Jülich: KFA verbrennt Atommüll aus Italien

Fast 150 Fässer mit radioaktiven Abfällen aus dem norditalienischen Atomkraftwerk Caorso werden zur Zeit in der Kernforschungsanlage (KFA) Jülich verbrannt. Was für die KFA-Sprecher ein »routinemäßiger Vorgang« mit zudem lediglich »schwachaktiven festen Abfällen« ist, bedeutet tatsächlich die industrielle Erprobung von Atommüll-Reduzierungsverfahren mittels Hochtemperatur-Verbrennung und Pyrolyse.
Die Jülicher Pyrolyse-Anlage ist seit 10 Jahren in Betrieb. Bisher wurden hier vor allem leicht verseuchte Kleidungsstücke und Filterpapier verbrannt. Die anfallende Asche wird in Beton eingebunden und wieder in Fässer gefüllt. Die Abfälle sollen dabei auf 5% ihres ursprünglichen Volumens reduziert werden.
Bei dem Italien-Auftrag handelt es sich nach Auskunft der KFA um ein einmaliges Geschäft. Für das geschätzte Gesamtgewicht von 2,7 Tonnen radioaktiven Abfälle kassiert die KFA 500.000 Mark. Die Überreste des Atommülls, von dem im einzelnen nicht bekannt ist, um welche Nuklide es sich handelt, soll nach Italien zurückgesandt werden.

AKU Gronau: Wir sagen niemals Ja zur UAA!

200 Atomkraftgegner/innen demonstrierten am Samstag, dem 8.Juni, gegen die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau. Die Demonstration richtete sich sowohl gegen die Erteilung der Betriebsgenehmigung, die Anfang Juni erfolgte, als auch gegen die für August geplante Inbetriebnahme der UAA.
Bei der Auftaktkundgebung in der Gronauer Innenstadt sprachen sich ein Vertreter des Arbeitskreises Umwelt Gronau, Christa Reets vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und die grüne Bundestagsabgeordnete Marita Wagner, gegen die UAA aus.
In einem zweistündigen Marsch zogen die Demonstranten/innen dann zum UAA-Bauplatz, wo eine Abschlußkundgebung stattfand. Bei dieser Kundgebung verwies ein Vertreter des AKU Gronau darauf, daß die SPD auch in Zukunft nicht auf Atomenergie verzichten wird. (die Betriebsgenehmigung wurde von der SPD-Landesregierung NRW erteilt)
Weiterhin wurden die Grünen auf allen Ebenen davor gewarnt, Bündnisse mit der »Atompartei« SPD einzugehen. Danach wurde auf die zahlreichen Gefahren der UAA hingewiesen, besonders darauf, daß es möglich wäre, in der UAA Uran für Atombomben anzureichern. Es wurde zur Fortführung des Widerstandes aufgerufen.
Der zweite Redner bei der Abschlußkundgebung kam von der BI »Kein Atommüll in Ahaus«. Er berichte vom Brennelementzwischenlager in Ahaus, dessen Weiterbau wenige Tage zuvor juristisch gestoppt wurde.
Bevor die neugegründete Gronauer AKU-Songgruppe, sowie die Münsteraner Bluesgruppe Boogielegs die Demonstration mit Musik beendeten, sprachen noch anwesende Atomkraftgegner aus Almelo (Holland), Hamm und Lingen spontan zur Situation an ihren Standorten.

Gronau, 8.6. Demo gegen UAA, Foto: AKU Gronau

Obwohl der AKU Gronau noch mehr Teilnehmer/innen für die Demonstration erwartet hatte, wertet er die Demonstration als Erfolg für die Gronauer Anti-Atomkraft-Bewegung. Die Demonstration war größer als alle bisherigen gegen die UAA. Weiteres Aktionen werden folgen.
Noch stärker als beim Tag der Offenen Tür in der UAA am 2.2.85 zeigte sich bei der Demonstration in Gronau der Polizeistaat. Das gesamte Gronauer Stadtbild wurde von Polizisten in Uniform und Zivil geprägt. Zusätzlich war am Ortseingang eine Hundertschaft stationiert. Demonstrantinnen bzw. -en und unbeteiligte Passantinnen und Passanten wurden laufend fotografiert.
Gegen die Erteilung der Betriebsgenehmigung für die UAA hat der AKU Gronau seit längerer Zeit Unterschriften gesammelt. Bereits vor der Erteilung der Genehmigung wurden 1.500 Unterschriften an die Genehmigungsbehörde geschickt. Diese ignorierte die Unterschriften total, nicht einmal der Eingang wurde bestätigt. Bisher haben insgesamt 1790 Menschen die »Gronauer Forderung« gegen die Erteilung der Betriebsgenehmigung unterschrieben.
Weitere Informationen über die UAA enthält eine Dokumentation, deren 3.Auflage Ende Mai veröffentlicht wurde. Sie kostet 1.50 und ist beim AKU Gronau. Siedlerweg 7 in 4432 Gronau erhältlich.
Wir sagen niemals Ja zur UAA!
(von der Redaktion leicht gekürzte Presseerklärung des AKU Gronau vom 10.6.)

Kriminalisierung in München

Auch in München hat die Staatsschutzabteilung mal wieder kräftig zugelangt. Der INFO-Laden, wo die Zeitschrift FREIRAUM und der INFORMATIONSDIENST MÜNCHEN herausgegeben werden, ist das Objekt ihrer Begierde gewesen. Nachdem das BLATT im letzten Jahr sein Erscheinen eingestellt hatte, waren diese beiden Zeitungen die neuen Organe des Aufbegehrens und des Widerstands. Wir dokumentieren im folgenden die Erklärung des Infoladens.

Wir sind besucht worden. Am Freitag den 28. Juni, wurden in München sechs Wohnungen, eine Druckerei und unser INFO-Laden von Bullen und BKA-lern durchsucht — außerdem noch eine Wohnung in Regensburg und eine in Berlin. Anlaß der Bullenaktion, so der Durchsuchungsbeschluß, eine Erklärung aus dem WAA-Widerstand und der Aufruf zu weiteren Aktionen in Schwandorf (für die B. ist das bekanntlicherweise Aufruf zu Straftaten) in der Zeitschrift FREIRAUM.
Ziel dieser "raumdeckenden Maßnahme" war, die Beziehungen und Zusammenhänge der gerade in München und Umgebung sprießenden Strukturen zu erfassen und in die uns bekannten Computer einzuspeisen. Das sollte wohl die Quittung für die bombastische Präsenz unsererseits auf dem WWG in Bonn, beim SS-Treffen in Nesselwang und überhaupt überall gewesen sein. Es sollte uns darüberhinaus offensichtlich den Spaß verderben, massenweise den WAA-Bauplatz in Schwandorf zu stürmen und zur befreiten Zone zu erklären. Zu (polit.-) deutsch: Den immer breiter werdenden Widerstand gegen die WAA schon im Vorfeld zu kriminalisieren.
Und jetzt zu uns: Entgegen allen anders lautenden Gerüchten haben die Bullen von drei leeren mitgebrachten Kisten nur eine halbvoll davontragen können. Frecherweise haben sie unsere Schreibmaschine, unseren Rechnungsordner und unsere Kontounterlagen abgezogen. Außerdem wurden 16 Exemplare unseres Infodienstes und eine Ausgabe vom FREIRAUM beschlagnahmt. Das unangenehmste ist, daß sie im Briefkasten der ebenfalls durchsuchten Druckerei eine Telefonkette gefunden haben, die wir zum Schutz vor angedrohten Faschoüberfällen erstellt hatten. Außerdem klauten sie eine Liste mit Adressen der von uns mit dem Infodienst belieferten Zeitungen und unseren Dienstplan.
Ursache derartiger Nachlässigkeit ist, daß wir uns immer wieder von sogenannten ruhigen Zeiten einlullen lassen, obwohl wir wissen, daß SIE immer wieder kommen. Das läuft nicht nur bei uns so.
Staatliche Repression fordert eine offensive Wachsamkeit!!!
Für uns und unseren Laden bedeutet das: Wir lassen uns nicht einschüchtern, sondern nehmen die B-Aktionen zum Anlaß, unseren Laden auf Vordermann zu bringen. Das heißt, mehr Attraktivität für uns und unsere Fans und weniger, nämlich gar keine, für die Bullen. Wir sind und bleiben ein Infoladen. Wir sind offen für alle Gruppen und Bewegungen und verstehen uns als Mittler, Vermittler, Informant und Provokateur. Soweit der Stand der Dinge, weitere Entwicklungen werden im nächsten Infodienst zu lesen sein.

Unser Laden ist und bleibt offen !!!

P.S.:
Am Dienstag, den 2. Juli wurde von 25 B. auch die Pressehütte Mutlangen durchsucht, Fred S., der im FREIRAUM Nr. 9 als Herausgeber angegeben war, wurde wegen § 111 in Untersuchungshaft genommen.

INFO-Laden München
Breisacherstr. 80
8000 München 80
☎ 4489638

Jürgen Pemöller ist tot

Er starb am 2. Juni bei der Explosion einer Bombe am Verwaltungsgebäude der Messe-AG in Hannover. Jürgen hat jahrelang mit uns gegen AKWs, gegen das Wiederaufflammen des Faschismus, für ein besseres Leben in einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft.

Wir kämpfen weiter für diese Idee !

§ 129a in Hannover

Für die Trauer und Verarbeitung von Jürgens Tod blieb indes nicht viel Zeit. Eine Sonderkommission aus BKA, LKA und politischer Polizei Hannover war gebildet worden, um die Ermittlungen zu führen. Die Bilanz der Staatsschutzaktionen in Hannover: die Konstruktion einer "terrorostischen Vereinigung 'Wirtschaftswunderkinder' " — Isabel und Horst in Untersuchungshaft, neun Wohnungsdurchsuchungen (davon je eine in Frankfurt und Göttingen), drei eintägige und zehn mehrstündige Festnahmen, fünf Vorladungen vor den Bundesanwalt, 24 Vorladungen vor die Staatsanwaltschaft, sowie etliche polizeiliche Verhöre bzw. Verhörversuche und Hausbesuche.

Die Haltlosigkeit, die abstrusen Konstrukte und Begründungen für diese Maßnahmen werden dabei allesamt mit dem § 129a "legitimiert". Aus den Ermittlungen "wegen eines Sprengstoffverbrechens" ist mittlerweile der Versuch geworden, die "Szene" in Hannover zu durchleuchten und aufzumischen.

Wenige Stunden nach der Explosion läuft die Fahndung nach "seiner Freundin" an. Jürgen ist angeblich kurz vorher in dem Gebiet mit einer Frau zusammen gesehen worden. Über Rundfunk und Fernsehen wird nach Isabel gefahndet. Sie stellt sich drei Tage später in Begleitung ihres Anwalts der Polizei. Sie wird dort nicht nur wegen "des Verdachts der Beteiligung an einem Sprengstoffverbrechen", sondern auch gleich wegen "des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" inhaftiert.

Hier nur nebenbei: Die einzige Zeugenaussage, auf die sich die Behörden berufen, nämlich, daß ein Mann in Begleitung einer Frau gesehen wurde, beschreibt diese Frau wie folgt: schlank und längere Haare. — Isabel ist vollschlank und hat kurze Haare.

Doch dies tut den Ermittlungen keinen Abbruch. Ebensowenig, daß zu einer "terroristischen Vereinigung" mindestens drei Personen und mehr als eine strafbare Handlung gehören müssen. Einen Tag nach Isabel wird Horst wegen "Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verhaftet. Nach zwei weiteren unbekannten Personen wird gefahndet. Aus der "Unterstützung" wird bei Horst schnell "Mitgliedschaft".

Als weitere Beweise für die Beschuldigung führt die Polizei Funde an, die sie angeblich im Keller einer Wohnung gemacht hat, in die Isabel ab 1. Juli einziehen wollte: Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff, einen aufgebohrten Feuerlöscher und das fehlende Bekennerschreiben. Eine Gruppe "Wirtschaftswunderkinder" bekennt sich darin nicht nur zu dem Anschlag auf dem Messegelände, sondern gleich noch zu einem zweiten, geplanten, Anschlag auf das Niedersächsische Wirtschaftsministerium.

Weder der Bekennerbrief noch die anderen Funde sind der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Ob es bei den Durchsuchungen unabhängige Zeugen gab, ist ebensowenig bekannt, wie es zu Pressemeldungen kommen kann, daß es in Jürgens Wohnung ähnliche Funde gegeben habe.

Aber diese Fragen tun der Arbeit der Sonderkommission keinen Abbruch. Vor dem Hintergrund einer gleichgeschalteten Hannoveraner Presselandschaft kann dieser Apparat schalten und walten wie er will.

Zudem ist gefunden worden, was man brauchte: zwei weitere Personen und durch das angebliche Bekennerschreiben auch den zweiten Anschlag. —

Fazit: Die "terroristische Vereinigung" ist gefunden und somit kommt bei allen folgenden Aktionen die Maßnahmen zur Geltung, die der § 129a beinhaltet.

* Drei Tage nach Isabels Festnahme erscheinen am Freitag (8.6.) Beamte des 7.2. Kommissariats (politische Abteilung) bei ihrem Verlobten mit einem Durchsuchgungsbefehl. Begründung: Er habe bei der Auflösung von Isabels alter Wohnung ähnliche Umzugkartons benutzt, wie sie die Polizei auch im Keller von Isabels neuer Wohnung gefunden haben will. Nach vierstündiger Durchsuchung wurden Isabels Verlobter und sein Mitbewohner zur Polizeiwache gebracht, dort erkennungsdienstlich behandelt und 18 Stunden lang festgehalten.

Diese Wohnung war bereits am Sonntag nach der Explosion gründlich durchsucht worden, die Umzugkartons waren überall erhältliche genormte Pappkisten, und auch die Auflösung der Wohnung kam nicht überraschend: Sie war bereits vor zweieinhalb Monaten — fristgerecht — gekündigt worden. Doch die Polizei baut hieraus "Verdachtsmomente", und auch der Presse ist alles höchst verdächtig: "Nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft hatte Frau Jakob am 1. Juli (gemeint ist wohl der 1. Juni) einige Häuser weiter eine zweite Wohnung gemietet, Kaution und Mietvorauszahlungen bar bezahlt." (HAZ 5.6.)

Eine ebenfalls völlig normale Gepflogenheit, ohne die wahrscheinlich nicht einmal ein Polizeibeamter zu einem Mietvertrag kommt.

* Noch schärfer ging es eine Woche später (Freitag, 14.6.) zu, als Freunde beim Umzug von Jürgens ehemaliger Wohnung helfen wollten. Die Wohnung war nach dem Tod Jürgens fristlos zum 15. Juni gekündigt worden und mußte geräumt werden. Als ein Teil der Sachen bereits in den Autos verstaut war, sperrte ein Sondereinsatzkommando der Polizei die Straße ab und brachte fünf Umzugshelfer auf die Lindener Polizeiwache. Ähnlich erging es vier weiteren Umzugshelfern einige Zeit später. Ein weiterer wurde zunächst erst für einige Stunden als unfreiwilliger "Zeuge" bei der zweiten Durchsuchung von Jürgens ehemaliger Wohnung festgehalten und danach in Polizeigewahrsam gebracht. Wie schon fast üblich, ohne die Möglichkeit, einen Rechtsanwalt zu benachrichtigen. Statt dessen gaben ihm die Beamten die Warnung mit auf den Weg, sich "ja nicht am Samstag in Stadthagen sehen zu lassen". (dort waren Aktionen gegen den NPD-Parteitag angekündigt)

* Ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluß drang die Sonderkommission am Dienstag in eine Wohnung ein, in der ein ehemaliger Mitbewohner von Jürgen nach dem Auszug aus der Nieschlagstraße einige Sachen abgestellt hatte. Als Begründung hieß es — zwei Wochen nach der Detonation am Messegelände! — "Gefahr im Verzug!". Ein zufällig auftauchender Besucher wurde vom leitenden Beamten dieses Einsatzes widerrechtlich für eine halbe Stunde festgehalten.

Der Mitbewohner selbst war einen Tag zuvor bei seiner Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft festgenommen worden. Er wurde vor Ablauf der 48-Stunden-Frist — höchstens solange darf die Polizei einen ohne richterlichen Haftbefehl festhalten — entlassen.

Wertet man die geschilderten Ereignisse, drängt sich der Schluß auf, daß es den Behörden in erster Linie um die Durchleuchtung, Einschüchterung und Kriminalisierung der hannoverschen "Szene" geht.

So werden längst durchsuchte Wohnungen ein zweitesmal durchsucht — weil man im Zuge dieser Zweitdurchsuchung jemand festnehmen kann. Die ehemalige Wohnung von Jürgen z.B. steht — natürlich — unter polizeilicher Beobachtung. Es wäre ein leichtes gewesen, den Umzugshelfern vor Betreten der Wohnung mitzuteilen, daß diese noch unter polizeilichem Verschluß steht bzw. die Wohnungstür amtlich zu versiegeln. Stattdessen fährt ein mit Maschinenpistolen bewaffnetes Einsatzkommando auf.

Ein Großteil der Vernehmungen ist, da die Hinzuziehung eines Anwalts verweigert wurde, schlicht illegal.

Als Festnahmegrund bleibt bei näherem Hinsehen in manchen Fällen nur die Tatsache der Bekanntschaft mit Jürgen und Isabel, zum Beispiel bei Isabels Verlobtem.

In diese Linie paßt auch die andauernde Untersuchungshaft von Horst und Isabel. In "normalen" Strafverfahren gäbe es keinen Grund, die Haftbefehle aufrecht zu erhalten, da weder von "Verdunklungs-" noch von "Fluchtgefahr" die Rede sein kann. Denn immerhin hat sich Isabel, die Presse und Behörden zur "Top-Terroristin" aufbauen wollen, selbst bei der Polizei gestellt. Zum Haftgrund wird allein der Tatvorwurf nach § 129a: In diesem Fall kann Untersuchungshaft ohne jeden konkreten Grund verhängt werden! Anders ausgedrückt: Mit dem § 129a hat sich der Staat ein Ausnahmerecht geschaffen, das die Rechte der Beschuldigten weitgehend außer Kraft setzt. Dazu gehört auch, daß Leute von der Straße weg verhaftet werden können. Besuche im Knast können, wie bei Horst schon geschehen, abgelehnt werden, etc. (zu § 129a siehe auch AtomExpress 34)

Isabel sitzt zur Zeit in Hannover, Horst in Wolfenbüttel in Untersuchungshaft. Briefe an die beiden sind zu adressieren an:

Isabel Jakob bzw. Horst Mönnecke
c/o Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstr. 45a
7500 Karlsruhe

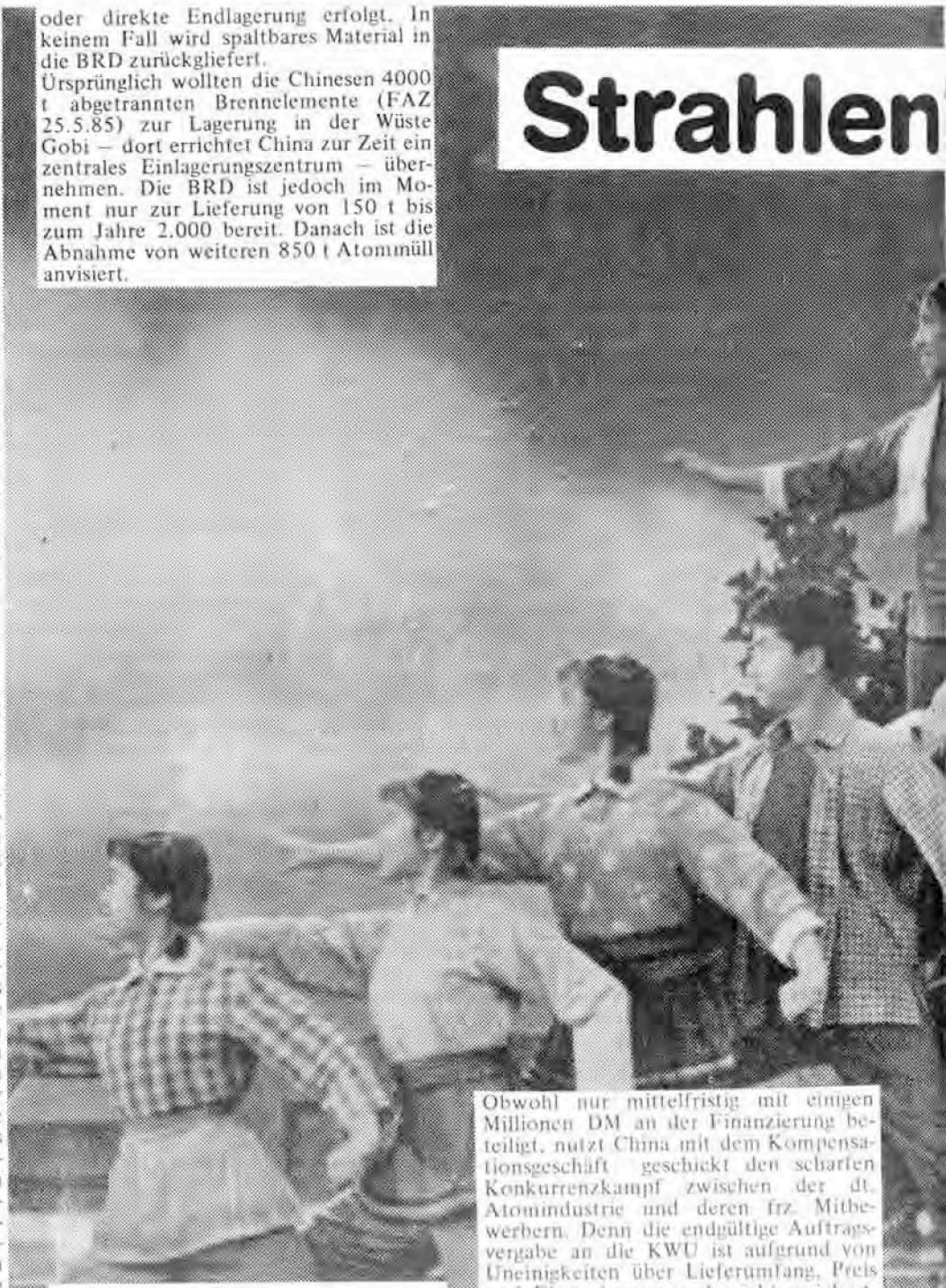
Spendenkonto:
G. Hartmann, Kto: 57000 105 1899
BLZ 250 203 00
Verbraucherbank Hannover

Strahlen

Was sich der chinesische Premierminister Zhao Ziyang in dem Gespräch mit der Sprecherin des grünen Bundesvorstandes, Jutta Ditfurth und dem grünen Bundestagsabgeordneten Milan Horacek am 12.6.1985 geleistet hat, überzog doch etwas die Grenzen politischer Dreistigkeit. Dort behauptete der Chinese steif und fest, es gäbe keinerlei Pläne zur Einlagerung deutschen Atommülls in China und alle anders lautenden Berichte seien falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Schon im Januar 1984 hat China den europäischen Atomkraftwerkbetreibern offiziell die Übernahme abgebrannter Brennelemente angeboten und gleich einen Standardvertrag beigelegt. Die Düsseldorfer Hempel–Gruppe (s. „Atom" Jan./Febr. 84) hat bereits Anfang 1984 von der China Nuclear Energy Industry Corp. (CNEIC), die dem Ministerium für Atomenergie in Peking direkt untersteht, einen entsprechenden „letter of intent" erhalten. Das gleiche gilt für Östereich; noch in diesem Jahr werden offizielle Delegationen aus der Schweiz, Italien und Holland zu Entsorgungsverhandlungen nach Peking reisen.

China in Bonn

Während des Besuches von Zhao Ziyang in der zweiten Juniwoche in Bonn wurde ein Memorandum von der KWU und der chinesischen Regierung unterzeichnet: darin ist vorgesehen, daß die VR-China von der KWU zwei Druckwasserreaktoren mit 1000 Megawatt erwerben will (Standort in der Nähe von Schang Hai – der AKW–Typ gehört zu dem sicherheitstechnisch „abgemagerten", den ursprünglich die Türkei haben wollte.), deren Stückpreis ungefähr 4 Mrd. DM beträgt. Bestandteil des Memorandums ist ein Technologie–Transfer, das die Möglichkeit eröffnet, zwei weitere AKWs in der Nähe von Hong Kong zu liefern, nach deren Bau die Chinesen in der Lage wären selbstständig AKWs zu errichten. Die Bundesregierung hat der KWU schon eine verbindliche Zusage gemacht, daß sie die Finanzierung des Atomgeschäfts mit Hermes–Bürgschaften in Höhe der imensen Summe von 5,2 Mrd. DM (von 7,5 Mrd. DM Gesamtauftragswert) sichern würde. Die Chinesen wollen den großen Teil der Lieferkosten nicht bar, sondern in Form von Waren bezahlen. Über die Lieferung von Nichtmetallen gibt es bereits eine Grundsatzvereinbarung zwischen der China National Nonferrous Metal Industry Corp. (einer unmittelbar dem ch. Staatsrat unterstellten Gesellschaft) und der Metallgesellschaft AG, Frankfurt. Das Volumen dieses Kompensationsgeschäftes wird auf 1,5 Mrd. DM geschätzt und wäre damit eines der größten überhaupt. Außerdem sollen Natururan und Bundmetalle geliefert werden.
Ein weiterer Teil der Lieferkosten für die AKWs soll von Chinesischer Seite mit der Übernahme von Atommüll (also abgebrannten Brennstäben) beglichen werden. Bei diesem Geschäft würden die Chinesen bestrahlte Brennelemente aus deutschen AKWs nach der üblichen Abklingzeit übernehmen und dann auf ihrem Terretorium zunächst einmal zwischenlagern, später dann selbst entscheiden, ab eine Wiederaufarbeitung oder direkte Endlagerung erfolgt. In keinem Fall wird spaltbares Material in die BRD zurückgliefert.
Ursprünglich wollten die Chinesen 4000 t abgetrannten Brennelemente (FAZ 25.5.85) zur Lagerung in der Wüste Gobi – dort errichtet China zur Zeit ein zentrales Einlagerungszentrum – übernehmen. Die BRD ist jedoch im Moment nur zur Lieferung von 150 t bis zum Jahre 2.000 bereit. Danach ist die Abnahme von weiteren 850 t Atommüll anvisiert.



Das chinesische Interesse . . .

... an dem Atomgeschäft hat seine Hauptgründe auf keinen Fall in der Deckung des Energiebedarfs. Denn nach Angaben des Direktors des Instituts für Atomenergie, Prof. Dai/Chuanzeng wird die Atomenergie bis zum Jahre 2000 auch bei Einhaltung des Plans vom Bau mehrerer Atomanlagen mit einer Gesamtkapazität von 10.000 Mw, nur knapp 5% des Energieverbrauchs ausmachen. Interessanter ist die Gewinnung von Plutonium durch die Wiederaufarbeitungstechnologie . Für diese hat sich die chinesische Regierung grundsätzlich entschieden und plant den Bau einer Riesen–WAA, die den chinesischen Eigenbedarf auf lange Sicht bei weitem überschreitet. (So der Direktor des Ministeriums für Kernenergie Xu Dehn.) Da kommt der europäische Atommüll doch gerade recht!

Obwohl nur mittelfristig mit einigen Millionen DM an der Finanzierung beteiligt, nutzt China mit dem Kompensationsgeschäft geschickt den scharfen Konkurrenzkampf zwischen der dt. Atomindustrie und deren frz. Mitbewerbern. Denn die endgültige Auftragsvergabe an die KWU ist aufgrund von Uneinigkeiten über Lieferumfang, Preis und Finanzierung noch nicht gesichert, die Franzosen können also das Rennen noch gewinnen. Wenn sich die bundesdt. Atommafia nicht den dicksten Atomexport vor der Nase wegschnappen lassen will, wird sie in jedem Fall Atommüll liefern müssen !

Die westdt. Seite . . .

...ist dabei jedoch in der Zwickmühle möglichst wenig Plutonium den Chinesen übergeben zu wollen.
Im Febr. letzten Jahres hatte sich die Bundesregierung klar gegen Atommüllexport nach China ausgesprochen: *„Wir lassen uns bei der Verwirklichung unseres nationalen Entsorgungskonzeptes nicht stören."* (Paul Laufs, Innen- und Umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion, FR 9.2.84) (Tatsächlich hockte die Regierung über den europäischen Vertragspartnern der Chinesen – Internuklear – , an der die Nukem/

de Zukunft?

Hanau (hier wiederum ist die RWE zu 45% beteiligt) mit 45% beteiligt ist, von Anfang an mit drin.) Seitdem der Bau der WAA in Schwandorf beschlossen ist unterstützt die Bundesregierung offiziell die zusätzliche Entsorgung.

Die „Vereinigung dt. Elektrizitätswerke" lehnt nach wie vor den Export mit der Begründung ab, jede andere als die nationale Lösung würde neue, ungünstige Abhängigkeiten vom Ausland schaffen. (FAZ, 1.6.85) Dagegen hätte die KWU gern das Einverständnis der Bundesregierung das ausländische AKWs dt. Herkunft mit chinesischer Hilfe entsorgt werden könnten, um den zukünftigen weltweiten Atomexport attraktiver zu machen.

Das Handelsblatt unterstützt mit seinem Kommentar vom 29. Mai 85 das chinesische Angebot, *„zumal es vielleicht zu einer Alternative zur umstrittenen direkten oder auch indirekten Endlagerung von Atommüll werden könnte.* **Sollte nämlich politische Strömungen hierzulande an Einfluß gewinnen, wäre die Gefahr der Lahmlegung dt. Kraftwerke durch Verhinderung der Entsorgung gar nicht so abwegig."**

Die Gründe, die diese „politischen Strömungen" haben, — nämlich, daß es keine Entsorgung gibt und das alle hoffnungslosen Versuche in diese Richtung unvorstellbar katastrophale Folgen haben, deshalb AKWs nicht länger betrieben werden dürfen, — scheine demnach auf die Chinesen nicht zuzutreffen.

Die können radioaktive Verseuchung wohl ab ! ? !

Da spielt sich der FAZ-kommentar vom 8.5.85 schon weitsichtiger auf, der zumindest danach fragt, *„ob unter dem Gesichtspunkt des so oft beschworenen grenzüberschreitenden Umweltschutzes die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind."*

Aber Atommüll nach China bedeutet nicht nur, daß die gefährlichen Folgeprodukte der Atomstromnutzung auf Unbeteiligte abgewälzt werden, allein die Transporte bergen ein immenses Risiko; während bisher der Atommüll innerhalb Westeuropas umhergeschoben wurde, soll das jetzt weltweit geschehen.

Militärisch heiße Ware !

Die Grünen im Bundestag haben das Geschäft als „eklatanten Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag" bezeichnet:

1. Sieht der Sperrvertrag bevorzugte Nuklearbeziehungen zu Ländern vor, die den selben unterzeichnet haben, im Gegensatz zur VR China.
2. Sieht der Artikel 3 des Sperrvertrages eine vollständige Überprüfung aller chinesischen Atomanlagen durch die internationale Atomenergieagentur im Falle des Atomgeschäfts vor („full scope safeguards"), die BRD aber begnügt sich mit wesentlich reduzierten Kontrollen.
3. Ist es ein Präzedenzfall, wenn erstmals Plutonium einem Atomwaffenstaat überlassenwird (im Gegensatz zu Frankreich, wo das Zeug nach der Wiederaufarbeitung ja wieder zurückkommen soll).

In diesem Zusammenhang ist die Aussenpolitik Chinas interessant, die massiv für ein „geeintes und starkes Europa" eintritt, aus diesem Grunde das Eureka Projekt (westeuropäisches Weltraumforschungsprogramm als Konkurrenzunternehmen zum amerikanischen SDI-Programm) bei scharfer Kritik an den USA unterstützt und „interessierten" Staaten bereits den Kauf chinesischer Raumfahrttechnik einschließlich Satelliten, Trägerraketen und Bodenstationen angeboten hat. (FAZ v. 13.6.85) Kein Wunder, daß Strauß am 14.6.85 gegenüber Zhao Ziyang den „Gleichklang in der Beurteilung der Weltlage" gelobt hat. *„Wir sollten uns auf deutscher Seite nicht hindern lassen. . . , auch auf sicherheitstechnischem Gebiet enger zusammenzuarbeiten."* (FAZ, 15.6.85)

GIPFELSTURM in GÜMSE

Unter dem beziehungsreichen Motto : "Wir zäumen das Roß neu auf" lud die Vereinigung von Intellekt, Kunst und Politik zum "Gümser Gipfel".

Zum Auftakt der niedersächsischen Wahlschlacht zog die SPD-Kavallerie mit Pauken (Willy Brandt) und Trompeten (Gerhard Schröder) in's Wendland ein. Erlesene Gäste (Lew Kopelew, Manfred Bissinger, Hark Bohm ...) sollten bei der Zelebration der erneuten Aufbruchsstimmung für den angenehmen Rahmen sorgen.

Leider wurde vergessen, die Künstler der Abteilung Leben (Atomprogramme und die Kunst zu überleben) einzuladen. Trotz ausgefülltem Terminkalender wollten wir sie nicht im Regen stehen lassen. Aber wir hatten wieder einmal die Spezialdemokraten völlig falsch verstanden. Mühsam versuchten uns Juso-Ordner, G.Schröder und der einladende Maler Uwe Bremer zu erklären, daß dies ein rein privates, unpolitisches Happening sei. Denoch wurde uns eine reichhaltige Angebotspalette unterbreitet, die von alkoholischen Getränken bis zu körperlicher Gewalt ging. Doch da wir nicht immer nur Zaungäste (Brokdorf, Kalkar ...) sein wollten, mischten wir uns in das Geschehen ein. Wie Schröder richtig vermutete, machten wir sogleich "Randale". Kaum in's Zelt infiltriert, machten wir uns an die Vernichtung des reichhaltigen kulinarischen Angebotes.

Ein **strahlender** *Blick in die Zukunft von G. Schröder*

Nachdem wir bereits am Eingang unseren Meinungsterror in Form von Flugblättern verbreitet hatten konnten wir unsere Agitation auch im Festzelt nicht unterlassen. An den verkündeten revolutionären Aussagen der SPD zum langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie und des Nichteinstieges in die Plutoniumwirtschaft mußten wir wieder rumnörgeln. Solch unwichtige "Details" wie die Hanauer Atomfabriken, die Urananreicherungsanlage Gronau, der Schnelle Brüter in Kalkar und die Zwischen- und Endlagerkonzeption erregte unsere Gemüter. Wir erdreisteten uns sogar, dies als blanken Zynismus zu bezeichnen, nur weil dieses fortschrittliche Atomszenario der SPD hier im Wendland einige Konsequenzen hätte.

Der Vater der berüchtigten SPD-Wahlinitiative, der ebenfalls einladende Günther Grass, versuchte das ungezügelte Temperament der AKW- Gegnerinnen zu bändigen, was sich als genauso schwierig herausstellte, wie es auch wahrscheinlich das Wiederaufzäumen des Niedersachsenrosses sein wird. Um uns endlich los zu werden fiel den Gastgebern recht wenig ein, auch auf unseren Vorschlag, die Polizei zu holen wurde nicht eingegangen. So durften wir unser Pamphlet dann über Mikro vortragen, wonach sich die Gastgeber beruhigen konnten, noch einmal ihr Fest gerettet zu haben, da wir dann die illustre Gesellschaft verließen.

Vermißt haben wir die grünen Steigbügelhalter Schilly und Fischer. Und wo war Jo Leinen? Streikte der Dienstwagen oder fand er keine MFG?

LAGA

G. Grass, U. Bremer und die skeptische Ani-AKW-Bewegung *Fotos P. Brigant*

Bahn-spaziergänge im Wendland

Ende letzten Jahres - nach einer erfrischenden Wendlandblockade und einem mehr weniger, als mehr, gelungenem Tag X - waren die Faßtransporte über die Straße ein im Landkreis und in der Szene verbreitetes Thema. Doch war bekannt, daß das Kompaktlager in Stade randvoll war, und daß in gar nicht ferner Zukunft auch die ersten Castorbehälter mit abgebrannten Brennelementen zwischengelagert würden? Auch diese wollten wir be- wenn möglich verhindern. Dazu war es notwendig, die Schienenstrecke von Uelzen nach Dannenberg und von dort die Straße nach Gorleben, zu einem Thema zu erheben, sich aber auch sonst mit dieser Strecke zu beschäftigen.

Es entstand, abgeguckt aus Frankfurt, die Idee, regelmäßig an den Schienen Spaziergänge durchzuführen. Es gab Glühweinstände und vereinzelt wurde die Haltbarkeit des Gleiskörpers überprüft und für schlecht befunden. Die uniformierten Vertreter der Staatsmacht beobachteten das Treiben in geringer Zahl aus der Ferne. Hinter den Spaziergängen stand die Einschätzung, daß es nicht möglich wäre, einen Transport, und damit vielleicht auch alle weiteren, wirklich zu verhindern. Stattdessen sollte langfristig der Aufwand für die Atommafia (politisch und materiell) vergrößert werden, in kleinen aber regelmäßigen Schritten - wie z. B. durch Bahnspaziergänge. Es war auch eine Möglichkeit, die Zusammenarbeit von 'Auswärtigen' und 'Landkreis-Leuten' zu erweitern, zu verbessern, Diskussionen zu führen, und die Städterinnem hatten die Möglichkeit sich Ortskenntnis zu verschaffen.

Die Aktionstage im Februar waren ein Versuch, mehr Menschen an die Schiene heranzuführen. Die Aktionsformen waren breit gefächert und neben den konkreten Arbeiten an den Schienen, sollte das Betreten des 'kriminalisierten Raumes', des Gleiskörpers, die Solidarität mit den Anschlägen und den von Strafverfolgung bedrohten Anti-AKW'lerinnen auszudrücken.

Wir möchten nicht weiter auf die Aktionstage eingehen, sondern auf das, was im Weiteren mit den allmonatlichen Bahnspaziergängen passierte: die waren von nun an von massivem Bullen-Aufgebot begleitet, dessen vorangiges Ziel es war, die Personalien der Teilnehmerinnen festzustellen. Die ersten Male wurde dies dadurch erleichtert, daß zuvor Treffen stattfanden, von denen aus wir uns gemeinsam zum Spaziergang aufmachten.

Die Präsenz der Bullerei führte ersteinmal dazu, daß das Konzept der Dezentralität fallengelassen und der Versuch gemacht wurde, sich gemeinsam einer Personnalienkontrolle bei dem Spaziergang zu entziehen. Wir schätzten uns als zu wenige ein, als daß es sinnvoll wäre, uns noch weiter aufzuteilen..

Dadurch, daß wir so wenige und die Bullen so viele waren, es für uns richtig schien, den Computer nicht unnötig mit Daten über uns zu füttern, waren wir weitestgehend handlungsunfähig, ja zum Teil gefrustet. Beim Bahnspaziergang zu Pfingsten blieb jedoch der Spaß, den Uniformierten ein Schnippchen geschlagen zu haben. Es ist sicher verfrüht zu sagen, es hätte ein paar Mal nicht geklappt, zumindest nicht so, wie es anfangs gedacht war, und deshalb lassen wir das sein, Doch bleibt die Frage, warum es nicht geklappt hat?

Ein Argument, warum die Teilnahme aus dem Landkreis so schwach ist, ist die Kriminalisierung, sind die laufenden Ermittlungsverfahren wegen § 129. Doch kann dies nur die halbe Wahrheit sein, denn das Interesse an Diskussionen um die nächsten Schritte, um die Perspektive unter Berücksichtigung der Manöver der Gegenseite (u. a. juristisch), müßte um so größer sein. Stattdessen weiß im BI-Büro Niemand etwas von dem Spaziergang zu Pfingsten und bei den Diskussionen im Pfingstcamp waren die 'Auswärtigen' weitgehend unter sich.

Natürlich gibt es auch in den Städten erhebliche Probleme. Zur Zeit ist ein konkreter Anlaß (hier: Castortransport) nicht gegeben, und es ist einfacher, sich von Anlässen, denn von Kontinuität und politischer Perspektive leiten zu lassen. Wie dies zu durchbrechen ist, ist eine Diskussion, die noch vor uns liegt.

Doch zurück zu den konkreten Bahnspaziergängen:

Zu Pfingsten hatte Niemand einen überzeugenden Vorschlag, wie es denn nun weitergehen könnte. So ließen wir uns auf eine Phase des Ausprobierens ein. Als Konsequenz daraus ergab sich eine Wegorientierung von den Schienen (siehe Vorschlag aus Hannover: Radtour parallel zu den Schienen, etc.) hin zu mehr spaßigen Aktionen, um sich so ein Erfolgserlebnis zu basteln, und um den 'bürgerlichen Widerstand' wieder (stärker) anzusprechen und einzubinden. Doch bleibt die Frage der Entwicklungsmöglichkeiten? Zumindest bei den Aktionstagen am 23./24. Februar 85 hat sich gezeigt, daß die Bullen nicht bereit oder in der Lage sind, Teilnehmerinnen an symbolischen und an militanten Aktionen differenziert zu behandeln. Das bedeutet, will frau 'die Neuen' nicht gleich wieder verschrecken, daß die Aktion ein Erfolg werden muß. Entweder dadurch, daß die Aktion von vornherein auf Symbolik festgelegt wird und so für die Bullen zumindest keine Differenzierungsprobleme auftreten; der Erfolg mißt sich dann an dem Spaß, den die Teilnehmerinnen hatten. Oder es gelingt, so massenhaft zu erscheinen, daß auch 'andere Sachen' möglich sind und es nicht möglich ist, uns auseinanderzunehmen. Wie sich auf der Wendlandblokkade zeigte, sind bei solchen Gelegenheiten auch handwerklich unbedarfte Menschen lernwillig und begeisterungsfähig. Bei allen Bauchschmerzen, die mit dem veränderten Konzept verbunden sind, wird darin von uns die Möglichkeit der Kontinuität von Bahnspaziergängen gesehen. So wie bisher konnte es nicht weitergehen, dann wäre auch der Rest bald weggeblieben, also muß eine Zeit lang Verschiedenens ausprobiert werden, um zu sehen, was passiert; ohne dabei die ursprüngliche Zielsetzung (konkrete Behinderung, Zusammenführen von Protest und Widerstand u. a.) aus den Augen zu verlieren. Ein Schritt zu weit, scheint uns die Orientierung der Radtour an das Zwischenlager zu gehen, denn die Hinwendung zu einem umzäunten Gebiet in der 'Steppe' verbaut viele Chancen, die wir uns in unserem 'Robin-Hood-Dasein im Drawehner Wald (u. a.) angeeignet haben.

Hamburger Wendlandkoordination

Sommercamps! Sommercamps!

Vom **20. 7.** bis zum **4. 8.** findet im Wendland das **Sommercamp** statt.

Kontaktadresse: BI-Büro
Drawehner Str. 3
3130 Lüchow

Vielleicht können dort ja auch mal Gedanken zur Verhinderung des Castor-Transports gewälzt werden!

Mahnstein sorgt für Aufregung

Bei den Auseinandersetzungen um die Aufstellung eines Mahnsteines während der Aktionstage im Februar 1985 sorgten nun die örtlichen CDU-Politiker mit dafür, daß es zu massiven anonymen Drohungen und Einschüchterungsversuchen gegen den Gastwirt der Trebeler Bauerstuben kam. Damals hatte die örtliche BI-Lüchow-Dannenberg, als ihren Beitrag zu den Aktionstagen, unter reger Beteiligung von 300 Zuschauerinnen den Mahnstein auf die Wiese des Trebeler Gastwirtes Rudolf Paschke gesetzt und "feierlich" eingeweiht. Unter der Inschrift "Sie haben unsere Zukunft an die Atommafia verkauft" waren acht Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamte des Kreises, die der CDU bzw. der SPD angehören namentlich aufgeführt.

Bereits in der Nacht, bevor der Mahnstein aufgestellt werden sollte erhielt Rudolf Paschke anonyme Telefonanrufe, in denen ihm gedroht wurde, "er werde diese Nacht nicht überleben" bzw. "man würde ihm sein Haus über dem Kopf anstecken", falls der Mahnstein am nächsten Tage aufgestellt werden sollte.

Der Stein sorgte auch nach seiner Aufstellung weiterhin für Wirbel. Dies bekamen vor allem der Gastwirt und seine Frau zu spüren. Die anonymen Drohungen setzten sich fort, in einer Nacht wurde eine Scheibe der Gastwirtschaft eingeworfen und der Mahnstein wurde mit Farbbeuteln beschmissen, um ihn unkenntlich zu machen. Aufgrund dieser Drohungen wurde der Mahnstein von der BI am 1.Mai auf das BI-Gelände in der Nähe Trebels gebracht.

Auf der politischen Bühne starteten SPD und CDU ihre Angriffe, wobei der Austragungsort der Gemeinderat von Trebel war.

Anfang Mai beschloß der Gemeinderat mit den sechs Stimmen der CDU gegen die vier Stimmen der UWG (Unabhängige Wählergemeinschaft) bis auf weiteres keine Sitzungen mehr in Rudolf Paschkes Gasthof abzuhalten. Die CDU führte aus : "Der Gastwirt habe das Vorhaben der Umweltschützer unterstützt, Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamte aus dem Kreis zu diffamieren und auf geschmacklose Art an den Pranger zu stellen (Wenn es wenigstens geschmackvoll gewesen wäre...d.S.)." Einen derart "ungeheuerlichen Vorgang" könne die Partei nicht hinnehmen.

Aber auch die UWG distanzierte sich durch ihren Sprecher Jörg Janning, der jahrelang im Vorstand der BI-Lüchow-Dannenberg war, von dieser Form der Auseinandersetzung (Mahnsteinaufstellung!). "Man sei daher erleichtert, daß der Stein entfernt worden sei." Janning kritisierte die Mahnsteininitiatoren, da die Gegenreaktion das Klima der politischen Auseinandersetzungen auf ein unerträgliches Maß belasten ...

Ende Mai nahmen die "Auseinandersetzungen" um die Aufstellung des Steines durch die Zerstörung des Selbigen mittels eines schweren Vorschlaghammers durch Unbekannte ein vorläufiges Ende.

Eine alltägliche Geschichte aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg ?

Pan – Foto

Was bisher fehlte

Am 29.11.1984 in Wittingen. Brandanschlag auf Baumaschinen einer am Zwischenlager Gorleben tätigen Baufirma, die schon wiederholt Ziel von Anschlägen war. Schaden : ca. 3.000.000 DM. (Quelle : Verfassungsschutzbericht /84)

Herz

Bahnbrechendes Ereignis

In der Nacht zum 18.5.85 wurden auf der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg 25m Schiene gelöst. In einem Bekennerschreiben wird ausgeführt, daß 25m lose Schienen ausreichen, um 40km Bahnstrecke zu blockieren. Die Täter meinen, es gibt immer wieder Möglichkeiten, mit einfachen Mitteln effektiven Widerstand und Sabotage zu leisten. Unterschrieben ist der Bekennerbrief mit : Die Bahn macht's möglich! Viele Grüsse von der Nachtschicht !

Straftäter drehten Gleismuttern los

„Bahnspaziergänge" von Kernkraftgegnern

Padripp. Sabotage verübten unbekannte Straftäter zu Pfingsten an hiesigen Gleisanlagen der Bundesbahn. So mußten Beamte der Polizei gestern nachmittag feststellen, daß unter anderem nahe Padripp an der Bahnlinie zwischen Dannenberg und Uelzen mehrere Befestigungsmuttern der Schienen losgedreht worden waren.

Wann genau und von wem diese gefährliche Tat verübt wurde, konnte bislang nicht ermittelt werden. An mehreren Stellen hatten Straftäter auch Baumaste, Knüppel und ähnliche Hindernisse auf Bahngleise gelegt. Freitag abend zum Beispiel wurde nahe Pisselberg ein Steinhaufen auf den Schienen entdeckt. Polizisten räumten die „Blockaden" fort.

Die Anschlage auf die Bahnstrecke wurde offensichtlich im Verlauf sogenannter Bahnspaziergänge verübt, zu denen Kernkraftgegner vor ca. einem Monat in Flugblättern aufgerufen hatten. Dort hieß es, wie berichtet, unter anderem: „Wenn wir die Atommülltransporte behindern und langfristig unmöglich machen wollen, bietet die Schienenstrecke den besten Angriffspunkt". In dem Papier wurde dazu aufgerufen, „ ... die Strecke wenn möglich zu unterbrechen, für Unruhe zu sorgen". Seinerzeit war auch geplant worden, zu Pfingsten „Bahnspaziergänge" zu unternehmen.

In Richtung Bahnanlagen spazierten gestern nachmittag Teilnehmer eines sogenannten Pfingstcamps in Bülitz. Die Leute, die dort lagern, wurden bei ihren „Ausflügen" von Kräften der Schutzpolizei begleitet. Straftaten wurden unter den Augen der Beamten nicht verübt.

28.5.1985

Aussteiger aus der Kernenergie

Von Klaus Broichhausen

Nach jahrelanger innerpolitischer Auseinandersetzung über den Bau und Betrieb von Reaktoren ist die Kernenergie in die deutsche Energieversorgung mit wachsendem Marktanteil eingefügt. Bundesregierung und Koalition fördern die friedliche Nutzung der Atomenergie. Das wird inzwischen von einer deutlichen Mehrheit in der Bevölkerung akzeptiert. Im täglichen Betrieb erweisen sich Kernkraftwerke als verläßlich. Die Genehmigungsverfahren sind zügiger geworden, ohne daß Abstriche an den Sicherheitsnormen gemacht worden wären. Darum spricht man in der Bundesregierung und in der Wirtschaft von einer Phase der Normalität in der friedlichen Nutzung der Uranspaltung. Damit könnte es schon bald vorbei sein, weil die Kernenergie von neuem politisch gestört wird.

Die Kernenergiegegner blasen wieder zum Angriff gegen jegliche Art kerntechnischer Anlagen. Aufgesteckt hatten sie zu keinem Zeitpunkt. Sie waren nur vorübergehend abgelenkt durch Demonstrationen und Aktionen gegen die Stationierung von Raketen. Mittlerweile ist die Antiatomkraftbewegung auch weiter unterwandert von Militanten und Radikalen. Das sind nicht einzelne verirrte Chaoten. Binnen weniger Stunden werden im Bundesgebiet einige hundert Berufsdemonstranten für die Kernkraftblockade mobilisiert. Von radikalen Kernenergiegegnern wird durch Sabotageakte, durch die auch Menschen gefährdet werden, schwerer Rechtsbruch vorbereitet und begangen.

Es soll eine Atmosphäre geschaffen werden, in der, wie es heißt, die Nutzung von Kernenergie und besonders die Wiederaufarbeitung von Brennelementen „unmöglich" und „politisch nicht mehr durchsetzbar" sind. Wer in diesem Atomstreit zur Gewalt greift, verwirkt sein Demonstrationsrecht und muß in die Schranken verwiesen werden, die das Strafgesetzbuch für kriminelle Handlungen vorsieht. In einem Rechtsstaat, in dem entschlossen Anschläge auf Eigentum und Menschenleben abgewehrt werden, können gewalttätige Gruppen die Kernenergie nicht abschalten.

Nachhaltig gestört hingegen würde die Entwicklung der Kernenergie, wenn sich politisch Widerstand auf breiter Front verstärkte. Ein solcher Störfall könnte eintreten, wenn die SPD, die in Tuchfühlung mit den Grünen immer mehr von der Kernenergie abrückt, ihre Position in den Parlamenten weiter festigte. Solange sie nicht in Bonn energiepolitisch steuern kann, will sie von den Ländern her die Kernenergiepolitik verändern. Das würde schlagartig gelingen, wenn in Niedersachsen als Standort für die Beseitigung von Brennelementen (Entsorgung) im kommenden Jahr ein SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder regieren würde.

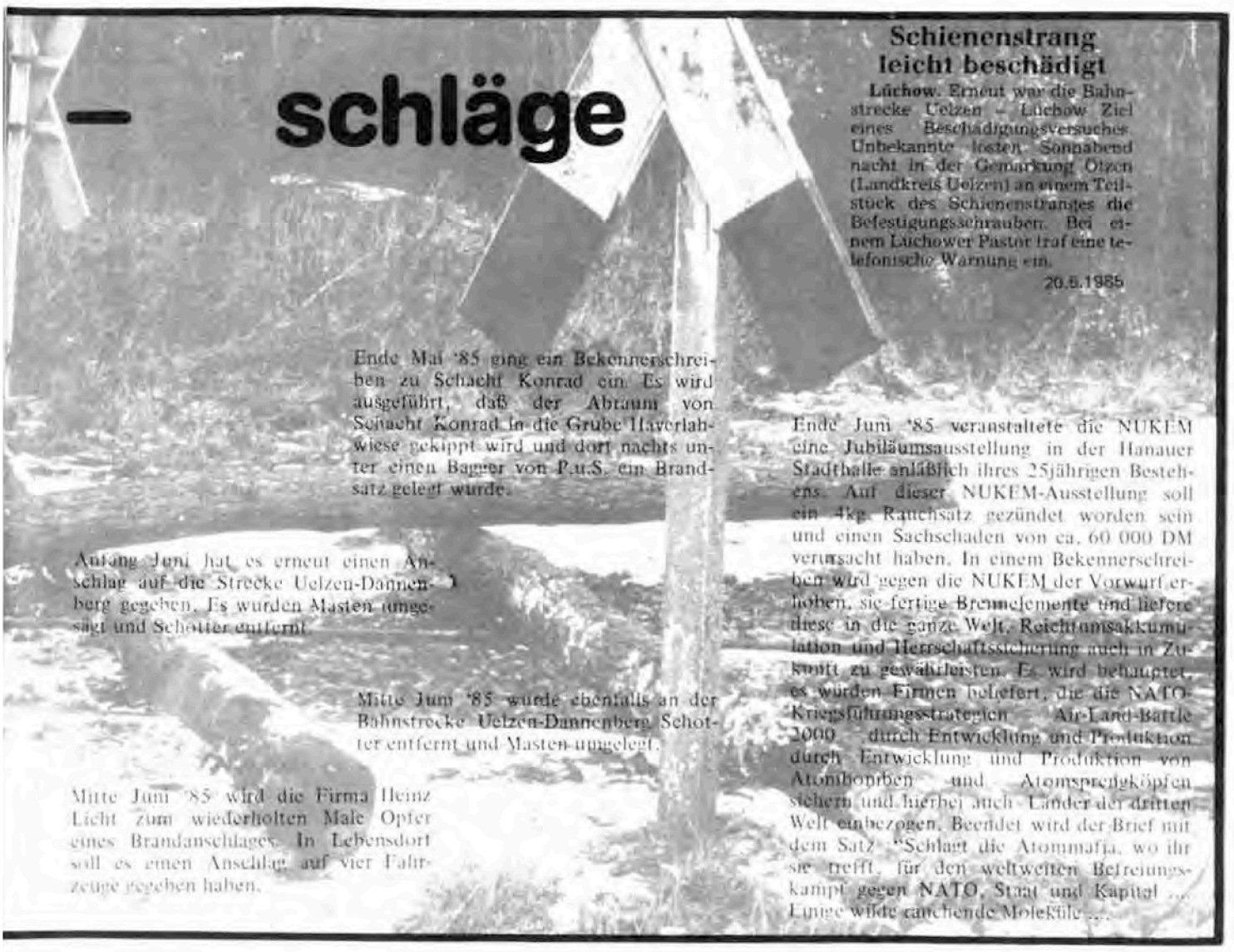
Entsorgung ist die Schlüsselfrage, weil ohne sie auf Dauer keine Reaktoren betrieben werden können. Das gültige, von Bund und Ländern vereinbarte Entsorgungskonzept sieht vor, die in den benutzten Brennelementen steckende Energiereserve durch Wiederaufarbeitung zu nutzen, verbleibendes hochradioaktives Material in Salzstöcken für immer zu lagern und parallel zu prüfen, ob nicht auch Kernstäbe ohne Aufarbeitung direkt in Salzstöcken untergebracht werden könnten. Die Bundesregierung hat sich für die Aufarbeitung entgültig entschieden, läßt aber auch die Möglichkeit der Endlagerung offen, die weiterentwickelt werden soll.

Die SPD hatte sich ursprünglich darauf festgelegt, über die Aufarbeitung erst dann zu entscheiden, wenn nach gründlicher Prüfung ein Abwägen der Vor- und Nachteile beider Entsorgungstechniken möglich sei. Der Essener Bundesparteitag im letzten Jahr hat statt dessen abrupt die Aufarbeitung aufgegeben. Die Bundestagsfraktion ist prompt darauf eingeschwenkt. Indem eine verfügbare Entsorgungstechnik wie die Aufarbeitung nicht eingesetzt und auf andere Lösungen gewartet werden soll, wird von der SPD der Bau und Betrieb von Kernkraftwerken in Frage gestellt. Es könnten nämlich gerichtlich Einschränkungen mit der Begründung verfügt werden, daß für die Entsorgung nicht ausreichend vorgesorgt sei. So bereitet die SPD den Ausstieg aus der Kernenergie vor. Sie folgt zwar nicht der Aufforderung der Grünen, sofort zusammen mit ihnen die Stillegung aller Reaktoren zu betreiben, hält jedoch die Kernenergie nur noch in einer „Übergangszeit" für verantwortbar.

Der Abstand der SPD zur Kernenergie vergrößert sich noch dadurch, daß ihre neue Leitfigur Oskar Lafontaine dagegen trommelt. Er hält sich zugute, schon immer gegen die Kernenergie gewesen zu sein. Seine Forderung, daß die Kernkraftkapazitäten schrittweise abgebaut werden müssen, beruht auf einer Annahme wider besseres Wissen. Denn Lafontaine behauptet, „daß jedes Kernkraftwerk ja auch eine Atombombe ist".

Wer so systematisch wie die SPD eine Energiequelle abschreibt, kann nicht eine Schlüsseltechnologie wie die Aufarbeitung wollen, die Voraussetzungen schafft, dauerhaft die Kernenergie auszuschöpfen. Durch eine eigene Wiederaufarbeitungsanlage kann nicht nur ein Teil der Brennelemente weggeschafft werden. Sie wirkte auch trotz beträchtlicher Kosten der eigenen Aufarbeitung preisregulierend, weil dadurch die für die deutsche Elektrizitätswirtschaft tätigen ausländischen Verarbeiter ihre Monopolstellung verlieren würden. Ein Verzicht auf Wiederaufarbeitung wäre für eine Energiepolitik, die Kernenergie bejaht, höchst riskant. Sobald diese Entsorgungstechnik energiepolitisch gestrichen würde, käme auch die heute von der SPD und von anderen Kernenergiegegnern empfohlene direkte Lagerung von Brennelementen unter Beschuß. Damit würde versucht, den letzten Weg inländischer Entsorgung zu versperren, um so den Einsatz von Kernenergie unmöglich zu machen.

FAZ 13.5.85



Morgengrauen

RAZZIA GEGEN EA–GORLEBEN
ERLEBNISBERICHT EINER BETROFFENEN

Am Mittwoch, den 8.5.85, werde ich nicht wie sonst durch den Wecker wach, sondern erblicke zwei Typen die in meiner Zimmertür lehnen. Mir ist sofort klar, das müssen Zivis sein. Natürlich – sie haben einen Hausdurchsuchungsbefehl gegen mich. Der Schreck sitzt, doch trotzdem werden ich nicht richtig wach. Ich fühle mich in diesem halbwachen Zustand etwas unsicher, was dann aber schnell verfliegt.

Der Einsatzleiter hält mir den Durchsuchungsbefehl unter die Nase: Verdacht der Mitgleidschaft in einer kriminellen Vereinigung. Ich sei verdächtigt seit Ende März 1984 an mehreren Bahnanschlägen beteiligt gewesen zu sein. Außerdem sei zu erwarten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird, die zur Tatausführung genutzt werden, wie Schweissgeräte,. Paßstücke zu Handwagen, Unterlagen über den Bezug von Gasflaschen, Bekennerbriefe ....

Der Einsatzleiter immer locker und freundlich läßt das ganze Haus und Garage durchsuchen, obwohl ich sage, daß ich nur ein Zimmer gemietet habe. Spätere fadenscheinige Begründung des Einsatzleiters an die Hausbesitzerin als diese sich über die Hausdurchsuchung beschwert: Ich sei doch dafür bekannt. Leute zu beherbergen die sich dort versteckt halten könnten. Böse Unterstellung. Außerdem sei keine der dort wohnenden Personen beim Einwohnermeldeamt registriert.Die Garage mußte angeblich durchsucht werden, da sie nach einem roten Mercedes suchen würden. Das betreffende Auto wurde bei der parallel laufenden Durchsuchung in Bülitz keines Blickes gewürdigt. Da ich auf Fragen nicht antworte, lassen sie mich ziemlich in Ruhe. Unterschriften bekommen sie von mir auch nicht, auch wenn der Einsatzleiter mir den Kugelschreiber noch so nah vors Gesicht hält. Nach zwei Stunden ist die Durchsuchung des Zimmers und der übrigen Wohnung abgeschlossen, der formale Schreibkram erledigt und die beschlagnahmten Sachen eingetütet und versiegelt.

Ich mache beim Ermittlungsausschuß Gorleben mit. Bei der Durchsuchung fanden Schriftstücke, die die EA–Arbeit betreffen besonderes Interesse der Bullen und werden beschlagnahmt. Verwertbares fällt ihnen natürlich nicht in die Finger. Ferner wurden beschlagnahmt: Kartenmaterial, englische Schulaufzeichnungen, Anwaltsnummern, Telefonnotizbuch, Schablonen fürs Studium ....

Dann werde ich vorläufig festgenommen und muß zwei Stunden bei der Soko zur ED–Behandlung verbringen. Ein anschließendes Verhör findet nicht statt, das hatten sie sich wohl sowieso abgeschminkt.

Parallel mit der Durchsuchung meiner Studienwohnung finden Hausdurchsuchungen bei mir in Bühlitz und bei meiner Mutter statt. In Bülitz suchten sie das EA–„Büro" um in den EA–Unterlagen wühlen zu können. Sie fanden allerdings nichts. Ferner interessierten sie sich für Telefoneinheiten, die der EA vertelefoniert hatte, Haushaltsbuch, beschlagnahmten Schreibmaschine, Schuhe, Kalender .... Vor der Werkstatt, die in etwas chaotischen Zustand ist, kapitulierten sie. Der Oberstaatsanwalt sortierte sich die Sachen aus, die für ihn eventuell als Belastungsmaterial in Frage kommen würden. Bei meiner Mutter beschlagnahmten sie eine Schreibmaschine und eine Schrotflinte.

Die Soko war mal wieder mächtig aufgefahren: In Bülitz waren 15 Grüne, 9 Zivis und Oberstaatsanwalt Müller: in Suderburg hatte ich es mit zwei Grünen, 6 Zivis und einem Gemeindevertreter zu tun. Bei meiner Mutter tauchten „nur" zwei Zivis auf.

Während der Hausdurchsuchung konzentrierte ich mich ausschließlich auf die Aktivitäten der Bullen und versuchte mir alles zu merken, was sie beschlagnahmten Meine anfängliche Unsicherheit verflog sehr schnell und ich beobachtete die einzelnen Charaktere der Bullen. Ich machte mir während der Durchsuchung keine Gedanken über die Frage: warum gerade bei mir und warum gerade jetzt. Ich war nicht sonderlich aufgeregt, als wäre es etwas ganz normales wenn die Bullen in die Wohnung eindringen und alles durchwühlen. Ist ja auch kein Wunder, wenn man sich regelmäßig bei der EA–Arbeit mit diesem Thema auseinandersetzen muß; Bislang waren es 14 Hausdurchsuchungen und jetzt bin ich dran. Ja na und? Natürlich nicht ja na und. Hinterher setzten dann bei mir die Überlegungen ein: Warum gerade ich und was wollen sie mir anhängen. Wirklich kein gutes Gefühl, man weiß nie, was sie einem wirklich vorwerfen und was sie gegen mich in der Hand haben. die bohrende Frage: Was steht in den Ermittlungsakten gegen mich und inwieweit machen sie ernst. Hausdurchsuchungen zum Einschüchtern der Bewegung – eine Standardformulierung die mir an diesem Punkt nicht viel weiter hilft.

Bei der Frage warum und wieso gegen mich bleibt eine schlüssige Antwort, daß ich beim EA mitmache und in Wahrheit sich die Aktion gegen den EA gerichtet hat. Der Rest an möglichen Gründen bewegt sich im Rahmen von Spekulatio-

nen. Bei diesem Spekulieren kann man sich den Kopf zerbrechen und es kommt keine befriedigende Antwort raus. Warum fiel die Wahl der Staatsanwaltschaft auf mich, wirklich nur die EA–Geschichte? Bei mir machte sich eine ganz subtile Art von Paranoia breit. Morgens beim Aufstehen die Überlegung: stehen sie gleich wieder in der Tür. Stehen zwei Bullenautos vorm Haus, sofort der eine Gedanke. Ich weiß, daß sie mit den Hausdurchsuchungen genau dies erreichen wollen. Aber trotzdem. Das Gefühl geht erst im Laufe der Wochen weg, aber trotzdem hat sich etwas verändert. Es ist zur Gewißheit geworden, was ich vorher immer etwas verdrängte; auch gegen mich ermittelt der Generalstaatsanwalt in Celle.

Presseerklärung

EA – Gorleben zu Hausdurchsuchungen

Am 8. Mai fanden 3 Hausdurchsuchungen in Suderburg, Wustrow und Bülitz statt. Sie richteten sich gegen eine Person, die der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verdächtigt wird. Die Sonderkommission des Landeskriminalamtes Hannover führte die Durchsuchung mit dem gewohnten Aufwand durch. Ca. 40 Beamte waren im Einsatz, alle Durchsuchungen verliefen zur gleichen Zeit.
Eine Meldung, die nichts hergibt. Keine haarsträubenden Übergriffe, keine tiefreifenden Rechtsverletzungen. Eingereiht in die 14 vorangegangenen Hausdurchsuchungen (mit dem selben Vorwurf) ein ganz normaler Vorgang? Können wir wieder zur Tagesordnung übergehen?
Angesichts der Art und Weise, w i e diese Sonderkommission, die sich mit der Aufklärung von Bahnanschlägen und Sabotage bei Baufirmen befaßt, vorgeht, ist dies keinesfalls normal und gewöhnlich. Ihr Ziel ist es, den Widerstand im Wendland zu bekämpfen. Dies geschieht mit einem ungeheuren kriminalistisch-technischen Aufwand. Der niedersächsische Verfassungsschutzbericht beklagt, daß immernoch keine ausreichenden Beweise vorliegen. Die Fälle seien im Einzelnen noch aufklarungsbedürftig. Die Anwendung des § 129 ist deshalb eine wichtige Stütze ihrer Ermittlungsarbeit. Um Personen zu verdächtigen, benötigen sie keine konkreten Beweise mehr; zudem können sie die Ermittlungen auf ein größtmögliches Umfeld ausdehnen. Und dieses Umfeld, das nicht mehr einzugrenzen ist, betrifft dann jede/n Atomkraftgegner/in
Ihr Interesse gilt nicht nur einzelnen Personen. Die Durchsuchung hatte einen verdeckten Schwerpunkt. Sie wußten, daß die beschuldigte Person im Ermittlungsausschuß mitarbeitet. Sie nahmen dies zum Anlaß, um in allen Räumen nach Unterlagen des EA zu suchen. Derartiges stand aber nicht auf dem Durchsuchungsbefehl. Dem EA sind offensichtlich keine kriminellen Taten zu unterstellen.
Der EA ist eine Initiative, die Öffentlichkeitsarbeit zu Polizeiübergriffen und -methoden leistet und von Strafverfolgungsmaßnahmen Betroffene unterstützt; dies in Zusammenarbeit mit Anwälten. Für die Ermittlungsbehörden muß der EA eine Bedrohung sein. Durch Aufklärung können wir ihre Autorität und Einschüchterungstaktik behindern. Ist es ihr Ziel, der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, daß Leute, die Kriminalisierte unterstützen, selber kriminell sein müssen?
Die SOKO benötigt dringend einen Nachweis ihrer Existenzberechtigung, das Innenministerium will vorzeigbare Ermittlungserfolge, die zuständig Staatsanwaltschaft abschließbare Ermittlungsakten, um über Bestrafung von Einzelnen auf generalpräventiver Ebene abschreckend auf die Szene wirken zu können. Dies ist ihnen nicht gelungen!

§RECHT $

§111-Verfahren in Bamberg

In Bamberg verschickte das Amtsgericht vier Strafbefehle nach §111 StGB, in welchen den Beschuldigten vorgeworfen wird, im Juli '84 einen Stromkasten mit einem Tag X-Plakat (Tag X - Verhindert die Atommülltransporte in's Wendland!) beklebt zu haben.
Die Strafbefehle enthalten Geldstrafen von 10 Tagessätzen zu 10,- DM, bis zu 10 Tagessätzen zu 100,- DM.
Die Beschuldigten haben Widerspruch eingelegt.

Staatsanwaltschaft verschlief Klageerhebung in den §111-Verfahren in Lüneburg

Am 4. 6. 1985 wurden die Verfahren wegen §111 (öffentliche Aufforderung zu Straftaten) gegen die drei presserechtlich Verantwortlichen der Atommüllzeitung Nr. 27 (s. Presseerklärung 'atom' Mai/Juni) vom Gericht eingestellt.

Das Gericht stellte fest, daß die Staatsanwaltschaft die Anklageerhebungsfrist um drei Tage versäumte, womit die Verjährung der drei Verfahren eingetreten ist.

UNGLAUBLICH! · UNERHÖRT! · UNGLAUBLICH! · UNERHÖRT! · UNGLAUBLICH!

Aufruf zur Gründung einer kriminellen Vereinigung?

In aller Öffentlichkeit? Ist also Schluß mit dem jahrelangen Versteckspiel? Fallen die Masken? Werden die Karten offen auf den Tisch gelegt? Tappt die Polizei endlich ins Helle?

Der Reihe nach: Jeder weiß, daß es hier im Wendland seit vielen Jahren hartnäckigen Widerstand gegen die geplanten Atomanlagen gibt. Nachdem die Politiker genauso lange vergeblich versucht haben, den Widerstand durch Sonntagsreden, Verleumdung, Einschüchterung und massive Polizeipräsenz zu brechen, greift die Staatsgewalt jetzt zum bislang dicksten Hammer: sie rückt die Atomkraftgegner in die Nähe des Terrorismus.
Da das Landeskriminalamt und die Celler Generalstaatsanwaltschaft offenbar Probleme haben, einzelnen Personen strafbare Handlungen nachzuweisen, bauen sie ein Phantom auf: mit Hilfe des § 129 stellen sie eine Reihe von Atomkraftgegnern unter den Verdacht der „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" und setzen damit praktisch alle Grundrechte außer Kraft. Der § 129 erlaubt den Ermittlungsbehörden alle Formen der offenen und verdeckten Observation, z. B. das Abhören von Telefonen, das Öffnen der Post und die Bespitzelung des gesamten Umfeldes – das sind Eltern, Verwandte, Freunde, Bekannte, das heißt wir alle.
Der Staat hat durch das Atomprogramm seine eigene Logik und Gesetze, dieses durchzusetzen. Diese Logik verdreht unseren Lebensmut zur Kriminalität. Sie definiert gemeinsamen Widerstand als „Bildung einer kriminellen Vereinigung".

Wir finden, es reicht! Wir haben uns entschlossen, der Polizei die schwere Arbeit zu erleichtern und dem unnützen Verschwenden von Steuergeldern ein Ende zu setzen. Kein Beamter der 40 Mann starken Sonderkommission soll sich mehr nachts auf Höfen herumtreiben müssen, beim tagelangen Notieren von Autokennzeichen verblöden, beim endlosen Abhören von Telefonen rote Öhrchen bekommen. Kein Wühlen mehr in Mülltonnen, kein Schnüffeln in Betten, kein sinnloses Abschleppen von schweren Werkzeugkisten, Flensburger Bierflaschen, Blumenbindedraht . . .

Die Atomkraftgegner tun einen Schritt nach vorn:
In aller Öffentlichkeit und im Blitzlichtgewitter der Polizei- und Pressefotografen werden wir sie gründen:
DIE KRIMINELLE VEREINIGUNG WENDLAND GRUPPE 129 E. V.

Werdet alle offizielle Mitglieder, kommt kostümiert zur Gründungsversammlung mit anschließendem Ganovenball!!!

Ganovenball
13. Juli 1985, 20.00 Uhr, Bauernstuben, Trebel

Wer hilft Schröder auf's Roß?

Nachdem sich die SPD auf ihrem Bundesparteitag gegen den Bau einer großtechnischen WAA ausgesprochen hatte, will sie auf dieser Linie Profil zeigen. Den Vorreiter machte jetzt Ministerpräsident Börner, der verkündete, er werde *„einem Entsorgungskonzept mit WAA nicht mehr zustimmen"* und der die neue 'Entsorgungslösung' der SPD gleich aus dem Hut zauberte - die direkte Endlagerung.

Laut SPD sollten die noch gültigen Entsorgungsgrundsätze, die auf einem Beschluß von Bund und Ländern vom 28. 9. 1979 basieren, dahingehend revidiert, werden, daß die direkte Endlagerung **Vorrang** vor der Wiederaufarbeitung bekäme. Die trickreiche Formulierung 'Vorrang' schließt die Wiederaufarbeitung jedoch nicht grundsätzlich aus.

Der hessischen Initiative schlossen sich das Saarland (das kein AKW besitzt) sowie die SPD-Bundestagsfraktion an, Hamburg wählte die Linie *„zumindest Überprüfung"* des Beschlusses.

Das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen baute in seine Zustimmung gleich den Rückzieher mit ein:*„Die Bundesländer sollten gemeinsam mit der Bundesregierung die Frage der Wiederaufarbeitung bzw. der direkten Endlagerung unter Kostengesichtspunkten beraten und überdenken. Beschlüsse(...)sollten wie schon '79 nur nach gemeinsamer Beratung von Bund und Ländern getroffen werden."(1)*

Das Bundeskabinett hatte sich im Januar '85 endgültig für die WAA entschieden,

Börners Ankündigung ist im Zusammenhang mit dem rot/grünen Bündnis in Hessen zu sehen. In der Bündnisgrundlage, dem 'Doppelvierer' ist festgehalten, daß das Land Hessen sich für eine Änderung des § 9a Atomgesetz *„mit eindeutiger Präferenz für die direkte Endlagerung"* einsetzt.

Im Vorfeld der Ministerpräsidenten-Konferenz am 14. 6. '85 hatte die SPD Nägel mit Köpfen verkündet, hier und jetzt sollte das Entsorgungskonzept geändert werden, die Presse malte *„drohende Konflikte"* zwischen Bund und SPD-regierten Ländern an die Wand. Doch das war's dann auch. In der Presse kein Wort über die Ergebnisse der Konferenz - weder daß die SPD gegenüber der CDU den Kürzeren zog, noch was sie jetzt gegen die WAA zu unternehmen gedenke. Aus dem groß aufgeblasenen Ballon wurde ein Windbeutel. Gerüchten zufolge haben sich Bremen und NRW quergestellt - wonach die Sache von der SPD fallengelassen wurde. Die Hessen-Grünen mit ihrem derzeitigen Harmoniebedürfnis hielten sich an dieFunkstille der Presse und übergingen die Angelegenheit mit Diskretion.

Warum das ganze Theater der SPD?

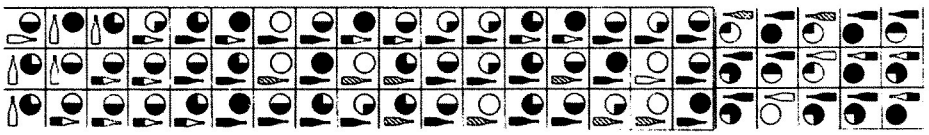
Will die SPD die Nutzung der Atomenergie in den von ihr regierten Bundesländern bzw. eventuell nach '87 auf Bundesebene, glaubwürdig durchsetzen, so muß sie eine 'Entsorgungslösung' präsentieren - und wenn es eine 'Entsorgungslüge' ist.

Derzeit versucht sie, die direkte Endlagerung als *„radikal einfacher"* gegenüber der *„überaus komplexen und anfälligen Technik der WAA"(2)* und als *„genehmigungsfähig"*. zu verkaufen - angesichts der Tatsache, daß die direkte Endlagerung nirgends auf der Welt demonstriert werden kann, ein glatter Schwindel. *„Das beherrschende Problem unter Tage"(2)*, das Endlager Gorleben, bleibt aber auch für die SPD 'Casus knacksus'. Aber bei Nicheignung von Gorleben hat die SPD noch 'ne andere 'Lösung', dann muß eben *„langfristig zwischengelagert"* werden - also 'Zwischen'lagerung und direkte Endlagerung als sympathische Entsorgungsalternative zur WAA.

Für diese Strategie wird die Landtagswahl in Niedersachsen Nagelprobe werden.

Gelingt es der SPD hier, das Wahlvolk die Kröte der Gorlebener Atomanlagen schlucken zu lassen, so ist ihr 'kleines Atomprogramm' gesichert - und wenn der 'Doppelvierer' nicht revidiert wird, mit dem Votum der Grünen.

Anmerkungen:
(1) dpa, 20. 6. 85
(2) Klaus Traube in: Bonner Energieexport v. 3. 5. 85



Geologe zum Salzstock Gorleben:

Weitere Erkundung „grotesk"

Harte Kritik in Hannover – Auch PTB für Parallelbohrungen

Gorleben/Hannover. Erneut haben führende bundesdeutsche Geologen heftige Zweifel daran geäußert, daß sich der Salzstock Gorleben als Endlager für Atommüll eigne. Das wurde bei einer Anhörung der SPD-Landtagsfraktion in Hannover deutlich, wie bereits kurz berichtet. Anwesend waren auch Vertreter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB); sie stimmten der Forderung nach paralleler Untersuchung anderer Standorte zu. Der Kieler Geologe Prof. Duphorn faßte zusammen: Wenn das Endlager Gorleben eine Aktiengesellschaft wäre, „würde ich dort keine Aktie kaufen".

Vorausgegangen war am selben Tag eine Anhörung im Umweltausschuß des Landtages. Sie war auf Betreiben der CDU vertraulich. Die SPD zog daraufhin das öffentliche Hearing mit denselben Wissenschaftlern und Behördenvertretern nach.

Professor Duphorn, der für einen mäßigen Ausbau der Kernenergie eintritt, forderte als Extremlösung, von Gorleben abzurücken oder aber dort weiter zu untersuchen und gleichzeitig als Alternative andere Salzstöcke von obertage zu erkunden. Als Begründung für seine Entscheidung führte Duphorn an, daß das Deckgebirge mittlerweile als geologische Barriere entfalle. Außerdem befänden sich direkt auf dem Gipshut über dem Salzstock wasserführende Schichten.

Aufgrund der negativen Probebohrungen bezeichnete es der Hamburger Geologe Prof. Eckard Grimmel als „grotesk", daß in Gorleben weiter untersucht werden soll. Wie die Grünen forderte er, daß die Untersuchungen am Salzstock eingefroren werden sollen.

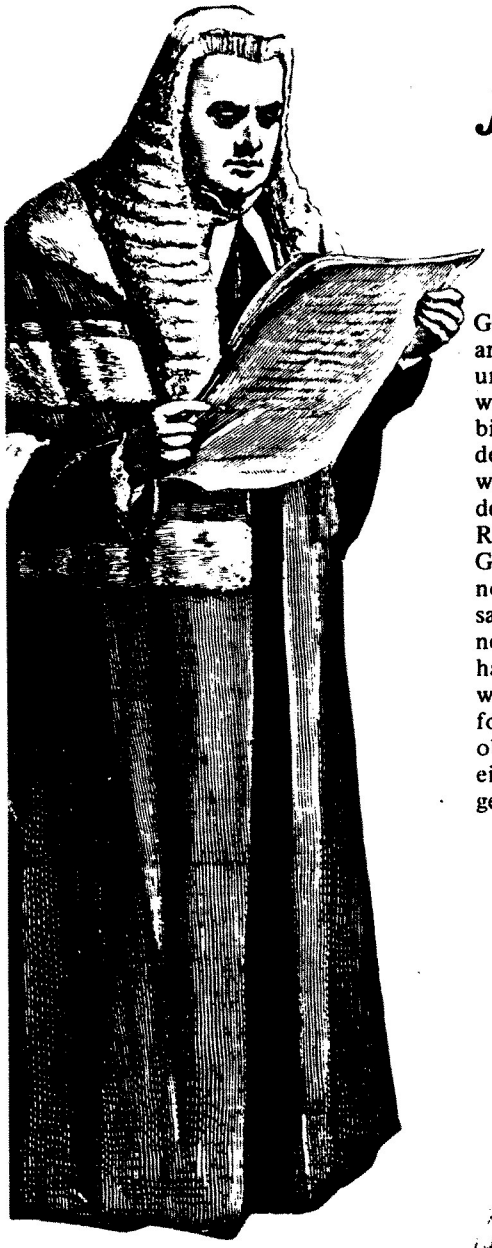
„Der Standort Gorleben war eine politische Entscheidung und ist es bis heute geblieben", stellte Prof. Günter Hermann fest. Der Göttinger Geologe setzte sich dafür ein, andere Standorte zu untersuchen. Die Vertreter der PTB stimmten der Forderung nach Parallelbohrungen zwar zu, beurteilten jedoch das Deckgebirge nicht so negativ und vertraten die Auffassung, daß am Standort Gorleben weitergearbeitet werden müsse. Die abzuteufenden Schächte sollten weitere Erkenntnisse bringen.

Dr. Röthemeyer von der PTB sieht 1990 und 1991 als die entscheidenden Jahre des Erkenntnisforschritts. Der Schachtbau könne auch das Ergebnis zutagefördern, daß nur sehr wenig in Gorleben einzulagern sei. Von 10 % des stark wärmeentwickelnden Abfalls war dabei die Rede, mit bis zu 90 % müßte man in den Schacht Konrad ausweichen. Ein Experte der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sah während der Anhörung keinen Unterschied zu den Kritikern der Salzstockerkundung, was die geologischen Werte betrifft. Nur deren Interpretation sei anders.

Es müsse ernsthaft überlegt werden, ob andere Standorte mit anderen Gesteinsformen wie z. B. Granit untersucht werden sollten, stellte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Bartels, im Anschluß an das Hearing fest. Er schloß auch die Möglichkeit aus, sich auf das Erzbergwerk Konrad zu stützen, falls sich Gorleben als ungeeignet erweisen sollte, zumal Konrad nur für schwachradioaktive Abfälle vorgesehen sei.

Die Ergebnisse der weiteren Untersuchungen im Inneren des Salzstockes müßten erst abgewartet werden, bevor Schlußfolgerungen über die Eignung gezogen werden könnten, sagte Ministerpräsident Ernst Albrecht in Hannover. „Es sollte mich wundern, wenn sich unsere Positionen ändern sollten", meinte er hinsichtlich der Bewertung der bisherigen Probebohrungen. Auf die Frage, ob die Landesregierung an ihrer Vorgabe des Mehrbarrierensystems für das Deckgebirge weiter festhalte, antwortete der Ministerpräsident, daß sich daran nichts geändert habe.

EJZ 5.7.85



Juristische Tiefschläge gegen Atommafia

Die Serie von juristischen Tiefschlägen bezüglich der Atommüllagerung setzt sich für die Atommafia fort.
Der Auftakt dieser jüngsten Ereignisse begann im Zwischenlager Gorleben. Im Oktober '84 wurde die weitere Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Müll in das Faßlager wegen der dortigen Fußbodenmängel vom Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg gestoppt. Dem folgte im März '85 jenes bemerkenswerte Urteil des Verwaltungsgerichtes Stade, Kammer Lüneburg. Da die Kammer weder eine Rechtsgrundlage, noch eine Rückholmöglichkeit sieht, stoppte sie die geplante Einlagerung von abgebrannten Brennelementen in das Transportbehälterlager (siehe Atom Mai/Juni '85).

Als nächstes erfolgte dann im Juni '85 der Baustop des Zwischenlagers Ahaus. Das OVG Münster gab im Beschwerdeverfahren dem Eilantrag auf Baustop statt, der von H.Lenting, mit Unterstützung der BI "Kein Atommüll nach Ahaus", gestellt wurde. In der Begründung des Urteils heißt es, daß die erteilte Genehmigung für das Zwischenlager schon allein aus baurechtlichen Gründen rechtswidrig ist, weil eine derartige Anlage in dem von der Gemeinde ursprünglich zu anderen Zwecken ausgewiesenen "gewöhnlichen" Industriegebiet nicht zulässig sei. Weiterhin wird in dem Urteil ausgesagt, daß insbesondere wegen der riesigen Menge des zu lagernden radioaktiven Materials dies den Rahmen des Zumutbaren für eine solche Gegend sprengen würde. Ob nach dem noch anhängigen Verfahren zur Hauptsache, das vermutlich Jahre in Anspruch nehmen wird, das Zwischenlager überhaupt in Betrieb gehen kann, ist gegenwärtig unklar. Denn hierzu gab das OVG folgenden Hinweis :Es sei zweifelhaft, ob das gegenwärtig geltende Atomrecht ein solch privates externes Zwischenlager überhaupt zuläßt.

Ebenfalls im Juni '85 erfolgte die Aufhebung der Betriebsgenehmigung für die Landessammelstelle für schwach- und mittelradioaktiven Müll im oberpfälzischen Mitterteich durch das Verwaltungsgericht Regensburg. Die Verwaltungsrichter gaben einer Anfechtungsklage gegen die vom Landesamt für Umweltschutz erteilte strahlenschutzrechtliche Genehmogung statt, eine einstweilige Anordnung auf Einstellung der Bauarbeiten wurde jedoch abgelehnt. Das bayrische Umweltschutzministerium kündigte dagegen Berufung an.

Also ein scheinbar recht beachtlicher Erfolg der Anti-AKW-Bewegung auf der juristischen Ebene?
Dies kann und sollte angezweifelt werden, wofür es auch erhebliche Gründe gibt.

Im Faßlager Gorleben soll demnächst mit den Reparaturarbeiten begonnen werden, die wie folgt geplant sind: Statt des Duralit Estrichs soll ein Betonestrich verwendet werden, der mit Stahlmatten verstärkt und mit Kunstharz versiegelt werden soll. Die bereits eingelagerten Atommüllfässer sollen während der Bauarbeiten umgestapelt werden. Der alte Estrich soll wohl nun doch kein Sondermüll mehr sein, wodurch sich dann dessen Deponierung erheblich verleichtert. Wenn dann die Reparaturarbeiten im Laufe des Jahres abgeschlossen werden sollten und die Abnahme durch das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg erfolgt ist, können die Atommülltransporte wieder ins Faßlager rollen.

Auch bezüglich des Castor–Lagers kann bzw. sollte sich mensch wieder auf eventuell anrollende Transporte einstellen. Denn in nächster Zeit wird sich das OVG Lüneburg, in zweiter Instanz, der Betriebsgenehmigung des Zwischenlagers zuwenden und ein völlig anders verlautendes Urteil ist nicht auszuschließen. Für das Zwischenlager Gorleben steht voraussichtlich noch in diesem Jahr eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an, in der die Rechtsgrundlage für externe Zwischenlager geklärt werden soll.

Diese Entscheidung wird natürlich auch für das Zwischenlager Ahaus gelten. Ansonsten ist die momentane Situation, aufgrund des Baustopps und der damit verbundenen Zeitverschiebung, dort wesentlich positiver. Allerdings ist bei dem Urteil des OVG Münster zu beachten, daß der Baustopp aus planungsrechtlichen Gründen erfolgte, es also nicht um eine atomrechtliche Zurechtweisung gegangen ist.

Wie die Berufungsverhandlung um die Landessammelstelle Mitterteich ausgehen wird, ist noch offen, eine Entscheidung zugunsten der Atommafia ist wie immer nicht auszuschließen.

Insgesamt läßt sich daraus das Resultat ziehen, daß die Auseinandersetzung mit dem Atomprogramm auf der juristischen Ebene zu Teilerfolgen führen kann nämlich durch die Verschiebung der Zeitpläne und die öffentlichte Berichterstattung. Doch direkte Aktionen sind nach wie vor Möglichkeiten sich auf die eigene Kraft und Phantasie verlassend, empfindliche Schläge gegen die Atommafia zu führen. Deshalb sollte sich die Anti AKW Bewegung neben dem Widerstand gegen die geplante WAA in Bayern Konzepte zur Be– und Verhinderung von Atommülltransporten zuwenden und vorbereitet sein auf kommende, vielleicht eher negative Gerichtsurteile zur Atommüllagerung.

Jahrestagung Kerntechnik

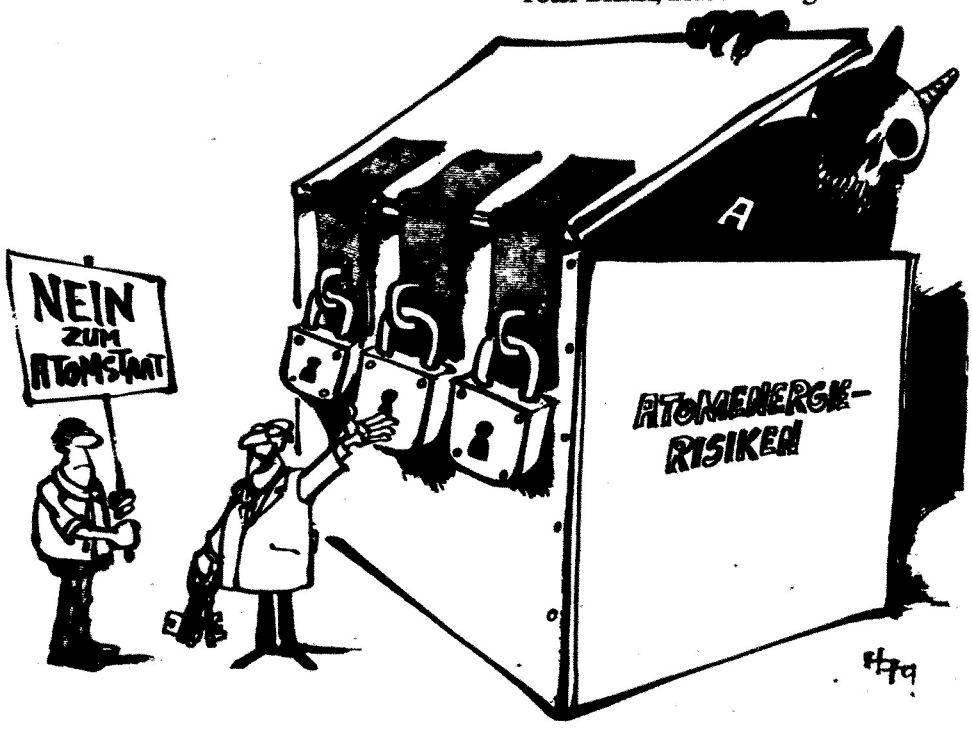
ATOMTECHNIK IN'S MUSEUM!

Unter den Leser/innen der 'atom' dürfte weitgehende Einigkeit darüber bestehen, daß Museen der geeigneteste Ort für die Atomenergietechnik sind. Da freut mensch sich natürlich, wenn die Atomlobby sich ganz von selbst dorthin zurückzieht.
Einmal im Jahr nämlich, im Mai, gibt sich die Atomlobby ein Stelldichein zur 'Jahrestagung Kerntechnik' (JK), und die fand dieses Jahr ganz passend und freiwillig im Deutschen Museum zu München statt.

Anerkannte und unerkannte Kritiker verfolgen diese Spektakel schon seit Jahren, aber seit 1984 sind BI-Vertreter, unabhängige Wissenschaftler und GRÜNE-Parlamentarier als Gruppe 'Kritiker beobachten die Jahrestagung Kerntechnik' begleitend und kommentierend auch öffentlich in Erscheinung getreten.
„Fensterreden über die angebliche Normalität in den mehr an die Öffentlichkeit gerichteten Plenarsitzungen und Orientierungslosigkeit und offene Fragen bei den technischen- und Fachsitzungen", resümierte Jens Scheer aus Bremen auf der Abschlußpressekonferenz der Gruppe 'Kritiker beobachten die Jahrestagung Kerntechnik '85' am 23. Mai im Cafe Hoch in der Münchner Innenstadt das Bild, das Kritiker seit Jahren haben.
Waren es auf der Tagung 1984 in Frankfurt die Bekenntnisse eines Bundesinnenministers Zimmermann, die die Atomlobby zu frenetischem Beifall hinrissen *("Ihr Kommen war das schönste Geschenk, das Sie uns machen konnten")*, so gab sich 1985 Karl Hillermeier vom bayrischen Innenministerium als Retter der Nation.
Noch immer habe Bayern zum Bund gestanden und sei eingesprungen, anderen Bundesländern zu helfen. Sollten die Hanauer Atomfabriken an rot-grünen Irritationen scheitern, würde Bayern sie gerne nehmen. Wen wundert, daß soviel uneigennützige Bündnistreue auch dieses Jahr auf interessierte Begeisterung stieß.
Zwei Themenkomplexe, in denen die Atomindustrie ihr Heil sieht und seit geraumer Zeit Argumentationsstränge zu entwickeln sucht, spielten auch hier eine wichtige Rolle in Selbstdarstellung und politischem Agieren.
Das eine ist der (ökonomisch notwendige) Abbau der 'Übersicherheit'. Gemeint ist damit der derzeitige Sicherheitsstandard, dem Stromanlagen in der BRD in den 70er Jahren unter dem Eindruck vehementer Zweifel in der Bevölkerung und dem Harrisburg-Schock unterzogen wurden. Dieser Standard, der die Atomenergie nicht sicher machen kann, vielleicht aber bisher mit dazu beigetragen hat, große Unfälle zu verhindern, soll abgebaut werden. Es ginge nicht an, wurde in München erneut argumentiert, die Kunden mit teuren Sicherheitsvorkehrungen zu belasten. Umweltbewußte Energiekunden würden vielmehr fordern, mit diesem Geld Anlagen wie Buschhaus zu entschwefeln. Einer Forderung, der sich die Atomlobby nur zu gern anschließt, weil sie hofft, dadurch (und durch Auseinanderdividieren der Umweltbewegung) das Kostenverhältnis Atom/Kohle zu verbessern.

Nicht neu, aber aktuell, war die zweite Forderung nach Abbau der öffentlichen Beteiligung bei der Genehmigung von Atomanlagen. Ein erster Schritt dazu wird jetzt die Einführung der erstinstanzlichen Zuständigkeit der Obergerichte in Atomverfahren sein, die die Kläger immerhin der Berufungsinstanz beraubt.
Kritische Fragen wurden in den technischen Sitzungen, von denen jeweils mehrere parallel stattfanden, vorgetragen und diskutiert. Oder überhaupt nicht. Viel Raum nahm erneut (und ganz im Gegensatz zur politischen Forderung nach Abbau der Sicherheitsstandards) die Reaktorsicherheit und Qualitätssicherung ein. Im Programm als 'hypothetisch' ausgewiesene Unfälle (Wasserstoffdetonation und Kernschmelzunfälle) erinnern dezent an Harrisburg.
Gesprochen wurde zwar auch über Transport und 'Entsorgung', die Existenzfragen des Atomprogramms, die gerichtliche Stillegung sämtlicher Zwischenlager, die Unhaltbarkeit des Salzstock Gorleben und die ca. 1jährige Verzögerung im Planfeststellungsverfahren des potentiell ersten legalen Endlagers Schacht KONRAD, diese Fragen wurden nicht diskutiert.
Drei Punkte, die auf der Tagung unterschiedliches Gewicht hatten, betreffen die Zukunft:
Auffiel zum ersten, daß erstmals in einem Beitrag regenerative Energiequellen ernsthaft zur Kenntnis genommen, statt sie wie bisher in's Reich der Fabel zu verweisen, wurden
Zum zweiten wurde in mehreren Sitzungen über die Kernfusion gesprochen, die zwar alles andere als technisch greifbar ist, aber vielleicht ein bißchen die Hoffnung nach einer Zukunft mit Atomenergie widerspiegelt.
Wirklich bedeutsam könnte für die Atomindustrie dagegen eine Entwicklung sein, deren Produktionsreife BBC von Jahr zu Jahr auf's Neue verspricht und die die Verhältnisse auf dem Atommarkt ggfs. zum Tanzen bringen könnte: Es geht um einem kleinen Nahwärmereaktor, der sich selbst regulierend, im Stile von Blockheizkraftwerken in den Stadtteilen eingesetzt werden können soll.
Wenn man der Atomindustrie überhaupt eine Überlebenschance einräumt, dann ist dies für sie sicherlich die konkreteste Utopie und sicherlich für uns nicht die ungefährlichste.
Wäre es nicht so teuer, sollten sich im nächsten Jahr ruhig mehr Leute ein eigenes Bild vom faktischen Zustand der Atomlobby machen und die Gruppe 'Kritiker beobachten die Jahrestagung Kerntechnik '86' in Aachen unterstützen. Aber nicht ohne Grund hat das Atomforum die Öffentlichkeitsschwelle mit 485.- DM nicht gerade niedrig angesetzt. Und wer wollte soviel Geld ausgerechnet so investieren?
Auf der abschließenden Pressekonferenz haben wir unseren Eindruck von der Atomlobby zwischen Fensterreden und ungewisser Zukunft geschildert, aber auch sehr deutlich gemacht, daß wir nicht nur kritische Beobachter sind. Und spätestens die Reduzierung der Sicherheitsstandards und der juristischen Eingriffsmöglichkeiten werdem jeder/m verständlich machen, daß wir heftigst die Werbetrommel gerührt haben, für die Platzbesetzung in Wackersdorf und die Demonstration am 12. Oktober in München.

Peter Dickel, Braunschweig



WIDERSTAND gegen den Bau der WAA

1. Samstag nach Rodungsbeginn:
Große WAAldbesichtigung
Treffpunkt: 14.00 Uhr
Bahnhof Altenschwand/
Gaststätte Lorenz

2. Rodungstag:
Gewaltfreie Behinderungsaktionen
gegen Rodungsarbeiten
am WAA-Gelände
Treffpunkt: 9.00 Kölbldorf

Ab sofort:
Dauercamp in
Kölbldorf

11. 8. bis 18. 8.:
Großes Sommerlager
Gaststätte Lorenz/
Bahnhof Altenschwand

WIDAG

Wir sind eine leistungsfähige Gruppe im Widerstandsbereich und haben mit unseren Partnergesellschaften in Whyl, Gorleben und Hainburg vorzeigbare Akzente gesetzt.
Für unser neues Projekt Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf suchen wir in Kürze mehrere tausend

Bauplatzbesetzer/innen

und/oder

Demonstrant/inn/en

Wir erwarten von unseren neuen Mitarbeiter/inn/en nach Möglichkeit einschlägige Erfahrung (nicht Bedingung) sowie Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Beweglichkeit beim Ausbau des Widerstandes gegen die WAA. Sie sollten Ideenreichtum, kollegiales Verhalten, Kontaktfreudigkeit und überdurchschnittliches Engagement mitbringen; darüber hinaus sollten Sie Bereitschaft zum Reisen zeigen.
Wir arbeiten Sie selbstverständlich grundlich ein!
Wir bieten einen interessanten Arbeitsplatz, der Ihnen die Zukunft sichert, dazu erhöhte Lebensqualität und selbständige Arbeit in einem jungen, dynamischen Team.
Sind Sie interessiert? Dann senden Sie uns bitte Ihre aussagekräftige Bewerbung an Chiffre 007 oder kontaktieren Sie uns in unserer Hauptniederlassung DESI, Brückenstraße 23, jeden Montag von 18.30 bis 21.00 Uhr.

Widerstandsarbeitsgemeinschaft

PLATZBESETZUNG!

AUFI !

Ein heißer Sommer in der Oberpfalz

Die Situation in Bayern spitzt sich zu. Die erste Teilerrichtungsgenehmigung der Wiederaufarbeitungsanlage soll noch in diesem Sommer ergehen. Unabhängig davon ist täglich mit dem Rodungsbeginn zu rechnen. Gerade das darf aber nicht geschehen, denn das wäre der Startschuß für den Baubeginn.

Acht Jahre massiven örtlichen und bundesweiten Widerstands haben den Bau einer WAA an neun (9!) Standorten unmöglich gemacht. Jetzt wollen DWK und Bundesregierung das ökonomisch ebenso unsinnige wie ökologisch gefährliche Projekt im Freistaat Bayern durchpauken.

Der bayrischen Justizminister meint zu diesem entscheidenden Schritt in die Plutoniumwirtschaft: *„Wenn die WAA sich nicht in Bayern durchsetzen läßt, dann nirgendwo."*

Aber genau das ist es: dann eben nirgendwo!

Daher ist es notwendig, daß am Tag des Rodungsbeginns eine Menge Anti-AKW-Leute da sind, um das WAA-Gelände massenhaft und entschlossen zu besetzen bzw. zu blockieren. Dies kann nicht nur Angelegenheit des örtlichen Widerstands sein. Haltet Euch also bereit und laßt Euch in die Alarmlisten aufnehmen!

Außerdem findet am 12. Okt. eine Großdemo in München statt. Unter dem Motto 'Strauß wir kommen' soll sie einerseits die bundesweite Ablehnung der WAA ausdrücken. Nicht weniger wichtig ist es aber, mit dieser Demo andererseits eine bundesweite Öffentlichkeit herzustellen, um die atomaren Sauereien von DWK und ihren parlamentarischen Erfüllungsgehilfen an den Pranger zu stellen. Die Solidarität gilt all denen, die sich in Wakkersdorf zur Wehr setzen. Gegen das Atomprogramm und Kriminalisierung.

Sollte zu diesem Zeitpunkt das WAA-Gelände besetzt gehalten werden, muß die Demo natürlich am Bauplatz selbst stattfinden.

Bereitet Euch vor und haltet Euch auf dem Laufenden!

Kontaktadressen sind:
Anti-WAA-Büro, Postfach 1145,
8460 Schwandorf, Tel. 09431/61444
oder:
Peter Dickel, Sophienstr. 14, 33 Braunschweig, Tel. 0531/891632

Wird die Säge bald angesetzt?

Nach dem schier endlosen Geschacher um den Standort soll die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für die Wiederaufarbeitungsanlage nun noch vor der Sommerpause erteilt werden. Das läßt zumindest CSU-Umweltminister Dick verlauten.

Mit den Rodungsarbeiten muß jedoch jederzeit gerechnet werden, rechtlich muß die 1. TEG nicht unbedingt abgewartet werde. Allerdings hatte DWK-Chef Salander schon vor längerer Zeit zu verstehen gegeben, daß nach der 1. TEG noch das gerichtliche Eileinspruchsverfahren abgewartet werden soll, bevor mit den Baumaßnahmen begonnen werden soll.

Es ist jedoch reine Definitionssache, ob Rodungsarbeiten als Baumaßnahmen angesehen werden.

Scheuten, Vorstandsvorsitzender der DWK, hat auf jeden Fall auf der Jahrestagung Kerntechnik im Mai in München angekündigt, daß bereits in wenigen Wochen mit dem Baubeginn zu rechnen ist.

Strauß hat dafür bereits alles Nötige veranlaßt, damit auch die Gerichte schnell und zuverlässig funktionieren:

Strauß schafft Ermächtigungsgesetz für die WAA

Die bayerische Staatsregierung hat ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, das die erste Instanz bei Klagen gegen Großprojekte abschafft. Dieses Gesetz ist bereits im Bundestag verabschiedet und muß nur noch den Bundesrat passieren.

Konkret heißt das, daß es in Zukunft keine 'Ausrutscher'-Urteile mehr geben wird, wie z. B. letztes Jahr das Baustop-Urteil des Verwaltungsgerichts in Regensburg zum AKW Ohu II, das jedoch bereits nach 2 Monaten vom Münchener Verwaltungsgerichtshof aufgehoben wurde. Die erste Instanz würde dann für die WAA gleich der Münchener Verwaltungsgerichtshof sein - und der funktioniert hundertprozentig.

Doch damit sich der Münchener Verwaltungsgerichtshof nicht zu offensichtlich als reiner Rechtsverdreher in der Öffentlichkeit demaskieren muß, hat Strauß noch eine zusätzliche Gesetzesinitiative gestartet:

Die bayerische Staatsregierung will in den Bundestag ein Gesetz einbringen, nach dem wesentliche formale und inhaltliche Fehler in Prozessen gegen Großprojekte zum Nachteil der betroffenen Bürger/innen nicht mehr berücksichtigt werden sollen.

Die Folgen dieses WAA-Ermächtigungsgesetzes wären sehr weitreichend:

Der zumindest formal im Grundgesetz verankerte Rechtsschutz der Bürger/innen würde damit bei Großprojekten bundesweit abgeschafft werden. So dürfte dann z. B. die WAA gebaut werden, auch wenn sämtliche Unterlagen falsch oder fehlerhaft wären.

* * * * * * *

Vorzensur für 'Untersuchungs'ausschuß

Die Geradlinigkeit, mit der die CSU alle legalen Mittel konsequent ausschaltet, die auch nur den Anschein erwecken könnten, darüber vielleicht doch noch die WAA zu Fall zu bringen, setzt sich auf Landtagsebene konsequent fort.

Hier hatte die SPD einen WAA-Untersuchungsausschuß gefordert, der die Standortentscheidung, Finanzierung, Bebauungsplanverfahren u. a. unter die Lupe nehmen sollte. Nachdem die CSU dies abgelehnt hatte, strich die SPD selbst die Fragestellungen für den Untersuchungsauftrag zusammen mit dem Ergebnis, daß die CSU sich gleich noch einmal über das übriggebliebene Gerippe hermachte, um auch noch alle Knochen zu brechen: ein Vergleich der Standorte von Wackersdorf und Dragahn wird gestrichen, ebenso ein Kostenvergleich zwischen direkter Endlagerung und WAA, von wem die Standortauswahl innerhalb Bayerns getroffen wurde. Auch dürfte kein DWK-Vertreter heranzitiert werden, da sie *„nicht in den Staatsapparat"* eingebunden sind. *"Wir fragen ja BMW auch nicht, warum sie nach Regensburg, und nicht nach Schwandorf gegangen sind."*

Leider, kann man/frau da nur sagen, denn dann käme heraus, daß der zuständige Regierungspräsident und die Landesregierung mit dem Hinweis auf die Gefährdung des Grundwasserreservoirs BMW abgewiesen hat, während sie eine solche Gefährdung bei der WAA nicht zu erkennen vermochten.

Allerdings ist die SPD auch nicht so konsequent, wie sie gern scheinen möchte.

Der SPD-Umweltexperte Kolo beantwortete die Frage eines Journalisten, warum sie den Untersuchungsausschuß als wichtig erachte, wo die SPD doch bereits politisch festgelegt sei, mit dem Hinweis, daß man völlig offen sei und notfalls seine Meinung reviedieren werde!

Volksbegehren abgeschmettert

Das Volksbegehren 'Nationalpark Bodenwöhrer Senke', das über 25 000 Menschen unterschrieben hatten und mit dem versucht werden sollte, die WAA zu Fall zu bringen, ist vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof abgeschmettert worden. Begründung: Der Gesetzentwurf verstoße sowohl gegen Bundesrecht, als auch gegen die Bayerische Verfassung, denn er erfülle nicht die Mindestvoraussetzungen des Bundesnaturschutzgesetzes. Außerdem schränke er die Handlungsfreiheit der Betroffenen und die wirtschaftliche Betätigung der Einwohner/innen des Landkreises ein.

Daß hier eine politische Entscheidung

gefällt worden ist, ist klar. Allerdings ist es kaum möglich, dies nach außen hin deutlich zu machen, denn die Begründung klingt erst einmal ganz überzeugend. Klar und für jede/n Bürger/in nachvollziehbar wäre es gewesen, wenn sich das Volksbegehren direkt gegen die WAA gerichtet hätte - man/frau hätte mit der entsprechenden Begründung einer dann erfolgten Ablehnung viel besser in der Öffentlichkeit die politische Entscheidung deutlich machen können und gleichzeitig auf die Notwendigkeit eines Volksbegehrens auf Bundesebene hinarbeiten können.
Am Rande noch eine **makabere Erscheinung**: Als der Gesezentwurf, nachdem er vom bayerischen Innenministerium abgewiesen worden war, bereits beim bayerischen Verfassungsgerichtshof beraten wurde, faßte die Landesversammlung des Bundes Naturschutz mehrheitlich den Beschluß, das Volksbegehren nicht zu unterstützenm mit der Begründung: Das Gebiet erfülle nicht die Voraussetzungen für einen Nationalpark! Die SPD faßte wenige Tage später den gleichlautenden Beschluß.
So kann man/frau dem Verfassungsgerichtshof seine Aufgabe entscheidend vereinfachen - und das ist ja wohl die Pflicht einer/s jeden anständigen Bürgers/in - auch dann, wenn er/sie WAA-Gegner/in ist.

Die WAA-Planung konkretisiert sich

Nachdem die DWK den Auftrag zur Realisierung der WAA dem KWU-Konsortium zugeschlagen hatte und damit ein anderes Anlagenkonzept zugrunde liegt, als das aus dem bisherigen Genehmigungsverfahren (sie basierten auf Uhde/Lurgi) beteiligt sich Uhde/Lurgi jetzt doch im Rahmen des KWU-Konsortiums - für sie werden immerhin ca. 20 Mio. DM dafür rausspringen.
Seit Ende Mai liegt jetzt der Bebauungsplan im Landratsamt in Schwandorf aus: *„Gründe der Anlagensicherung verbieten die Erhaltung jeglichen Waldbestandes innerhalb des Sondergebiets."* Das Landratsamt kommt zu der herrlich abgerundeten Stellungnahme:„ *Die Nachteile für Natur und Landschaft werden ausgeglichen durch die Vorteile, deren wichtigster, die Schaffung einer Vielzahl von Arbeitsplätzen im Betrieb und im tertiären Bereich, der ökonomischen Komponente der Lebensbedingungen* im Landkreis *Schwandorf zugute kommt."* *„Selbst bei Eintritt der befürchteten Erwerbsbeeinträchtigungen (Landwirtschaft, Fremdenverkehr...) lasse die 'Abwägung der gegensätzlichen Belange' die Ausweisung der Fläche für die Wiederaufarbeitung von Atombrennstoffen geboten erscheinen."*
Was beim Erörterungstermin immer noch heftig bestritten wurde, wird jetzt ganz offen zugegeben: Die Anlage soll größer ausgelegt werden als 350 t: DWK-Vorstandsvorsitzebder Scheuten gab jetzt bekannt, daß ab dem Jahr 2001(!) rund 500 t verarbeitet werden können (oder besser sollen).
Inzwischen ist schon die erste ausländische Firma beauftragt worden, obwohl man/frau doch bei den ganzen Stellungnahmen den Eindruck bekommt, als diene die WAA hauptsächlich der heimischen Arbeitsplatzbeschaffung: Die französische Ingenieurfirma Saint Gobain Nucleaire soll *„ausgewählte Planungsarbeiten"* im nuklearen Bereich übernehmen.

Und immer wieder auf's Neue: Hetze gegen WAA-Gegner/innen

„WAA Wackersdorf im Fadenkreuz der Terroristen" und *„RAF-Gruppe Süd macht mobil"*. Das sind Schlagzeilen vor Ort, die deutlich machen, wohin der WAA-Widerstand rechtzeitig abgedrängt werden soll. Alle Gegner der WAA, die der CSU nahestehen, hat der bayerische Justizminister Lang vor einer Teilnahme an der geplanten Großdemonstration und einer Besetzung des WAA-Geländes gewarnt. *„Ohne den Teufel an die Wand malen zu wollen"*, verwies Lang in einem Rundbrief an die Oberpfälzer CSU-Kreisverbände auf Informationen, wonach 'Revulotionäre Zellen' das Umfeld friedlicher Demonstranten für ihre Ziele ausnutzen wollten.
Das macht deutlich, auf was wir uns in unserem Widerstand einrichten müssen...
Inzwischen wurde einem engagierten Priester vor Ort das erste Gottesdienstverbot erteilt: Er wollte v o r einem Vortrag vor ehemaligen Schülern zum Thema WAA eine *„vollkommen normale Messe feiern "*. Die Begründung von Generalvikar Morgenschweis: *„ um angesichts der Thematik nachträgliche Schwierigkeiten zu vermeiden."* Dazu der betroffene Priester:*„Ein verwunderlicher Vorgang, zumal ich bei Gottesdiensten grundsätzlich nicht gegen WAA polemisiere, der Generalvikar selbst aber während einer Messe eine Predigt pro WAA gehalten hat."*

Die Tradition der Atomkraft pflegen...

Auf der Jahrestagung Kerntechnik in München wurde dem Journalisten einer großen oberpfälzer Zeitung der Karl-Winnacker-Preis verliehen, wegen seiner Verdienste um eine sachgerechte Aufklärung der Bevölkerung über Fragen der Energieerzeugung i. a. und die Anwendung der Kernenergie zur friedlichen Nutzung im Besonderen.
In einer Dankesrede erklärte der Journalist u. a. daß es ihm in seiner Berichterstattung darum geht, *„ideologische Glaubenskämpfe zu verhindern"*.Er möchte also wohl am liebsten alle Gräben zuschütten, sonst hatte er den Preis gar nicht annehmen dürfen. Denn dieser Karl Winnacker war im Faschismus Chef des Kriegsverbrecherkonzerns IG-Farben und nach dem Krieg Chef von Hoechst und hat in dieser Funktion bereits in den 50er Jahren versucht, die Plutoniumwirtschaft total zu puschen um im Energiebereich total auf 'Autarkie-Politik' zu setzen.
So klagte 1962 Hoechst, daß der Bedarf an den technischen Erzeugnissen der Chemie in der BRD *„äußerst gering"* sei. Er sei viel kleiner als *„im Jahr 1955 für das Jahr 1962 erwartet wurde."*
„Der Grund liegt einfach darin, daß in den Anfangsjahren der Kerntechnik militärische Zwecke und politische Erwägungen im Vordergrund standen."
Im Klartext bedeutet das Winnacker hatte damals voll auf eine westdeutsche Atombewaffnung gesetzt...
Und im Namen dieses 'Herrn' werden jetzt Preise verliehen - in seinem Sinne nur konsequent, denn mit eineiger Verspätung kommen jetzt seine Ideen wohl doch noch zum Zuge...
Wir fordern jedoch von dem Journalisten:
Rückgabe des Preises, stattdessen Berichterstattung über die Ursprünge des westdeutschen Atomprogramms und seiner Interessen!(schön wär's...d.Säzzerin)

* * * * * * *

SPD-Bundesländer setzen Bundeszuschüsse für WAA Wackersdorf durch

Nur mit Hilfe der SPD-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bremen konnte Bayern am 5. 6. 1985 im zuständigen Bund-Länder-Planungsausschuß die gewünschten Bundeszuschüsse für die WAA in Wackersdorf an Land ziehen.
Wie erst jetzt bekannt wurde, hatte Niedersachsen am 5. 6. den von Bayern beantragten WAA-Zuschuß aus Bundesmitteln in Höhe von über einer halben Milliarde DM blockiert.
SPD-regierte Bundesländer sprangen jedoch in die Bresche und sorgten durch ihr Stimmverhalten, dafür, daß nunmehr auch aus Steuermitteln die gefährlichste aller Atomanlagen massiv subventioniert wird.
Was aber nützen SPD-Parteitagsbeschlüsse gegen eine Plutoniumwirtschaft, wenn die SPD-Verantwortlichen im entscheidenden Moment darauf pfeifen?
Es zeigt sich immer wieder: Wenn es darauf ankommt, fällt die SPD ihren Wählern in den Rücken.
Die GRÜNEN IM BUNDESTAG begrüßen es ausdrücklich, daß ihre Argumente gegen den Schnellen Brüter, nach wiederholten vergeblichen Anläufen im Bundestag, jetzt von den Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen anerkannt und übernommen wurden.
Schöne Worte aber reichen nicht aus, solange im Bundestag und in Bund-Länder-Kommissionen alles beim Alten bleibt.

Niedersachsen zahlt Zuschüsse für die WAA in Bayern

Harte Zeiten für Ernst Albrecht ! Nachdem Strahlemännchen schon im Februar bei der Standortvergabe für die WAA nach Wackersdorf das Nachsehen hatte, kommt es nun noch dicker : Niedersachsen darf die DWK-Anlage in Bayern mit mehreren hundert Millionen Mark bezuschußen.

Bereits jetzt ist schon klar, daß die WAA regionale Zulagen in der Höhe von 10% der Investitionssumme erhalten wird. Bei veranschlagten 6 Mrd. DM (Und was von solchen Kostenvoranschlägen im Atomgeschäft zu halten ist, weiß frau ja) bedeutet dieses die stolze Summe von 600 Mio., die der DWK in den Rachen geschoben werden. Anders ausgedrückt : Jeder Arbeitsplatz (1600) wird vom Steuerzahler mit stolzen 375 000 DM gefördert !

Dieses ist aber noch längst nicht alles, was der DWK vom Staat zugute kommen soll. Erst nach der Standortvergabe nach Bayern ist auch der Raum Wakkersdorf vom Bund-Länder-Ausschuß "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" mit unter die förderungswürdigen Gebiete aufgenommen worden.

Den Antrag der DWK auf Aufnahme in diese Förderung muß nun vom Land Bayern und dem Bund bearbeitet werden, die Zustimmung dazu gilt als sicher. Gezahlt werden muß der Länderanteil dieses Zuschusses allerdings von Niedersachsen, da die DWK in Hannover ihren Hauptsitz hat, welcher bei dieser Förderung maßgeblich ist, wenn es darum geht, wer den Länderanteil aufbringen muß. Der Gesamtzuschuß wird allein aus dieser Förderung noch einmal 15% der Investitionssumme betragen, der von Niedersachsen zu zahlende Teil wird sich dabei auf mehrere hundert Millionen belaufen.

Vieleicht bringt dies Albrecht nun doch dazu, sein nach der Standortvergabe geäußertes Versprechen wahr zu machen, und sich gegen die Endlagerungspläne in Gorleben, Asse und Schacht Konrad zu wehren!

Atommüllkonferenz

Am 21./22. September 1985

Ort zu erfragen bei:
Anti-Atombüro, Auf dem Ort 10,
3549 Diemelstadt, Tel.: 05694/737

Gefühl und Härte

An dieser Stelle sollte - so war es schon seit langem geplant - ein Artikel von uns Frauen entstehen, der persönlich und politisch begründet, warum wir mit Männern zusammen politisch arbeiten. Konkret also, warum wir entgegen der Forderung nach Autonomie (siehe letzte Nr.) mit Männern zusammen diesen Atomexpress machen. Genau daran hat sich aber einiges geändert. Diese Ausgabe ist die erste, die wir zwar mit den Männern zusammen herausgeben, nicht aber mit ihnen geplant, diskutiert und umgesetzt haben.

Der Entschluß, sich zunächst nur noch unter uns Frauen zu treffen, war notwendig, um die Kluft zwischen Realität und Anspruch sichtbar und für uns erträglicher zu machen. Wir wollen euch ein Bild darüber vermitteln, wie es nach jahrelanger »Zusammenarbeit« zu diesem Knall gekommen ist, was für Diskussionen bzw. Nicht-Diskussionen dahinterstecken und was diese Frauenredaktion für die Zeitung und für uns bedeutet.

Wir machen alle drei unterschiedlich lange diese Zeitung, haben unterschiedliche Erfahrungen, Zielvorstellungen und Ansprüche, setzen andere Schwerpunkte und schätzen bestimmte Situationen und Aktionen unterschiedlich ein. Wir sind mehr oder weniger radikal, mehr oder weniger frauenbewegt, sind eben einfach unterschiedlich drauf. Wesentlich ist aber, daß wir bezogen auf diese Zeitung, ihre Strukturen und ihre Macker dieselbe Geschichte haben.

Die sieht ungefähr so aus: Anfangs haben wir bestimmte Verhaltensweisen bei uns und bei den anderen »nur« registriert: daß wir beim Vorlesen von selbstgeschriebenen Artikeln Herzklopfen hatten, daß es Männer gibt, die auf Fragen keine oder nur halbe Antworten geben, daß wir überhaupt sehr viel gefragt haben, daß Erfahrungen, Argumente und Einschätzungen der Männer ein sehr viel größeres Gewicht hatten, als unsere, daß diese Männer oft ihre Einschätzungen gar nicht mehr begründen mußten. Wir merkten, daß wir uns durchsetzen müssen, daß wir uns - wollten wir diese Zeitung machen - auf einen Kampf innerhalb der Gruppe einlassen mußten, auf einen sehr subtilen Kampf um Positionen. Das ging uns eigentlich gegen den Strich, hatte nichts mehr mit unserem Politikverständnis zu tun. Aber das war ja bei der bisherigen Arbeit auch nicht anders gewesen. Das hieß, Anti-AKW-Arbeit machen wollen, eine Zeitung machen wollen und dabei die Strukturen grundsätzlich ändern müssen. Dabei sind wir dann der nächsten Illusion verfallen. Wenn wir uns durchsetzen würden, wenn wir uns einließen auf diesen Konkurrenzkampf und wenn wir oft genug diese Strukturen ansprächen, wir die Arbeit in dieser Gruppe ändern könnten. Hatten wir gedacht! Immerhin hatten wir es ja mit Männern zu tun, die über dieses System und über Strukturen dieser Leistungsgesellschaft, über linke Politik dasselbe dachten wie wir - hatten wir gedacht! Wir fingen also an, über Strukturen zu reden, das Ding beim Namen zu nennen. Dabei stießen wir bei den Männern auf Unverständnis:»wir lassen euch doch ausreden, ihr habt euch doch durchgeboxt, ihr wollt wohl ne Kuscheigruppe«. Wir drangen nicht durch, wurden massiver, konkretisierten unsere Kritik und unsere Zielvorstellungen. Das waren schon lange keine Utopien mehr. Es ging inzwischen nur noch darum, die Arbeit für uns erträglicher zu machen. Wir arbeiteten in einem Klima, in dem wir uns Sprüche reinziehen mußten, sexistische, unverschämte, saudumme Sprüche. Parallel wurde die Zeitung immer schlechter. Die Anti-AKW-Bewegung steckte in der Krise, die Einschätzungen, daß sich wohl eher das Ende dieser Bewegung abzeichnete, kursierten in unseren Köpfen. Alle waren überfordert und die Unfähigkeit über Probleme, Tiefs und Frust mit unserer politischen Arbeit zu reden, kamen voll zum Tragen. Es folgte eine lange Diskussion um die Zeitung, in der es jedoch vielmehr um ein neues inhaltliches Konzept ging, als darum, wie wir überhaupt miteinander und mit der Zeitungsarbeit umgehen.

Der Frust bei uns Frauen schlug wieder durch, erste Überlegungen einfach zu stecken, die Diskrepanz zwischen Selbstverständnis und Ansprüchen und dem, was konkret lief, worauf wir uns einließen, wurde immer stärker. Wir Frauen verloren nicht nur Lust, sondern fingen darüber auch an, über einen konkreten Erfahrungsaustausch hinaus, über mögliche gemeinsame Konsequenzen zu diskutieren. Wir redeten und schrieben (Papiere gab es dann nämlich auch bald) im Sommer '84 zum ersten Mal von Klassenfeinden, Führungsansprüchen,, Überlegenheitsgehabe. Nachdem die Männer jahrelang die Ebene der (Nicht-) Auseinandersetzung bestimmt hatten, waren wir bei der jetzt angelaufenen Diskussion nur noch bereit, auf genau der o.g. Ebene darüber zu reden.

Wir drohten mit kollektivem Austritt der Frauen, wenn nicht alles das endlich auf den Tisch käme. Es hat dann tat-

sächlich Diskussionen gegeben, einige ätzend, andere ganz erträglich. In den nächsten Wochen und Monaten schien sich echt etwas zu bewegen. Die Sprüche über unsere Beine oder Lederjacken oder sonst was blieben aus, die Zeitungsarbeit, die Diskussionen verliefen im Ganzen ein Stück solidarischer. Unser Gefühl, etwas erreicht zu haben war natürlich die beste Voraussetzung dafür, im Prinzip grundsätzlich alles beim Alten zu lassen. Naja, Schminke tut's eben auch für 'ne ganze Zeit. Es war nicht mehr eine Betonwand, von der wir mit unseren Forderungen knallhart abprallten, es war eher eine Gummizelle - weicher, gut dosiert und schwieriger festzumachen.

Wir haben uns natürlich so manches Mal gefragt, ob die Erfahrungen der Frauenbewegung an uns vorbeigerauscht sind - aber so einfach ist das eben alles nicht. In einer kleinen Gruppe, mit Männern, die 3-6,7 Jahre älter sind als wir, die z.T. von Anfang an in der Anti-AKW-Bewegung gesteckt und die Zeitung z.T. mitgegründet haben, mit denen zusammen wir gerechtfertigter und ungerechtfertigter Kritik von außen ausgesetzt sind, in einer Stadt mit einer oft nur verbal-radikalen Szene, für die der AE z.T. nur unter »Counter« läuft, in einer Bewegung die ein merkwürdiges bis gar kein Verhältnis zu ihrer (?) Zeitung hat und, nicht zu vergessen, in einer Gruppe, in der wir ständig zusammen von Kriminalisierung bedroht sind. In dieser Gummizelle also, haben wir es nochmal eine ganze Weile augehalten. Die Rollen- und Arbeitsverteilung schlich sich wieder ein, d.h. sie wurde noch um einiges extremer. Die Männer schrieben ihre ach so wichtigen Einschätzungen, Analysen, Perspektiven, die Frauen schrieben auch, machten aber außerdem die ganze Zuarbeit, das gesamte Lay-Out, einen Großteil der Setz- und Verschickarbeit. Alle arbeiteten, vor allem z.Zt. des Weltwirtschaftsgipfels nur noch nach der Durchhalteparole. Außer der abstrakten Wichtigkeit war für uns (Frauen) kein Sinn, keine Motivation, schon gar keine Lust mehr zu entdecken.

Wenn wir dann über diesen Zustand, diese Strukturen reden wollen, und zwar bald und mit allen, dann kostet das schon wieder Kraft. Denn die Herren kommen nicht nur selber nicht auf die Idee, daß Aussprache angesagt wäre - nein - sie reagieren auch noch agressiv und mit angeblichem Unverständnis auf unser unbequemes Strukturgefasel. Für sie ist die Redaktion eine »funktionsfähige Gruppe«.

Es reicht!

Uns geht es nicht in erster Linie darum, regelmäßig und irgendwie diese Zeitung durch die Republik zu jagen. Uns geht es mindestens genauso um die Redaktionsgruppe wie um die Zeitung. Wir wollen zusammen Aktionen vorbereiten, praktischen Widerstand leisten. Wir wollen, daß einzelne Erfahrungen und Einschätzungen ernst genommen werden und nicht als eher naives, lästiges Produktionshemmnis behandelt werden. Wir wollen Positionen nicht in einem Konkurenzklima diskutieren, sondern eher gemeinsam entwickeln und abwägen. Spontanität ist unheimlich wichtig und darf nicht ständig gegen 'fundierte' Erfahrungen ausgespielt werden. Wir wollen eine lebendige Gruppe und Zeitung, in der auch Artikel stehen können, die nicht nach allen Seiten abgesichert sind (der Zeitung fehlt schon seit langem der richtige Pepp). Wir wollen uns, unseren Widerstand und unsere Radikalität entwickeln können, zusammen mit Leuten, die sich gegenseitig ihre Aufrichtigkeit nicht absprechen. Wir wollen mit diesen Leuten vor allem auch das System in uns selber bekämpfen, solidarisch und mit nem Haufen Mut gegen die Scheiße angehen, die wir alle mit uns rumschleppen. Wir wollen ein Stückchen Revolutionsgefühl (zumindest nicht ständig das Gegenteil) jeden Tag...

Erst wenn es irgendwie in die Richtung losgeht, sprechen wir ganz vorsichtig von einer »funktionsfähigen Gruppe«. Da aber genau das, mit diesen Männern unter patriarchalen Verhältnissen - das Wort taucht doch noch auf, frau muß nur (zu) lang drauf warten - reine Illusion bleiben muß, wollen wir die Zeitungsarbeit nur noch weiter machen, wenn sozusagen offiziell die Fronten klar verlaufen. Alles andere haben wir seit einigen Wochen begraben. Wir werden unsere Kraft und unser Gefühl für den Kampf gegen AKWs, dieses System nicht mehr sinnlos an diesen Herrschenden verplempern. Wir wollen nicht etwa aufgeben. Dafür ist der Atom Express inzwischen viel zu sehr »unsere« Zeitung. Unsere persönliche Geschichte, wer wir sind und was wir wollen (z.B. gerade jetzt), ist mit diesem Ding (zu?) eng verknüpft. Außerdem haben wir überhaupt keine Lust den Männern mal wieder das Feld zu überlassen. Sie wären dann vermutlich immer noch eine »funktionsfähige Gruppe«.

Ergebnis von alledem ist seit einigen Wochen schlicht und ergreifend eine Frauenredaktion. Zur Zeit treffen wir uns ziemlich oft, um zunächst zu klären, ob es in Zukunft überhaupt noch (zusätzliche) Redaktionssitzungen mit den Männern geben soll oder ob wir es bei rein organisatorischen Absprachen am Anfang und Ende jeder Ausgabe belassen sollen. Eins ist für uns aber in jedem Fall klar: wir reden nicht nur über Artikel und die nächste Nummer, sondern auch über uns, wie gehen wir mit einander um,wie ist das Verhältnis unter uns Frauen, was heißt für uns Widerstand, Patriarchat, Imperialismus, welche Rolle spielt Repression, Kriminalisierung, Angst. Wir werden unsere Lücken über Technik, Satz, Druck, Repros, Finanzen selber und in aller Ruhe füllen, wenn's sein muß auf Kosten eines termingerechten Atom Express. Wir wollen die Frauen und Männer, die Bis, für die wir angeblich diese Zeitung machen, kennenlernen...(nicht gleich alle und persönlich, versteht sich). Inhaltlich geht es uns zunächst hauptsächlich aber nicht ausschließlich um die Frauenreihe, d.h. wir werden auch unabhängig von Frauenproblematik zu allen anderen Themenkomplexen im Rahmen der Zeitung inhaltlich arbeiten.

Wir wollen (und werden) mit langem Atem, vielleicht neuen Redaktionsfrauen und hoffentlich vielen Leserinnen und Lesern nicht nur über die Zeitung verwirklichen, was wir wollen.

Die Frauenredaktion hat in den letzten Wochen schon einiges an Post bekommen und das macht natürlich Mut. Mut, das alles auch wirklich anzugehen - gegen unsere Angst davor und für unseren Willen, die Wut in was Positives, was Neues umzusetzen.

(Redaktions-) Frauen in der Anti-AKW-Bewegung

Wann Männer und wann keine....

Frauengruppe - Gemischte Gruppe? Oder beides?

Die Entscheidung, sowohl in einer gemischten Gruppe, als auch gleichzeitig in einer autonomen Frauengruppe zu arbeiten, mag für einige zunächst ein schwammiger Kompromiß sein, ist jedoch aus folgenden, grob umrissenen Gründen m.E. durchaus sinnvoll:

1. Ausgehend davon, daß Frauen und Männer nicht isoliert voneinander leben, sondern sich alltäglich in (fast) allen Bereichen begegnen, ist es notwendig, die Auseinandersetzung um unsere Gleichberechtigung auch in der politischen Arbeit weiter fortzusetzen und Veränderungen herbeizuführen.

2. An jedem Punkt, den wir in diesem Staat, dieses System bekämpfen gibt es sowohl eine gemeinsame Betroffenheit, als auch eine spezifisch feministische.

3. Die unter 1. genannte Auseinandersetzung ist nur zu führen, wenn sie nicht in der alten Rollenverteilung stattfindet. Das setzt unsererseits ein Selbstbewußtsein und die Überwindeung von Ängsten voraus, welche nur in Frauengruppen entwickelt werden können. Sowohl an diesem Punkt. als auch in der Erarbeitung feministischer Positionen zu den Kritikpunkten diese; Gesellschaft, dieses Staates, setzt eine Arbeit(-sweise) voraus, die sich nicht an der von Männern bestimmten orientiert.

Die politische Arbeit ausschließlich auf die in gemischten Gruppen zu beschränken, halte ich nur solange für sinnvoll, wie sich die darin vertretenen Frauen gleichberechtigt fühlen, (wobei eine Gleich**berechtigung** nicht unbedingt bedeutet, daß die Argumente, Erfahrungen usw. der Frauen genauso wichtig wie die der Männer genommen werden. säzzerinnen) bzw. die Hoffnung/Illusion haben, daß einige Strukturen von allen offensiv und kontinuierlich diskutiert werden und Veränderungen praktiziert werden. Den Schwerpunkt will ich jetzt nicht auf die Frage nach dem Zusammenhang von AKW-Großtechnologie und Männerherrschaft legen. Diese Diskussion ist zwar häufig auch zu kurz gekommen, kann und konnte jedoch noch relativ einfach eingebracht werden. Der Grund dafür liegt wohl u.a. darin, daß sich die Männer der Gruppe hierbei nicht persönlich in ihren Strukturen angesprochen fühl(t)en. (Gegen Atomenergie sind wir ja alle.) Etwas schwieriger gestaltet-e sich dies schon in den Anti-Militarismusgruppen, wo die Frage nach der Beziehung Militarismus/Sexismus vorwiegend mit der Scheinargumentation der Nebensächlichkeit ständig abgeblockt wurde/wird.

Anspruch der Anti-AKW- (u.a.)Bewegung(en), ist es bislang gewesen, dem 'wogegen kämpfen', auch ein 'wofür' gegenüberzustellen. Das beinhaltet sowohl die Entwicklung von z.B. alternativen Energiekonzepten, als auch die anderer Lebensformen und die Vorstellung eines anderen Gesellschaftssystems. Womit wir auch wieder bei dem 'Reizwort' Strukturen wären. Die bekannte Reaktion »nicht schoon wieder« bedeutet nun aber nicht zwangsläufig, daß das eigene Gruppen-Hierachie-Machtverhalten wirklich schon ausreichend in Frage gestellt worden ist, geschweige denn eine Überwindung der (subtilen) Unterdrückungsmechanismen erreicht werden konnte. Die (Schein-) Gründe, warum es nicht dazu kommt, sind bereits hinreichend beschrieben worden; sie will ich deshalb nicht noch einmal wiederholen. Auch warum es die Frauen meist sind, die offensichtlich darauf drängen, die Frage nach den eigenen Strukturen zu stellen, müßte mittlerweile allen bekannt sein.

Frauen sind nicht nur auf der Straße, in/bei der Arbeit etc. der gesellschaftlichen Diskriminierung durch Männer ausgesetzt, sondern erfahren auch ständig ihre Unterdrückung in politisch linken Gruppen. Sicher, es gibt Unterschiede zum sog. bürgerlichen Spektrum, in dem Frauen oft nicht einmal die Chance haben, ihre eigenen Ansprüche zu formulieren. Ich unterstelle auch nicht, daß der Anspruch (der meisten) linken Männer, unsere Gleichberechtigung zu wollen, nicht ihrem politischen Selbstverständnis entspricht. In der Praxis setzen aber die Eigeninteressen die Grenzen.

Zwei typische Beispiele für die Strukturen in gemischten Gruppen: der unterschiedliche Wissensstand läßt sich zunächst als einfache, auch erklärbare Tatsache feststellen. Betrachtet mensch dies genauer, muß sie/er feststellen, wie auffallend groß der (technische) Wissensvorsprung von Männern gegenüber Frauen ist. Angeblich ein eSelbstverständlichkeit, ist mann oft nur, wenn überhaupt, nach dreimaligem Bitten, bzw. über die Anspielung auf seine Ansprüche, bereit, sein Wissen auch weiterzuvermitteln (E.B., d.säzzerinnen)Häufig ist dabei auch noch auffällig, **wie** mann einem anderen Typen und wie einer Frau etwas erklärt. Schließlich gibt es ja auch noch genügend andere (Sekretärinnen-)Arbeit, die frau erledigen kann. Ich will jetzt nicht damit sagen, daß die Rollenverteilung grundsätzlich auf eine Lehrer-Schülerinnen Ebene verlagert werden soll. Natürlich müssen Frauen sich auch selbst um einen gleichberechtigten Wissensstand bemühen. Um aber Antworten auf ihre Fragen zu bekommen, sollte sie nicht ständig in die Rolle einer »Bittstellerin« versetzt sein, sondern ein Entgegenkommen und Bemühen derjenigen voraussetzen können, die über einen Wissensvorsprung verfügen, dieses »Mehrwissen« ohne Einschränkung weitergeben zu wollen. Solange aber in den Gruppen eine Struktur Wissen-Macht-Hierachie existiert, muß u.a. auch in Frage gestellt werden, mit welchem Anspruch eigentlich Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird, bzw. an wen sie sich richtet.

Eine weitere offensichtliche Domäne der Männer sind die zwischen gemischten Gruppen überregional existierenden Kontakte. Will frau nicht ständig in ihrer Position frustriert sein, so kann sie oft nur noch belustigt reagieren auf das Erstaunen eines Typen, wenn sein Ansprechpartner nicht anwesend ist, er aber feststellen muß, daß die anwesende Frau ihm die gleichen Infos geben kann. Für viele scheint dies immer wieder ein überraschendes Phänomen zu sein.

Die Beispiele von sog. Crackstrukturen lassen sich noch beliebig lange fortsetzen. Doch bitte »nicht schon wieder«. Richtig, sie sind oft genug benannt worden. Es muß vielmehr darum gehen, wie wir grundsätzlich eine Veränderung bei uns selbst herbeiführen können. Schon von daher ist der Satz »Ihr seid doch auch so« nicht zu akzeptieren. Natürlich existieren unter Frauen auch Hierachiestrukturen, Konkurrenzverhalten u.a.m. Aber dies als Rechtfertigung zu benutzen, Kritik nicht persönlich anzunehmen und daran zu arbeiten, sondern lieber zur allgemeinpolitischen Tagesordung zurückzukehren, ist absolut inakzeptabel.

Genau dies ist aber die sich ständig wiederholende Erfahrung von Frauen, die in gemischten Gruppen arbeiten. Und nur allzu verständlich ist der daraus entstehende Frust und das Gefühl/Wissen, nicht weiterzukommen - weder in den Mann-Frau-Beziehungen, noch in unserem eigenen Verhalten. D.h. der alltägliche Kampf und Kleinkrieg um unsere Gleichberechtigung (Säzzerin Kommentar s.o.) h e r r s c h t auch dort, wo wir dem existierenden Anspruch nach eigentlich erwarten dürften, unser Mißtrauen einmal fallenlassen zu können. Im Gegenteil: Es kostet oft noch mehr Energie, die vorwiegend subtilen Unterdrückungsmechanismen auf den Punkt zu bringen, als die offene gesellschaftliche Diskriminierung. Die Konsequenz ist, daß sich weder eine kontinuierliche Vertrauensbasis entwickeln läßt, noch daß wir unser eigenes Selbstbewußtsein entwickeln können. Hierin liegt eine der Notwendigkeiten autonome Frauengruppen zu bilden, die uns verschiedene Möglichkeiten eröffnen.

1. Ausgehend von der Diskussion um und Kritik an Machtverhältnissen (in gemischten Gruppen), lassen sich eindeutige, eigene Positionen erarbeiten, die nicht von vornherein durch Kompromißbereitschaft (um den Arbeitsfrieden zu wahren) beeinflußt und verwässert werden.

2. In autonomen Frauengruppen können wir eine eigenständige Vorstellung von Strategien einer Veränderung unserer (gesellschaftlichen Stellung/Funktion entwickeln. Diese muß und kann auch gar nicht anders als autonom von Frauen und unter Frauen stattfinden, denn eine grundsätzliche Veränderung ist nur zu erreichen, wenn sie sich nicht an den Zielen und Interessen der Männer orientiert, bzw. unter ihrem Einfluß steht. Zudem wird der Kampf um Gleichberechtigung aus einem selbstbewußten autonomen Status heraus sehr viel konsequenter geführt.

3. Zu dem o.g. bedarf es einer genauen Analyse, was genau Frauenstrukturen sind, wo sie sich abgrenzen zu Männerstrukturen, und wo unser Verhalten angepaßtes Männerverhalten ist. Vorrausetzungen dafür sind: a) daß wir nicht dauernd damit beschäftigt sind, den Männern immer wieder aufs Neue erklären zu müssen, worin sich ihr Machtverhalten äußert, und b) daß wir lernen, unsere Hemmschwellen bezüglich des nur allzu oft verdrängten Themas »Konkurrenzverhalten« zu überwinden und offen in Frage zu stellen.

4. In Frauengruppen besteht neben der Möglichkeit sicher auch die Notwendigkeit, sich nicht nur in Frage zu stellen, wie wir unsere Position verändern wollen, sondern auch wohin. Damit spreche ich jetzt auf die Orientierung hin zu einer Machtposition an. Diesen Wunsch nach Macht in unseren sozialen Bindungen, politischen Gruppen, in der Gesellschagt etc. stelle ich aber aus dem Grunde in Frage, daß er meiner Meinung nach im Widerspruch zu einem unserer Hauptkritikpunkte an gemischten Gruppen steht - nämlich den darin vorhandenen Hierachien. Sollte es nicht vielmehr um die Abschaffung von Macht und Hierachien gehen? Natürlich bedarf es auch hier zunächst einer genauen Definition von Begriffen wie Macht, Stärke etc. .

Wenn die o.g. Möglichkeiten von uns genutzt werden, wird sich (zwangsläufig) auch ein stärkeres Selbstbewußtsein entwickeln. Und diese Stärke, meine ich, sollten wir u.a. dazu nutzen, entsprechend angstfrei und ohne uns in die alte Rollenverteilung zurückdrängen zu lassen, in gemischten Gruppen/Bündnissen weiter an den uns alle betreffenden Punkten zu arbeiten, und Widerstand zu leisten. Die ausschließliche Arbeit in Frauengruppen (sofern es sich nicht um Projekte wie Frauenzentren, Frauenhäuser u.ä. handelt) birgt schließlich auch eine gewisse Gefahr von Isolation in sich. Das muß nicht zwangsläufig so sein, und es ist auch nur zu verständlich, wenn sie für viele Frauen die Konsequenz aus ihren bisherigen Erfahrungen ist. Trotzdem lassen sich Utopien langfristig nur dann in die Praxis umsetzen, wenn wir jetzt unsere Vorstellungen von Alternativen dort anfangen zu leben, wo sich Freiräume anbieten. Übertragen auf die Frage Frauengruppe - gemischte Gruppe heißt dies: Eine Veränderung der Arbeit in gemischten Gruppen dahingehend, daß sie gleichberechtigt stattfindet, läßt sich auch in einem absehbaren Zeitraum verwirklichen (und wird dann natürlich auch wieder mehr Spaß machen), wenn:

- sich unser Selbstbewußtsein über die Auseinandersetzung in Frauengruppen zu Stärke entwickelt
- wir autonome Frauengruppen als Basis unseres politischen Selbstverständnisses begreifen und nutzen
- von uns bestimmt feministische Standpunkte in gemischten Gruppen ein gleichwertiger Stellenwert zugesprochen wird
- Männer nicht länger erwarten, daß die Frauen ihnen vorgeben, wo und wie sie ihre Strukturen verändern müssen, sondern von sich aus daran arbeiten.

Eine Leserin, eine Freundin, eine be- freundete Leserin, eine belesene Freundin aus Münster

13 Jahre UJZ Kornstr.

Die »Korn« - nicht kaputtzu kriegen

Entstanden in der Jugendzentrumsbewegung, hat UJZ Kornstraße in Hannover jetzt 13 geballte Jahre auf dem Buckel. Dieses, wahrscheinlich älteste selbstverwaltete Jugendzentrum der BRD hat aber jetzt ernsthafte Kohleprobleme. Es ist Treffpunkt von Militantinnen, Punkinnen, Streetfighterinnen, Rockerinnen, Autonominnen - eben von Leuten, die noch Mut zum Träumen haben. Die Korn hat Krisen und Umbrüche, bürgerliche Hetze, Razzien, Bullenüberfälle, dutzendweise 129a Ermittlungen, eine angedrohte Bürgerwehr, Angriffe von Faschisten und Skins und das gesammelte Auf und Ab der politischen Bewegungen und Kämpfe überstanden. Seit zwei Jahren wird versucht, sich mit einem Finanzierungskonzept, durch den Kauf der Korn, unabhängig zu machen. Mit ihrer sog. Eignergesellschaft, stehen die Leute jetzt vor dem Problem, einerseits soviel Kohle wie lange nicht zu erwirtschaften, andererseits damit kaum den Unterhalt des Zentrums decken zu können. Um die Misere zu beheben, schwebt ihnen vor, die Eignergesellschaft zu erweitern. Gesucht werden Leute, die bereit sind, größere Einlagen durch Bargeld, Kredite, Beleihen von Lebensversicherungen usw. zu tätigen. Als Sicherheit existiert das Gebäude mit einem Kaufwert von 400 000 DM. Weiter sind sie auf Spenden, möglichst Daueraufträge insbesondere zur Instandhaltung, angewiesen. 13 Jahre Leben in der Korn - so soll's bleiben!

Konto Nr.: Verein für angewandte Sozialarbeit
Stadtsparkasse Hannover
Konto: 589403

Frauen-Aktionstag Gegen WAA

Datum 28.7.85 11 Uhr, am WAA-Standort Wiese Bhf. Altenschwand
Wir - **Frauen gegen WAA** - rufen zur gemeinsamen Aktion aller Frauen gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Schwandorf/Wackersdorf auf. Wir Frauen können nicht schweigen!
Erfahrungen mit der WAA in Windscale beweisen vermehrtes Auftreten von:

- Leukämie und andere Krebserkrankungen
- Fehlgeburten
- Mißbildungen bei Neugeborenen
- radioaktiv verseuchte Umwelt
- Trinkwasserverseuchung (gepl. Standort = Trinkwasserreservoir).

Bald ist Rodungsbeginn! Eine Million Bäume werden gefällt. Wir wollen einen Stoffschutzzaun um dieses Gebiet schlingen. Wir brauchen dazu ca. 4 000 Bettlaken, große Tücher, Stoffe o.ä.,wenn möglich bemalt und mit Sprüchen versehen. Bitte kommt! Wenn ihr verhindert seid schickt eure Tücher. Ihr seid dann symbolisch vertreten.

Vielleicht könnt ihr uns auch Musikerinnen, Künstlerinnen,... weibliche Phantasie/Energie und Widerstandsformen vermitteln. Eindrucksvolle Kleidung, Musik - und Lärminstrumente, Schnüre etc. mitbringen. Weitersagen!
Information und Kontaktadresse: Karin Schmidt, 8467 Uckersdorf 7, Tel. 09675/557
Spendenkonto: Frauen gegen WAA, Raiffeisenbank, Nr. 22110, BLZ. 75069171, Marion Sollfrank/Beate Kraus

Frauen-Widerstand - Grober Unfug

Vom 1.7. bis 31.8.1984 fand in Hunsrück zum zweiten Mal das Frauenwiderstandscamp statt. Ca. 1000 Frauen kamen dort zusammen, um gemeinsam zu leben und gegen die geplante Stationierung der 96 Cruise Missiles Widerstand zu leisten. Mit ihrer Anwesenheit und ihren Aktionen haben sie gezeigt, daß die Stationierung Ausdruck derselben militaristischen Gesellschaft ist, die in vielen Bereichen darauf hinarbeitet, sich selbst zu zerstören, mit derselben Mentalität und Selbstverständlichkeit, mit der Erde, Wasser, Luft verseucht, Frauen vergewaltigt, Kinder mißhandelt werden und Menschen in den verarmten Ländern verhungern. Dafür sollen sie jetzt bestraft werden. Bisher haben sie Bußgeldbescheide und Strafbefehle in Höhe von 40 000 DM erhalten:

- Verstoß gegen das Baugesetz wegen dem Zeltlager
- Hausfriedensbruch wegen Betreten des Stationierungsgeländes
- Strafbefehle wegen Verrücken von Natodraht
- Strafbefehle wegen Beteiligung an Rekrutenfortbildung
- Strafbefehle wegen Trommelmusik auf einer ehem. amerikanischen Funk- und Radarstation
- Bußgelder für das Aufstellen von Gedenktafeln für die im Krieg ermordeten und vergewaltigten Frauen (Urteil:**grober Unfug**)
- Strafbefehle wegen einer Fließblockade am Atombomben-Flugplatz
- Strafbefehle wegen Besteigen eines Baukrans für Betonierungsarbeiten der Bunker

Die Frauen wollen sehr unterschiedlich mit den Strafbefehlen umgehen. Diejenigen, die mehrere Strafbefehle haben, wollen dagegen Prozesse führen. Viele Frauen wollen aber (oder können) ihre Strafe nicht bezahlen und wollen lieber in den Knast gehen.
Sie haben beim Netzwerk Dreyeckland ein Spendenkonto eingerichtet: Netzwerk Dreyeckland, Postscheck Karlsruhe 94879-750, Stichwort Hunsrück. Jede Prozeß- und Knasthilfe ist erwünscht.

Frauen für Frieden

LIEBER nach... Lüneburg

LESER/INNEN/BRIEFE

Betrifft: Artikel »Frauen in der Anti-AKW-Bewegung« (atom Mai/Juni)

Liebe Frauen der atom-Redaktion!
Wir sind eine Anti-AKW-Gruppe, die sich im letzten Jahr kurz nach der Wendland-Blockade gebildet hat, um gemeinsam inhaltlich zu arbeiten und Aktionen vorzubereiten und durchzuführen. Anfangs waren in unserer Gruppe Frauen und Männer; durch eine von uns nicht beeinflußte Entwicklung (die Männer hörten nach und nach mit der Arbeit in unserer Gruppe auf) sind wir heute »nur« noch Frauen. In vielen Diskussionen haben wir festgestellt, daß es von jeder von uns, wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung, als positiv angesehen wird, jetzt ausschließlich mit Frauen zusammenzuarbeiten. Gründe sind hierfür u.a.:

- Fehlen der Mann-Frau »Spielchen«
- Bessere Möglichkeiten des Ansprechens von Gefühlen
- geringerer Konkurrenz- und Profilierungsdruck
- sich »einfach« wohler fühler.

Wir waren sehr erfreut und möchten euch mitteilen, daß wir es sehr gut fanden, daß in der letzten atom endlich mal die Stellung von Frauen in der sog. linken Anti-AKW-Bewegung in längeren Artikeln zur Sprache kam. Denn wir halten es für zwingend notwendig, daß über die bestehenden, für Frauen nachteiligen, Verhältnisse und Strukturen immer wieder diskutiert wird, denn nur so ist eine evtl. Fortentwicklung möglich (dies beinhaltet, daß Entwicklungen nie abgeschlossen sein können, Diskussionen über bestehende Verhältnisse also auch nie überflüssig oder gar beendet sein können).

Wir möchten uns an dieser Stelle nicht näher auf die beiden Artikel beziehen, auch wenn sie für uns an Anreiz zu einigen Diskussionen darstellten. Wir wollen euch lediglich mitteilen, daß wir an diesem Thema diskutieren, das heißt auch, daß wir z.Z. keinen endgültigen Standpunkt vertreten. Wir wollen uns aber in Zukunft an der weiteren Diskussion in der atom beteiligen. Als ein Anfang möchten deshalb an dieser Stelle einige Fragen anführen, die uns im Laufe der Diskussionen gekommen sind, um auch andere Frauen aufzufordern Stellung zu beziehen:

- Warum arbeiten immer noch so viele Frauen, obwohl ihnen die sie unterdrückenden Mechanismen bewußt sind, aus den unterschiedlichsten Gründen (als da wären politische, persönliche, kein Vorhandensein von Frauengruppen etc.) in gemischtgeschlechtlichen Gruppen mit?
- Warum wehren sich nicht **massenhaft** Frauen gegen die teilweise regiden Unterdrückungsmechanismen/Strukturen?
- Was ist eigentlich Autonomie?
- Was ist eigentlich das Ziel dieser ganzen Diskussion, bzw. welche Entwicklung wird überhaupt angestrebt?

Zum Abschluß noch ein Bonbon:
Wir haben gehört, daß sich die Göttinger atom-Redaktion nach Geschlechtern aufgespalten hat. Nach Aussage von Männern der Lüneburger Szene ist dort (bei euch) das Problem sehr massiv, während hier in Lüneburg die Frauen problematik nicht existent ist. Wir möchten euch also raten:
»Lieber nach...Lüneburg«
(Werbeaufkleber unsere Stadt)

Eine Frauengruppe aus Lüneburg

Liebe Leute vom atom!
Schon vor längerer Zeit wollte ich ein paar Worte zu der seit zwei bis drei Ausgaben spürbaren »Präsenz« der Frauen-Bewegten in der atom schreiben, kam aber nicht dazu. Erster Anstoß war der sehr positiv auffallende Artikel über die AKW-Bewachung in Würgassen, dann natürlich auch die sprachliche Provokation in der vorletzten atom. Nachdem ich mit wechselndem Erschrecken über das mir bis dahin nicht bewußte Ausmaß Männer-Dominanzgehabes und erfreuen über die trotz allem so unverbitterte und verständigungsbereite Herangehensweise von den Frauen in den Artikeln die letzte atom-Ausgabe gelesen habe, stapeln sich bei mir die Zettel mit Notizen - die ich jetzt alle wegschmeiße; ich schreibe lieber frei.
Zunächst konnte ich in mehreren AKW-, Umwelt- und Friedensgruppen selbst feststellen, daß die von euch gemachten Feststellungen leider wohl allgemeingültig sind: der Mann führt das Wort, während die Frau mit denselben Erfahrungen schweigend dabei sitzt. Es zählt oft die Verpackung, in der ein Redebeitrag gebracht wird, nicht der Inhalt. Diese Erfahrungen machen allerdings nicht nur Frauen, sondern auch zurückhaltene Männer. Das Problem ist also, wie es zu schaffen wäre, Frauen und Männer zusammmarbeiten zu lassen, ohne sofort in Balz- und Selbstdarstellungshierachien zu enden.

Die Gründung reiner Frauengruppen halte ich persönlich für eine Flucht vor diesem Problem, denn die Auseinandersetzung mit der zweiten Hälfte der Menschheit wird dadurch schlicht vermieden - und eure Bereitschaft, diese Auseinandersetzung zu führen, fiel mir in den letzten atom-Ausgaben so sehr positiv auf. Damit will ich nichts gegen Frauengruppen allgemein sagen - bedauerlicherweise sind Frauenhäuser u.ä. auch heute noch notwendig -, aber wenn nicht auf breiter »Front« ständig die Auseinandersetzung mit den bestehenden Problemen geführt wird, verschwinden die bestimmt nicht von alleine.

Unter uns Männern meinen es viele wirklich ernst mit dem Vorsatz, Frauen gleich zu behandeln. Zum einen sind wir aber alle auch Produkte unserer Erziehung, zum anderen gibt es für unsere Verhaltensweise **auch**biologische Grundlagen. Das soll kein Freibrief für Machoverhalten sein. Ich will lediglich sagen, daß es ein einfachen Abstellen von kulturell und stammesgeschichtlich erworbenen Verhaltensmustern nicht gibt - bei Männern genausowenig wie bei Frauen, die sehr oft schnell genauso reagieren, wie es unser althergebrachtes Rollenverständnis erwartet.

Ein Einschub nebenbei: Eine Schreiberin meinte, sie lehne die verstärkte Verantwortung der Frauen für kommende Generationen (Erziehung) und die daraus resultierende stärkere Verpflichtung für den Kampf gegen die Atomindustrie ab; ganz recht! Ich als werdender Vater fordere meinerseits das Recht, für mein Kind genauso dasein zu dürfen, wie die Mutter. Aber was die Empfindlichkeit der Geschlechter für radioaktive Strahlung angeht, so sind die Frauen - bedingt durch den Modus der Eireifung - leider wirklich wesentlich mehr gefährdet, in ihrem Erbgut Mißbildungen anzuhäufen, als die Männer. Inwieweit das eine größere »Verantwortung für den Kampf gegen Atomanlagen« beinhaltet, da bin ich allerdings auch skeptisch.

Fazit: Macht weiter mit der Thematisierung der Frauenfrage im atom. Sollten »wir Männer« im allgemeinen wirklich so gefühlsarm sein, wie es aus euren Beiträgen klingt? So oder so kann eine echt Verständigung durch eure Kampagne nur gefördert werden. Liebe Grüße an Frauen und Männer
Euer Michael aus Bielefeld

Werter Michael,
nur mit allergrößter Anstrengung konnten wir uns säzzerinnenkommentare unterdrücken. Zunächst empfehlen wir dir, die Artikel der Frauenreihe in dieser Nummer. Trotzdem müssen wir unsere Wut über ein paar Sachen in deinem Brief loswerden. Als da wäre:

- wir sind keine verständigungsbereiten Frauen
- Gründung reiner Frauengruppen ist keine Flucht! Sie ist eine Möglichkeit dem Männergehabe organisiert und kämpferisch unsere Stärke entgegenzusetzen.
- Frauenhäuser sind nicht auch heute **noch** notwendig, sondern sind heute **ganz besonders** notwendig.
- wir würden gerne mehr von deiner sehr fraglichen und reaktionären Theorie über biologische Grundlagen von männlichen Verhaltensweisen wissen.
- Nebenbei gesagt: Männer werden übrigens genauso unfruchtbar wie Frauen von radioaktiver Strahlung
- Unsere »Verständigungs-Kampagne« mußt du falsch verstanden haben, wir sind kein Heiratsinstitut.

DER WINTER IST VORBEI

Ein aus Süddeutschland stammender Aufruf zu einem autonomen Kongreß hat unsere nördlichen Gefilde erreicht. Er ist als Diskussionspapier gedacht und hat als solches auch schon einiges ausgelöst: Diskussionen über die Autonomen, ihre Geschichte, ihre Strukturen und darüber, ob es für die autonome Frauenbewegung sinnvoll sein kann nicht nur vereinzelt, wie in den letzten Jahren, sondern organisiert an bestimmten Punkten mit der »coolen Lederjackenfraktion« zusammenzuarbeiten. Eine Tendenz hat sich dabei schon in mehreren Städten gezeigt. Ein bundesweiter Kongreß ist eine ganz angenehme Fernperspektive. Sie kann der erste Anlaß zu regionalen Auseinandersetzungen sein, nicht mehr und nicht weniger. Uns geht es vielmehr darum, unserem Anspruch entsprechend, von unten, in aller Ruhe und mit langem Atem anzutesten, was in Städten und vielleicht in Regionen an Aufarbeitung, Diskussion und Perspektive möglich ist.

Bundesweiter autonomer Widerstandskongreß - Was sonst?

Ein bundesweiter Kongreß der Autonomen steht an - wir wollen ihn, die Zeit ist reif dafür! Neben den Diskussionen, die in einzelnen Städten und Zusammenhängen bereits laufen, soll dieser »Diskussionsaufruf« die bundesweite Auseinandersetzung und die Vorbereitung mitanlaufen lassen.
In den Städten, in autonomen Zusammenhängen tut sich was - nach Jahren von Stillstand und nur vereinzelten, unkoordinierten Aktivitäten, nach den teilweise unverarbeiteten Ereignissen von Berlin und Krefeld, nach dem Niedergang der Friedensbewegung und unseren (zu recht gescheiterten) Versuchen, in ihr was auf die Beine zu kriegen, gibts seit einiger Zeit jede Menge Gründe und Ansätze zu neuen Diskussioen und Impulsen...
Es ist einiges aufgebrochen - alte Strukturen reorganisieren sich, neue Strukturen bilden sich heraus - aus verschiedenen Gründen: Wendland, HS-Diskussionen, Antifa-, Antikriegsarbeit, ... Wir selbst (= Autonome, die im Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel mitgearbeitet haben) haben während der Auseinandersetzungen im/ums Bündnis und die Vorbereitungen gegen den WWG neue Impulse gespürt, den Arsch hochzukriegen, zu diskutieren, was zu tun... Auf der Ebene »Zusammenarbeit mit der Linken in der BRD« hieß das für uns, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß was ganz neues passieren kann in der BRD - ne inhaltliche Großveranstaltung mit »unseren Inhalten« als integralem Bestandteil und in der Tendenz gegen das imperialistische System als ganzes gerichtet und eine Demo in Bonn, die kämpferisch und offensiv ist, den Mythos der Friedenslatschdemos bricht und mit einer Kundgebung, die das auch inhaltlich ausdrückt.
Das neue sollte auch sein, daß zum WWG die verschiedensten »Teilbereichsbewegungen« in gemeinsamen Aktivitäten zusammenkommen, verschiedene Ebenen und inhaltliche Schwerpunkte mit einer gemeinsamen Stoßrichtung - gegen das, was die Herrschenden »Weltwirtschaftsordnung« nennen und wir schlicht und treffend »Imperialismus«.
Das ist, zumindest in Ansätzen, gelungen!
Wir waren dabei allerdings weitgehend auf uns selbst und auf die Einschätzung angewiesen, daß wir auch für ne Tendenz bei uns Autonomen Politik machen, unter bestimmten Bedingungen ein Bündnis mit anderen Strömungen der BRD-Linken einzugehen. (Also Stellvertreterpolitik, etwas, was wir eigentlich ablehnen!) Wir haben jetzt ganz einfach auch das Bedürfnis, einiges bundesweit zu diskutieren (Bündnis, Tibunal, Demo, neue Entwicklungen, Erfolg der WWG-Geschichten ...). Daneben halten wir es auch für notwendig, bundesweite Strukturen aus- bzw. aufzubauen, für kontinulerlichere Auseinandersetzungen und um praktisch gebailter handlungsfähig zu sein. (Bei der Bonndemo wars z.B. so, daß die Tausende Autonome eher »individuell« hingefahren sind, Diskussionen vorher spärlich stattgefunden haben und dann einiges nicht so ganz gut gelaufen ist...)
Dieser Aufruf richtet sich zuerst mal an uns »Autonome« insgesamt. Bei allen Schwierigkeiten, den Begriff »Autonome« zu bestimmen, dürfte sich im Vorfeld der Vorbereitungen dann schon herausstellen, wer damit gemeint ist...
Zudem gehts uns auch besonders um die Städte/Zusammenhänge, die bereits zum WWG einen Widerstandskongreß im Kopf hatten, mit z.T. ausführlichen Konzeptvorstellungen. Obwohl/weil es dann aus mehreren Gründen zum Tribunal kam (zu unterschiedliche Konzepte im Aktionsbündnis, mangelnde weitergehende Initiativen von uns Autonomen, Frage des Zeitpunkts und der Realisierbarkeit), gehen wir mal davon aus, daß ein Bedürfnis nach nem Kongreß auch über den WWG hinaus weiterbesteht.
Nach den Erfahrungen der WWG-Vorbereitungen und dann des Verlaufs denken wir auch, daß es an der Zeit ist, die Trennung zwischen »den Autonomen« und Teilen der »autonomen Frauenbewegung« aufzuheben (da wos möglich ist...). Die Auseinandersetzung um Herrschaftsstrukturen/Patriarchat als ein Pfeiler des Imperialismus könnte/sollte ein Schwerpunkt des Kongresses sein (das betrifft dann natürlich zwangsläufig auch die Strukturen unter uns).

Damit zu dem, wie wir uns den Kongress vorstellen könnten (erste Überlegungen):
- sollte ein »autonomer Kongress« sein, weil wir kein Bock auf Kompromisse beim Charakter des Kongresses haben, in welche Richtung auch immer... (ein Resultat sollte sein, daß sich klärt, wer wann wo mit wem zusammen kann, das ist unter uns Autonomen schon schwierig genug!)
- Arbeitsgruppen zu verschiedenen »Ebenen«, also z.B. inhaltlich - Antifa/Anti-AKW/Partriarchat/Anti-Krieg/Repression/Knast/... -und so Punkte wie: autonome Strukturen/Bündnispolitik/Selbstverständnis/Strategieansätze/Geschichte/Perspektiven/... Müssen wir sehen, wie das vernünftig zu organisieren ist.
- Plenum/Infostände/Büchertische/...
- als Kongressort ist uns spontan **Frankfurt** eingefallen, wegen der zentralen Lage, aber vor allem, weil die Startbahn ein Punkt war/ist, an dem wir bundesweit immer wieder zusammen gekommen sind... (Müßten aber vor allem die Frankfurter was dazu sagen).
- der Kongress könnte neben allem anderen ein Ding werden, wo wir unsere Stärke spüren werden und Impulse zurück in die Städte geben. Und außerdem haben wir total Lust drauf, euch alle zu sehen und mitzukriegen...

Die konkrete Organisierung (falls genügend Interesse da ist!) wird wohl »autonom« laufen (also erstmal chaotisch?). D.h. über vorhandene regionale/bundesweite Strukturen und über persönliche Verbindungen (Karlsruhe - Göttingen z.B., d.S.) quer durch die Republik. Und demnächst ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen (wers einberuft und wohin ist eigentlich egal, sollte nur nicht gegeneinander laufen...)
Also diskutiert mal unseren Vorschlag, äußert euch öffentlich und schickt Papiere rum...

Autonome, die im Aktionsbündnis gegen den WWG mitgearbeitet haben.

die letzte kolonie

gek. Rede von Veronika Benbold-Thomsen

Ich werde über den Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat sprechen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der geschlechtlichen Arbeitsteilung.

In dem Aufruf zum Tribunal und zur Demo gegen den Weltwirtschaftsgipfel steht Folgendes: "Sowohl in der Dritten Welt als auch in den Industriestaaten werden die Probleme der Gesellschaft in erster Linie auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Frauen leisten zwei Drittel der Arbeit auf dieser Welt, sie erhalten dafür zehn Prozent aller Einkommen und besitzen nur ein Prozent der Produktionsmittel. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen ist von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung dieses Weltwirtschaftssystems. Frauen gelten als Menschen zweiter Klasse." Und im Frauenaufruf werden die Elemente des Zusammenhangs, der hinter den genannten Sachverhalten steht, genannt. Die Ursachen dafür sind in der geschlechtlichen Arbeitsteilung zu sehen, die den Frauen den meist unbezahlten privaten Subsistenzbereich, den Männern dagegen die öffentliche Warenproduktion zuschreibt. Durch Einführung kapitalistischer Produktionsweisen in die Dritte Welt wird der Prozeß der Hausfrauisierung vorangetrieben, indem die Frau immer mehr aus gesellschaftlich anerkannten Bereichen verdrängt wird.

Ich bin aufgefordert worden, diese Zusammenhänge noch weiter auszuführen. Was bedeutet es, wenn Menschen qua Geburt den größten Teil der Arbeit einer Gesellschaft tun und dafür kaum mehr als die Konsumptionsmittel zum Überleben bekommen, während der andere Teil der Gesellschaftsmitglieder wesentlich weniger Arbeit tut, nämlich entsprechend nur ein Drittel, dafür aber 90 Prozent aller Einkommen erhält und 99 Prozent aller Produktionsmittel besitzt? Diese Kennzeichnung der Verhältnisse erinnert weit eher an eine Sklavenhalter-, Kasten- oder Feudalgesellschaft als an das, was wir unter moderner Gesellschaft zu verstehen gewohnt sind. Und so ist es auch.

Wenn wir die Aussagen in dem Aufruf ernst nehmen und die Sachverhalte endlich in die Analyse der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung mithineinnehmen, dann wird es allerhöchste Zeit, daß wir uns endgültig von dem Bild einer kapitalistischen Weltwirtschaft verabschieden, deren Ordnung vom Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit und den entsprechenden ökonomischen Zwängen geprägt ist. Die moderne Gesellschaft ist nicht kapitalistisch, sondern sie ist sexistisch bzw. das ist das gleiche. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit im Kapitalismus ist einschneidend durch das Geschlecht bestimmt. In allen Bereichen der Ökonomie der gegenwärtigen Weltwirtschaft ist die Hierarchie der geschlechtlichen Arbeitsteilung wiederzufinden. Überall nämlich müssen die Frauen die niedrigeren, monotoneren und dreckigeren Arbeiten tun, bekommen weniger dafür und müssen insgesamt mehr arbeiten. Und weil die geschlechtliche Arbeitsteilung nicht auf Kooperation zwischen den Geschlechtern beruht, sondern auf der Unterwerfung der Frauen, nenne ich sie sexistisch.

Frauenarbeit unterscheidet sich auf allen Ebenen grundlegend von Männerarbeit, und zwar in erster Linie dadurch, nicht, wie fälschlicherweise immer wieder behauptet wird, daß Frauen die Hausarbeit, Männer die Erwerbsarbeit tun würden. Frauen verrichten im Gegenteil weltweit genau so Arbeit für Einkommen für ihren und den Unterhalt der Kinder, nur daß sie dafür eben wesentlich weniger dafür bekommen als Männer. So ist weibliche Lohnarbeit schon deshalb etwas anderes als männliche, weil Frauen in der ganzen Welt einen geringeren Lohn erhalten als Männer, weil sie die mieseren Tätigkeiten tun müssen, weil sie schlechtere Vertragsbedingungen erhalten als Männer, und das sie etwas anderes ist, erfährt jede Frau durch die sexistische Anmache und die Hackordnung am Erwerbsarbeitsplatz. Die Arbeit der Frauen, der marginalisierten Massen, ist etwas anderes als die der Männer. Sie ist mehr, aufwendiger, differenzierter, und auch sie geschieht unter männlicher Kontrolle. Auch die Arbeit der Bäuerin ist nicht nur von der Tätigkeit, sondern insbesondere auch vom Arbeitsverhältnis her etwas anderes als die des Bauern, denn wem gehört das Land, wer bestimmt, was gearbeitet wird, wer kontrolliert die Produkte, wer kontrolliert die Frau, ihren Körper, ihre Sexualität?

... Durch die direkte sexistische Gewaltanwendung oder -drohung sind Frauen gezwungen, sich in die persönliche Abhängigkeit von einem Mann oder Männern zu begeben, nämlich sich einem Beschützer zu unterwerfen, der dafür einen Tribut oder wie der Feudalherr eine Arbeitsrente fordern kann. Deshalb sind Frauen wie Feudalabhängige auch nicht frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da sie ihnen nicht selbst gehört. Sie können allenfalls ausgeliehen werden, das Geld für ihre Arbeit gehört jedoch nicht ihnen, sondern ihrem Herrn.

Diese Verhältnisse finden wir heute ganz direkt dort, wo Frauen ihr Geld Vätern, Brüdern, Ehemännern und Zuhältern abführen müssen, wie es bei uns hier und in vielen Ländern der Dritten Welt allenthalben anzutreffen ist. Und für die Kontraktierenden ist Leiharbeit billiger als die Arbeit unter persönlichem freien Kontrakt. So sind auch bei uns die zunehmende Teilzeitarbeit und die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse von Frauen ein Phänomen der Leiharbeit, denn sie beruhen darauf, daß Frauen ihre Arbeit erst einmal woanders abzuleisten haben, vor allem als Mütter, so daß überhaupt nur noch ein Teil davon zur Verfügung steht. Diese Situation mag de facto zutreffen oder nicht, dennoch: auf dem Arbeitsmarkt wird jede Fraue erst einmal als Zuverdienerin deklariert, das heißt Frauen wird fast ausschließlich nur solche Arbeit angeboten. Dadurch sehen sich Frauen gezwungen, sich in die Abhängigkeit eines Mannes oder von Männern zu begeben.

Aber auch hinter den scheinbar nur ökonomischen Mechanismen des Arbeitsmarktes in diesem Fall billige Arbeitskräfte zu rekrutieren, steht das tätige Handeln gegen Frauen. Das macht sich zumal in Krisenzeiten als nochmalige Verschlechterung der Situation von Frauen bemerkbar, insofern nämlich Kollegen und Genossen sich im ökonomischen Verteilungskampf gegen Frauen zusammenschließen und dafür sorgen, daß sie die schlechtere Arbeit bekommen. Hier liegt die Allianz zwischen Unternehmern und anderen Männern. Die einen bekommen eine billige und alle zusammen eine abhängige Arbeitskraft.

Hausfrauisierung & Proletarisierung

Es ist diese spezifische Stellung der Frauen als besitzlose, unbezahlte und unterbezahlte Arbeiterinnen, die sich mit der Integration auch der scheinbar verstecktesten Region in die Weltwirtschaft immer ähnlicher wird und die in den eingangs erwähnten UNO-Zahlen zum Ausdruck kommt. Wir haben diesen Prozeß Hausfrauisierung genannt, in sprachlicher Anlehnung an Proletarisierung, um deutlich zu machen, daß die Entwicklung von Kapitalismus und Imperialismus wesentlich mehr beinhaltet als die Herausbildung von besitzlosen und auf bezahlte Arbeit angewiesenen Bevölkerungsmassen. ...

Hausfrauisierung beschreibt jenen Prozeß, in dem die Geld- und Warenwirtschaft in eine hauptsächlich auf die Subsistenzproduktion, d.h. auf den unmittelbaren Konsum ausgerichtete Wirtschaft eindringt und sie nun auftrennt in jenen Bereich, der hauptsächlich auf die Warenproduktion gerichtet ist und der nun die Subsistenzproduktion dominiert und ihr seinen Rhythmus aufdrückt. Es ist der Prozeß der Trennung in öffentliche und private Arbeit, in bezahlte und unbezahlte. Die Subsistenzproduktion, jene Produktion für den unmittelbaren Konsum also, verändert dabei ihren Charakter. Sie wird immer mehr zur unbezahlten, privaten und niedrig geachteten Frauenarbeit.

In Mitteleuropa war dieser Prozeß begleitet von der Ermordnung und Verfolgung von Millionen von Frauen als Hexen, wodurch sowohl die männlich, kirchlich, medizinisch, staatliche Kontrolle über den weiblichen Körper hergestellt als auch die Zurichtung der Frauen zur typisch kapitalistischen, nämlich hausfrauisierten Arbeitskraft erzwungen wurde. In diesem Prozeß werden die Frauen nachweislich ärmer, viele Quellen deuten sogar darauf hin, daß besonders die besitzenden Frauen als Hexen verfolgt worden sind, und der Uterus wird zum best kontrollierten menschlichen Organ überhaupt.

Es ist unübersehbar, daß die Kontrolle über den weiblichen Körper, über die weibliche Sexualität und über die Gebärfähigkeit eng mit der Zurichtung von Frauen zur hausfrauisierten Arbeitskraft zusammenhängt. Frauen werden in diesem Prozeß unfreie, von Männern persönlich abhängige Arbeitskräfte, sie verlieren ihren Besitz und ihr Handwerk.

Entwicklungspolitik, die moderne Hexenverfolgung

Dieselben Mechanismen und Handlungen setzen sich heutzutage mit der internationalen Entwicklungspolitik weltweit fort. Die Bevölkerungspolitik, erst recht in Verbindung mit der Gen-Technologie, macht den Uterus aller Frauen nicht nur zum am besten durch Fremde, nämlich den Staat, die Medizin und die internationalen Organisationen kontrollierten Organ, sondern er wird den Frauen geradezu enteignet. Die Entwicklungsprojekte vollenden und zementieren weltweit, was sich schon längst angebahnt hat. Alle Arbeit und Produktion, die mit Geld funktioniert, geht zu Händen von Männern, selbst dort, wo es sich um Tätigkeitsfelder handelt, die seit Jahrhunderten von Frauen kontrolliert und in deren Besitz waren, wie zum Beispiel die Landwirtschaft in weiten Teilen Afrikas.

Nachdem die Frauenarbeit erfolgreich zu minderwertiger Arbeit gestempelt worden ist, soll den Frauen nun, durch die sogenannte Integration der Frauen in den Entwicklungsprozeß geholfen werden. Entwicklungsprojekte zum Zweck der sog. einkommensschaffenden Aktivitäten (nicht Arbeiten), versuchen nun, durch Heimarbeit, Verlagsproduktion und ähnliches mehr, Frauenarbeit billigst zu nutzen bzw. die von Frauen noch kontrollierten einkommensschaffenden Produktionszweige unter ihre Kontrolle zu bringen.

Wir sind jetzt in der dritten Entwicklungsdekade und das Ergebnis scheint weltweit genauso durchschlagend wie drei Jahrhunderte Hexenverfolgung. Weltweit sind Frauen der Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit beraubt, sind ohne Besitz, haben kaum noch autonomen Zugang zu Land und sind zu einer von Männern persönlich abhängigen Arbeitskraft degradiert, die zunehmend für wenig Geld auch noch ihre letzten Ressourcen mobilisieren muß.

Zum Zusammenhang von Kolonialismus und Frauenunterdrückung

Aber sind nicht die Männer in den Kolonien, ist nicht der Schwarze, der farbige Mann aufgrund der am eigenen Leibe erfahrenen Unterdrückung des Rassismus ein Bollwerck gegen den Sexismus? Leider nein. Trotz der ähnlichen Geschichte, es stimmt, Frauen und Kolonien wurden in fast paralleler Weise gewaltsam unterworfen. Sie wurden mit Schwert und Feuer in der Conquista und der Hexenverfolgung vor dem Teufel gerettet. Sie werden ihrer Selbstbestimmungsrechte, ihrer Ressourcen beraubt und zur frei verfügbaren, ausbeutbaren Natur erklärt. Die Kolonialisierten werden als Naturvölker und die Frauen als von Natur aus zum Dienen bestimmte Wesen entmündigt und aus der Gesellschaft der weißen Männer hinausdefiniert.

Auf dem Rücken der Frauen und Kolonialisierten bildet sich der moderne europäische Staat heraus mit einer zentralisierten Gerichtsbarkeit, wie sie sich herausbildet aufgrund der Hexenprozesse, mit einem zentralisierten Finanzwesen und einem Staatshaushalt, wie er überhaupt erst durch die Kolonien entstehen kann und mit einer Polizei, die am Anfang eine sog. Bevölkerungspolizei ist und schließlich einem Heerwesen, das nicht zuletzt aufgrund der kolonialen Kriege gut organisiert werden muß. In diesem Prozeß erhalten die Männer qua Geschlecht mehr und ähnlichere Rechte. Es ist der Prozeß der Demokratisierung, der auch deshalb notwendig wird, weil sich für diese Unternehmungen immer mehr Männer zusammentun müssen, schließlich geht es um die Eroberung und Unterwerfung des Restes der Welt.

Aber nicht nur Territorien werden kolonisiert, sondern Menschen, europäische sog. zivilisierte Verhaltensweisen und Rechte den Kolonisierten aufgezwungen und antrainiert. Männer werden in Zwangsarbeitslagern, Internaten und Kasernen militarisiert. Die soziale Stellung der Frauen wird systematisch unterminiert. Die Befreiung von der Kolonialmacht schließlich bringt den einheimischen Männern ein Stück unabhängiger nationalstaatlicher Rechte und die ungeteilte Kontrolle über die einheimischen Frauen. Die Frauen haben aber auch dort, wo sie aktiv im Befreiungskampf mitgekämpft haben, keine Autonomie für sich, nämlich die Befreiung von männlicher Kontrolle, gewonnen. Die schwarzen und farbigen Männer schließen sich gegen die weißen Männer zusammen, aber nach dem Vorbild der weißen Männer reservieren sie sich die Fortsetzung bzw. Durchsetzung der sexistischen Arbeitsteilung und reservieren sich damit selbst ein Stück Kolonie. Es sind ihre eigenen Frauen. Mit der Entkolonialisierung der Territorien ist die Kolonialisierung also noch nicht zu Ende. Frauen sind die letzte Kolonie.

Teile und herrsche dadurch, daß du die Herrschaft teilst

Im folgenden will ich der Frage nachgehen, wie die fortgesetzte und verschärfte Durchsetzung der sexistischen Arbeitsteilung, was diese politisch für uns bedeutet. Wie hängt die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung, zu der das aberwitzige Kriegsrüsten und die Kriege genauso gehören wie die sog. Verschuldungskrise und die verstärkte Polarisierung in reiche und zunehmend breitere ärmere Schichten hier und reiche und zunehmend breitere verelendete Schichten in der Dritten Welt, mit der sexistischen Arbeitsteilung zusammen, und welche Schlußfolgerungen können wir daraus ziehen?

Für mich steht anhand unserer Erfahrungen und Analysen fest, daß die sexistische Spaltung zwischen Männern und Frauen nicht nur für die miserable Situation von Männern und Frauen verantwortlich ist, sondern auch für die der Männer, die ebenso unter der Verarmung, dem Hunger und den Kriegen leiden. Was Frauen für die europäische Entwicklung herausgefunden haben, daß nämlich der ökonomische Verdrängungskampf der Männer die Frauen zwingt, sie spe-

ziell benachteiligende Arbeitsverhältnisse einzugehen, die dann zumal in Krisenzeiten auch die Männer erreichen, scheint sich weltweit immer wieder neu zu wiederholen. Die sexistische Arbeitsteilung, die Tatsache, daß es Männern relativ besser geht als Frauen, und die Herrschaft über Frauen hindern nicht nur viele Menschen an dem notwendigen radikalen Widerstand gegen die zerstörerische Maschinerie der gegenwärtigen Ordnung, sondern ist sogar das Öl in ihrem Getriebe. ...

Wieso gibt es auf dem Land in der Dritten Welt nicht stärkeren Widerstand gegen die Kreditpolitik, sondern werden im Gegenteil nur die Forderungen nach noch mehr Krediten, mehr Düngemitteln und so weiter laut? Ein Grund dafür liegt in der sexistischen Arbeitsteilung.

Das Geld spaltet die Ökonomie des Überlebens und es spaltet Männer und Frauen. Die Subsistenzproduktion wird zurückgedrängt und von der Warenproduktion beherrscht. Geld bringt und sichert Männern Macht und Kontrolle über Frauen. Es zementiert die persönliche Abhängigkeit von Frauen, garantiert die Kontrolle über den Körper von Frauen und macht den Mann zu einem geachteten Mitglied der Männergesellschaft. Die Subsistenzproduktion, d.h. die Arbeit für den eigenen Konsum, an der früher alle beteiligt waren, wird nun als weibliche Arbeit verachtet. Durch die Aufspaltung der Ökonomie und die Hierarchisierung ihrer Ebenen schwindet die Kooperation zwischen Männern und Frauen in der Überlebenssicherung. Männer tendieren dazu, das Geld als ihr Geld zu betrachten und zu Prestigezwecken zu verausgaben, Radios, Uhren, Fahrräder usw. aber auch für Alkohol. Frauen hingegen müssen auf einer immer prekäreren Basis – wenig Land, schlechtes Land, wenig Geld, keine Kooperation, keine Kontrolle über das Geld – für die Nahrung sorgen...

Der Staat als Zuhälter

Ein gutes Beispiel im Rahmen der Devisenpolitik und zur Erläuterung des Zusammenhangs von Weltwirtschaftsordnung und sexistischer Arbeitsteilung sind die freien Produktionszonen. In den freien Produktionszonen herrscht Steuererleichterung für ausländische Investoren, kaum oder gar keine Kontrolle des Gewinntransfers, und die häufig sowieso schon geringen nationalen Rechte des Arbeitsschutzes und die Organisation der Arbeitenden werden zusätzlich beschnitten. Hier arbeiten zu 80 Prozent Frauen und stellen vom Mikrochip bis zu Jeans alles her, was unter Fließbandbedingungen produziert werden kann. Die 20 Prozent Männer haben vor allem Aufseherfunktionen. Bei der Arbeit in den Weltmarktfabriken handelt es sich um eine typisch hausfrauisierte und nicht um eine freie proletarisierte Arbeit, um Leiharbeit im eingangs erwähnte Sinne also.

In diesem Fall sind es die Funktionäre des Staatsapparates, die die Arbeitskraft mit außerökonomischen und weil sie weiblich ist, mit sexistischen Mitteln disziplinieren und zum Verleih für ihre Deviseneinnahmen offerieren. Die Assoziation des Staates als Zuhälter, die sich hier aufdrängt, wird noch durch die Reklame unterstrichen, die die ausländischen Investoren mit der billigen einheimischen weiblichen Arbeitskraft anlocken und die vielfach von Bordellofferten nicht zu unterscheiden sind. Die Motive dieser Handlungsweise gehorchen den Regeln der sexistischen Arbeitsteilung. Die weibliche Arbeitskraft ist angeblich im Überfluß vorhanden, sie ist einer Naturressource gleich nichts wert und sie wird aufgrund dieser Tatsache verachtet. Sie wird für eine vorgeblich höhere Sache, den nationalen Fortschritt, zur Verfügung gestellt. Aber auch andere Formen der Kanalisierung von Kapital zur Nutzung hausfrauisierter Arbeitskraft können durch das Zuhältermodell illustriert werden. So für die Kreditprogramme insbesondere zur Exportförderung von Agrarprodukten aus dem bäuerlichen Sektor, deren negative Auswirkung auf die einheimische Nahrungsversorgung ich bereits skizziert habe.

In den Planungen dieser Programme etwa durch die Agrarexperten der Weltbank taucht die Arbeit der Frauen und Kinder als wichtiger Beitrag zur Produktion auf. Sie wird von vornherein als kostenlos unentgeltlich zu leistende vom männlichen Vorstand abhängige Familienarbeitskraft einkalkuliert. Familiy weich, priced and zero heißt es dann da so schön. Hier wird vermittelt über den Mann. Der Zugriff auf die Frauen- und Kinderarbeit organisiert und zur Belohnung für die sexistische Kontrollfunktion geht das Geld auch zu seinen Händen. Mit dem gleichen Modell lassen sich die sog. einkommensschaffenden Aktivitäten und Hausfrauenkredite erläutern. Zusätzlich zu aller sonstigen Arbeit müssen Frauen hier für geringstes Geld Heimarbeit für den Weltmarkt produzieren. Mit Hilfe dieser Maßnahmen werden auch noch ihre letzten Arbeitskraftreserven billigst mobilisiert. Diese Programme funktionieren, weil sie die sexistische Kontrolle der Männer über die Frauen voraussetzen können. Auf diese Weise geschieht, vermittelt über den Ausverkauf der Frauen, der Ausverkauf der Mehrzahl der Menschen in der Dritten Welt. Den Menschen wird das letzte Stück autonomer Subsistenzbasis entzogen...

Im Frauenaufruf steht: Die Hausfrauisierung ist das eigentliche Modell der Weltwirtschaft. Ich teile diese Meinung insofern, als die hausfrauisierten Arbeitsverhältnisse, nämlich insbesondere ungeschützte Arbeitsverhältnisse hier und billigstes Anzapfen der Arbeitskraft durch Kleinstkredite in der Dritten Welt schon jetzt und erst recht in der nächsten

Krisensituation auch die Männer erreichen werden. Dennoch damit wird der Prozeß nicht beendet sein, Frauen werden wie immer dann noch ein Stück weiter abgeschoben werden. Was können wir tun?

Ich will über uns reden, die wir hier sind, über die Politik, die wir machen können, um uns gegen die Gewalt gegen uns und durch das Morden in der Welt durch Krieg und Hunger zur Wehr zu setzen. Unsere Erfahrungen mit dem Ausschluß von Frauen und ihrer Interessen aus der organisierten Politik, unsere Situation als Frauen, nämlich als Menschen zweiter Klasse und die Diskussion um Autonomie in der neuen Frauenbewegung hat uns gelehrt, daß wir Politik nur da machen können, wo wir sind, indem wir von uns aus gehen und unserer Betroffenheit. Der Alltag ist politisch, das Private ist politisch, das haben wir in der Frauenbewegung gelernt undspraktiziert. Natürlich können alternative Männer und Frauen mit dem besseren Durchblick und den richtigen Interessen bessere Analysen und Politiken für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung formulieren. Die Frage ist nur, was das nützt. Es ist der Blick von oben, ein Begriff von Politik, bei dem es erst einmal darum geht, die Macht zu erringen.

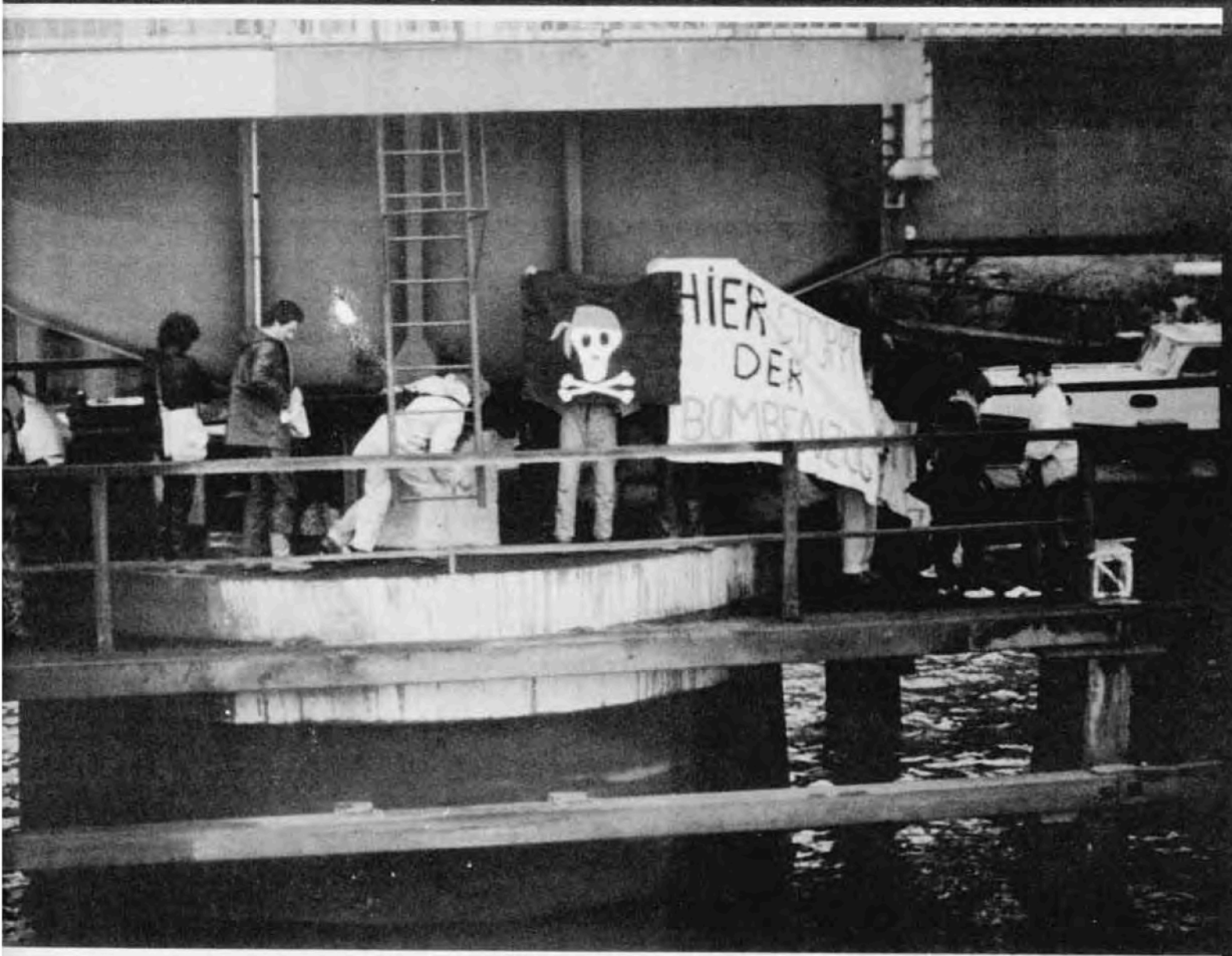
Wir können Politik machen, indem wir bei uns anknüpfen. Wehren wir uns gegen den Sexismus überall da, wo wir sind, am Arbeitsplatz, im Haus, in den politischen Gruppierungen und in unseren persönlichen Beziehungen. Denn die sexistische Arbeitsteilung und ihre Mechanismen herrschen in allen Bereichen. Schieben wir die Auseinandersetzung nicht ab auf andere Ebenen einer politischen Programmatik, im Sinne etwa irgendwelcher Formulierungen von alternativen Weltwirtschaftsordnungen, die mit den konkreten Problemen erst einmal nichts zu tun haben, und der Sexismus ist konkretes, alltägliches und umfassendes Problem.

Freilich ist genauso direkt anzugehen – dafür brauchen wir Zivilcourage, und dafür müssen wir uns zusammenschließen, da, wo es uns gemeinsam betrifft. Das gilt auch für eine feministische Politik bezüglich der Dritten Welt. Es macht wenig Sinn, uns vorzunehmen, etwas für Frauen in der Dritten Welt zu tun, denn wir können es gemeinsam mit ihnen tun, da, wo es uns gemeinsam betrifft. Schon die Tatsache, daß den armen Menschen in der Dritten Welt pausenlos geholfen wird, sollte uns mißtrauisch machen. Häufig genug ist diese Hilfe tatsächlich tödlich. Das Helfersyndrom beinhaltet eine Entmündigung anderer, wir mischen uns ein, da, wo wir nicht betroffen sind, wo wir nicht gefragt wurden. Wir sind weiße Frauen und nicht schwarze, das dürfen wir nicht vergessen. Relativ gesehen haben wir vom Kolonialismus profitiert. Unser Konsum ist im Durchschnitt entschieden höher als der von Frauen in der Dritten Welt und häufig genug auf deren Kosten. In unseren Konsumgütern, wie etwa Kosmetika, schönen handgearbeiteten Spitzen und anderes mehr, steckt die miserabel bezahlte Arbeit von Frauen in der Dritten Welt, durch die ihnen zudem ihre Subsistenzbasis geraubt wird, nämlich ihre Zeit für Subsistenzarbeit ebenso wie ihre Subsistenzressourcen.

Aber darin liegt auch Gemeinsames. Viele der Konsumgüter hier sind sexistische Statussymbole, Symbole des Männlichkeitswahns und der Frauenunterdrückung. Spitzen und

Kosmetika sind häufig genug Attribute der Frau als Sexualobjekt. Darauf können wir gut verzichten. Wenn wir Frauen uns hier erfolgreich gegen den Sexismus zur Wehr setzen, dann ist auch ein Stück Frauenarbeit woanders erreicht. Das sollte durch dieses kleine konkrete Beispiel gezeigt werden. Frauen in der Dritten und in der Ersten Welt rücken immer näher zusammen. Es ist ein Ergebnis der Weltwirtschaftsordnung, die uns immer mehr in ähnlicher Weise betrifft. Weltweit können wir eine Feminisierung der Armut beobachten, die sich zwar konkret unterschiedlich auswirkt, dennoch ihre gemeinsamen sexistischen Strukturen hat. Hier ist es die gerade rollende Welle der Verschlechterung der Erwerbsarbeitsverhältnisse für Frauen und gerade damit haben Frauen in anderen Regionen längst ihre Erfahrungen gemacht, nämlich mit dieser sog. informellen Sektorarbeit. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns informieren und unsere Erfahrungen austauschen, gerade auch über die Möglichkeiten, uns zur Wehr zu setzen, denn gerade in bezug darauf können wir hier von den Frauen dort lernen. Es gibt also genug, was wir miteinander tun können, wo uns mehr verbindet als uns trennt. Lassen wir uns nicht einreden, alle Frauen in der Dritten Welt seien arm und alle Frauen in der Ersten Welt seien reich. Das ist eine Behauptung, die häufig von farbigen Männern aufgestellt und oft genug von uns geglaubt wird, denn wir haben ein schlechtes Gewissen, Mitglieder der kolonialistisch herrschenden Gesellschaft zu sein. Aber ein schlechtes Gewissen war noch nie eine gute Voraussetzung für eine gute Politik und die Geschichte hat uns längst überholt. Frauen sind die letzte Kolonie weltweit.

...mal wieder Bombenstimmung



Besetzung der Huntedrehbrücke Foto: K.Wolschner, taz Bremen

Von Sonntag, dem 30.6. bis Dienstag, dem 2.7.1985 fanden in der Region Nordenham, Oldenburg und Bremen unter dem Motto »Beobachten - Begrüßen - Blockieren - und nicht mehr in Ruhe lassen ...« abermals Aktionen, Blockaden und Demonstrationen gegen die US-Munitionstransporte statt. Aufgerufen vom KORAT Oldenburg, Arbeitskreis Wesermarsch und dem Bremer Komitee gegen die Bombenzüge KGB folgten etwa 500 Menschen drei Tage lang von morgens früh bis abends spät der Parole der Juni/Juli Bombenzugblockade.

Nachdem eine Woche zuvor zwei US-Navy-Schiffe in Nordenham an- und wieder ablegten und somit für Fehlalarm und Verwirrung sorgten, stiften wir dann Verwirrung und Durcheinander in den Bombenzugfahrplänen, als das erwartete Munitionsschiff »Rover« an der Midgardpier in Nordenham festmachte.

Collection Labadie Foundation
www.lafd.org
Digitized 2016

Grauverhangener Regenhimmel am Sonntag kündigte schon das Unheil an, das über uns oder die Bombenzüge kommen sollte. Zog es mangels rollender Bombenzüge die ersten frommen Demonstranten am Sonntagvormittag zum Bremer Dom hin, den verführten Gläubigen die wahre Botschaft antimilitaristischen Widerstandes zu verkünden, so zog es die ersten sportlichen Aktivisten am Mittag in Kanus und Segelschiff zur Eisenbahndrehbrücke über die Hunte. Hier konnte immerhin das, was sich frühmorgens ankündigte, bis in den späten Nachmittag brückenmäßig weggedreht werden. Derweil die künstlerischen Oldenburger wändeverzierend dem Unheil und dem erst um 17.24 Uhr in Nordenham losgefahrenen Munitionszug entgegenblickten. So mußten wir an diesem Tag nur einen Bombenzug über Oldenburg entschwinden sehen - der abgelauschte Fahrplan für den Montag sah daher 4 Munitionstransporte vor.

Fahrplanmäßig war jedoch nur eines: Die Abfahrtszeit des ersten Zuges um 12.22 Uhr. Dann purzelten nicht nur die Abfahrtszeiten, sondern auch Zement, Strohballen, brennende Reifen und Aktentaschen mit zu entschärfendem Sand auf die Gleise. Kleine Bezugsgruppen blockierten vor Hude und an der Stephanibrücke in Bremen mit Transparenten die Züge. Zur Fahrplanauskunft: Verspätungen bis in die Abendstunden und Ausfall von drei Munitionstransporten.

Strahlender Sonnenschein am Dienstag brachte herrlichstes Blockadewetter - nur keine Blockaden. Eine erneute Bombendrohung sorgte für Verzug der Züge. Im Vordergrund dieses Tages stand die Abschlußdemonstration in Bremen. Über 600 Menschen in guter Stimmung und Blasmusik bzw. Samba - aber auch Polizeibegleitung setzten den Schlußpunkt unter drei erfolgreiche, aufregende und anstrengende Aktionstage, die auch ihre Kehrseiten hatten.

Über 100 Festnahmen, jede Menge Personalienfeststellungen und Fahrzeugdurchsuchungen, Beschlagnahme von Kanus, Segelschiff, Motorrädern und Autos.

Schon die Beobachter der Züge wurden ohne Strafvorwurf arrestiert, willkürliche Festnahmen wegen Bombendrohungen (auch Spaziergänger), eventuell rechtlich und finanzielle Folgen für die Brückenbesetzer. Es zeigten sich auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Aktionsziele, wie Mobilisierung und Einbeziehung von mehr Teilnehmern, die Ausweitung der Aktionen auf die Städte oder die inhaltliche Erweiterung auf Zusammenhänge zwischen Midgard, Bundesbahn, Regierungsstellen. Nach diesen Tagen gibt es vieles zu diskutieren, vor allem aber zu erzählen.

Ricke, Racke, voller Tücke in die Brücke eine Lücke

Am Dienstag morgen besteigen wir mit 16 Leuten in Bremen ein kleines Segelboot. Es geht 4 Stunden gegen die Strömung mit Volldampf und guter Verpflegung weserabwärts. An der Huntemündung verschwinden wir unter einer Bootsplane. Eine ziemlich enge Angelegenheit. Nur der Bootsführer und ein Begleiter bleiben nach außen sichtbar. Wir steuern den Mittelpfeiler der Huntebrücke an, auf dem sich das drehbare Mittelstück befindet. Die Brücke ist gerade geöffnet. Dann der Schrecken - direkt vor uns liegt längsseits ein Polizeiboot! Aus dem Fenster starren zwei Beamte auf uns. Unser Kapitän winkt ihnen - sie winken freundlich zurück. Erst als wir, um besser anlegen zu können, in die falsche Brückeneinfahrt einfahren, kommt eine Lautsprecherdurchsage und der Motor des Polizeibootes springt an. Wir beginnen unser Anlegemanöver. Die Plane wird zurückgeschlagen, 14 Leute klettern an den glitschigen Holzbalken des Mittelpfeilers auf die Brücke. Oben legt jemand einen Schalter um, über dem auf einem kleinen Schild steht: »Brücke aus«. Transparente werden aufgehängt, eine Piratenflagge gehißt. Mehrere Paddelboote legen an und weitere Leute klettern auf die Brücke. Mit den Paddelbooten wird ein Fährverkehr mit dem Ufer aufgenommen. Die machtlose Staatsmacht beginnt aufzufahren, was sie hat.

Doch die 5 Hubschrauber, drei Polizeiboote, eineinhalb Hundertschaften, Hundeführer und die Feuerwehr machen allesamt einen ratlosen Eindruck. Auf der Brücke fühlen wir uns wohl. 10 Meter Wasser zu beiden Seiten - eine richtige Wasserburg. Die Polizei ist so sauer, daß sie versucht, mit waghalsig tiefliegenden Hubschraubern die Paddelboote abzudrängen, umzukippen und unter Wasser zu drücken. In einem Fall gelingt ihnen das. Doch die Besatzung läßt sich nicht abschrecken, steigt wieder ins Boot und kann fürs erste entkommen. Die Räumung der Brücke beginnt nach eineinhalb Stunden und zieht sich fast eine Stunde hin. Unsere Stimmung bleibt auch jetzt relativ gut. Schließlich werden wir auf Wasserschutzbooten abtransportiert.

Die Brücke ist bis heute nur von Hand zu schließen. Hydraulik und Elektrik sollen ihren Geist aufgegeben haben.

Huntebrücke besetzt

Die Demo durchs sonntäglich verschlafene Hude hat dank der Blasmusik von »Lauter Blech« ein wenig Spaß gemacht. In Berne, dem nächsten Kaff in Richtung Nordenham, haben gründliche Ordnungshüter während unseres Spazierganges alle Autos abgelichtet und die ersten Blockierer machen besorgte Gesichter. »Sind die Reifen noch gut - habt ihr'n Warndreieck«. Dann plötzlich frohe Botschaft in die Runde. Unsere Leute sitzen auf der Drehbrücke bei Elsfleth und nichts geht mehr. Alles springt in die Autos und eher als die ratlosen Grünberockten dürfen wir zum Ort des Geschehens. Doch zunächst trennen uns noch knietief verschlammte Wiesen, Stacheldraht und breite Gräben vom Huntedeich, von dem aus wir wenigstens einen Blick auf das Objekt unserer Begierde werfen wollen.

Die ersten Leute von uns mogeln sich an den aufgescheucht herumwieselnden Polizisten vorbei auf das blödsinnig ins Leere ragende Anfangsteil der Brücke. Die Schienen, auf denen eigentlich jetzt Mordwerkzeug für den Einsatz in der Dritten Welt rollen sollten, enden erstmal im Nichts oder stehen mit dem Mittelteil der Brücke quer zum Fluß. Eine Entermannschaft Blockadeure nutzte die Durchfahrt eines Schiffes, jetzt stehen sie grinsend auf der Brücke, winken uns zu und hissen Transparente ... Inzwischen versuchen Kanus, Verstärkung zu bringen. Wir krabbeln das Brückentragwerk hinunter, ein Kanu nimmt uns auf ... Viele Hände ziehen uns auf die Plattform, die Stimmung auf der Brück ist unbeschreiblich ... Nach über zwei Stunden werden wir auf Polizeiboote verfrachtet, später in Busse umgeladen und zur Kripo nach Delmenhorst verschleppt. Aber selbst hier auf der Wache herrscht heute das Chaos. Nachdem man uns Finger, Daumen, Nasen und Ohrenabdrücke genommen hat, steht im Vernehmungraum »Stoppt den Bombenzug« mit Tippex auf die Scheibe gemalt. Eine Gruppe spielt Doppelkopf und vor dem Tor spielt »Lauter Blech« noch ein Ständchen.

Um 21.30 Uhr ist der Letzte von uns wieder draußen. Wir sind müde, kaputt, aber glücklich und bereit zu neuen Taten.

Bombendemo in Bremen

Am Dienstag, dem 2.7 1985 wurde zwischen 17 und 19.15 Uhr in der Bremer Innenstadt eine Demonstration gegen die amerikanischen Munitionstransporte durchgeführt, an der sich ca. 800-1000 Personen beteiligten. Aufgerufen hatte unter anderem das Komitee gegen die Bombenzüge, die Grünen und Gruppen des Bremer Friedensforums. Der Demozug setzte sich nur unter Protest der Versammlungsleitung in Bewegung. Schon vor Abmarsch der Demo hatte der Einsatzleiter der Polizei gesagt, die Beamten würden »den Demonstranten Beine machen«, sollte der Zug auf der angemeldeten Route auch nur kurz anhalten. Dies muß als Bedrohung aufgefaßt werden und zeigt die Atmosphäre, in der die Polizei die Demonstration begleitete.

Die Polizei hatte die Teilnehmer der Demo mit vielen Zivilbeamten und einem Riesenaufgebot von behelmten Huntertschaften, die locker ihren Knüppel schwangen, Videoteams und Fotografen eingekreist. Kommentare von Passanten zu diesem Aufgebot: »Polizeistaat« und »Gefangenentransport«.

3 Minuten nach Abmarsch am Rembertiring begannen Polizeibeamte, die Demonstranten bis zur Mitte des rechten Fahrstreifens abzudrängen. Auf Aufforderung der Demoleitung der Anmeldungsverfügung entsprechend, dem Demozug die ganze rechte Fahrspur zu lassen, kam von dem Einsatzleiter der Polizei die mündliche Verfügung ohne Begründung, der Zug müsse sich auf die halbe Straßenseite beschränken.

Unsere Frage: Seit wann dürfen wir nur noch die Fußwege benutzen? Sind schriftliche Verfügungen der Stadt und des Polizeiamtes für die Polizeibeamten vor Ort nur Makulatur?

Am Rembertikreisel wurde von einem Demonstranten das Aufgebot der zivilen Polizeibeamten fotgrafiert. Sofort sprangen diese in den Demozug und nahmen den Fotografen fest.

Für die meisten ebenfalls eine Provokation. Während die Polizei aus allen Kameras auf uns schoß - zwei Videoanlagen waren auf Lastwagen installiert, die uns begleiteten, mehrere Polizisten machten Portraitaufnahmen von den Demonstranten - dürfen wir von den Herren nicht ein einziges Foto machen.

Wir meinen, das Verhalten der Bremer Polizei ist geeignet, das Demonstrationsrecht restlos auszuhöhlen. Welcher Bürger soll sich in solch einen Gefangenentransport wagen? Wie soll der Kontakt zu den Passanten erfolgen, wenn sich zwischen Demo und Bürgersteig Polizeiketten und Zivilbeamte drängeln?

Seit einiger Zeit ist eine neue harte Linie der Polizei bei Demonstrationen festzustellen. Innensenator Volker Kröning überfügelt mit diesem Konzept gar Maßnahmen CDU-regierter Länder. Anscheinend will er Bremen Demonstrantenfrei machen.

Wir werden das nicht hinnehmen. Demonstranten dürfen nicht wie Kriminelle behandelt werden. Rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes werden von uns eingeleitet.

die Versammlungsleitung

Bremen: 2.7.85, Demo gegen Munitransporte Foto: taz Bremen

Die Welt des Ronald Reagan

Eine politische Weltkarte aus der Cowboyperspektive

Plakat DIN A 2, vierfarbig, Einzelpreis 5,– DM; Rabatt: ab 10 Ex. 30 %, ab 50 Ex. 40 %, ab 100 Ex. 50 %; Bestellungen an: Info-Laden der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA), St.-Pauli-Str. 10/11, 28 Bremen 1, Tel.: 0421/70 01 44 – Darüberhinaus haben wir ein umfangreiches Sortiment an Anti-AKW-Büchern, Plakaten und Ökologie-Aufklebern.

Trotz Atomwaff

Atomwaffensperrvertrag und Bundesrepublik Deutschland

Bundesweite Alternativkonferenz:

Atombomben made in Germany?

6.—8. September 1985 in Bonn

in der integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel, Siegburger Str. 321

Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung und 3. Welt-Solidaritätsbewegung rufen auf:

Programm der

Freitag, 6. 9. 85, 19 Uhr
Betreibt die Bundesrepublik eine militärische Atompolitik? (Podiumsstreitgespräch Robert Jungk/Klaus Traube, Leitung Andreas Buro oder H. Ridder (alle angefragt)

Samstag, 7. 9. 85, 9—10 Uhr
Einführung in die Problematik (Helmut Hirsch)

10—11 Uhr
BRD-Politik bezüglich der Atomwaffentests (Greenpeace/Colin Avey)

11—13 Uhr
BRD und nukleare Aufrüstung
- Der Nuklearvorbehalt und die Rolle der BRD bei der nuklearen Aufrüstung der NATO
- BRD, WEU und Westeuropäische Nuklearpolitik
- Publikumsdiskussion

13—14 Uhr
Mittag

14—16 Uhr
Nuklearexportpolitik der Bundesrepublik
Atomexporte an konkreten Beispielen:
Argentinien/Brasilien
Südafrika

ab 16 Uhr
Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:
1. Superphenix/Europäische nukleare Aufrüstung (M. Schneider, W.M. Catenhusen)
2. „Zivile Atomtechnologie" und nukleare Aufrüstung — Aufgaben von Friedens- und Anti-AKW/Ökologie-Bewegung (Vertr. a. Wackersdorf)
3. Beispiel Brasilien: Bilaterale Raketen und Atomforschung (Mario Birkholz)
4. Atomexporte — Bedeutung für BRD-Atomprogramm und Auswirkungen für die 3. Welt
5. Erhöhung der weltweiten Kriegsgefahr durch Atomexporte?
6. Koloniale und ethnische Unterdrückung durch Uranabbau für bundesdeutsche AKW (Namibia/Australien u.a.)
7. BRD-Atompolitik und US-Globalstrategie
8. Positionen zur Atompolitik der Bundesrepublik links von der CDU
9. Internationale Initiativen für nukleare Abrüstung und Widerstand gegen Atomwaffentests der Großmächte

weitere Vorschläge willkommen.

DIE BUNDESREPUBLIK DEU ATOMWAFFEN–NICHTWEITE

Eine Studie der Nuklearpolitik der Bundesrepublik 1974 - 1985 mit besonderer Berücksichtigung der Überprüfungskonferenzen von 1975 und 1980, sowie der bevorstehenden dritten Überprüfungskonferenz im August/September 1985 in Genf.

Atombomben ma

ensperrvertrag:

Alternativkonferenz

Sonntag, 8. 9. 85, 9—11.30 Uhr
Diskussion Atomwaffentechnologie in der BRD
Plutoniumtechnologie in der BRD (Roland Kollert)
Urananreicherung in der BRD (J. Boer)
Gibt es eine industrielle Infrastruktur für die nukleare Option in der BRD?
Gibt es eine militärische Infrastruktur für die nukleare Option in der BRD?

12—14 Uhr
Wichtige Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Schlußdiskussion — Konferenzstatement des Trägerkreises

Die Konferenz findet in der Integrierten Gesamtschule (IGS) Bonn-Beuel, Siegburger Str. 321 statt. Die S-Bahnlinie, U-Bhf. Hauptbahnhof und die Busse der SWB, Linien 25 und 35, Busbahnhof am Hauptbahnhof halten in Nähe der IGS (S-Bahnhaltestelle Vilich-Müldorf, Bus-Haltestelle Putzchen Kloster).

Kontaktstelle für weitere Unterstützung dieser Konferenz und für Plakat/Flugblattbestellung:

Helmut Lorscheid
Klemens-Hofbauer-Str. 17
5300 Bonn 1
Telefon 0228 / 67 54 42

Trägerkreis:

Akafrie, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF), Atommüllkonferenz, BI Hanau, Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen (BUF), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner (DFG/VK), Die Grünen, Friedensliste, Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), Junge Europäische Föderalisten (JEF), Jungsozialisten, KOFAZ, Landeskonferenz der bayrischen Anti-AKW-Initiativen, SPD Hessen Süd

TSCHLAND UND DER RVERBREITUNGSVERTRAG

Studie im Auftrag der GRÜNEN IM BUNDESTAG von **Dr. Helmut Hirsch, Gruppe Ökologie, Hannover.**
Zu bestellen bei: Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus
5300 Bonn

In der Anti-AKW-Bewegung wird bereits seit Jahren über den möglichen Griff zur Atombombe mit WAA, Schnellem Brüter und Urananreicherungsanlage diskutiert. Spekuliert wird dabei über die Motivationen von Terroristengruppen und ausländischen Machthabern, die Rolle der Bundesregierung beim Vorantreiben dieser Option ist weitgehend tabuisiert.

Ein erster Anfang zur Aufhebung dieser Tabuisierung soll die Bundesweite Konferenz 'Atombomben made in Germany' am 6. - 8. Sept. in Bonn sein.
Untersucht werden soll hier:
- die Rolle der Bundesrepublik bei der nuklearen Aufrüstungspolitik innerhalb der Nato und in Westeuropa.
- die Atomexportpolitik und die Folgen für die betreffenden Länder
- die Entwicklung von Atomwaffentechnologien in der BRD (WAA, Schneller Brüter, Urananreicherung) einschließlich der industriellen und militärischen Infrastruktur (Bau von Mittelstreckenraketen, technologische Möglichkeiten zur Herstellung von Atombomben in der BRD)

Die Konferenz führt erstmals die Friedens-/Dritte-Welt- und Anti-AKW-Bewegung in einem gemeinsamen Projekt zusammen.
Ziel ist dabei das *„Aufheben der Zersplitterung der Diskussion"*, die Erarbeitung einer gemeinsamen Einschätzung um dann gemeinsam gegen die atomare Rüstung, die Weiterverbreitung nuklearer Technologien und gegen das Atomprogramm in der BRD vorgehen zu können.

Die drei o. a. Schwerpunkte werden am Samstag und Sonntag vormittag durch Referenten im Plenum vorgetragen werden, mit anschließender, offener Diskussion. Samstag nachmittag soll in Arbeitsgruppen die inhaltliche Thematik vertieft werden bzw. sollen die Bewgungen untereinander Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des weiteren Vorgehens erörtern. Höhepunkt am Samstag Abend wird eine Veranstaltung mit Vertretern der 3. Welt sein.
Für die Anti-AKW-Bewegung bietet die Konferenz zum einen die Chance, die Verbindung zwischen der 'zivilen' Atomwirtschaft und einer möglichen bundesdeutschen oder westeuropäischen Atombewaffnung aufzuzeigen. Eine Möglichkeit zu gemeisamer Aktion wäre z. B. die Demo gegen die WAA am 12. Okt. in München. Darüberhinaus wäre Gelegenheit, über den bisherigen Horizont hinauszuschauen und festzustellen, was die Arbeit der 3. Welt-Bewegung in punkto brasilianischer und südafrikanischer Atomwaffenentwicklung mit den Ambitionen der Bundesregierung und den Hanauer Atomfirmen zu tun hat.

In die bundesweite Öffentlichkeit soll die Thematik mit der Abschlußerklärung der Konferenz (Motto:'Wie verhindern wir Atomwaffen made in Germany?') hineingetragen werden.Die Erklärung soll am Sonntag nachmittag nach mehrstündiger Plenumsdebatte verabschiedet werden.
Der äußere Anlaß für die Bonner Konferenz ist die 3. internationale Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz, die vom 28. 8. - 20. 9. 85 in Genf über die Bühne gehen soll und die neben Bundesregierung und BRD-Öffentlichkeit ein Adressat der o. g. Abschlußerklärung sein wird.
Trotz Sommerpause sollte die Konferenz aus den o. a. Erwägungen Grund für engagierte Mobilisierung sein.
Nächstes Trägerkreistreffen: 11. 8. 85, 11 Uhr im 'Kessenicher Hof', Bonn-Kessenich.

de in Germany ?

Nach Aufhebung der WEU – Rüstungsbeschränkung für die BRD

Jede Menge Fernbomber und Raketen

Parallel zu den Wünschen aus Bonn nach einer Mitbestimmung über Nuklearwaffen, parallel zum Einstieg in die zivilitärische Plutoniumindustrie stellt die BRD auch mehr und mehr atomar verwendbare Trägerwaffensysteme auf. Das qualitativ neue dieser Entwicklung besteht darin, daß in der BRD selbst jetzt Trägerwaffensysteme mit großen Reichweiten produziert werden, und daß die Bundeswehr eine Vielzahl dieser Waffen in den nächsten Jahren anschaffen wird. Nach Auskünften der Bundesregierung freilich kann davon gar nicht die Rede sein: Als sie letztes Jahr die Aufhebung der WEU–Rüstungsbeschränkung anstrebte (und erreichte), die der BRD bis dahin die Herstellung von Raketen mit einer Reichweite von über 70 km verboten hatten, betonte sie, dies stehe *„in keinem Zusammenhang mit konkreten Rüstungsvorhaben"* . Staatsminister Möllemann hob in seiner Rede am 8. Juni vor dem Bundestag weiter hervor: *"Die Bundesregierung beabsichtigt nicht die Produktion strategischer Bomber und Raketen."* Unten habe ich Indizien und Beweise aufgeführt, die das Gegenteil vor Augen führen: Die Produktion von Waffensystemen, die eine Reichweite über die bisherige WEU–Marke von 70 km hinaus haben, geschieht nicht nur unter den Augen der Bundesregierung, nicht nur mit Billigung der Bundesregierung sondern auch im Auftrag der Bundesregierung.

I. Atomare Trägerwaffensysteme bei der Bundeswerhr

Zwar verfügt die Bundeswehr nicht unmittelbar über Atomsprengköpfe, wohl aber über nuklearfähige Trägersysteme. Die Sprengköpfte stehen unter Kontrolle spezieller US–Einheiten, und die Freigabe erfolgt durch den US–Präsidenten bzw. NATO–Oberbefehlshaber.

a) rein nukleare Trägerwaffen

1. Pershing 1A

Die Boden–Boden–Rakete hat eine Reichweite von maximal 785 Kilometern bei einer Zielgenauigkeit von 400 Metern. Anfang der 60iger Jahre bei der US–Army/Europa und der Bundeswehr eingeführt. Die Bundeswehr hat 72 Pershing 1A–Raketen zur Verfügung, jeweils 36 beim Flugkörpergeschwader 1 in Landsberg/Lech und beim Flugkörpergeschwader 2 in Geilenkirchen.

2. Lance–Rakete Etwa 100 km Reichweite. 500 Stück sind in der BRD stationiert, davon 26 Raketenwerfer (mit je 7 bis 8 Raketen) bei den schweren Raketenartilleriebatallionen des Bundeswehr-Heeres in Wesel, Montabaur, Großengstingen, Flensburg und Idar–Oberstein.

b) „dual capable systems" (Wahlweise atomar oder konventionell bestückbar)

3. Jagdbomber Auf mindestens 9 Militärflugplätzen in der BRD befinden sich ständig Kampfflugzeuge mit atomarer Bewaffnung in „Ouick Reaction Alert" (Schnelleinsatzbereitschaft). Dazu gehören die Bundeswehr Flugplätze in Memmingen und Klasterlechfeld (Bayern), in Büchel (Rheinland–Pfalz) und in Nörvenich (NRW). Besonders das „Mehrzweckflugzeug" Tornado (angepeilter Bundeswehr–Bestand 322 Stück) ist als Atomwaffenträger von Bedeutung. Dasselbe trifft auf den „Jäger 90" zu, der in den 90iger Jahre die Phantom ablösen wird. Die Bundeswehr will 250 Stück anschaffen und weist (inkl. taktischer Aufklärungssysteme) dafür 20,3 Mrd. DM in ihren Planungen aus.

4. Nike–Hercules–Raketen. 52 Nike–Batterien mit je neun Abschußgeräten ziehen sich in einer Doppelreihe quer durch die BRD entlang der Linie Wilhelmshaven–Osnabrück–Dortmund–Mainz–Mannheim–Stuttgart–Ravensburg. 24 Nike Batterien (insges. 216 Raketen) gehören zur Bundesluftwaffe. Die Reichweite beträgt ca. 150 km. Angeblich jede dritte dieser Raketen ist atomar ausgerüstet. Obwohl „eigentlich" als Flugabwehrrakete vorgesehen, kann sie auch zur Bekämpfung von „Bodenzielen großer Wichtigkeit" eingesetzt werden.

5. Atomare Artillerie. Diese Gefechtsfeldwaffen können Atomgranaten bis zu 8 kt Sprengkraft mit einer Reichweite von bis zu 20 km verschießen. Die Bundeswehr verfügt über folgende Systeme: Panzerhaubitzen (155 mm (586 Stück). Haubitzen SF 203 mm (77 Stück). Feldhaubitzen 155 mm (215 Stück).

II. Bundesdeutsche Forschung nach und Produktion von weitreichenden Trägerwaffensystemen

1. Marschflugkörper großer Transportleistung. Unter diesem Projekttitel entwickelt die „Deutsche Forschungs– und Versuchsanstalt für Luft– und Raumfahrt" seit dem Jahre 1980 ein entsprechendes Geschoß.

2. Seezielflugkörper ANS. Eine Gemeinschaftsentwicklung von MBB und dem franz. Konzern Aerospatiale. Die Seezielrakete – auf Wunsch für Flugzeuge oder für Schiffe – soll 2,5–Mach schnell und bis zu 200 km weit fliegen. Erste Versuchsabschüsse werden schon 1986/87 beginnen. Für die Anschaffung des Flugkörpters (ab 1992) sind im BuWe–Plan 2.772 Mrd. DM vorgesehen.

3. Abstandsflugkörper LR–SOM. Im Jahre 1984 ist ein „Memorandum of Understanding" zwischen den Regierungen der USA, der BRD und Großbritanniens über die Entwicklung eines solchen Flugkörpers unterzeichnet worden. *„Die Reichweite wurde auf maximal 600 km begrenzt, um nicht unter die Beschränkungen der SALT–Vereinbarungen zu fallen"* Offensichtlich also eine diplomatische Beschränktung, die nicht die Obergrenze des „technische Machbaren" angibt. Der LR–SOM soll an den Tornado angehängt werden. Rühle vom „Verteidigungs"–Ministerium erklärte dazu: *„Wir müssen diese weitreichenden Abstandsraketen haben oder unsere gesamten operationelln Konzepte für den Tornado ändern."*

Für die Anschaffung von 500 dieser Marschflugkörper Typen sind im Bundeswehrplan 1,5 Mrd. DM vorgesehen (ab 1992).

4. Improved Lance. Nachfolger für die zur Zeit benutzte Lance–Rakete (s.o.). Angestrebte Reichweite 330 km. Von deutscher Seite ist die Firma Wegmann beteiligt.

5. AMRAAM. Flugkörper für mittlere Reichweiten, der v.a. an den Phantom und später an den „Jäger 90" angehängt werden soll.

Für 3.300 AMRAAM–Raketen will die Bundeswehr mittelfristig 2,5 Mrd. DM ausgeben (ab 1993).

6, Drohne CL–289. Eine Produktion von Dornier und KHD/Oberursel, zusammen mit der kanadischen Firma Candair. Reichweite über 150 km(Firmenangabe) 11 Stück für insgesamt 1,2 Mrd. DM will die Bundeswehr bis 1988 kaufen.

Insgesamt sollten für Frankreich und die BRD mehrere hundert dieser Systeme angeschafft werden.

7. Kampfdrohne PAD/AED. Diese Panzer–Abwehr–Drohne (daher PAD) bzw. Anti–Ermitter–Drohne (AED; Ermitter = Ernmeldesender) wird von MBB Bremen und – in Konkurrenz – von Dornier entwickelt. Reichweite 200 km .Die Anschaffung soll 1997 beginnen und 800 Mio DM kosten.

8. MARS–Raketenwerfer. Der Mittlere Artillerieraketenwerfer (MARS) wird in der BRD ab 1986/87 eingeführt werden. Bisher nur für 45 km und konventionelle Bestückung ausgelegt, arbeitet die US–Armee an einem C–Waffen–Kopf für MARS und diskutiert auch eine atomare Bewaffnung ebenso wie eine Reichweitensteigerung auf 70 km.

(gekürzt)

III. Geplante Bundeswehr–Anschaffungen ausländischer Fernraketen

1. Pershing 1b

1. Pershing 1b. Ab 1988 will die Bundeswehr 65 ihrer in Landsberg und Geilenkirchen stationierten Pershing 1A–Raketen durch Nuklearsysteme vom Typ Pershing 1 b ersetzen. Der Nuklearkopf ist wie bisher unter US–Kontrolle. Die Pershing 1b ist eine reichweitenverkürzte Pershing II Rakete und hat dieselbe hochmoderne Zielpeilung („Endphasenlenkung). Für das „1.Los" dieses Um– und Aufrüstungsvorhabens sind 1.125 Mrd. DM vorgesehen. Mit 800 km die BuWe–Rakete mit der größten Reichweite.

2. Patriot. Bisher geplant als Flugabwehr Rakete, bzw. auch als ABM–System gegen sowjetische Raketen vom Typ SS 21/22 . Reichweite 8- – 200 km. Die Bundeswehr wird 28 Systeme mit 1.680 Raketen anschaffen, die Kosten dafür belaufen sich auf fast 7 Mrd. DM

IV. Weitere Optionen der Raketen-Beschaffung

1. „Abfallprodukt" der zivilen Europäischen Raumfahrt. In den USA wird über eine „Umwidmung" der Mond–Rakete Saturn in eine Langstreckenrakete für den europäischen Kriegsschauplatz diskutiert Sie soll dann als „Nutzlast" bis zu 25 to Sprengköpfe tragen können . Für die BRD gibt es diese Möglichkeit rein technisch auch, allerdings wird sie in Fachkreisen bisher nicht diskutiert: Über die neue Super Rakete Ariane 5 (beteiligt ist u.a. MBB).

2. Auslandskooperation: DFVLR

Namentlich die DFVLR betreibt ein intensives Informations und Wissenschaftleraustauschprogramm in Sachen Raketentechnik. Offiziell geht es dabei um zivile Projekte. Bekannt ist aber auch, daß es sich bei den Kooperationspartnern um „Schwellenmächte" mit z.T. ehrgeizigen außenpolitischen Zielsetzungen und mehr oder weniger offen geäußerten Atomwaffenambitionen handelt. So schrieb die Zeitung „Estado de Sao Paulo" am 9.12.83, daß Brasilien bereits 1990 über Atomwaffen samt Trägerraketen verfügen werden. Diese sollen aus dem „Sonda"–Programm entwickelt werden, einem Vorhaben für „zivile Höhenforschungsraketen". an dem seitens der brasilianischen Regierung die Militärbehörde CTA, seitens der BRD die DFVLR, das Max–Planck–Insitut für extraterritrische Physik und die Firma MBB beteiligt sind.

Neben Brasilien gehören auch Indonesien, Indien, Argentinen und – zumindest zeitweise – auch Südafrika zu den Raketenpartner der DFVLR.

3. Auslandskooperation: Dynamit–Nobel

SPD–Abgeordneter Gansel erwähnte im Bundestag Verhandlungen zwischen der Dynamit Nobel AG und ägyptischen Offizieren über die Entwicklung einer Langstreckenrakete vom Typ Lorm. Die Bundesregierung ließ dazu über Möllemann das Pseudo Dementi abgeben, daß ihr keine Anträge auf Genehmigung von Raketenexporten nach Ägypten vorlägen.

4. OTRAG–Rakekten. Die Firma OTRAG hat Mitte der 70iger Jahre Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles auf einem Versuchsgelände in Zaire erprobt. Nach eigenen Angaben besaßen die Geschosse eine Reichweite von bis zu 1000 km. Danach war es noch zu Kooperationen mit Libyen, Ägypten und Pakistan gekommen Gearbeitet wird an der zweistufigen Rakete 3–6 P2, die „vergleichbar mit der aus der militärischen Aries Rakete abgeleiteten Minuteman" sein soll . Die Minuteman hat eine interkontinentale Reichweite von über 10.000 km ... Das hat offensichtlich einigen Ärger auf diplomatischer Ebene ausgelöst, so daß die OTRAG vorläufig in Kiruna nicht mehr starten darf, und auch keine logistische Unterstützung durch die DFVLR mehr erhält (wie es bis vor kurzem noch der Fall war).

Interessant ist weiterhin die Unterstützung von OTRAG durch den Staat und Großfinanziers: Während das Grundkapital weiterhin lächerliche 1 Mio DM beträgt, belaufen sich die Zuwendungen „atypischer stiller Gesellschafter"auf 173 Mio DM. Aber auch diese Summe deckt nur „zu 30 bis 50 % " das derzeitige Betriebskapital. „Die restliche Finanzierung erfolgt offenbar ohne große Schwierigkeiten über Banken und Finanzinstitute." Die Bundesregierung ihrerseits hat 90 % der OTRAG–Startkosten im Jahre 1983 getragen. Immer mehr drängt sich der Eindruck auf, daß die OTRAG eine reine Briefkastenfirma ist, die von Rüstungskonzernen und vom Staat finanziert und zur Deckung heikler Unternehmungen gebraucht wird.

Jürgen Elsässer
("Volksbegehren für den Frieden" Baden-Württemberg)

Der ungekürzte Text (mit ausführlichen Quellenangaben) ist über die Redaktionsadresse der Atommüllzeitung erhältlich.

"Wenn es eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa geben wird, so sind sie nicht gebunden durch den Nichtverbreitungsvertrag, sondern die können eine Atomstreitmacht werden..."
Originalton Willy Brandt 1969. Am 14. 2. 84 wurde, fast unbemerkt von der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, der Entwurf eines Vertrages zur Gründung einer "Europäischen Union" im Europaparlament gebilligt, er liegt den Länderparlamenten zur Ratifizierung vor. Der Entwurf sieht die Umwandlung der EG von einem Wirtschaftszusammenschluß zu einer politischen Gemeinschaft vor. Ob die "Europäische Union" der "einheitliche Bundesstaat" wird, der im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages (NPT) eine westeuropäische Atomstreitmacht zuläßt, ist derzeit offen.
"Es besteht ...(jedoch) kein Zweifel darüber..., daß eine militärische Integration nicht vor einer politischen Einigung und diese wiederum nicht vor einer wirtschaftlichen erfolgen kann. Doch müssen die militärischen Dinge programmatisch Schritt für Schritt vorgehend soweit koordiniert werden, daß bei Zustandekommen einer europäischen Einigung die volle militärische Kooperation erfolgen kann..." (Truppenpraxis, 5/72)
Wir wollen in diesem Beitrag die Frage aufgreifen, welche Interessen die BRD mit der unter harmlos klingenden Floskeln wie "gemeinsamer Sicherheitspolitik", "Europäisierung Europas" vorangetriebenen europäischen Integration verfolgt und die derzeitigen Wege dieses Einigungsprozesses (WEU, Europäische Union) beleuchten,
Wir knüpfen mit diesem Artikel an die Beiträge von M. Küntzel in Atommüllzeitung Nr. 26 (3/84) u. Nr. 27 (6/84) an, in denen die Bestrebungen der BRD nach Allein- bzw. Mitverfügung über Atomwaffen nachgezeichnet und die in diesem Zusammenhang stehende Kontroverse in der BRD um den NPT aufgearbeitet wurde. Der jetzige Beitrag erscheint in zwei Teilen, die "westeuropäischen Interessen in der Welt" sowie "Chancen und Wege europäischer Einigung" werden in der nächsten Atom veröffentlicht.

Unter dem Mantel der Europäischen Einigung

Westeuropäische

Vereinigte Staaten von Europa - Ein alter Hut

Schon in der Weimarer Republik existierten sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und Großbritannien Pläne einer europäischen Einigung mit diversen Bündniskonstellationen, damals vor allem gegen den Hauptkonkurrenten USA und das aufstrebende Japan gerichtet. Sie fanden mit dem zweiten Weltkrieg, gewaltsamer Versuch Deutschlands zur Herstellung eines 'gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes unter deutscher Vorherrschaft', ein vorläufiges Ende.
1952 erteilt Adenauer dann der soeben gegründeten Montanunion den Auftrag, einen Entwurf für eine Europäische Union (EU) zu erarbeiten.
Doch die anvisierte Einigung kam wegen der gegen die BRD gehegten Ressentiments, insbesondere von Frankreich, nicht zustande. Stattdessen wurde 1957 die EWG (später EG) gegründet, Teil dieses Vertragswerkes war die europäische Atomgemeinschaft Euratom. Doch die EG war für die BRD immer nur eine Übergangslösung. F. J. Strauß in seinem Buch 'Entwurf für Europa', 1966: *„Für die Schaffung eines politisch geeinten Europa gibt es zwei mögliche Konstellationen: Die erste wäre eine Gemeinschaft von europäischen Nationen mit wachsender Wirtschaft (...) Wir müssen heute die andere Konzeption wählen. Man kann nicht durch die Hintertür der EWG zu einer europäischen Föderateion gelangen, wie manche Idealisten das gehofft hatten."* Der von Strauß seinerzeit benannte Weg zu den *„Vereinigten Staaten von Europa"*, die Konzentration auf die *„Formulierung einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik"* und die Herstellung der Grundlage *„für eine europäische nukleare Atomstreitmacht(...) während dieser Periode"* stehen im Vordergrund jetziger bundesdeutscher Europapolitik. Auch die von Strauß benannten Ziele der *„Auflockerung des Ostens,"* der *„deutschen Wiedervereinigung"*, der *„Mitbestimmung in der Weltpolitik"* und der *„gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA"* sind so aktuell wie '66. Dies soll im Folgenden belegt werden.

Die besonderen Interessen der BRD an der europäischen Einigung

Die BRD hat in den Pariser Verträgen von '54 auf die Herstellung eingener Atomwaffen verzichtet. Bestrebungen zum Erwerb von Atomwaffen bzw. der Mitverfügung darüber ziehen sich jedoch durch die Geschichte der BRD, angefangen bei denPlänen für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1950, das Drängen auf nukleare Bewaffnung der Bundeswehr (1956), die Debatte um die MLF (1) und nicht zuletzt Euratom sind in diesem Zusammenhang zu sehen. (Näheres dazu siehe atommüllzeitung Nr. 26 u. 27). Gleichzeitig drängte die BRD auf 'Resouveränisierung', d. h. auf Aufhebung der ebenfalls in den Pariser Verträgen gegen die BRD verhängten Rüstungsbeschränkungen. Die letzte, für den Erwerb eigener Atomwaffen wichtige Rüstungsbeschränkung zum Bau strategischer Bomber, Raketen großer Reichweite und von Lenkflugkörpern fiel im Juni letzten Jahres (s. auch S.).
Letzte Hürde, diese Raketen mit eigenen bzw. gemeinsamen westeuropäischen atomaren Sprengköpfen zu versehen ist außer den (noch) nötigen politischen Rücksichten der Atomwaffensperrvertrag (NPT), der ja bekanntlich Nicht-Atomwaffenstaaten den Erwerb von Atomwaffen verbietet und den die BRD vor gut zehn Jahren nach langem Gezappel unterzeichnete. (s. auch atommüllzeitung Nr. 27). Einziges Schlupfloch für die BRD ist die von ihr erkämpfte US-Interpretation des NPT, der *„zufolge eine westeuropäische Atomstreitmacht im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags einen neuen europäischen Bundesstaat voraussetzt, der sämtliche*

Force de Frappe – Grundstock einer europäischen Atomstreitmacht ?

Atomstreitmacht?

Funktionen der äußeren Sicherheit einschließlich der Verteidigung und aller außenpolitischen Fragen in Bezug auf die äußere Sicherheit zu kontrollieren hat." (2)

Auf diese Option wird seit den 60er Jahren gesetzt, sie soll jetzt vollendet werden. *„Es war und bleibt Ziel der CDU/CSU einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, der gemeinsame Streitkräfte besitzen muß. Es wäre absurd, einer solchen europäischen Streitmacht die nukleare Komponente vorenthalten zu wollen."*(Wörner in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung, 12. 9. 75). In die gleiche Kerbe haut Dregger am 6. 4. 75 in einem Südwestfunk-Interview: *„Wenn wir einen europäischen Bundesstaat haben würden, würde er selbstverständlich über alle Waffen verfügen, wie die anderen Weltmächte auch."* Daß diese Ziele nicht verjährt sind, sondern den Vorstößen der BRD bei der Gründung der Europäischen Union zugrundeliegen aktualisiert die CDU-Abgeordnete Helga Wex im Sept. 84 vor dem Düsseldorfer Industrieclub:*„Vorraussetzung für eine atomare europäische Verteidigung durch die Europäer selbst wäre (...) eine Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik. Jede andere Regelung wäre ein Verstoß gegen den NPT."*

Zur Realisierung der insbesondere von CDU/CSU-Politikern vertretenen Interessen der deutschen Wiedervereinigung, einer 'Auflockerung des Ostens' ist die BRD ohne Verfügungsgewalt über Atomwaffen auf eine Interessenidentität in der NATO angewiesen. Aber weder die USA noch die übrigen westeuropäischen Länder zeigen Neigungen, sich ausgerechnet zur Stärkung der BRD in militärische Abenteuer zu stürzen.

Durchsichtigen Manövern von Kohl wie jüngst auf dem Mailänder EG-Gipfel bei dem ein deutsch-französischer Entwurf für eine Europäische Union vorgelegt wurde, der sich im Kern auf die im EG-Rahmen z. Zt. einzig durchsetzbare Einrichtung eines 'Generalsekretariats' für Außen- und Sicherheitspolitik beschränkte, liegt der Versuch zu Grunde über eine Neudefinition der Europäischen Union die nicht durchzusetzende 'Zentralregierung' zu ersetzen. Hier setzt auch Todenhöfer an, der die o. a. amerikanisch 'Interpretation' des NPT als *„zu eng"* bezeichnete und *„Übergangsformen zu einer integrierten europäischen Atomstreitmacht als Katalysator einer Einigung Europas"* forderte. (3)

Die Realisierung dieser Option mit **eigenen** Atomwaffen wäre absehbar für die BRD nur auf dem "harten" Weg möglich, d.h. bei Abstreifen jeglicher politischer Rücksichten. Dies würde jedoch die Isolierung und zugleich Schwächung der BRD zur Folge haben, der Ausgang des ersten und zweiten Weltkriegs dürfte den entsprechenden Kräften die Schwierigkeiten dieses Weges verdeutlicht haben.

Das von der BRD verfolgte Konzept der Europäischen Union würde ihr aufgrund ihrer ökonomischen und konventionellen militärischen Potenz maximale Stärke verleihen.. Kalkuliert wird, daß die BRD bei einer zusätzlichen atomaren "Gleichberechtigung", ev. im Verbund mit Frankreich tonangebend in Westeuropa wäre und damit besser noch als nur im Rahmen der NATO ihre Interessen auf "legalem" Wege durchsetzen könnte.

Eine eventuelle ökonomische und politische Vorherrschaft in Westeuropa würde der BRD möglicherweise sogar begrenzte konventionelle Alleingänge mit atomarem Drohpotential im Hintergrund erlauben, z.B. militärische Interventionen zur Unterstützung von "Bürgerrechtsbewegungen" in den Ländern des RGW. Darüberhinaus geht es um die Stärkungder Stellung der BRD in der NATO. Nach den USA bringt die BRD heute bereits den größten Teil der finanziellen Aufwendungen der NATO auf, dies steht aus BRD- Sicht aber in kei-

nem Verhältnis zur Mitsprache bei der Kriegsplanung, wobei die BRD nicht etwa einen zu frühen Einsatz von Atomwaffen zu ihren Ungunsten fürchtet, sondern einen zu zögerlichen. Das es eher um einen insgesamt aggressiveren Kurs der NATO gehen soll, illustriert auch das Angebot der BRD, Bundeswehr- "Friedenstruppen" mit in den Libanon zu entsenden, was von den übri-NATO- Ländern dankend abgelehnt wurde.
Das atomare "Schutzschild" der USA sichert zum einen die Politik der BRD ab, macht sie aber gleichzeitig vom "Good-will" der USA abhängig. Die im Zusammenhang mit SDI an die Wand gemalte "Abkopplung" der USA unterstreicht diese Abhängigkeit, wird insbesondere von der BRD aber auch zum Ruf nach einem "starken Europa" genutzt. Eine westeuropäische Atomstreitmacht als zweiter "Pfeiler" der NATO ist für die stärksten westeuropäischen Länder (Frankreich, BRD, GB) angestrebte Grundlage, um ihre Interessen im Falle der Verschärfung der Konkurrenz gegenüber den USA durchzusetzen.

Deutschland wiedervereinigt – im Europa freier Völker

Die Lösung der 'deutschen Frage' im 'europäischen Rahmen' ist nicht erst mit der Debatte um das Schlesier-Motto in die Diskussion gekommen. Mitte der 60er Jahre (Mauerbau 1963) erwiesen sich bundesdeutsche Hoffnungen auf eine baldige 'Wiedervereinigung' als gescheitert, nicht zuletzt deshalb, weil keiner der 'Verbündeten' sich interesseirt zeigte, dafür einen neuen Welkrieg zu riskieren. *„Jeder Versuch, die deutsche Wiedervereinigung auf rein nationaler Grundlage zu erreichen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt (...) Eine Lösung der deutschen Frage kann nur Teil eines europäischen Übereinkommens sein. Das ist keine leichte Aufgabe; aber Deutschland muß sich im eigenen Interesse mit dem langen, aber einzig realistischen Weg abfinden, ganz abgesehen davon, daß Niemand einen kürzeren Weg glaubhaft aufzeigen kann." (4)*
Strauß' 'Entwurf für Europa' markierte '66 insoweit die Abwendung von einer weder politisch noch militärisch zu realisierenden nationalen Lösung der 'Wiedervereinigung' hin zu einer 'Europäisierung'.
Daß die europäischen Staaten *„der Gedanke an ein ungebundenes wiedervereinigtes Deutschland von einer derartigen politischen, wirtschaftlichen und etwa auch militärischen Stärke stark beunruhigt"*, wurde von Strauß einkalkuliert. Notwendig sei deshalb, *„Bedingungen (...) zu schaffen, die nicht den Widerwillen, den Argwohn oder gar die Feindseligkeit seiner Nachbarn in Ost und West erwecken. Auch aus diesem Grund muß ein wiedervereinigtes Deutschland in einen europäischen Rahmen eingefügt werden; nur so wird man es nie mehr für eine politische und militärische Bedrohung halten."* Wieweit ein 'wiedervereinigtes Deutschland' sich wirklich an diesen europäischen Rahmen hält, dürfte von dem von ihm erzeugten politischen und militärischen Druck abhängen.
Zu fragen ist, ob die mit der Schlesier-Debatte wiederveröffentlichte Diskussion um ein wiedervereinigtes Deutschland das Geschrei unverbesserlicher Revanchi-

Europäische Einigung zur Revidierung der Ergebnisse des 2. Weltkriegs ?

sten ist, dem die CDU aus Opportunitätsgründen folgt, oder ob die im wesentlichen von der SPD getragene Politik des 'Wandels durch Handel' im Zusammenhang mit dem Kriegskurs der USA durch erneute direkte Infragestellung der Grenzen abgelöst werden soll.
Dazu Bundeskanzler Kohl:*„Mit der Ausdehnung ihres Einflusses möchte sie (die Sowjetunion, az) auch ihre osteuropäischen* **Eroberungen** *langfristig stabilisieren. Wir in einem geteilten Land wissen besser als andere, welch ungeheure Kraft von (...) einem wirklich geeinten Europa auch auf Mittel- und Osteuropa ausstrahlen wird,(...)* **daß der Zusammenschluß der Europäischen Gemeinschaft immer nur ein Rumpfeuropa sein kann, daß zu dem Europa, das wir meinen, selbstverständlich auch Weimar, Dresden, Leipzig, Warschau, Prag, Budapest und Bukarest gehören, um nur ganz wenige zu nennen."**(5) (Hervorhebungen az)
Von Seiten der CDU/CSU wird dabei nicht allein auf die destabilisierende Wirkung wirtschaftlicher Abhängigkeit gesetzt. Das Plädoyer für die Europäische Union und die Forderung, die EG solle sich nicht *„auf die Zuständigkeit für Butterberge und Stahlquoten beschränken, sondern müsse auch in den entscheidenden politischen Fragen zur europäischen Einigung kommen"*(6), meint die Nutzung der militärischen Stärke Europas und der NATO für die 'Ausweitung' Europas. Phillip Jenninger im Bulletin der Bundesregierung:*„Die deutsche Frage war in Wahrheit niemels allein unsere Sache (...) (wir) müssen begreifen, daß wir nicht mehr aus eigenenr Stärke handeln können, sondern unsere Stärke den westlichen Gemeinschaften entleihen müssen - als Teil der EG und der NATO (...) Wie wissen, daß die Freiheit vor der Einheit kommt (...) aber (...) auf das Recht zur Selbstbestimmung werden wir niemals verzichten."*
Wieweit eine solche Option tatsächlich im europäischen Rahmen realisiert werden kann, hängt insbesondere an der Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Nuklearmächte Frankreich und Großbritannien bei einem solchen Ansinnen mitziehen.
Beim deutschlandpolitischen Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde von diplomatischen Vertretern Frankreichs und Großbritanniens darauf hingewiesen, die drei Westmächte unterstützen nach wie vor das langfristige Ziel der BRD einer Wiedervereinigung Deutschlands im europäischen Rahmen. In GB wird allein wegen einer starken US-Orientierung dafür jedoch kein Finger krumm gemacht, mit einem wiedererstarkten Deutschland haben beide Länder historisch schlechte Erfahrungen gemacht.

Die Frage der deutschen Wiedervereinigung ist für Frankreich ein unangenehmer Nebenaspekt der (gesamt)europäischen Einigung. Wenn der ehemalige französische Außenminister Chaban-Delmas darauf hinweist "Frankreich müßte sich dieser Realität (der Aktualität der deutschen Teilung in der BRD) bewußt sein...doch auf längere Sicht vermag allein Europa den desorientierten Bevölkerungen der Länder des Ostens... eine Perspektive der Geborgenheit und Entwicklung zu bieten...Europa ist der globale Rahmen für eine Lösung der deutschen Frage" (7), so steckt darin eine Anknüpfung an bundesdeutschen Revanchismus, aber auch die für Frankreich im Vordergrund stehende Einbindung eroberungslüsterner Ambitionen der BRD.

Anmerkungen

(1) atommüllzeitung Nr. 26, 3/84
(2) Bundestagsanfrage NPT der Grünen, 6/85
(3) Europäische Wehrkunde 9/84
(4) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, 1966
(5) Bulletin der Bundesregierung, 15.3.84
(6) Bulletin der Bundesregierung, 14.12.84
(7) J. Chaban- Delmas, Europa Archiv 5/85

Chronik — atom

Wir haben uns überlegt, in Zukunft in jedem Heft eine Chronik der Ereignisse im AKW-Bereich zu erstellen, damit die »ATOM« einen gewissen Archivwert erhält. Ihr erhaltet so einen schnellen Überblick über das, was passiert ist. Wir wären natürlich froh, wenn es jemanden gäbe, der sowieso alles zum Bereich Atomenergie und Anti-AKW-Bewegung archiviert und der Lust hat, diese Chronik für die »ATOM« zu erstellen. Bitte melden!

3.5.85:UNO-Rat für **Namibia**erwägt gerichtliche Schritte gegen Firmen, die Uran in Namibia abbauen. Betroffen ist v.a. **Urenco** in den Niederlanden, das seit 1980 Uran aus Namibia u.a. auch für AKWs der Preußenelektra und der NWK anreichert.

2.-4.5.: **Weltwirtschaftsgipfel** in Bonn, aber auch Tribunal und Demo mit 30000 Menschen.

6.5.: **Erörterungstermin** für die Erhöhung der Verarbeitungsmenge von bisher 700 000 auf 2 000 000 kg Uran verschiedenster Anreicherungsgrade zur Herstellung von Brennelementen bei der Reaktor-Brennelemente-Union (**RBU**) in Hanau.

7.5.: Bekanntgabe der **Teilstillegung der RBU** durch den hessischen Wirtschaftsminister Steger (SPD) wegen illegaler Verarbeitung und Lagerung von höher und hoch angereichertem Uran und von Plutonium sowie die Produktion von Brennelementen aus diesem Material.

7.5.: 13 BIs treten aus dem **BBU** aus.

8.5.: **Haussuchungen** in 4 Wohnungen in den Landkreisen **Lüchow-Dannenberg** und Uelzen durch ein Sonderkommando des LKA. Ermittlungen gegen 15 Leute wegen Verdachtes der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach **§ 129 StGB.**

10.5.: **Öko-Institut Freiburg** legt Studie zum Abriß von **Niederaichbach** vor. Fazit: Teuer und gefährlich.

12.5.: **Waldspaziergang** und Menschenkette zum Bauplatz für die WAA in **Wackersdorf.**

15.5.: Rot-grüne Atomkommission in Hessen (**»Doppelvierer«**) legt Kompromißpapier vor.

16.5.: Bundesinnenminister **Zimmermann** untersagt Hessen-Wirtschaftsminister Steger weitere Maßnahmen gegen die **RBU.**

16.-19.5.: **Kongreß »Ökologie und Dritte Welt«** des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen **(BUKO)** in Freiburg.

17.5.: **BBU-Mitgliederversammlung:** Als wäre nichts gewesen.

19.5.: **Schnellabschaltung des AKW Grohnde** wegen »Kurzschluß im Generatorenteil«.

20.5.: **Blitz legt AKW Grohnde abermals still.** Kurzschluß im Erdschlußsystem des Generators.

21.5.: **Jahrestagung Kerntechnik** in München mit 1500 Kernenergieexperten (na ja) aus 18 Ländern.

23.5.: Einweihungsfeier in **Grohnde.** Die ganze Atom-Mafia ist vertreten und schlägt sich den Magen voll.

23.5.: Berufungsprozeß einer 45-jährigen Bäuerin vor dem Münchner Oberverwaltungsgericht gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung von **OHU II.** Unterbrechung des Prozesses bis Oktober.

24.5.: Britische Regierung gibt Plan zum Bau einer weiteren **WAA in der Nähe der schottischen Stadt Dounreay** bekannt. Geplante Fertigstellung Mitte der neunziger Jahre.

29.5.: **Genehmigung zur Wiederinbetriebnahme** des Reaktors Nummer eins in Three Miles Island bei **Harrisburg.**

1.6.: **Demonstration** von 400 Menschen in Nordenham gegen **Bombenzüge.**

4.6.: **Baustopp** für das **Brennelemente-Zwischenlager Ahaus** durch das Oberverwaltungsgericht Münster nach der Klage von Bauer Lenting. Der vorliegende Bebauungsplan deckt das Bauvorhaben nicht ab. Ein Zwischenlager ist mit einer »normalen« Industrieansiedlung nicht zu vergleichen. Außerdem hat das Gericht generelle Zweifel an der Genehmigung von Zwischenlagern, weil sie im Atomgesetz nicht vorgesehen sind.

6.6.: **Offener Brief der »ATOM« an die Landeskonferenz der hessischen Grünen:** »Welcher Teufel hat die Vertreter der Grünen in der hessischen Atomkommission geritten?«

7.6.: Das deutsch - britisch - niederländische Unternehmen Uranit und die Firma Urenco geben in Jülich bekannt, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung die **Betriebsgenehmigung für die Urananreicherungsanlage in Gronau** erteilt hat. Die Inbetriebnahme soll voraussichtlich im August 85 mit einem Durchsatz von vorerst 400 und später 1000 to pro Jahr sein.

7.6.: Bürgerinitiative setzt gerichtlich eine **einstweilige Verfügung gegen die Wiederinbetriebnahme des AKWs in Harrisburg durch.**

10.6.: Beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang wird bekannt, daß **China abgebrannte Brennelemente aus der BRD in der Wüste Ghobi** aufnehmen will und als Gegenleistung **2 AKWs** erhält.

13.6.: Die **KWU** hat mit der südkoreanischen Gesellschaft **Korea** Nuclear Fuel einen Vorvertrag über die Lieferung einer **Urananreicherungsanlage** geschlossen. Die geplante Anlage soll Brennstoff für mindestens 10 AKWs liefern. Baubeginn soll 1988 sein. Korea hat 3 AKWs in Betrieb. 6 weitere sind im Bau. Die Aufträge für 2 weitere AKWs sollen bald vergeben werden.

18.6.: **Deutsch - schwedischer Atomdeal** wird bekannt. Schweden übernimmt 27 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus Reaktoren der RWE, Bayernwerk und dem AKW Obrigheim zur Endlagerung. Im Gegenzug übernehmen die bundesdeutschen Betreiber 57 Tonnen schwedischer abgebrannter Brennelemente, die in La Hague für deutsche AKWs wiederaufbereitet werden sollen.

18.6.: Fortsetzung der öffentlichen **Anhörung** zum Genehmigungsantrag der **RBU.**

Rund um den

"Den Kaffee mußte ich bezahlen"

Auf zwei Hochzeiten zu tanzen ist für einen aktuellen Journalisten oft Alltagsarbeit. Routinierte Kollegen machen das »mit links«. Die beiden Hochzeiten, die ich in den letzten Tagen zu betanzen hatte, waren eigentlich drei. Der Weltwirtschaftsgipfel, das Tribunal gegen den Gipfel, und dann noch der Staatsbesuch aus den USA. Im Moment hänge ich mehr vor der Schreibmaschine als daß ich davor sitze. Aber nach dem, was ich in den etablierten Medien über diese Ereignisse gelesen und gehört habe, juckts mich trotzdem noch in den Fingern, was zu schreiben.

Durch die Arbeit in Brokdorf, Gorleben, Grohnde und Kalkar hat mich mein Vaterland schon an militante Polizeiaufmärsche gewöhnt. Bei der Räumung der Freien Republik Wendland waren es 8.000 Polizisten. Die Festung Bonn war zu Reagans Ehren mit 15.000 Polizisten gesichert. Ausgerüstet waren die Truppen mit allem, was die moderne Technik zu bieten hat. Was zu Hause bleiben mußte, war das Hirn.

Die Ausweise der akkreditierten Journalisten lagen im Bundespresseamt. Das Bundespresseamt lag die meiste Zeit in der Sperrzone. Zum Betreten der Sperrzone brauchte man aber einen Sonderausweis, der der Akkreditierung beilag. Die bekam man aber nur, wenn man die Sperrzone betreten hatte. Zum Betreten brauchte man ... usw. Das obligatorische Familienfoto im Palais Schaumburg fand ohne amerikanische Fotografen statt. Diese »Dummköpfe« hatten doch ihre Pässe dem Delegationsleiter für Visaformalitäten ausgehändigt. Aber ohne Pässe waren die Akkreditierungen ungültig. Als ich die Yanks mit den deutschen Beamten streiten war, da kam richtig Freude in mir auf. Allerdings entblödeten sich Helmut, Ronnie, Maggie und Konsorten dann die ganze Prozedur für die Überseekollegen zu wiederholen. Zu bereden gabs ja beim Gipfel offensichtlich sowieso nicht so viel. Wie der Kuchen verteilt wird, ist ja eh klar. Palavert wird nur noch über die Sahne.

Reagans Begleitmannschaft hatte von allen die schlechteste Laune, was sie auch keine Minute zu verbergen suchte. Seine Body-Guard war eine Mischung aus TV-Detektiven und richtigen Hauern aus Haarlem. Im Ohr trugen sie fast unsichtbare »kleine Männer«, und im Jackett hatten sie außer dem Mikrofon noch so einige Werkzeuge versteckt. Ein Kollege von mir trat einmal ein paar Schritte auf Reagan zu, um ihn besser ins Bild zu kriegen, da hechtete ein Gorilla auf ihn und riß ihn zu Boden.

Bei einem Gespräch mit einem amerikanischen Kollegen fand ich den tieferen Grund der miesen Laune. »Ich hab die ganze Nacht an dem Fernseher im Hotel rumgefummelt um Hockey reinzukriegen, aber da war nix drin.« Ich klärte ihn auf, daß es bei uns noch ein bißchen dauert, bis die rund-um-die-Uhr-Glotze eingerichtet ist. Vielleicht beim nächsten Staatsbesuch.

Die westdeutsche Industrie bemühte sich redlich, die schlechte Laune der Journalisten zu verbessern. Reisetaschen, Wein, Schreibwerkzeuge, Schallplatten, Flugtickets, Autos mit Chauffeur, Seidentücher, Kunstdrucke und allerlei Kleinkram vom Schlüsselanhänger bis zum Parfüm wurde unter die Journalisten verteilt. Essen und trinken war frei. Sogar Pressefotos aller aktuellen Gipfelereignisse wurden kostenlos und unter Verzicht auf die Urheberrechte (ein klarer Gesetzesverstoß) unter die Leute gebracht. Ich habe eifrige Kollegen beobachtet, die sich den Kofferraum ihres Wagens bis zur Oberkante mit Geschenken vollgepackt haben.

Nachmittags bin ich dann rüber zum alternativen Gipfel in die Stadthalle von Bad Godesberg. Vor der Stadthalle wurde ich auf 150m dreimal von sehr rüden Polizisten durchsucht. Meine Ausweise sind in den paar Tagen um Jahre gealtert. Kaum steht mein Wagen auf dem Parkplatz, kommt schon wieder ein Polizistentrupp und wühlt meinen Wagen durch.

Im Foyer der Stadthalle gabs keine Geschenke *(doch, die neuste atom-Ausgabe haben wir dir geschenkt, d. S.)*. Den Kaffee aus Nicaragua mußte ich bezahlen. Zur Information lagen einige Flugblätter und Presseerklärungen parat. Kein Chauffeur bot mir seine Dienste an. Drinnen im Saal ernsthaft diskutierende, vorwiegend jüngere Leute.

Im Saal war auch Jean-Marie Tjibaou, ein ehemaliger Priester und heutiger

Foto: Pan-Foto

Weltwirtschaftsfipfel

Was haben wir damit zu tun?

Bürgermeister des Ortes Hienghène in Neu-Kaledonien. Der Kampf gegen die französischen Kolonialherren hat schon zwei seiner Brüder das Leben gekostet. Nicht ein deutscher Polizist sorgt sich um seine Sicherheit. Er hat ernstzunehmende Morddrohungen vor dem Gipfelbesuch bekommen. 15 Mitglieder der Friedensbewegung fungieren deshalb als Schutztruppe.

Kein Wunder, daß ich hier nur sehr vereinzelt Kollegen aus dem etablierten Lager treffe.
Als ich wieder zu meinem Wagen komme, stehen Polizeibeamte drumrum. Sie interessieren sich für den von ihren Kollegen schon zerwühlten Inhalt. Ich habe allerhand technischen Kram von Kameras, Diktiergerät und Funkgerät (lizensiert natürlich) mit Decken zugedeckt, um Diebe nicht sofort einzuladen. Aber gerade das weckte die Neugier der staatlich lizensierten Schnüffler. Also noch eine Sondervorführung für die Herren.Bei der Abfahrt nochmal zwei Kontrollen, die sich im Ton sehr von den Bundeshauskontrollen unterscheiden. Unwillkürlich fiel mir ein Lied von Franz-Josef Degenhardt ein: Spiel nicht mit den Schmuddelkindern ...
»Heimgekehrt« in das Pressezentrum des Bundeshauses, konnte ich mich aber auch nicht so recht über die korrekt militärisch aufmarschierten Polizisten freuen. Diskussionen mit ihnen waren möglich, aber leider sinnlos. Daß ihr Auftreten martialisch wirkt, gaben sie mir zu. Aber es muß halt sein. Die Politiker müssen doch geschützt werden. Denb nächsten Gedankengang, was wohl von Politikern zu halten ist, die sich derartig vor ihrem Volk schützen lassen müssen, mochte keiner der Beamten nachvollziehen.
Nach drei Gipfeltagen dann Bitburg. Einige hundert Juden aus Belgien, Frankreich, England und Holland sind schon vormittags im Eifelstädtchen eingetroffen. Mit Spruchbändern und Sprechchören machen sie ihren Standpunkt klar. Am Rande etliche Bitburger, die sich darüber beschweren, daß sich Ausländer so nicht benehmen dürfen,wenn sie wo zu Besuch sind. Bei einem älteren Herrn, der das ganze Gesindel nach Tel Aviv wünscht und die jungen Juden mit schlimmen Beschimpfungen empfängt, verliere auch ich meine berufliche Zurückhaltung. Ich fordere einen Polizeibeamten auf, diesem Schauspiel ein Ende zu machen. Doch der Beamte ist offensichtlich taubstumm. Auch die herumstehenden Bürger und Kollegen bleiben ruhig. Der Altfaschist kann ungehindert seine Beschimpfungen fortsetzen. Ich gehe auf die erste Reihe der Juden zu und entschuldige mich für den Mann. Spontan bekomme ich von drei Juden Zettel mit ihren Adressen zugesteckt und werde nach Antwerpen eingeladen. Kurz darauf kommt eine Hundertschaft Polizei mit Schlagstöcken, Schilden, Helmen und Handschellen angerückt. Ein Sprecher der jüdischen Demonstration verhandelt mit dem Einsatzleiter. Um die Aggressionen so gering wie möglich zu halten,, setzen die Polizisten die Helme ab und stecken die Schlagstöcke weg. Doch zwei Minuten später bekommen sie von irgendwoher den Befehl, die Helme wieder aufzusetzen. Zeitweise kommt aggressive Stimm ung auf. Glücklicherweise kommt es aber zu keinen schlimmeren Zwischenfällen.
Die Juden behalten die Ruhe auch angesichts provozierender Spruchbänder: **Mr. President please let Rudolf Hess free** oder **Thank you for Liberty** und **You helped us to get rid of SS. Now do something against Russia.**
Kurz nach 15 Uhr ist der Spuk vorbei. Die Wagenkolonne rast von Blitzgedenken zu Blitzgedenken.
Ich gehe durch Bitburg zu einem Hotel, um meine Filme einem Kurier zu bringen. Dabei stoße ich auf einen Tippelbruder, der sich neben einem Brunnen Spiegeleier mit Speck brät. Eine gute Gelegenheit, den angefangenen Film noch vollzukriegen. Was er denn von dem Reagan-Besuch hält, will ich wissen. »Was für'n Besuch?« fragt er zurück. Ich kläre ihn auf, daß soeben der amerikanische Präsident und Kanzler Kohl knapp 300 Meter entfernt vorbeigerauscht sind. »Ach so, ich hab mich schon über die vielen Leute gewundert. Hier ists sonst viel ruhiger. Erst hatte ich geglaubt, es sei Schützenfest.«
Ob er da so ganz falsch lag?

Günter Zint

Tja, meine Damen und Herren, das werden sich wohl einige unter euch gefragt haben, als sie irgendwie unser Flugblatt in die Hände bekommen haben. Da rufen also Punx in einem eigenen Flugblatt erstmals bundesweit zu einer **angemeldeten** Demo auf. Was, die versoffenen und bekifften Gestalten haben plötzlich eine eigene politische Meinung, die über mehr hinausgeht als »Anarchie + Bier«? Schwer zu verstehen, nich? Aber keine Angst, der liebe Onkel erklärts euch.
Wie sah es denn bisher meistens aus? Wenn irgend'ne Demo war, wurde sie von Autonomen u.a. organisiert und geplant. Punx wurden nicht mal angesprochen, ob sie sich auch dafür interessieren, mitmachen wollen. Auf der Demo selbst wurden sie dann jedoch meistens gern gesehen.Daß dann aber wieder meistens die Punx zuerst abgegriffen wurden, hat dann wieder meistens kaum einen gestört.Denn EA-mäßig erstmal »um die eigenen Leute kümmern«, lautete die Devise. Im Klartext: Punx haben sich bislang immer auf Autonomen-Demos usw. mitgebeult, wurden aber bei eigenen Aktionen von der restlichen linken Scene, von wenigen Ausnahmen abgesehen, schmählich im Stich gelassen. Das sollte nicht so weitergehen, denn wir sind nicht eure Puppen!
O.K., wir wissen selbst, daß es unter uns 'ne Menge Ärsche gibt, die wirklich nichts anderes im Kopp haben als Kiffen und Saufen. Aber wo gibts keine Ärche? Wir sind nun mal kein organisierter Verein e.V., wo man sagt: »Du gefällst uns nicht, hau ab!« Jedem das seine, klar? Der weitaus größere Teil der Punx hat aber was mehr im Sinn. Deshalb haben wir uns halt gedacht, wenn Reagan kommt und der WWG steigt, sollten wir auch von unserer Seite mal 'ne Aktion starten. Es war geplant, als eigener großer Block in der Demo mizugehen und dadurch den einen (der Öffentlichkeit) und den anderen (dem Rest der »Scene«) Stärke und Willen zur aktiven Zusammenarbeit (das jedoch nur bei »den anderen«) zu demonstrieren.
Dies alles zu organisieren, war natürlich 'n gutes Stück 'Arbeit, denn 1. haben wir nicht genug Kohle und 2. nicht die entsprechenden Connections, um z.B. Sachen drucken zu lassen. Daß uns von der Bonner Scene auch nix zugetraut wird, sah man z.B. auch an dem Versuch, für den Abend nach der Demo 'n Konzert zu organisieren. Wo man auch hinkam: »Was, 'n Punk-Konzert, ach nee, lieber nicht.« Selbst dem angeblich linken AStA wars zu

Foto: Pan-Foto

heiß. Mann, seid ihr so blöd, oder wollt ihrs nicht raffen?Wir haben nicht mehr 79, es ist 85. Die Zeiten sind vorbei, wo nach nem Punk-Konzert das Gebäude abbruchreif war. Oder traut ihr uns wirklich zu, daß wir uns unsere letzten Auftrittsmöglichkeiten selbst zerstören? Und für die, denens darauf ankommt: Mit so nem Gig kann man manchmal mehr Kohle machen, als mit nem »herkömmlichen« Konzert. Denn unsere Gruppen spielen meistens für Spritgeld und n bißchen Bier! Um aber aufs Thema zurückzukommen, n Konzert haben wir nicht machen können, die Sache lief aber doch recht gut an. Die Bullen haben bis kurz vorher nix geblickt. Erst als am Donnerstag die ersten Punx aus Bremerhaven, Hamburg, Kassel, Duisburg, Freiburg anrollten, wurden sie etwas stutzig. Denn so viele »neue Gesichter« sind unsere Kontakt-Zivis am Kaiserplatz nun doch nicht gewöhnt. Nun gut, Freitag nachmittag kamen noch mehr Leute, doch die Cops wurden dadurch nur nervöser. Und dann kam das, was alles übern Haufen geworfen hat. Auswärtige Bullen haben ne sinnlose Prügelaktion in der U-Bahn gestartet. Während der folgenden Rangelei hat ein Grüner ne Flasche auf'n Kopp gekriegt und war derbe verletzt. Dies hatte zur Folge, daß die Bullen einen Rundumschlag gegen Punx vollzogen. Zwei Stunden wurde in der Innenstadt alles, was im entferntesten nach Punx aussah, eingefahren. Da wurden Kids angebracht, die sich nur die Haare n bißchen modemäßig nach oben gestylt hatten und gerade ins Kino wollten. Die hatten mehr Angst, zu uns in die Zelle zu kommen, als vor den Bullen. Im LBH (Landesbehördenhaus) waren wir alleine zu 45 Mann in einer Zelle.Insgesamt sind 90 bis 100 Leute eingefahren. Wir kamen dann zuerst zum BGS nach Hangelar und sind dann auf verschiedene Städte in NRW (Köln, Düsseldorf, Wuppertal, Hamm, Münster, Oberhausen) verteilt worden. Dort wurden wir dem Haftrichter vorgeführt, der die »vorsorgliche Ingewahrungsnahme« anordnete. So wurden wir erst in der Nacht zum Sonntag in kleinen Gruppen am Bonner Stadtrand wieder freigelassen.

Zur Demo: Wie wir hörten, sind die Flugblätter in den letzten Winkel Deutschlands gedrungen, so daß trotz der 100 »abwesenden« Leute sehr, sehr viele Punx in Bonn, auf der Demo, in der Stadt waren. Diese gingen jedoch nicht als ein Block mit, sondern liefen in kleinen Grüppchen, teilweise, weil sie von den Bullen dazu gezwungen wurden. Warum das so war, ist logisch: 3/4 der Bonner Punx saßen im Knast, darunter gerade die, die den Durchblick über die Aktionen, Wege usw. hatten. So war dann hier keiner in der Stadt, der das Ganze etwas hätte koordinieren können. Pennplätze gabs deshalb auch so gut wie keine.

Was hat die ganze Sache jetzt gebracht? Uns persönlich hats lächerliche Anzeigen wegen Landfriedensbruch eingebracht. Doch es hat uns auch gezeigt, daß es noch viel, viel mehr Punx gibt, die dasselbe meinen wie wir, nämlich, daß es an der Zeit ist, daß Punx **gemeinsam, aktiv und organisiert** etwas tun.

Wir hoffen ferner, daß es bei vielen von euch jetzt auch im Kopf geklickt hat, und daß ihr die bunten Vögel mit der Flasche Bier in der Hand, die sich überall auf Plätzen und an Brunnen treffen, jetzt etwas anders seht als »Ach guck mal, unsere Punker, wie hübsch ...« Denn: Schließt nicht von einigen auf alle!

Bonner Punx

Foto: Pan-Foto

Rund um den Gipfel

8. Mai und WWG gehören zusammen

Liebe Freunde und Freundinnen, werte ATOM-Redaktion!

In der Mai/Juni-Ausgabe eurer ATOM habt ihr einen längeren Artikel abgedruckt, der die Darstellung des Zustandekommens der Bonner WWG-Demo aus Eurer Sicht beinhaltet. Der Artikel wurde vor dem entsprechenden Demo-Wochenende verfasst, die Aktionen - an deren Vorbereitung Mitglieder des KB ebenso wie ihr intensiv mitgearbeitet haben - sind gelaufen. Ein inhaltlich gutes Tribunal, eine größtenteils sehr kämpferische Demonstration mit einer Beteiligung (25.000), mit der vorher wohl kaum zu rechnen war - alles in allem ein schöner Erfolg für die weitgehend auf sich selbst gestellte Linke.

Der Weg zu dieser Aktion - ihr schildert das ja ausführlich - war mit allerhand Schwierigkeiten und Problemen, Differenzen und auch Mißverständnissen gepflastert; speziell auf der berühmt-berüchtigten Göttinger Konferenz kam es zu sehr harten und kontroversen Auseinandersetzungen,, auch und v.a. zwischen Mitarbeitern des Arbeitskreises und KBlern. Was diese Auseinandersetzungen und Differenzen angeht, sind wir in verschiedenen Punkten mit eurer Darstellung in der ATOM überhaupt nicht einverstanden. Unser Vorgehen in Göttingen halten wir im Großen und Ganzen weiterhin für richtig. Aber das soll hier nicht weiter ausgeführt werden, es brächte wohl wenig, wenn wir hier und jetzt die ganze Geschichte noch mal aus unserer Sicht aufrollen würden.

Uns geht es vielmehr um die etwas genauere Darstellung eines Aspektes, an dem u.E. tatsächlich politische Differenzen bestehen, die in der bisherigen Diskussion nur sehr ungenügend klar geworden sind, deren Diskussion uns aber einigermaßen am Herzen liegt: es geht um den Zusammenhang 8. Mai - WWG.

Um es etwas deutlicher zu machen, zunächst einige Zitate aus eurem Bericht:

»Wenn die unabhängige Linke sich in ihren Auseinandersetzungen als Schwerpunkt auf die Frage 8. Mai eingelassen hätte, wäre sie unweigerlich von SPD, DKP und Gewerkschaften aufgesogen worden.«

An anderer Stelle: *»Nicht zuletzt wäre eine inhaltliche Konzentration der unabhängigen Linken auf den 8. Mai ein Rückschritt gewesen in Richtung auf eine Ein-PunktFixiertheit, vor allem eine Fixiertheit auf den nationalen Rahmen - eben das, weshalb wir die traditionelle Friedensbewegung so vehement kritisiert haben.«*

Weiter: *»Wir finden es wichtig, den 8. Mai zu würdigen, aber als das, was er ist. Dieses Datum steht für die Befreiung vom Hitler-Faschismus. Dieses soll gefeiert werden. Es steht aber nicht für die Befreiung vom Faschismus in Deutschland schlechthin. Der hat sich über dieses Datum hinweggerettet. Die Repräsentanten dieser menschenverachtenden Politik sind wieder zu Eckpfeilern dieses Staates geworden. Also absolut kein Grund zum Feiern. Dieser 8. Mai 45 steht aber auch für den Eintritt in die neue Welt(wirtschafts)ordnung, die noch heute Geltung hat und die wir gerade am konkreten Beispiel WWG bekämpfen wollen. Dieses aber auch klar zu machen, wäre u.E. innerhalb der 8.-Mai-Kampagnen selber nicht möglich.«*

An anderer Stelle: *»Der Komplex 8. Mai und Militarisierung bekam aus bündnispolitischer Taktiererei ein Übergewicht (in der Vorbereitung des Tribunals).«*

Zum Aufruf schreibt ihr: *»Der Punkt 8. Mai steht unserer Meinung nach im Aufruf viel zu sehr im Vordergrund.«*

Und - unausgesprochen als Vorwurf an uns - schreibt ihr weiterhin: *»Vorrangiges Ziel der BUF-Überlegungen war, in kommenden Bündnisverhandlungen mit der VVN und vielleicht noch mit dem BBU ein vermeintlich verhandlungsfähiges Beschlußpapier aus der Göttinger Konferenz mitzubringen ... In der Diskussion wurde sehr deutlich, daß der BUF, bzw. die ihn vertretenden Personen, die Option auf ein mögliches Bündnis in Richtung VVN und die Verlegung deren Demo wichtiger war als ein möglicher Kompromiß mit dem in Göttingen anwesenden Spektrum ... Dabei ging es ... auch um die Aufnahme der Inhalte der VVN-Demo zum 40. Jahrestag der Kapitulation als einen ganz wesentlichen, womöglich (???) sogar dominierenden Teil der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Diese überaus starke inhaltliche Fixierung auf die Inhalte der VVN-Aktionen dürfte auch auf den Einfluß des KB zurückzuführen sein, der intern den Aktionen gegen den 40. Jahrestag die erste Priorität eingeräumt hatte.«*

Soweit die Passagen eures Berichtes, die sich mehr oder weniger explizit mit der Rolle des 8. Mai in der Aktionsvorbereitung, seiner Gewichtung vor allem, und damit auch unserer Politik befassen. Im Kern laufen eure Vorwürfe an uns auf folgendes heraus:

1. Der 8. Mai hat mit dem WWG inhaltlich so gut wie keine Berührungspunkte, ist in jedem Fall aber völlig überbewertet worden (wobei euch im Grunde hier ein auffälliger Widerspruch unterläuft, wenn ihr an anderer Stelle schreibt, der 8. Mai stehe aber auch für den Eintritt in die neue Weltwirtschaftsordnung, die noch heute Geltung hat und die wir gerade am konkreten Beispiel des Gipfels bekämpfen). Im Großen und Ganzen ordnet ihr den angeführten Zitaten zufolge jedenfalls die Bedeutung des 8. Mai für die radikale Linke relativ niedrig ein.

2. Das Thema 8. Mai ist das Thema der traditionellen Verbände, v.a. VVN, DKP und auch SPD, die in dieser Frage als »Graishüter des Antifaschismus« auftreten. *»Wenn die unabhängige Linke sich in ihren Auseinandersetzungen als Schwerpunkt auf die Frage 8. Mai eingelassen hätte, wäre sie unweigerlich von SPD, DKP und Gewerkschaften aufgesogen worden.«*

3. BUF und KB hatten demzufolge am 8. Mai vor allem das Interesse, durch das Aufgreifen und Aufwerten des Themas die VVN & Co in das WWG-Bündnis hineinzuziehen, also vor allem ein taktisches, bündnispolitisches Interesse am 8. Mai.

Wir können natürlich hier nicht für den BUF sprechen, dem ihr euch unseres Wissens übrigens - jedenfalls bislang - zugehörig gefühlt habt *(komm Zahni, bitte keine Polemik)*. Was unsere Poosition als KB anbetrifft, liegt ihr mit euren Vermutungen über Gründe und Hintergründe jedenfalls leicht daneben. Wir wollen das deshalb hier in der gebotenen Kürze etwas genauer darstellen, vielleicht ergibt sich ja eine Klärung oder ansonsten eine fruchtbare Diskussion.

Es ist richtig, daß wir uns als Organisation recht frühzeitig mit dem 8. Mai beschäftigt haben, mit dem Ergebnis, dies zu einem unserer Schwerpunkte der nächsten Zeit zu machen. Allerdings nicht aus taktischen und bündnispolitischen Erwägungen heraus, sondern weil dieses Thema absehbar einige Brisanz gewinnen würde. Absehbar und offensichtlich war, daß die Herrschenden dieses Landes das Datum zum Anlaß nehmen würden, auf der ideologischen Ebene einige nicht unbedeutende Marksteine zu errichten, bzw. einige störende historische Brocken aus dem Weg zu räumen.

Das beginnt bereits bei der Frage der Kriegsschuld. Zunehmend häufiger wird hier außer Hitler auch Stalin zitiert, die deutsche Verantwortung für das Massenmorden also gewaltig relativiert. Es geht weiter damit, daß zumindest der Kampf der Wehrmacht an der Ostfront, also gegen den nach wie vor aktuellen **Systemgegner** Sowjetunion, für tendenziell gerechtfertigt gehalten wird (das ist der Kern der Dreggerschen Ausführungen zu seinem Widerstand gegen die vorrückende Rote Armee damals in Marklissa/Schlesien). Weiterhin: Das Unrecht der deutschen Teilung, die es - Schlesien bleibt unser! - zu überwinden gelte.

Weiter die Benennung der Kapitulation als Katastrophe, ein Trauma, das es so langsam zu überwinden gelte.

Kurzum - die Aufzählung ließe sich mühelos um einiges verlängern - es ging und geht den Herrschenden um eine Umbewertung der deutschen Geschichte, eine Neuschreibung, die den Erfordernissen der aktuellen Politik gerecht wird.

Bis zu diesem Punkt hin wäre es in der Tat der Themenkatalog gewesen - hauptsächlich eine historische Beschäftigung mit dem 8. Mai unter historischen Gesichtspunkten -, der im Zentrum der traditionellen Antifaschistischen Organisationen wie der VVN gestanden hat *(den Satz kapier ich nicht, Zahni)*.

Die Debatte um den 8. Mai beinhaltete aber zugleich ein gewissermaßen »vorwärtsweisendes« Element: Die Herausstellung des Unrechts, das den Deutschen mit der Teilung usw. angetan wurde einerseits, und die geradezu gebetsmühlenartig vorgetragene Betonung,, daß dieses Datum z.B. für den Beginn der (West-)Deutsch-(Nord)-Amerikanischen Freundschaft (waffenbrüderschaft) steht, für den Aufstieg eines geschlagenen Landes zu einer (der) europäischen Großmacht andererseits, verdeutlichen doch bereits, daß die Botschaft, die damit vermittelt werden sollte, in die Zukunft gerichtet ist: bei den Schlesiern heißt das »Schlesien bleibt unser«, bei Reagan »Europa, ganz Europa, von Moskau bis Lissabon solle frei sein«, bei der Bundesrogierung, es gelte am Widervereinigungsgebot festzuhalten und dafür eine »europäische Lösung« zu suchen usw. Es geht also - vorsichtig formuliert - um die Erweiterung europäischen und westdeutschen Einflusses auf den Ostblock. Die Bundesregierung hatte sich v.a. vorgenommen, deshalb am 8. Mai die Nachwehen der Niederlage von 45 durch ein neues Nationalgefühl a la »Wir sind wieder wer« (und wollen noch mehr werden) abzulösen.

Gerade um dieses demonstrativ herauszustellen, wurde doch eigens der WWG zum 8. Mai nach Bonn verlegt. Der Zusammenhang 8. Mai - Gipfel wurde also mit eindeutigen Absichten von den Herrschenden zum Thema gemacht (z.B. hatte Kohl bereits im Dezember darauf gedrängt, daß der Gipfel eine Erklärung zum 40. Jahrestag der Kapitulation abgebe).

Darüberhinaus ist ja das 1945 errichtete System der »Weltwirtschaft« mittlerweile **auch** eine Waffe gegen den Ostblock, dessen ökonomische Schwächung ja durchaus schon handfeste Ergebnisse zeigt (siehe die Anträge auf Mitgliedschaft im IWF seitens Polen, Ungarn und Rumänien). Die »Weltwirtschaft« ist eine der Waffen, mit denen die sog. »Nachkriegsordnung« (ein Teil der Welt ist dem imperialistischen Zugriff weitestgehend entzogen) revidiert werden soll.

Untrennbar verbunden mit dem WWG ist - das ist im Aufruf zu den Aktionen ebenfalls formuliert - die Tatsache, daß die meisten der Gipfelteilnehmer in der NATO auch militärisch kooperieren, wiederum in erster Linie gegen den Osten, wiederum in erster Linie mit dem erklärten Ziel, die sog. »Nachkriegsordnung« zu ändern. Nicht zufällig stand das Thema der Weltraumwaffen mit im Mittelpunkt der WWG-Diskussionen.

Es gibt also einen untrennbaren Zusammenhang zwischen dem WWG, der bundesdeutschen Verarbeitung des 8. Mai, der NATO (warum ihr den Aspekt »Militarisierung« beim Tribunal, dazu noch aus angeblichen »bündnispolitischen Taktiererein«, für »übergewichtet« haltet, ist uns - ehrlich gesagt -völlig unklar) und der Kriegsvorbereitung, und diese Zusammenhänge werden im Aufruf u.E. ganz korrekt benannt *(im Leserbrief folgen jetzt längere Passagen aus dem Aufruf, die wir hier nicht mit abdrucken; der Aufruf im Wortlaut war in der letzten ATOM dokumentiert)*.

Erst aus diesem inhaltlichen Ansatz, daß die ökonomische Seite der Weltwirtschaft, die Kriegsvorbereitungen durch die NATO und die ideologische Verarbeitung der Niederlage im 2. Weltkrieg drei zentrale Bestandteile des Gesamtkomplexes WWG sind, daraus ergeben sich unsere bündnispolitischen Überlegungen, und nicht umgekehrt, wie ihr schreibt. Aus unserer Überlegung, daß der 8. Mai - nicht als historisches, sondern als **aktuelles** Datum - zum WWG dazugehört, ergab sich das Bemühen, auch die antifaschistischen Kräfte wie die VVN in die gemeinsame Planung miteinzubeziehen, natürlich unter einer akzeptablen inhaltlichen Stoßrichtung. Daß wir - speziell auf der Göttinger Konferenz - inhaltliche Konzessionen und nicht akzeptable Zugeständnisse in Richtung VVN gemacht hätten, gar deren Inhalte übernommen hätten, müßte uns bitteschön schon mal jemand nachweisen.

Unter der oben grob skizzierten inhaltlichen Herangehensweise an den 8. Mai als aktuelles Datum wäre es eben auch nicht so gewesen, daß sich die Linke ins Schlepptau von VVN, DKP, SPD und DGB begeben hätte, im Gegenteil: sie hätte eigenständige inhaltliche Positionen, auch Gegenpositionen zu diesen Organisationen, zur Diskussion gestellt und ihnen dieses wichtige Feld nicht so weitgehend kampflos überlassen. Ebenso wäre das genaue Gegenteil der von euch prognostizierten »Ein-Punkt-Fixiertheit« dabei herausgekommen, nämlich eine recht umfassende Analyse und Sicht der Dinge, die sich da rund um den Gipfel abgespielt haben und engstens damit zusammenhängen, also ein Fortschritt der Bewegung! Diese Chance ist leider - von K. H. Roths Beitrag abgesehen - auch bei Demo und Tribunal weitgehend verschenkt worden.

Foto: Pan-Foto

Rund um den Gipfel

Z., KB Göttingen

Die Vereinheitlichung der

Referat von RA Michael Schubert

15.000 Mann Polizeitruppe im Großeinsatz heute in Bonn - das ist der Zustand der »inneren Sicherheit« in der BRD und den anderen NATO-Staaten. In den Streiks der Metaller und Drucker im letzten Sommer in der BRD wurde in bisher nicht bekanntem Umfang Polizeigewalt eingesetzt zur Durchbrechung der Streikpostenketten. Eine ganze Anzahl von streikenden Arbeitern wurde von Kapitalisten und ihren leitenden Angestellten und von Polizeibeamten verletzt. Bundesgrenzschutz, Sondereinsatzkommandos der Polizei, Panzerwagen standen zur Niederschlagung der Streiks bereit. Zahlreiche Strafverfahren gegen streikende Arbeiter wegen Nötigung usw. wurden eingeleitet. Die streikenden Bergarbeiter in England wurden in der Springer-Presse schon »Terroristen« tituliert.

Bei jeder noch so kleinen Demonstration, bei jedem politischen Strafprozeß an einem Amtsgericht haben wir inzwischen ein Aufgebot des polizeilichen Sondereinsatzkommandos, eine überdimensionale Zahl militärisch gerüsteter Truppen, Ausweiskontrollen und Durchsuchungen, oft polizeiliche Kordons, die die ganze Demonstration einkesseln und das Demonstrationsrecht zur Farce machen. Wer alte Filme gesehen hat, z.B. aus der Zeit der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre mit den damaligen massiven Polizeieinsätzen, der sieht den drastischen Unterschied, die Militarisierung, die inzwischen erreicht ist. Stammheim ist zwar immer noch etwas besonderes, aber es ist nicht die Ausnahme von der Regel, sondern es ist symptomatisch für die ganze Entwicklung.

Die Zahlen belegen die Entwicklung eindeutig: Allein in der Zeit von 1970 bis 1978 haben sich die Ausgaben im Bereich »Innere Sicherheit« beim Verfassungsschutz vervierfacht (von 34 Mio. auf 134,2 Mio. DM), beim Bundeskriminalamt verfünffacht (von 38,9 Mio. auf 200 Mio. DM). Die Truppenstärke des Bundesgrenzschutzes wurde von 1951 bis 1981 mehr als verdoppelt (von 10.000 auf 22.300 Mann). 1973, also bevor die Auseinandersetzung des Staates mit der RAF überhaupt virulent war, wurde die GSG 9 gebildet. Auf Bürgerkrieg ausgerichtete Polizeibewaffnung mit Panzern, Hubschraubern bis zu 30 Mann Besatzung, Maschinenpistolen und MGs, Handgranaten, Nachtzielgeräten für Präzisionsschützen etc. wurde seit Anfang der 70er Jahre massiv vorangetrieben. »Finaler Rettungsschuß«, Gummiwuchtgeschosse, Blendschockgranaten, CS-Gas sind heute ganz gängig diskutierte und auch schon angewendete Methoden polizeilicher Taktik.

Was da vor sich geht, scheint auf den ersten Blick gänzlich überdimensioniert, zumal ein beträchtlicher Teil der Bewegungen, auf die solche martialischen Großeinsätze auch angewendet werden, ihrerseits in keiner Weise militant agiert.

Verstehen kann man den Vorgang nur, wenn man das Konzept **Präventive Aufstandsbekämpfung** kennt, das heute in allen NATO-Staaten, vor allem aber in der BRD, bestimmend ist. In einer gemeinsamen Studie im Regierungsauftrag kurz vor dem EG-Gipfel 1983 in Stuttgart kommen Institute aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden zu dem Ergebnis, daß *»gemessen an der Wahrscheinlichkeit von Konflikten ... die westeuropäische Sicherheit weniger durch äußeren militärischen Druck auf die zentrale Front in Europa bedroht ist, als vielmehr durch die Unfähigkeit, drängende soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen und das sich daraus ergebende Potential an innerer Instabilität.«*

Zwei Punkte sind kennzeichnend für diese Äußerung:

1. Sie geht, entgegen nach außen verbreiteter Schönfärberei durch die Regierungschefs, von einer weiteren massiven Verschärfung der ökonomischen und sozialen Probleme aus, d.h.: Massen arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Überarbeit für andere, Armut, Hunger, Ruinierung des ganzen »Netzes der sozialen Sicherheit« auch in Europa. Den Kapitalvertretern ist also vollkommen bewußt, daß die von ihnen betriebene Expansion rund um den Erdball und die Ausplünderung anderer Länder nicht die Lebenslage der Masse der Bevölkerung ihrer Länder verbessert oder auch nur stabilisiert - im Gegenteil. Sie wissen auch, daß die von ihnen prognostizierten Massenunruhen ganz objektive Ursachen haben und nicht das Werk irgendwelcher finsteren Mächte sind.
2. Bei der Frage der Lösung dieser Probleme denken und planen sie sofort in militärischen Kategorien. Und dabei betrachten sie die innere und äußere Sicherheit ihres kapitalistischen Systems als **eine** Sache.

Wie weit das bei führenden Polizeistrategen schon gediehen ist, zeigen folgende Äußerungen:

Stümper, Landespolizeipräsident von Baden-Würtemberg in seinem Buch »Die Herausforderung von Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik«: *»Der polizeiliche Auftrag hat für den Staat einen regelrecht existenziellen Stellenwert bekommen ... In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendiensten sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen und subversive Aktionen von innen zusammenwirken ... Das gemeinschaftliche Planen von Polizei und Militär in diesem Bereich muß als etwas ganz Normales, Vernünftiges und Notwendiges gesehen werden.«* Und Herold, früherer BKA-Präsident:

»Es wäre höchst gefährlich anzunehmen, daß der Prozeß der Revolutionierung Europas nicht eingeleitet werden könnte.« (Herold, Strategische Überlegungen zur Sicherheitslage; in FR, 3.5.79)

Die Antwort der Herrschenden in den Staaten der NATO ist: Wo es nicht mehr gelingt, mit ihrer Kontrolle des Schulwesens, des Medienapparates usw. Bewegungen in der Bevölkerung zu integrieren, muß jede Radikalisierung mit polizeilich-militärischer Gewalt im Keim erstickt und gleichzeitig mit allen Mitteln als kriminell denunziert werden.

Die Planung entsprechender Konzepte findet heute längst nicht mehr in irgendwelchen Polizeipräsidien statt, sondern in den höchsten Gremien der NATO und zusätzlich im Bereich der Europaratsstaaten über diverse Gremien polizeilicher Zusammenarbeit. Integraler Bestandteil des NATO-Kriegskonzepts ist auch längst nicht mehr nur die Aggression gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten und die faktische Kooperation zur Niederschlagung von Unruhen in der sog. Dritten Welt zur Sicherung ihrer Weltwirtschaftsordnung. Die NATO-Planung geht vielmehr von entscheidenden Aufgaben an der »fünften Front« aus. So bezeichnen die NATO-Strategen den politischen Kampf im Inneren, vor allem die Niederschlagung der »inneren Subversion« in west-europäischen Staaten. (neben den drei Landfronten in Europa und der Atlantikfront)

Sir Edward Peck, bis 1975 ständiger Vertreter Großbritanniens im NATO-Rat, Chef des Joint Intelligence Committee (höchstes britisches Geheimdienstgremium), hat schon 1976 in einem Aufsatz im NATO-Brief herausgestellt, daß die »fünfte Front« die wichtigste sei. Er formulierte seine Botschaft an die NATO zu diesem Thema so: *Man muß in politisch-militärischen Begriffen denken. Man muß global denken. Man hüte sich auch vor dem Feind im Innern, aber man soll sich nicht zu dem Trugschluß verführen lassen, daß er oder die Sowjetunion mehr als ein Leben hätten.«* Letzteres ist eine unverhohlene Drohung mit blutiger Niederschlagung innerer Unruhen durch die NATO.

Die entscheidende Bedeutung, die heute der »fünften Front« beigemessen wird, schlägt sich in jeder größeren NATO-Übung nieder. Das NATO-Manöver »Flinker Igel« im Herbst vorigen Jahres war z.B. eine integrierte Übung von Militär und Polizei zur Bekämpfung des äußeren und inneren Feindes (polizeilich auch »Störers«).

Wovon in solchen Zusammenhängen ausgegangen wird, wird besonders deutlich an der »Lage-Vorgabe« für eine Übung von 1612 Beamten des Bundesgrenzschutzkommandos Mitte unter dem Titel »Fortbildung der Einheiten im Schießen unter einsatzmäßigen Bedingungen - Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der Bundesrepublik oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Art. 91 GG.«, veröffentlicht in der Zeitung der IG Druck und Papier vom 4.6.1984:

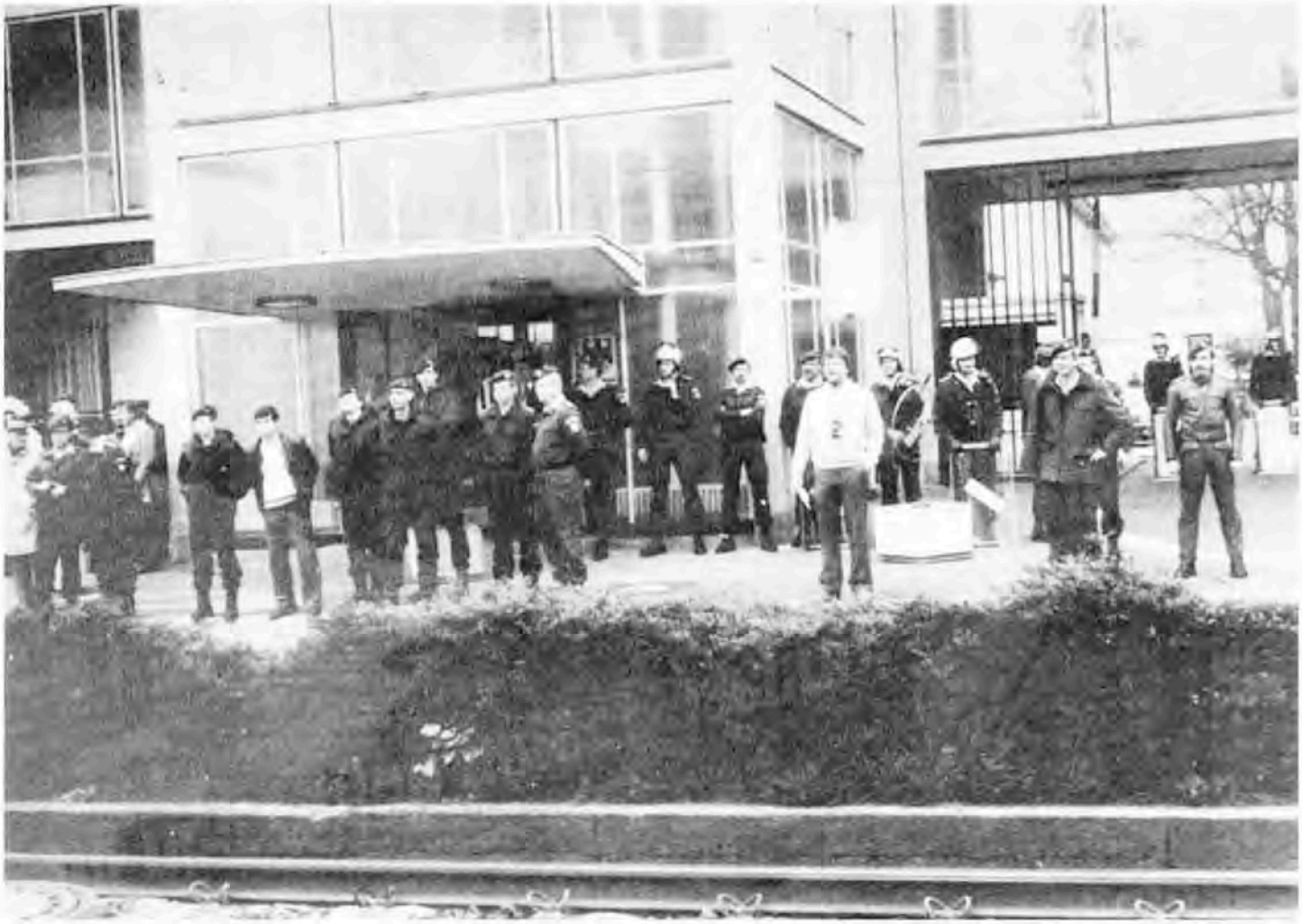
»Der anhaltende Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als Schwerpunktstreiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nordwürtemberg/Nordbaden und Teilen Hessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck, ÖTV, Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen ... Die DGB-Führung ist von dieser wilden Entschlossenheit an ihrer Basis völlig überrascht worden und hat die Kontrolle über ihre Mitgliedsgewerkschaften verloren ... Radikale links- und rechtsextreme Gruppierungen nutzen die unsichere innenpolitische Situation aus für eine Vielzahl von Anschlägen auf öffentliche und private Einrichtungen sowie Entführungen hochgestellter Persönlichkeiten, um dadurch ein Klima für Umsturz und Chaos zu schaffen. Am 18. Mai 1984 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude des Bundesverbandes der Deutschen Industrie verübt ... Am 19. Mai wurde BDI-Präsident Esser von einem bisher unbekannten Komitee des bewaffneten Arbeiterkampfes *entführt, um die Arbeitgeber zu zwingen, endlich bundesweit die 35-Stunden-Woche einzuführen. An beiden Tagen wurden vor allem NRW, Niedersachsen, Hessen und Baden-Würtemberg von einer Serie von Raubüberfällen und Bombenattentaten erschüttert, in deren Verlauf 17 Menschen starben und 42 zum Teil erheblich verletzt wurden. Überfälle und Anschläge richteten sich vor allem gegen Supermärkte, Geldinstitute, Tankstellen sowie US- und Bundeswehr-Depots ... Erklärtes Ziel ist die Herbeiführung eines bürgerkriegsähnlichen Zustands, um die nach der Verabschiedung des Amnestiegesetzes endgültig diskreditierten Parteien endgültig zu verjagen und eine Ein-Parteien-Herrschaft unter Führung eines neuen* starken Mannes *aufzurichten.«*

Sicherlich ist einiges abstrus an diesem Erguß der BGS-Kommandeure. Wichtig ist aber: Ihre strategische Planung, ihre aktuelle Übung, bezieht sich auf **Massenbewegungen**, vor allem auf die Arbeiterbewegung, und nicht auf einige wenige, die sie als »Terroristen« bezeichnen. Bei ihrer Planung gehen sie selbst davon aus, daß sich verschiedene Kampfformen, wie Streiks und guerilla-mäßige Aktionen, miteinander verbinden.

4. Auf der polizeilichen Ebene ist nicht nur die Koordination mit den einzelnen Armeen der NATO beträchtlich fortgeschritten, sondern auch die Zusammenarbeit der Polizeien der Europaratsstaaten untereinander. Dabei ist wiederum die BRD über das Bundeskriminalamt die treibende Kraft. Im November 1984 hat das BKA gerade eine internationale Tagung unter dem Thema »Internationale Verbrechensbekämpfung - Europäische Perspektiven« durchgeführt. Der Präsident des BKA, Boge, hat in seinem Referat mitgeteilt, daß die Polizeiführungen der westeuropäischen Staaten nicht mehr nur über INTERPOL in Paris - wovon sie 80% der Gesamtkapazität nutzen - zusammenarbeiten. Neue, informelle Gremien auf Minister- und hoher Poli-

Foto: atom *WWG-Demo: Vor dem Innenministerium haben GSG-9 Chef Wegner und seine Truppe Stellung bezogen*

Justiz- und Repressionsapparate



zeioffiziersebene sind entstanden. So TREVI - Terrorism, Radicalism, Violence International, ein Gremium, in dem sich halbjährlich hohe Staatsschutzbeamte und jährlich die Innenminister der EG-Staaten zur Koordinierung innerer Aufstandsbekämpfung treffen. Weiter die Wiener Gruppe und der Berner Club, Gremien, in die mit gleicher Aufgabenstellung auch Österreich und die Schweiz miteinbezogen sind. Gleichzeitig werden die Waffensysteme der Polizeien, insbesondere für den Einsatz bei Massennunruhen, vereinheitlicht. Zahlreiche Methoden polizeilicher Zusammenarbeit haben sich entwickelt. So etwa der Datenaustausch, gegen den es praktisch keinen Rechtsschutz gibt. Allein auf dem Gebiet der Sachfahndung hält das BKA für die französische Polizei jederzeit abrufbar 720.000 Daten bereit. Die sog. »operative Zusammenarbeit«, bei der sich die Polizeien unter Umgehung des vorgeschriebenen Weges über internationale Rechtshilfeersuchen einfach gegenseitig als »Werkzeuge« einsetzen. In diesem Rahmen werden dann z.B. die als besonders clever geltenden V-Leute aus Baden-Würtemberg an die Schweiz und Österreich ausgeliehen. Oder der sog. »persönliche kleine Grenzverkehr«, bei dem sich Polizei und z.T. auch Staatsanwaltschaft auf kaltem Weg die Beweismittel und Beschuldigten rüberschieben.

Das BKA versteht sich darüberhinaus als »Entwicklungshelfer« für »unterentwickelte« Polizeitätigkeit in anderen Ländern insbesondere der »Dritten Welt«. Die Anzahl sog. »Verbindungsbeamter« des BKA in mehreren europäischen Ländern und Staaten der »3. Welt« soll auf 30 erhöht werden. Für Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfe für Polizeien in anderen Ländern ist im BKA-Haushalt ein Etat von drei Millionen DM ausgewiesen. Derzeit wird in Wiesbaden eine Ausbildungsstätte für Angehörige ausländischer Polizeiorganisationen gebaut. Als Krönung des Ganzen planen Boge und andere die Bildung eines Europäischen Kriminalamtes mit europaeinheitlichem Datennetz usw., am besten natürlich in Wiesbaden.

5. Was sich in den westeuropäischen Staaten an Vereinheitlichung bezüglich der Justiztätigkeit zum Zweck der inneren Feindbekämpfung abspielt, ist nur auf diesem von den ökonomischen Interessen derr Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft und ihrer weltweiten Expansion bestimmten militärisch-polizeilichen Hintergrund zu verstehen:
Der britische NATO-Stratege Frank Kitson hat in seinem Buch »Im Vorfeld des Krieges« deutlich ausgesprochen, welche Rolle die Justiz auf dem Boden einer kriegsmäßigen Bestimmung der Bekämpfung des »inneren Feindes« zu erfüllen hat:
»... Die Justiz könnte als eine Waffe im Arsenal der Regierung benutzt werden. In diesem Fall wird sie nicht weiter sein als eine **propagandistische Verkleidung für die Beseitigung unerwünschter Personen.** *Damit das wirkungsvoll funktioniert, müssen die Tätigkeiten des Justizdienstes so diskret wie möglich in die Kriegsvorbereitungen einbezogen werden. Dies bedeutet, daß das für die Justiz verantwortliche Mitglied der Regierung entweder in dem obersten Gremium sitzt oder es seine Weisung vom Regierungschef selbst bekommt.«*
Es liegt auf der Hand, daß Kitsons Position die Beseitigung der aus den bürgerlichen Revolutionen hervorgegangenen typischen Elemente der rechtsförmigen Bewältigung von Konflikten voraussetzt. Vor allem also der prozessualen Garantien - etwa Erklärungs-, Beweisantrags- und Fragerecht -, mit denen sich der Beschuldigte gegenüber dem Justizapparat als »Rechtssubjekt« Geltung verschaffen können soll und die konkrete Fassung von Straftatbeständen mit individueller Schuldfeststellung und präzise beschriebener Rechtsgutverletzung.

6. Diese Beseitigung von Verfahrensgarantien wie auch der ständige Ausbau generalklauselartiger Straftatbestände ist in der BRD in vollem Gang. Auf die Spitze getrieben finden wir den Vorgang heute schon in den sog. »Terroristenprozessen«. Und dort findet sich mit der Isolationshaft auch schon eine neue Form der »Beseitigung unerwünschter Personen«.
Wir finden den Vorgang in der BRD aber auch in der immer uferloseren Kriminalisierung praktisch jeden politischen Verhaltens gegen die bestehenden Verhältnisse: Kriminalisiert werden kann heute schon fast jede Form des Widerstandes, auch wenn er in bloßem Herumstehen oder -sitzen besteht, als Nötigung, § 240 StGB. Kriminalisiert werden kann auch fast jede gegen die bestehenden Verhältnisse gerichtete Meinungsäußerung, z.B. als »Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder«, § 90a StGB - ein Tatbestand, bei dem man selbst mit dem Beweis der Wahrheit der Behauptung über die BRD -z.B. daß es tatsächlich Isolationsfolter gibt - der Bestrafung nicht entgeht, weil selbst wahre Aussagen verboten sind, wenn sie nur dem Ansehen der BRD schaden.

7. ... Man kann sagen, daß trotz der Verfolgung des gleichen Konzeptes der »inneren Sicherheit« in allen NATO-Staaten nirgends eine solche ... Perfektion von Sonderverfahrensrecht, Sonderhaftbedingungen, Sonderstrafrecht gegen politische Gefangene entwickelt ist und nirgend solch

Forts. Schubertreferat

massive Strafen wegen Landfriedensbruch, Nötigung usw. an der Tagesordnung sind wie in der BRD. Selbst die USA werden noch übertroffen.
Der Grund dafür ist nicht nur, daß die BRD von ihrem Beginn an »Frontstaat« mit in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebenen Rückeroberungsauftrag ist, und daß sie als besonders expansive aber über keine traditionellen Einflußgebiete verfügende Wirtschaftsmacht potentiell besonders auf Aggression nach außen ausgerichtet ist - und dafür braucht es »Ruhe an der Heimatfront«. Wesentlich ist vielmehr auch das spezifische Staatskonzept, das ausgerechnet unter Berufung auf »Lehren aus dem 3. Reich« von Beginn an verfolgt wurde.
Es gibt wohl keinen anderen bürgerlich-parlamentarischen Staat, in dem die Absolutheit des Bestands des gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftssystems gegenüber dem Recht der Bürger auf Wahrnehmung fundamentaler Rechte und Veränderung dazu so festgeschrieben ist und so willfährig von einer in ihrem staatstreuen Selbstverständnis fast bruchlos aus dem Faschismus in die BRD übergegangenen Justiz durchgesetzt wird, wie eben die BRD. Schon in Artikel 18 der Urfassung des Grundgesetzes findet sich der Leitgedanke, daß, wer die politischen Rechte zum Angriff auf die »freiheitliche demokratische Grundordnung« mißbraucht, diese verwirkt - womit das Freiheitsrecht selbst ad absurdum geführt ist; denn nur dann, wenn es auch zum prinzipiellen Angriff gebraucht werden kann, ist es auch ein Freiheitsrecht. Die Logik der »wehrhaften Demokratie« ist gerade die Vernichtung des politischen Feindes des Systems, seine völlige Ausschaltung von der politischen Handlungsfähigkeit. Das Konzept der »wehrhaften Demokratie« hat nachweislich - z.B. gut nachzulesen in den Schriften von Carl Schmitt, einem gleichermaßen für den deutschen Faschismus wie für die heute herrschende Staatstheorie wichtigen Staatsrechtler - den gleichen staatstheoretischen Kern wie der Faschismus: Die Behauptung grundlegender absoluter Werte, die natürlich stets von den jeweils Herrschenden definiert werden. Wer diese Werte nicht teilt, ist ein »Volksschädling« und muß kaltgestellt werden.

Auf dieser Basis konnten seit Beginn der BRD Kommunistenhatz und KPD-Verbot, ein gewaltiges Arsenal an politischem Strafrecht, Notstandsgesetze, Berufsverbote und schließlich die sog. »Terrorismusbekämpfung« in ihrer perfidesten Form durchgesetzt werden.
Es ist übrigens der Generalbundesanwalt Rebmann, der sich ja nach außen so gern äußert, daß es sich bei »Terroristen« um Kriminelle »im klassischen Sinn« handele, der in einer Rede vor dem Deutschen Richtertag 1979 schon diesen politischen Zusammenhang von der KPD- bis zur RAF-Bekämpfung als politischen Kampfauftrag des Staates proklamiert hat. Die »Lehren aus dem 3. Reich«, die von den Herrschenden in der BRD exekutiert werden, sind in der Tat, daß 1933 nicht widerholt werden darf - man geht vielmehr mit einem viel ausgefeilteren, variableren Instrumentarium an die Aufgabe, die Masse der Bevölkerung mit dem Schein parlamentarischer Demokratie an das System so lange wie möglich zu fesseln und gleichzeitig von vornherein prinzipiellen politischen Widerstand im Keim zu ersticken.

...

10. Im Bereich der Europaratsstaaten ist bezeichnenderweise gerade auf dem Gebiet sog. »Terrorismusbekämpfung« neben der schon geschilderten polizeilichen und militärischen Kooperation eine gewisse Rechtsvereinheitlichung erfolgt. Sie liegt auf der Linie von Kitson, der Linie der Beseitigung traditionell grundlegender Schutzrechte des Betroffenen.
Seit Mitte der 70er Jahre wurden besondere »Antiterrorismusgesetze« durchgesetzt etwa in Italien, Spanien, Großbritannien, Irland, neuerdings Portugal — übrigens mehrfach in engem zeitlichen Zusammenhang mit Milliardenkrediten von Seiten der BRD und unter Übernahme von vorher nur in der BRD entwickelter Rechtsformen, etwa der »terroristischen Vereinigung«, und Einrichtungen. Hochsicherheitstrakte wurden so nach der BRD auch in Spanien, Italien, der Schweiz, Nordirland, Frankreich und der Türkei errichtet.
Ein entscheidener Schritt der Vereinheitlichung auf dieser Linie wurde 1977 mit dem »Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus« getan, ein wiederum vor allem von der BRD betriebenes Projekt.
Mit seinem Artikel 1 werden für in Westeuropa mittlerweile gängig als »terroristisch« bezeichnete Tatmodalitäten sämtliche bisher traditionell bestehenden Regelungen mit einem Federstrich beseitigt, die eine Auslieferung bei politischen Taten verbieten. Das geschieht, indem einfach den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens verboten wird, diese Taten als *»politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat«* anzusehen.
Der Artikel 2 verdeutlicht, was angepeilt wird: Es können danach ebenso andere, im Übereinkommen nicht näher definierte »schwere Gewalttaten« gegen Personen und sogar gegen Sachen als unpolitische Taten definiert und damit der Auslieferungsschutz beseitigt werden.
Der französische Rechtsprofessor Gerard Soulier hat in einem Artikel für Le Monde Diplomatique vom 12.11.1976 zu diesem Projekt gesagt:
»Wenn man sich an den Buchstaben des Textes hält, sieht man sehr wohl, daß praktisch auch nicht der Schimmer eines politischen Deliktes übrigbleibt (mit Ausnahme vielleicht von Pressevergehen); daß definitiv die Kategorie praktisch verschwunden ist. Es wäre ehrenhafter gewesen, unumwunden zu verkünden, daß diese liberale Tradition verlassen ist. Es ist perfekte Heuchelei, so zu tun, als würde man das Recht aufrecht erhalten als Prinzip, aber indem man es jeder Substanz beraubt, die Möglichkeit seiner Anwendung zu verneinen.«

11. Welche Konsequenzen können wir aus der dargestellten Entwicklung ziehen?
Es gibt trotz der beträchtlichen präventiven Repression der NATO- und Europaratsstaaten und ganz besonders in der BRD keinen Grund, von Hoffnungslosigkeit eines politischen Angriffs auf das Konzept auszugehen. Wie man an der **Realität** der Strafverfolgung in der BRD sehen kann, ist die Durchsetzbarkeit z.B. der Kriminalisierung letztlich eine Frage politischer Kräfteverhältnisse: je stärker eine Bewegung ist, desto problematischer ist für die Herrschenden die massenhafte Kriminalisierung ihrer Teilnehmer. Ihre Taktik ist daher darauf gerichtet, an bestimmten Fronten, wo die Massenbewegung relativ schwach und gespalten ist, unumstößliche Tatsachen zu schaffen.

Einer der wichtigsten Punkte, an dem solche Tatsachen geschaffen sind, ist die Isolationshaft gegen politische Gefangene. Schon heute werden zunehmend - nachdem die Isolation erst einmal bei Gefangenen aus der RAF insbesondere durchgesetzt werden konnte - nicht nur Gefangene, die ein Verfahren wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung«, § 129a StGB, haben, der Isolationshaft unterworfen, sondern z.B. auch die Gefangenen aus der Krefelder Anti-Bush-Demonstration. Schon heute werden zunehmend auch renitente soziale Gefangene in den Hochsicherheitstrakten untergebracht. Und die Hochsicherheitsplätze in BRD-Knästen sind mittlerweile von solcher Zahl, daß schon daran ersichtlich wird, daß sie auf ganz andere politische Gefangenen-Dimensionen konzipiert sind, als auf die relativ geringe Zahl von Gefangenen aus RAF, RZ usw.
Es ist von entscheidender Bedeutung für die Schwächung der NATO- und Europarats-Strategie der »inneren Sicherheit«, daß die Beseitigung der Isolationshaft und der Hochsicherheitstrakte und das Recht der politischen Gefangenen auf Zusammenlegung in großen Gruppen als eine Sache aller politischen Bewegungen begriffen wird, sei es Friedensbewegung, Gewerkschaftsbewegung oder antiimperialistische und antimilitaristische Bewegung; daß auf dieser Grundlage die in den letzten Monaten gestärkte Bewegung gegen die Isolationshaft sich als **politische**, nicht bloß als humanitäre Bewegung weiterentwickelt. Ein Schritt in die richtige Richtung ist dabei der von der Bundestagsfraktion der Grünen eingebrachte Gesetzentwurf zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen.
In engem Zusammenhang damit steht das Engagement für die Durchsetzung des - eine Kontrollkommission vorsehenden - Europäischen Anti-Folter-Übereinkommens, dessen Unterzeichnung von der BRD verweigert wird, und überhaupt die Geltendmachung von humanitären Mindestgarantien des Völkerrechts, insbesondere der Genfer Konvention und des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte.
Ein Bruch in der Kette der Repression ist möglich und unabdingbar notwendig für eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Systems in der BRD und den NATO-Staaten.

Foto: atom

STROESSNER KOMMT!

BRD und «Dritte Welt» 13

2. Auflage 1984, 48 Seiten, 4 DM, im Abo 2,80 DM

Bedeutung Paraguays für die BRD / Geschichte des paraguayischen Volkes / Was tun die Deutschen in Paraguay? / BRD: Beteiligung am Völkermord / Landkauf-Angebote: Lohnende Investitionen

5 Ex. 14 DM, 11 Ex. 28 DM

Magazin Verlag
Königsweg 7
2300 Kiel 1

INS SCHAU-FENSTER! AUF DEN BÜCHERTISCH! LESEN!

In diesem Buch geht es um die Industrialisierung von Brunsbüttel, die– in ihrer Planung und Ausführung – ein Beispiel für ein heutiges Indusrialisierungskonzept ist. Dieses Buch zeigt, daß die negativen Folgen, die diese Industrialisierung für Mensch und Umwelt hat, keinesfalls ein "Unfall" war. Diese Folgen waren den Planern bekannt.

Aus dem Inhalt:
– Industrieaufbau in Brunsbüttel
Die Bayer AG, Schelde Chemie,....
– Dörfer müssen sterben für die Industrie
– Arbeitsmarktsituation
– Störfälle in der Industrie Brunsbüttels
– AKW und Chemie
- Dokumentation:
Gedanken und Ideen zum Widerstand in der Unterelbregion
- u.v.m. (insgesamt 107 Seiten)

Herausgeber: Arbeitskreis Umweltschutz Brunsbüttel

Kontakt: – E. Nass, Tiedemannstr. 10, 2212 Brunsbüttel
– Markus Mohr, Westerholzstr. 2, 2800 Bremen
Preis: 9,80 DM

MARKUS MOHR

Alles wie geplant

DIE KATASTROPHALE INDUSTRIALISIERUNG VON BRUNSBÜTTEL

Herausgegeben vom Arbeitskreis Umweltschutz Brunsbüttel

Einzelverkaufspreis DM 4.50
Für Wiederverkäufer, Initiativen etc. ab 10 Exemplaren 30 Prozent Rabatt plus Versandkosten.
Nachdruck grundsätzlich erwünscht (bei Nennung der Quelle und gegen Belegexemplar).
Fotos u.a. aus „Sirene", Illustrierte Zeitung des Reichsluftschutzbundes.

Grün Alternative Liste
Beselerstr. 30
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/4392991

Inhalt

Die Zivilschutz-„Misere" oder wie die Bevölkerung für dumm verkauft wird 4

Wie es schon einmal begann — Der Reichsluftschutzbund 7

Wenn es soweit ist - Ein Szenario 13

Vom Hinübergleiten in den Krieg — NATO, Notstandsgesetze, Putschparagraphen 16

An der Heimatfront — Panik, Flucht, Notstand 21

Wintex-Cimex '85 — Kriegsspiele in Schlips und Kragen 25

„Zum Schutz der Bevölkerung ... oder für Zwecke der Verteidigung" — Die „humanitäre Aufgabe" des neuen Zivilschutzgesetzes 28

Der KD-V-Fall — Kriegsdienstverweigerer in der Gesamtverteidigung der BRD 32

Wie können wir uns wehren — Widerstandsaktionen 34

Dokumente und Materialien

Go West — Die Evakuierungspläne der Amerikaner 40

Anfragen der GAL Hamburg und der Grünen in Niedersachsen; Antworten des Senats und der Landesregierung 45

Europäische Wehrkunde 11/77: Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Spannungs- und Verteidigungsfall 42

Fragebogen zur Zivilverteidigung 48

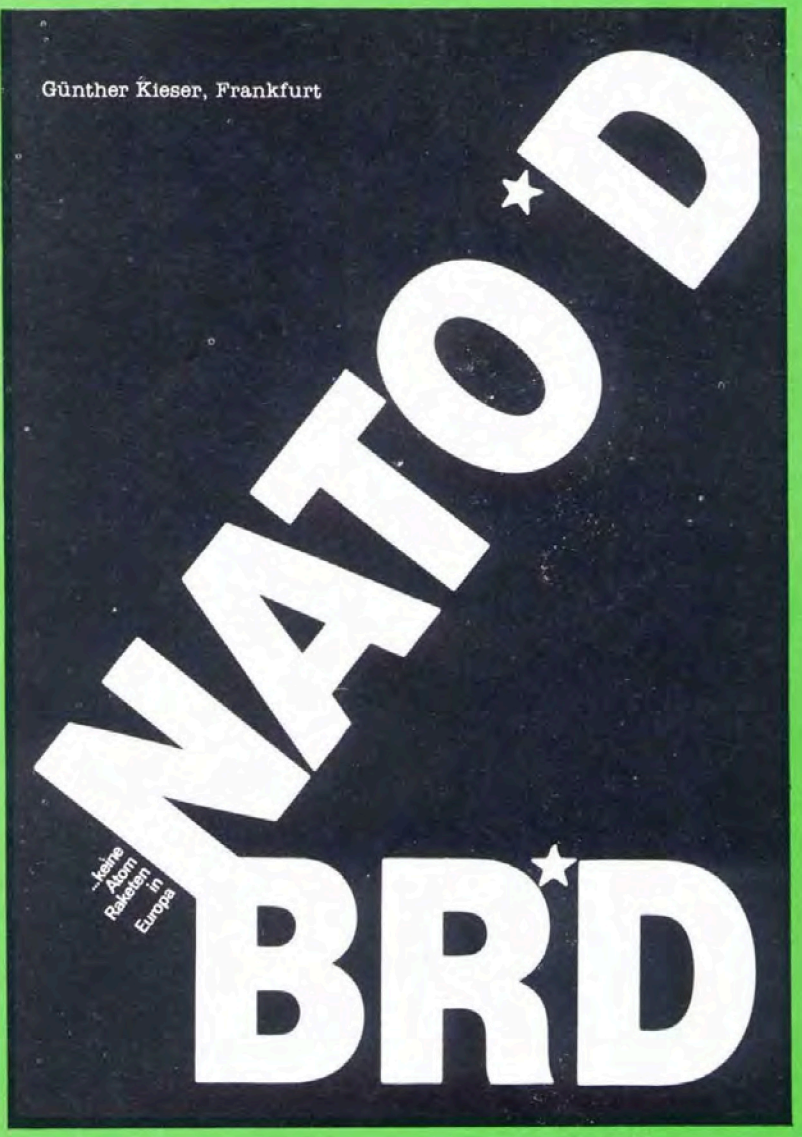
Im Wortlaut: Entwurf eines Zivilschutzgesetzes 52

Literatur und Material 58

Anti-Nato-Kongreß

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!
Mit diesem Brief wenden wir uns an alle Menschen, Gruppen und Organisationen, die erkannt haben, daß die Aufrüstungspolitik der letzten Jahre zum Krieg hintreibt.
Die Friedensbewegung der BRD hat anläßlich ihres »Großen Ratschlags« am 16./27. Juni 1985 in Köln festgestellt, daß es notwendig ist, sich nicht nur gegen einzelne der neuen Waffensysteme und Strategien zu wenden. Vielmehr muß der gesamte Aufrüstungskurs bekämpft werden.
Das Instrument, mit dem die Herrschenden diese Politik betreiben, ist die NATO. Wer ernsthaft gegen die NATO-Kriegspolitik antreten will, muß auch die NATO selbst thematisieren. **Ein konsequentes Eintreten für ein friedliches Zusammenleben der Völker ist mit der NATO nicht möglich.** Es erfordert zumindestens ihre Infragestellung. Viele Menschen in diesem Land teilen diese Einschätzung und machen dies zur Grundlage ihrer politischen Handlungsperspektive. Sie haben dabei - teilweise sehr unterschiedliche Vorstellungen von den sich daraus ergebenden Konsequenzen. **Eine Zusammenarbeit bzw. gemeinsame Handlungsperspektiven gibt es bisher kaum.**
Viele innerhalb der Friedensbewegung sind zwar auch überzeugt, daß die NATO wesentliches Element der Kriegsgefahr ist; sie glauben aber, es sei noch zu früh, taktisch unklug oder nicht vermittelbar, dies allzu offen zu thematisieren. **So ist die NATO-Diskussion in der Friedensbewegung vorläufig noch ein Tabu.**
Außerhalb der BRD gibt es zahlreiche Ansätze einer AntiNATO-Bewegung. Diese sind durchaus unterschiedlich und arbeiten unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen. Trotzdem oder gerade deshalb könnten ihre Erfahrungen uns wertvolle Anregungen geben.
Der Trägerkreis der »Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen« BUF ist zu der Auffassung gelangt, daß **die NATO-Frage in der BRD an Brisanz gewinnt.** Es bestehen Chancen und auch die Notwendigkeit, daß die Anti-NATO-Position nicht länger auf ein Randdasein reduziert bleibt. Somit **schlägt der BUF-Trägerkreis vor, im Frühjahr 1986 einen Kongreß gegen die NATO** (ein Titel muß noch gefunden werden) **in der BRD durchzuführen.** Dieser Kongreß sollte dazu beitragen, daß Tabu NATO in der Friedensbewegung zu brechen und das Versprechen des »Koordinationsausschusses der Friedensbewegung« einlösen zu helfen, dieses Thema breit zu diskutieren.
Er sollte aber auch alle Kräfte dieses Landes zusammenführen, die gegen die NATO orientiert sind, um realistisch und offen unsere Situation zu diskutieren und dazu beizutragen, gemeinsame Handlungsperspektiven zu erarbeiten.
Darüber hianus könnte dieser Kongreß der Anfang eines internationalen Arbeitszusammenhanges sein.

*** Deshalb laden wir alle diejenigen, die das Engagement gegen die NATO für unverzichtbar halten, ein, dieses Projekt mit uns zu diskutieren und gemeinsam vorzubereiten.** Wir rufen zu einem ersten Treffen auf,



daß am **Samstag, dem 5.Oktober 1985, 12-18.00 Uhr in Frankfurt** stattfinden wird. (Der genaue Tagungsort wird nach vorheriger Anmeldung rechtzeitg mitgeteilt, ggf. mit entsprechenden Vorbereitungspapieren). Dort sollten Funktion, Konzeption und Aufgaben eines solchen Kongresses diskutiert und ein Vorbereitungskreis gebildet werden. Es wäre gut, wenn Ihr Euch vorher schon eine Meinung bilden könntet. Noch besser wäre es, wenn Ihr uns schon vorher Eure Meinung zu unserem Vorschlag mitteilt, damit eine öffentliche Diskussion möglich wird. Bitte teilt uns auch mit, mit wievielen Leuten Ihr ggf. an dem Treffen teilnehmen wollt.

*** Deshalb laden wir alle diejenigen, die die NATO-Frage zwar für wichtig halten, aber nicht in den Vordergrund stellen möchten und auch alle diejenigen, die andere Strategien eines Friedensengagements - ohne Infragestellung der NATO - verfolgen, zu einer öffentlichen Debatte dieses Themas ein.** Sagt und schreibt uns Eure Meinung, nutzt Eure eigenen Veröffentlichungsmöglichkeiten, so wie wir diese Debatte so breit veröffentlichen wollen, wie es uns möglich ist.

*** Deshalb laden wir ausländische Anti-NATO-Kräfte zum Informationsaustausch ein.** Schreibt uns, was Ihr von unserem Vorschlag haltet; ob ihr an einem solchen Kongreß teilnehmen könntet/möchtet (auch wenn wir keine Kosten übernehmen können); wie stark Ihr an einem internationalen Anti-NATO-Kommunikations- bzw. Arbeitszusammenhang interessiert seid; welche Fragen Ihr thematisiert haben möchtet, ob Ihr auch für Informations- und Diskussionsveranstaltungen in der Zeit vor dem Kongreß zur Verfügung stehen könntet.

Wir hoffen bald und recht zahlreich von Euch zu hören und werden alle Stellungnahmen zumindest im Rundbrief »Ziviler Ungehorsam« veröffentlichen.
Mit NATO-feindlichen Grüßen

BUF-Trägerkreis

Kontakt: BUF, c/o Koordinations Ziviler Ungehorsam
Bodelschwinghstr.13
35 Kassel
Tel.0561/772858

Collection Labadie
www.laka.org
Digitized 2016